

Für das Leben lernen. Die Geschichte der Massener Schulen

Von Heinz Sydow

[verfasst ca. 1991]

Vorbemerkungen

Von Hartmut Hegeler

Vorsitzender des Geschichtsforum Massen

Im Nachlass des früheren Ortsvorstehers von Unna-Massen, Helmut Tewes, findet sich ein Manuskript von dem Massener Rektor Heinz Sydow über die Geschichte der Massener Schulen. Sydow hatte augenscheinlich in jahrelangen Bemühungen handschriftliche Schulchroniken vor Ort ausgewertet. Seine ausführliche Darstellung hatte er mit der Schreibmaschine getippt und handschriftlich korrigiert. Aber es ist ihm zu seinen Lebzeiten nicht vergönnt gewesen, sein Skript zu veröffentlichen.

Da es keine vergleichbare Übersicht gibt, soll hiermit interessierten Lesern die Möglichkeit gegeben werden, an seinen Erkenntnissen Anteil zu nehmen. Immer wieder wird in seinen Worten deutlich, dass Sydow mit ganzem Herzen in seiner pädagogischen Arbeit in der Schule für Kinder von Aussiedlern und Vertriebenen aufging.

Als ich das Manuskript durchlas und den Text extrahierte, spürte ich sein großes Bemühen, der Ortsgeschichte nachzuspüren und sie lebendig werden zu lassen. Ähnlich hat er sie in seinen weiteren Publikationen über Unna-Massen akribisch aufgeschlüsselt (siehe Literaturverzeichnis).

Teile des Manuskripts von Sydow über die Massener Schulen haben Eingang gefunden in folgende Veröffentlichung:

Jörg Nies: Beiträge zur Geschichte von Unna-Massen, 2024, S. 92-103, 112-124, 132-135.

Korrigiert wurden in der nachfolgenden Schrift lediglich offenkundige Tippfehler.

Die damalige Form der Rechtschreibung wurde beibehalten.

Vorangestellt seien nachfolgend persönliche Worte von Heinz Sydow über seine "neue" Heimat Massen, die von Mitwirkenden des Geschichtsforum zur Verfügung gestellt wurden mit Dank an Jörg Nies, Ute Niggemann, Karl-Heinz Hohmann und Bernhard Hanke.

(Die Quelle dieser seiner Ausführungen über seine "neue" Heimat Massen ist nicht bekannt.)

Meine "neue" Heimat Massen von Heinz Sydow

Liebe Leser!

Im eigentlichen Sinne bin ich kein Massener, bin weder hier geboren noch aufgewachsen. Kindheit und Jugend habe ich in der Neumark erlebt, einem Teil Deutschlands, der nach dem 2. Weltkrieg verloren ging. Und doch bin ich kein Heimatloser, sondern ein Mensch, der wieder heimisch geworden ist, der hier in der alten Bergarbeitergemeinde Massen nach 1945 allmählich wieder Boden unter die Füße bekommen hat.

Ich durfte erleben, wie Massen -speziell Obermassen- meinen Kindern zur Heimat werden durfte.

Heimat - damit verhält es sich merkwürdig, vielleicht so wie mit den Eltern: so lange sie da sind, nimmt man sie als gegeben hin, man konnte sie sich ja nicht aussuchen, erst wenn sie nicht mehr da sind, weiß man, was man mit der Mutter und dem Vater verloren hat.

Heimat - lebt man in ihr, empfindet man sie als etwas Alltägliches, etwas Selbstverständliches, möchte aus ihrer angeblichen Langweiligkeit, ihren Normen und Zwängen ausbrechen, sich von ihren Fesseln befreien, einfach wegfahren: so von heute auf morgen ...

Aber wenn man sie aufgeben mußte, man nicht mehr nach Hause zurückkehren konnte und durfte, nicht mehr wußte, wo man hingehörte - dann wußte man, was Heimat bedeutet.

Heimat ist mehr als Eigentum von Haus und Hof, Grund und Boden, mehr als Landschaft und Menschen, mit denen man in der Kindheit erst vertraut werden mußte, ist mehr als Gegenwart, Heimat beginnt in der Vergangenheit und endet in der Zukunft. Heimat ist nicht nur materieller, sondern auch geistiger Besitz. Was man gelernt hat, kann einem nicht genommen werden: mit unseren Kindern, die in der damaligen "Blücherschule" in Obermassen "Heimatkunde" hatten, haben wir die Massener Heimat erkundet und in Besitz genommen. - Es mag merkwürdig klingen, je mehr wir in Massen heimisch wurden, je vertrauter blieb uns die verlorene Heimat, wir konnten ohne Bitterkeit über sie sprechen ... Heimat ist nicht nur gegenwärtiges Geborgensein, ist waches Bewußtsein, das Vergangenheit und Zukunft mit umschließt. Es geht nicht nur darum wie man lebt, sondern auch wo man lebt, das Wo schließt Ort und Zeit mit ein.

Bewußt in der Heimat leben, das heißt mit der Geschichte leben - deshalb versuche ich eine Massener Chronik zu schreiben - vielleicht als Dank an die Massener, daß ich unter ihnen seßhaft werden durfte und in der Hoffnung, daß sie mir bei meiner Arbeit helfen werden.

Nun trifft sich regelmäßig ein Kreis von "alten und jungen" Massener Senioren als Redaktion des "Massener Mühlrads"; Großmütter und Großväter suchen in ihren Erinnerungen nach dem alten Massen, verfolgen in ihrem Gedächtnis die Entwicklung, die sie hier erlebt haben. Das ist keine billige Nostalgie, kein geistiges Zurück in eine schöne Jugendzeit, sondern eine Verpflichtung für die Zukunft, deren Grundlagen in der Vergangenheit gelegt und in der Gegenwart gefestigt werden.

Heinz Sydow

Für das Leben lernen. Die Geschichte der Massener Schulen

Von Heinz Sydow

[verfasst ca. 1991]

Inhaltsverzeichnis

A

Die Schulen der alten Dörfer

1. Die Entstehung der Schulen

Das Leben als Schule/ Der Anstoß kam von draußen / Die ersten Schulen in Ober- und Niedermassen

2. Die Schulentwicklung in Obermassen bis 1911

Schulneubau 1828/33 und 1876/78/ Einrichtung der katholischen Schule / Einrichtung der Heideschule / Behebung der Raumnot durch Neubauten 1904 und 1910

3. Schulentwicklung in Niedermassen bis 1911

Schulbau 1828/35 und 1876/78/ Baubeginn der Hellwegschule/ Errichtung einer katholischen Volksschule / Bauabschnitte der Hellwegschule 1898/ 1910

4. Die Lehrer in den alten Gemeinden

Die ersten Schulmeister/ Reform der Lehrerbildung/ Die Seminaristen/ Lehrerinnen und Direktoren

5. Besoldung und soziale Stellung der Lehrerbildung

Hungerlohn/ Das Schulgeld als Risikoposten/ Beginn einer einheitlichen Besoldung/ Soziale Stellung der Schulmeister / Wachsendes Ansehen nach der Reform der Ausbildung

6. Die Schüler

Ländliche Umwelt/ Landkinder/ Bergarbeiterkinder

7. Schulalltag

Erziehungsauftrag/ Unterrichtsgegenstände/ Erste Lehrverfahren/ Neue Methoden/ Schwierigkeiten/ Ausflüge und Feiern

8. Das Übel der Schulversäumnisse

Unregelmäßiger Schulbesuch als Regel/ Gegenmaßnahmen/ Der Fall Vohwinkel/ Beurlaubungen, Ferienordnung

9. Schulaufsicht und Schulträger

Kirchliche Schulaufsicht/ Örtliche Verhältnisse/ Revisionen und Konferenzen/ Schulgemeinden/ Instruktion für den Schulvorstand/ Massener Verhältnisse/ Auflösung der Schulgemeinden

10. Zusammenfassende Würdigung

B

Schulwesen in der neuen Gemeinde

11. Von 1911 bis 1919, Friedens- und Kriegstage
Vorkriegsjahre/ Kriegszeit/ Situation bei Kriegsende

12. In den zwanziger Jahren
Bau der Schule am Schacht III/ Personelle und organisatorische Veränderungen /
Schülerrückgang in Obermassen/ Nachwirkungen der Kriegszeit

13. Im Schwung der Reformen
Reformpädagogik, Entstehung und Ziele/ Reichsschulkonferenz/ Auswirkungen in Massen/
Körperliche Ertüchtigung/ Verfassungstag und Schulveranstaltungen

14. Elternbeiräte und Schuletat
Aufgaben und Bildung der Elternbeiräte/ Auswirkungen der Inflation und der wirtschaftlichen
Notlage auf die Schule

15. Schule unter dem Hakenkreuz
NS-Erziehungsziele/ Entwicklung des Schulwesens ab 1933/ Schulung der Lehrerschaft/
Problem des Religionsunterrichtes/ Lehrbücher/ Lehr- und Lernmittel

16. Schule und Hitlerjugend, Feste und Feiern
Organisation und Erziehungsauftrag der HJ/ von der Partei- zur Staatsjugend/
Zusammenarbeit zwischen Schule und HJ/ Heiß Flagge

17. Und wieder Krieg
Verhalten der Massener Schuljugend von 1939 bis 1941/ Sammelaktion/ Auswirkungen der
Landverschickungen und Fliegeralarme/ Verschärfte Luftschutzbestimmungen/ Gastschüler
aus dem luftbedrohten Dortmund/ Beschlagnahme von Schulräumen/ Zusammenbruch des
Unterrichtsbetriebes

C.

Von 1945 bis zur Gegenwart

18. Neuanfang im Herbst 1945
Not in Massen/ Entnazifizierung und „Reeduktation“/ viele offene Fragen/ Wiedereröffnung
der Grundschulen/ Eltern bestimmen die Schulart/ Aufruf des westfälischen Oberpräsidenten

19. Durch die schweren Jahre
Schulkinder gegen den Kartoffelkäfer/ Organisatorische Veränderungen/ Schulkommission/
Moralische Aufrüstung/ Schulspeisung gegen den Hungerlohn

20. Nach 1948
Recht auf Bildung im Grundgesetz und in der Landesverfassung/ Zielsetzung/
Lehrerkonferenzen/ Schulpflegschaften

21. Eine Schule für die Flüchtlingskinder
Das Durchgangslager kommt nach Massen/ Schwierige Verhandlungen um die Errichtung
einer Schule/ schwieriger Beginn in der Lagerschule/ ein neuer Name

22. Die Kinder von drüben

Das Erlebnis der Flucht/ die Mitgenommenen/ Sozialistische Erziehung in der Schule und durch die FDJ/ die Kinder in einer Konfliktsituation/ das Verhalten der Kinder

23. Die neue Schule an der Buderusstraße

Achtklassenschule im 1. Bauabschnitt/ Eine gemeinsame Anlage für zwei Systeme/ kein gemeinsamer Unterricht/ Erweiterungsbauten

24. Behebung der Raumnot in den Massener Schulen

Um- und Erweiterungsbauten der Blücherschule/ Neubau an der Königsborner Straße/ Umbau der alten Hellwegschule für die Marienschule

25. Auf dem Wege zur Neuordnung

Schließung der Heideschule/ Stammschulen/ die Hellwegschule als Mittelpunktschule/ zwei Grundschulen und eine Hauptschule

26. Wechselnde Situationen in der Gerhardt-Hauptmann-Schule

Schwierige Unterrichtsbedingungen/ Notjahr 1960/ Auswirkungen des Mauerbaues in Berlin/ Aussiedlerkinder kommen/ Kontroversen erschweren die Arbeit/ Erlass des KM über Beschulung der Aussiedlerkinder/ Bildungsberater im Durchgangwohnheim/ die Gastrolle der Fröbelschule von 1969 bis 76

27. Aussiedlerkinder und das Problem der Förderschule

Aussiedler/ Erlebniskreise der jungen Aussiedler/ ihr Deutschlandbild/ Sprachdefizite und ihre Bewältigung/ Lage der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten, der SU und in Rumänien/ die Förderschulen, ihre Aufgaben und Nachteile

28. Die Hellweghauptschule

Aufgaben/ Einführung der 10. Klasse/ Lehrermangel und Raumnot/ Kultusminister Girgensohn stellt sich/ endlich gute Verhältnisse/ der Schülerrückgang deutet sich an/ vergebliche Bemühungen um den Erhalt der Schulentwicklung

29. Deutsche Kinder aus fremden Länder, die Gerhart- Hauptmann-Schule von 1976 bis 1990

Ein neuer Schulleiter/ fehlende Räume und Lehrkräfte/ starke Fluktuation/ recht unterschiedliche Sprachkenntnisse der Aussiedlerkinder/ Erweiterungsbau/ Einrichtung der Jugendverkehrsschule/ der Ansturm in den Jahren von 1976 bis 1981/ eine neue Aufgabe für den Schulleiter/ Rückläufige Schülerzahlen nach 1982/ der große Ansturm nach 1987

30. Anhang

Zeittafel/ Bildteil/ Karte und Pläne/ Quellen- und Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A

Die Schulen der alten Dörfer

I. Die Entstehung der Schulen

Von welcher Zeit an Schulen in der Dörfern der Grafschaft Mark eingerichtet wurden, ist unbekannt, schreibt Albert Stanger. 1)

Er hält es aber für erwiesen, dass bereits im Mittelalter in den Kirchdörfern Pastoren als Lehrer tätig waren oder die Küster mit dieser Aufgabe betrauten. So findet sich z.B. der erste Hinweis für eine Schule in Lünern in der Kirchenrechnung für das Jahr 1578/79. 2)

Ebenfalls in Opherdicke ist eine evangelische Schule im 16. Jahrhundert nachweisbar. Hier waren einem Verzeichnis von 1592 die Gemeindemitglieder zu Abgaben an den Küster und Lehrer verpflichtet. 3) In Unna wird schon 1372 eine Lateinschule bezeugt. 4)

Da nun Ober- und Niedermassen von ihrem Bestehen an zunächst zur Urkirche in Unna und nach der Reformation zum ev. Kirchspiel bzw. zum kath. Pfarrsprengel Unna gehörten, gab es in diesen beiden Dörfern weder Kirchen noch Pfarrhäuser. So fehlten hier mit den Pastoren auch die Küster, die dafür sorgen konnten, dass ihre Schäflein zumindest die Bibelverse und die Kirchenlieder lesen und wohl auch ihren Namen schreiben konnten. Es fehlten hier also die Männer, die schon von ihrem Amte her berufen waren, sich auch um die Ausbildung der Heranwachsenden zu kümmern.

Um für das Leben zu lernen, brauchte man wohl damals in den Dörfern keine Schulen. Das Leben selbst war der Lehrmeister für die Kinder und Jugendlichen. In der Obhut ihrer intakten Großfamilien, festverwurzelt in ihrer heimatlich-ländlichen Umgebung, wurden sie von ihren Eltern und Großeltern in traditioneller Weise erzogen. Eingebunden in einem sich natürlich erweiternden Pflichtenkreis, erwarben sich die Heranwachsenden alle notwendigen Kenntnisse und alle Fertigkeiten, die sie für ihr eigenes Fortkommen brauchten, und darüber hinaus alle notwendigen Verhaltensweisen, die für ihre soziale Eingliederung in eine dörfliche Gesellschaftsordnung notwendig waren.

Wer von ihnen mehr für seine persönliche Bildung tun wollte, lernte wohl an Hand der Bibel oder des Gesangbuches das Lesen

1) Stenger, Albert: Das, Schulwesen in der Grafschaft Mark von 1609 – 1909, in: Meister: Die Grafschaft Mark, Bd. 1 - Dortmund 1909

2) Basner, Klaus: Beiträge zur Geschichte Lünerns, Unna 1980

3) Ligges, Karlheinz: Holzwickede

4) Rückert, Oskar: Heimatblätter für Unna und den Hellweg- Unna 1949

und dazu wohl auch den Umgang mit der Feder. Die Lage der beiden Dörfer unmittelbar am Hellweg sorgte dafür, daß die Kunde aus der großen, weiten Welt über diese wichtige Fernhandelsstraße in die stillen Bauernschaften kam. Da es also keine zwingende Notwendigkeit gab und auch die Initiatoren dafür fehlten, unterblieb die Einrichtung von Schulen.

Der entscheidende Anstoß dafür kommt von außen. Von 1717 an versuchte man in Preußen mit eng begrenzten Erfolgen eine allgemeine Schulpflicht einzuführen. König Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) verlangte von seinen Untertanen "an denen Orten, wo Schulen sein" 5), daß diese auch besucht wurden. Während seiner Regierungszeit wurden in Brandenburg-Preußen ungefähr 2000 Schulen gegründet. Aber erst das "Königlich-Preußische-General-Schul-Reglement", das 1763 von König Friedrich II. (1740-1786) erlassen wurde, war das erste Volksschulgesetz für den preußischen Staat.

Seine Bestimmungen wurden 1794 vom Preußischen Landrecht übernommen. Dieses Schul-Reglement ordnete, über die bisherigen Bestimmungen aus der Zeit Friedrich Wilhelms I. hinausgehend "nicht nur die äußeren Verhältnisse der Schulen und die Lehrerbesoldung, sondern auch die internen Vorgänge im Schulwesen." 6) Es sollten alle Untertanen, "es mögen sein Eltern, Vormünder oder Herrschaften, denen die Erziehung der Jugend obliegt, ihre eigenen sowohl als die ihrer Pflege anvertrauten Kinder, Knaben oder Mädchen, wo nicht eher, doch höchstens vom fünften Jahre ihres Alters in die Schule schicken, und damit ordentlich bis ins dreizehnte und vierzehnte Jahr kontinuierieren und sie so lange zur Schule halten sollen, bis sie nicht nur das Nötigste vom Christentum gefaßt haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Rede und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unseren Konsistorien verordneten und approbierten Lehrbüchern beigebracht werden soll". 7)

Die beiden Könige standen vor der Aufgabe, aus den über Norddeutschland von der Memel bis zum Rhein verstreuten Territorien ihres Landes - mit seinem Kern um Brandenburg und Pommern - zu einem funktionierenden Staat zu machen. Eine vielfältige

5) Brandt, Peter: Preußen, Zur Sozialgeschichte eines Staates, Kirche und Schule als staatserhaltende Institutionen, Hamburg 1981, S.160

6) Brandt, a. a. O. S. 163

7) Brandt, a. a. O. S. 163/64

Bevölkerung aus Brandenburgern, Pommern, Ostpreußen, Klevern, Märkern, Ravensbergern, Mindenern, zuletzt auch aus Schlesiern mußte zu einem tragenden Staatsbewußtsein erzogen werden, denn Preußen war kein Nationalstaat. Was seine Menschen zusammenhielt, war seine Staatsraison. Ihr unterwarfen sich selbst diese beiden großen Könige. Sie machte den einen zum polternden Tyrannen und ließ den anderen einsam in Sanssouci sterben. Als "erste Diener" ihres Staates verlangten sie auch von ihren Untertanen, daß diese ihrem Staat gegenüber ihre "verdammte Pflicht und Schuldigkeit" zu erfüllen hatten. Die Schule sollte sie darauf vorbereiten, sie dazu instand setzen. Ihr fiel eine staatserhaltende Aufgabe zu.

Vermutlich wurden auch die Schulen in Massen auf königliche Anordnung errichtet, und die erste Schule gab es wohl um 1765. Steinen schreibt in seiner "Westfälischen Geschichte:

- "Niedermassen eine halbe Stunde von der Stadt, an der Straßen, die von Unna nach Dortmund und Lünen gehet. Hier ist auch eine Schule". - 8)

Im Mühlenproberegister des Amtes Unna aus den Jahren 1777/78 wird Schriever als Schulmeister in Niedermassen genannt. 9)

Den ersten Standort dieser Schule müssen wir in der Sedanstraße gegenüber der Fleischerei Beiersdorf suchen. Nach einer Erhebung der Königlichen Regierung zu Arnberg wurde sie 1817 von 42 Knaben und 40 Mädchen besucht, die aus 70 Familien kamen. Das jährliche Schulgeld betrug "observanzmäßig 14 Groschen 10) von den Eltern wurden aber nur 8 Groschen regelmäßig gezahlt". 11)

Da im genannten Mühlenproberegister der Jahre 1777/78 für Obermassen kein Schulmeister genannt wird, hatte es in jener Zeit hier noch keine Schule gegeben. Eine Inschrift auf einem Türbalken, der in der Sonnenschule einen Ehrenplatz einnimmt, gibt uns einen Hinweis auf das Vorhandensein einer Schule auch in diesem Ortsteil:

- "Kommt Her Ihr Kinder Groß und Klein und Lernet Das Wort Gottes Rein, damit Ihr werdet bereit zu der ewigen Seeligkeit - den 14. November 1797" - 12)

Dabei bleibt offen, ob man diesen 14. November 1797 als den Gründungstag der Schule annehmen kann.

8) Steinen, Johann Dietrich: Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 1289, Lemgo 1753

9) Rückert, a. a. O., S. 210

10) Groschen, bzw. Silbergroschen eine alte preußische Münze, 1 Groschen = 12 Pfennige, 30 Groschen = 1 Taler

11) Göddenhoff, Julius; Die Massener Schulverhältnisse 1817, Hellweger Anzeiger vom 30. 6. 1956

12) Schulchronik der ev. Volksschule zu Obermassen (später Blücher-, heute Sonnenschule)

Die Schule in Obermassen wird 1817 von 30 Knaben und 20 Mädchen aus 48 Familien besucht. Für jedes Kind soll ein Reichsler Berliner Courant (= Berliner Währung) gezahlt werden. Das Schulhaus ist nicht einmal mittelmäßig. 13)

Als das alte Schulhaus in Obermassen wird das heute noch vorhandene, ehemalige Ketzlersche Wohnhaus an der Ecke der heutigen Karl- und Siegfriedstraße, der früheren Bismarck- und Wasserstraße angesehen.

Als man 1826 in Obermassen vor der Frage stand, ob das Schulhaus ausgebessert oder ein neues gebaut werden sollte, ließ man seinen Wert abschätzen. So liegt uns noch heute seine genaue Beschreibung vor:

- "Das Schulhaus von Obermassen ist von Fachwerk erbaut und mit Flechtwänden ausgearbeitet. Es ist 28' 6" lang, 12' in zwei Etagen hoch, daran ist ein Kuh und Schweinestall zur Seite angebaut, welcher 11' 6" lang 9' tief und 6' hoch ist - 14)

Das Haus hat voraus am Eingang eine bis unter den Balken gehende Dehle oder Küche, eine Schulstube, Wohnstube, Kammer und über denselben 2 Kammern.

Es ist im schlechten baulichen Zustand mit Strohdach versehen an Düngerplatz und sonstigen Räumen noch circa 4 Ruthen 15) Platz.

Wenn das Haus, so wie es da steht, verkauft werden sollte, so wird hinsichtlich seiner Lage im Dorf abgeschätzt zu 780 rhtl. b. c.) 16)

Dellwig, den 8. Mai 1826

(gez) Schulze Dellwig" 17)

13) Göddenhoff a. a. O.

14) ' = Fuß, Längenmaß in Preußen 1819-1871 = 12 Zoll = 0.341 m

' ' = Zoll, Längenmaß in Preußen 1819-1871 = 0,0262 m

15) Quadratrute = Flächenmaß = 14, 185 m²

16) rhtl. b. c. = Reichstaler Berliner Courant (=Währung)

17) Staatsarchiv Münster: Unna Nr. 633

II

Die Schulentwicklung in Obermassen bis 1911

Im Herbst 1828 entschlossen sich die Mitglieder der Schulgemeinde Obermassen zum Bau eines neuen Schulhauses. An der entscheidenden Sitzung am 15. September nahmen neben allen drei Predigern des Kirchspieles Unna (Trippler, Hoffmann, von Velsen) vom Schulvorstand die Colonen 1) Wiehsele (Wisselmann) und Höttemann, vom Gemeinderat der Colonen Wiehsele und 21 Mitglieder (Hausväter) der Schulgemeinde teil. Im Protokoll steht:

- "In dem heutigen Termine wurde der Neubau eines Schulhauses beschlossen, Die contribuabel 2) Eingesessenen waren einstimmig der Meinung, daß die Kosten auf die Gemeinde repartirt 3) werden müßten, da die Grundsteuer zum Maßstabe der Repartition angenommen werde.

Hinsichtlich der Brinksitzer 4) glaube man jedoch ein Näheres festsetzen zu müssen. Dieser Vorschlag geschah von den Contribuablen Eingesessenen. Die anwesenden Brinksitzer erklärten wie nach gleicher Art sie behandelt werden müssen und somit ihr Beitrag nach der Grundsteuer festgesetzt werden könne." - 5)

Für die Errichtung der neuen Schule wurde vom Colon Bennemann ein besserer Bauplatz durch Tausch erworben. Der Vertrag wurde erst am 28. Januar 1832 abgeschlossen. Er hat folgenden Wortlaut:

- "Vor dem unterzeichneten Justiz-Commissar und Notar und zu diesem Akt berufenen unten zu benennenden Instruments-Zeugen 6)

1, der Herr Bürgermeister Perizonius 7)

2, der Colon Caspar Spiefeld zu Obermahsen [Spielfeld]

3, der Wirth Diederich Heinrich Kellerkamp daselbst

4, der Colon Heinrich Wilhelm Wiehsele

1) Colonen = persönlich freie, aber wirtschaftlich von ihren Grundherrschaften abhängige Bauern

2) contribuabel = zur Grundsteuer verpflichtet

3) repartieren = anteilmäßig umlegen

4) Brinksitzer = Kleinbesitzer (Kleinkötter) verfügen nur über einen geringen Grundbesitz, arbeiten als Tagelöhner

5) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 633

6) Instrument = früher Urkunde

7) Heinrich Georg Perizonius seit 1829 Bürgermeister in Unna, freiwilliger Jäger von 1813

5, der Colon Heinrich Wilhelm Heijermann daselbst

6, der Colon Ludwig Bennemann daselbst

Comparenten 8) welche dem Notar von Person und als dispositionsfähig bekannt sind, verlangten die Aufnahme eines Tausch-Contracts, zu welchem Ende sie erklärten. Nach dem in beglaubter Abschrift beiliegenden Protokolle vom 18ten December 1829 seien die Komparenten sub 2. 3. 4. & 5. von der Schulgemeinde Obermahsen zu Repräsentanten Behufs Abschließung der bei dem Schulbau vorkommenden Contracte erwählt, in dieser Eigenschaft bschließen sie den nachstehenden Contract ab, der Herr Bürgermeister Perizonius trete demselben als Vorstand der Schulgemeinde und Praeses des Schul Vorstandes zu Obermahsen in externis bei.

Dieses vorausgesetzt wurde der Vertrag nachstehend aufgenommen:

§ 1

Der Colon Bennemann zu Obermahsen tritt der Gemeinde Obermahsen Behufs der Erbauung eines neuen Schulgebäudes daselbst von seiner Weide am Heumaltenbusch Flur VII Nr. 311 einen Raum von fünf und achtzig Ruthen 9) fünf und zwanzig Fuß ab, wogegen die Schulgemeinde dem Colon Bennemann den die nemliche Größe habenden sogenannten Schulgarten in der Gemeinde Obermahsen Flur VIII Nr. 231 abtritt.

§ 2

Die von dem g. Bennemann abgetretene Fläche wird zunächst zum Bau des Schulhauses verwendet, was hierzu nicht erforderlich, wird so abgetreten, daß es zu dem sogenannten Kuhgarten, welcher wieder zum Schulgarten gemacht werden soll, hinzugelegt werden kann, und dieser eine regelmäßige Figur erhält.

§ 3

Die Gemeinde läßt eine lebendige Hecke um den Platz, welchen Bennemann abtritt, anlegen, wogegen dieser denselben neun Jahre durch einen Zaun einfriediget, bis wohin die anzulegende Heckey keine Schutzwehr mehr bedürfen wird.

§ 4

Besitz und Eigenthum der vertauschten Grundstücke gehen mit Vollziehung dieses Vertrages über.

8) Comparenten (Komparenten) = Erscheinende vor einer Behörde

9) Ruthe (Rute) = Längenmaß (Preußen 1819-1871) = 12 Fuß = 3,766 m

§ 5

Die Kosten der Vermessung und des gegenwärtigen Dokuments übernimmt die Schulgemeinde, und wird der Werth des vertauschten Grundstücks zu 100 rtl angegeben.

§ 6

Der Colon Bennemann behält sich die Genehmigung seines Gutsherrn des Freiherrn von Sydow zu Wischlingen bevor, so wie sich auch die Schul-Repräsentanten Bestätigung dieses Contractes seitens der Königlichen Regierung zu Arnsberg vorbehalten.

§ 7

Beide Theile verzichten auf den Einwand der Verletzung über die und acceptieren alle in diesem Contracte enthaltenen Clauseln und Bedingungen.

Worüber gegenwärtige Urkunde angenommen und den Contrahenten zur Durchlesung Genehmigung und Unterschrift vorgelegt wurde.

Gelesen und genehmigt

Perizonius

Heinrich Wilhelm Heiermann

Heinrich Wilhelm Wiehsele

Diederich Heinrich Kellerkamp

Ludwig Bennemann

Wir der Notarius und die Zeugen Privatsecretär Johann Heinrich Drupp und Friedrich Wilhelm Hüttemann zu Unna wohnhaft

attestiren hiermit unter unserer Unterschrift und Beidrückung des Notariatsiegels, daß vorstehender Contract vor uns und unter unserer Zuziehung abgeschlossen und diese darüber aufgenommene Urkunde von den Contrahenten in unserer Gegenwart durchgelesen, genehmigt und eigenhändig unterschrieben ist.

Unna, den 28ten Januar 1832

gez. Adolph Wilhelm Rademacher, Justizkommissar zu Unna und Notar im Departement des Königlichen Oberlandes Gerichts zu Hamm

gez. Johann Heinrich Drupp als Zeuge

gez. Friedrich Wilhelm Hüttemann als Zeuge " - 10)

Am 19. Februar 1832 genehmigte der Eigentümer des Bennemannschen Colonats Conrad von Sydow zu Wischelingen den Kaufvertrag. Im März gab die Königliche Regierung zu Arnsberg dazu

ihre Zustimmung. Damit hatte die Schulgemeinde ein gutgelegenes Grundstück für den Bau eines neuen Schulhauses "mit Obstbaumschule und Vorplatz" in einer Größe von 85 Quadratrueten und 25 Quadratfuß (ca 1208 m²) erhalten. 11)

Erst am 10. Dezember 1832 werden die Bauarbeiten vergeben. Den Auftrag dazu erhielt der Gastwirt Kellerkamp für sein Gebot in Höhe von 1239 Reichstalern. Nach einjähriger Bauzeit wurde am 13. Dezember 1833 die neue Schule mit Schulstube und Lehrerwohnung bezogen. Für die Schulstube waren neue "Utensilien", darunter auch ein neuer Ofen, angeschafft worden, nur die alten Bänke wurden weiter benutzt.

Das alte Schulhaus wurde an Gottfried Kellermann verkauft, der den Kaufpreis "ad 253 rtl" am 8. Juni 1834 vollständig an die Schulkasse in Obermassen entrichtet hatte. 12)

Dieser Betrag wurde zur Deckung der Baukosten verwendet. Für den gleichen Zweck mußten weitere "Communal-Grundstücke" verkauft werden. - Die endgültige "Rechnung über Einnahmen und Ausgaben der zum neuen Schulhausbau der Gemeinde Obermassen verwendeten Gelder" lag erst am 29. Dezember 1838 vor. Danach betrugen die Einnahmen 1526 Reichstaler, 5 Silbergroschen und 4 Pfennige und die Ausgaben 1543 Reichstaler, 3 Silbergroschen, 6 Pfennige. 13)

Wegen der Finanzierung der Baukosten kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der ev. Schulgemeinde Obermassen und dem Freiherrn von Romberg, dem Besitzer von Haus Massen. Dieser weigerte sich dafür einen Beitrag zu leisten, da er sich nicht als Mitglied der Schulgemeinde betrachtete, zu der die Obermassener Hausväter gehörten, deren Kinder die Schule besuchten. Die Schulgemeinde klagte gegen ihn und erhielt Unrecht. Die ihm zugedachten anteiligen Kosten mußten niedergeschlagen werden.

Vom Jahre 1859 an, als die Schächte Massen I/II in Förderung gingen, begann sich die Zusammensetzung der Massener Bevölkerung grundlegend zu ändern. Aus den alten Bauerndörfern mit einer überschaubaren Zahl von Einwohnern wurden ständig wachsende Bergarbeitergemeinden. Mit der schnell wachsenden Belegschaft der Schachanlage wuchs auch die Einwohnerzahl in Ober- wie in Niedermassen. Ständig wachsende Einwohnerzahlen bedeuten auch steigende Schülerzahlen. So wurde in den Jahren 1874/75 für Obermassen der Bau eines neuen Schulhauses erforderlich, da die

11) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 506

12) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 506

13) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 506

bisherige Schulstube für die große Kinderzahl - "durch Zuzug von außerhalb" - längst zu klein geworden war. Das Vorhaben wurde am 1. September 1874 von der Königlichen Regierung in Arnsberg genehmigt. Danach wurde wohl unverzüglich mit dem Bau nach dem Plan des Privatarchitekten Sültefuß aus Unna-Königsborn begonnen. Auf dem vorhandenen Schulgelände entstand ein neues Schulhaus: ein zweistöckiger Mittelbau mit zwei Seitentrakten. Der Mittelbau enthielt die Dienstwohnungen für zwei Lehrer, jeder Flügel einen Klassenraum. Für die "Bedürfnisanstalt" und die Stallungen der Lehrer errichtete man ein besonderes "Wirtschaftsgebäude".

Mit der Fertigstellung im Jahre 1875 wird die Schule dann zweiklassig. Da man bei den Planung nur von der gerade vorhandenen Schülerzahl ausgegangen war, die zukünftige Zunahme der Einwohnerzahl ganz außen acht ließ, wurde auch die neue Schule für eine ständig wachsende Schülerzahl bald zu klein. Aus der zweiklassigen wurde zwangsläufig eine dreiklassige Schule mit zwei Lehrkräften. 14) Die Raumnot in der Obermassener Schule wurde zu einem Dauerproblem für die zuständige Schulgemeinde.

Die Einrichtung einer kath. Volksschule machte das Schulraumproblem in Obermassen nun noch komplizierter. Die Initiative für die Gründung dieser Schule ging vom Amt Unna-Kamen aus, denn im Dorf gab es 1888 bereits 70 schulpflichtige kath. Kinder. Am 25. November dieses Jahres beschloß die Gemeindevertretung, einen "besonderen Elementarunterricht" einzurichten und dafür einen kath. Lehrer mit einem Jahresgehalt von 1050 M einzustellen. Diesem Beschluß war die Zustimmung des Schulvorstandes der ev. Schulgemeinde in Obermassen vorausgegangen, die das alte Schulgebäude aus den Jahren 1832/33 unentgeltlich dafür zur Verfügung stellte. Auf Beschluß der Gemeindevertretung vom 14. Oktober 1889 wurde das alte Haus als "Schullokal" für die kath. Schule eingerichtet.

Die Königliche Regierung in Arnsberg erklärte sich dann am 30. Oktober 1889 mit der Bildung einer kath. Schulgemeinde aller kath. Hausväter in Obermassen einverstanden. Sie ordnete aber an, daß deren Etat von der politischen Gemeinde übernommen werden mußte. Am 1. Mai 1890 wurde die einklassige kath. Volksschule Obermassen übergeben. An der Eröffnungsfeier nahmen Pfarrer Briskens, Amtmann Kemper, Gemeindevorsteher Bennemann, die Schulvorsteher

14) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 470

Dieckmann und Zander, deren Stellvertreter Lennemann und Kreften und die Mitglieder der Gemeindevertretung teil. Als Lied wurde "Alles meinem Gott zu Ehren" gesungen. 15)
Zum Unterricht waren 73 Kinder angemeldet worden. Darunter waren auch kath. Kinder aus Niedermassen und aus Wickede. Aus Niedermassen kamen die Zehn- bis Vierzehnjährigen, während die Sechs- bis Zehnjährigen am Unterricht der dortigen Schule ohne kath. Religionsunterricht teilnehmen mußten. Die Kinder aus Wickede wohnten in der Nähe der Schachtanlage Massen I/II an der Grenze zu Obermassen. Für jedes überwiesene kath. Schulkind hatten die Gemeinden Niedermassen und Wickede ein jährliches Schulgeld von 15 M zu entrichten. - Dem kath. Lehrer stand weder eine Dienstwohnung noch ein Garten zur Verfügung.

Mit der Einrichtung der "Heideschule" trat dann wohl eine geringfügige Entlastung ein. Am 24. November 1891 forderten Bewohner der Obermassener Heide - "Eickelberg und Genossen" - den Bau einer eigenen Schule. Dieser Wunsch ging dann schon 1892 in Erfüllung. An der entscheidenden Sitzung am 19. April im Hause des Hilfsweichenstellers Eppmann nahmen folgende Herren teil: der zuständige Regierungskommissar, der Kreisschulinspektor zur Nieden, vom Schulvorstand Amtmann Kämper, Pastor Cremer, Pastor von Velsen und die Schulvorsteher Bennemann und Höttemann, dann der Gemeindevorsteher Bennemann und die Gemeindeverordneten Kellerkamp, Coert, Höttemann, H. Kissing und Groß.

- "Nach eingehender Besprechung und Besichtigung der Schulwege von der Obermassener Heide bis zum Schulhause in Obermassen wurde einstimmig vom Schulvorstande und der Gemeindevertretung beschlossen:

Wir erklären uns damit einverstanden, daß für die Kinder aus Obermassener Heide in Obermassener Heide ein Schulzimmer angemietet, eine einklassige Schule errichtet und ein alleinstehender Lehrer angestellt wird. Die politische Gemeinde Obermassen übernimmt die Kosten für das Lehrergehalt, für Anmietung des Schulraumes und Instandsetzung des Letzteren und Beschaffung der Subsellien." 16)

Für einen jährlichen Mitpreis von 150 Mark wurden im Hause des Hilfsweichenstellers Eppmann zwei Zimmer gemietet und durch Wegnahme einer Wand in einen Klassenraum umgewandelt. Zum

15) Chronik der kath. Volksschule Obermassen

16) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 633

Beginn des Wintersemesters 1892 konnte der Unterricht aufgenommen werden. Aber erst im Januar 1898 wurde das fertiggestellte und bereits bezogene Schulhaus abgenommen. Im Dorf selbst wurde das alte Problem des fehlenden Schulraumes 1893 wieder akut. Durch den anhaltenden Zustrom von Bergarbeitern zur Massener Zeche waren die Schülerzahlen an beiden Schulen so angestiegen, daß die vorhandenen Klassenräume und die Zahl der Lehrer für einen geordneten Unterricht nicht mehr ausreichten. Für die ev. Schule mußte im April die dritte Lehrerstelle eingerichtet werden.

In der Scheune des Späh'schen Hofes wurde ein drittes Klassenzimmer ausgebaut. Dieser an das Schulgrundstück angrenzende Hof war auf Beschluß der Gemeindevertretung und des Schulvorstandes vom 21. Dezember 1891 für 12000 M. angekauft worden. Dadurch hatte sich der Schulhof um das Doppelte vergrößert, an ihn schlossen sich nach Westen die Gärten für die Lehrer an. 17)

Auch für die 86 Kinder der kath. Schule war die Schulstube längst zu klein geworden. Hier griff die Zeche helfend ein. Durch die Wegnahme zweier Wände wird das Klassenzimmer auf 11,89 x 5,56 m vergrößert. 18) - Eine spürbare Entlastung brachte am 10.1. 1899 die Eröffnung der kath. Volksschule in Niedermassen am 10.IV.1899. Die Zahl ihrer Schüler ging von 99 in 1898 (davon 62 aus Obermassen) auf 72 zurück und fiel auf 58 im Jahre 1900.

Dagegen stiegen die Schülerzahlen der ev. Schule unaufhaltsam weiter auf 260 im Jahre 1900, dann auf 277 in 1903 an. So mußte im April dieses Jahres für die Schule die vierte Lehrerstelle eingerichtet werden. Um die Raumnot endgültig zu beheben, beschloßen Schul- und Gemeindevertretung in einer gemeinsamen Sitzung am 14. Mai den Bau einer vierklassigen Schule. Als Baukosten wurden 20000 Mark bewilligt. Ein gutes Jahr später konnte die Schule, die an der Nordostseite des Schulhofes erbaut wurde, bezogen werden. 19)

Sie wurde am 31. August 1904 vom Ortsschulinspektor Pfarrer Cremer aus Unna im Beisein zahlreicher Gemeindeglieder eingeweiht. Man hatte auch wahrlich Grund zum Feiern. Die Kinder wurden im Wilhelm'schen Saale mit Kuchen und Limonade bewirtet. Für die Erwachsenen fand ein gemeinsames Essen im Saale des Wirtes Middendorf statt. In dem neuen Gebäude erhielten die 75 Kinder

17) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

18) Chronik der kath. Volksschule Obermassen

19) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

der kath. Volksschule endlich einen angemessenen Klassenraum, während von der ev. Schule drei Räume benutzt werden konnten. Für diese Schule wurde gleichzeitig die fünfte Lehrerstelle eingerichtet.

Die Schulraumnot in Obermassen war aber erst endgültig behoben, als am 23. August 1910 die 113 Kinder der kath. Schule ein eigenes Gebäude mit zwei Klassenräumen erhielten, dessen Bau bereits im September 1909 beschlossen worden war. Es ist gegenüber der ev. Schule an der Südseite des Schulhofes errichtet worden. Für die Einrichtung wurden 32 viersitzige und 4 zweisitzige Schulbänke, 2 Pulte, 2 Schränke, Gardinen, 2 Öfen, eine Wandtafel, Bilder für den biblischen Unterricht mit Wechselrahmen und 2 Kaiserbilder angeschafft.

Die zweite Lehrerstelle dieser Schule ist am 1. April 1909 eingerichtet und besetzt worden. Die Schülerzahl stieg bis Ostern 1911 auf 122 Kinder an. - Die ev. Volksschule wurde 1906 sechsklassig, ihre Schülerzahl stieg bis 1911 auf 331 Kinder an.

III

Die Schulentwicklung in Niedermassen bis 1911

Ähnlich wie in Obermassen verlief in Niedermassen die Entwicklung des Schulwesens. Auch hier beschloß 1828 die Schulgemeinde den Neubau ihrer Schule. Im Sitzungsprotokoll vom 17. September heißt es kurz und bündig:

- "In dem heutigen Termin wurde der Neubau eines Schulhauses beschlossen. Die Anwesenden waren einstimmig der Meinung, daß die Kosten auf die Gemeinde repartirt werden müßten, die ... Matricul 1) zum Maasstabe genommen werden müsse und danach die Kosten zu vertheilen seyn würden.

Das Schulhaus müsse aber auf der nemlichen Stelle erbaut werden, wo gegenwärtig das Schulhaus stehe, indem ein mehr bequemer Platz für die Schule im Dorfe nicht zu ermitteln sei." - 2) An der Sitzung nahmen alle drei Prediger aus Unna, Trippler, Hoffmann und von Velsen, seitens des Gemeinderates der Colon Heckmann und seitens der "Eingesessenen" 24 Colonen teil. Mit der Durchführung dieses Beschlusses wurden aus der Mitte der Teilnehmer einige vertrauenswürdige Männer, nämlich die "Eingesessenen" H. Hueck, Heckmann, Lensmann, Schede, Korte, Meister Becker und Günnemann von der Renerdorf Mühle beauftragt.

- "Was diese unter Zustimmung der Hohen Landes Regierung fernerhin beschließen und anordnen möchten, daß solle so angesehen werden, als ob solches von der ganzen Gemeinde beschlossen worden sey, und es solle also in dieser Hinsicht deren Vollmacht uneingeschränkt seyn." 2)

Nach den Vorstellungen dieser Kommission wurde der Klassenraum größer gebaut, als es anfangs geplant war. Man wollte "einer baldigen kostspieligen Vergrößerung vorbeugen."

Nach der Fertigstellung des Neubaues und seiner Abnahme am 21. Mai 1835 wurde das alte Schulhaus abgebrochen. Die "alten Utensilien" wurden verkauft.

Wie in Obermassen wurde auch in Niedermassen diese Schule bald zu klein. Bereits 1842 war mit 81 Schülern, 42 Knaben und 39 Mädchen die zulässige Meßzahl für eine einklassige Schule erreicht worden. Nach 1859 ließ der ständige Zuzug der Bergarbeiter die Schülerzahl unaufhaltsam ansteigen. So mußte 1872 auf Anordnung des Kreisschulinspektors Halbtagsunterricht durchgeführt

1) Matricul = Matrikel = Liste, hier vermutlich Grundsteuerliste

2) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 633

werden, da die Schulstube die große Schülerzahl nicht mehr fassen konnte. Als dann 1874 157 schulpflichtige Kinder gezählt wurden, mußte die Schulgemeinde handeln. Der Beschluß zum Bau einer neuen Schule wurde erst 1876 gefaßt. Vom Bauern Lenzmann wurde ein dafür geeignetes Grundstück "Am Sauort", an der Südseite des Hellwegs gelegen, drei Morgen und 26 2/3 Ruten groß, für 1700 Taler erworben. 3)

In dieser Angelegenheit schrieb Amtmann Kämper vom Amt Unna-Kamen am 1. April 1876 an den Königlichen Landrat in Hamm:

- "Zu der bisherigen einklassigen evangelischen Schule in Niedermassen gehören ca 130 schulpflichtige Kinder (eine Anzahl, welche die in der Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal - Angelegenheiten vom 15ten Oktober 1872 vorgeschriebenen Normal-Schülerzahl von 80 weit übersteigt, daher die Einrichtung einer zweiten Klasse und Anstellung einer zweiten Lehrkraft daselbst nothwendig erscheint.) Unterm 26ten November v. Js. hatten dann auch die Schulgemeinde-Vertretungen damit vorzugehen beschlossen, dabei aber gewünscht, daß als zweite Lehrkraft eine Lehrerin angestellt werde, damit dieselbe gleichzeitig den Unterricht in weiblichen Handarbeiten übernehmen könne. Was die Beschaffung des zweiten Unterrichtslokales nebst Lehrerwohnung anbetrifft, so wurde anfänglich gewünscht, das gegenwärtige Schulhaus durch An- oder Aufbau zu vergrößern und ließ man zu diesem Behufe von einem Sachverständigen eine Projektskizze anfertigen, die genaue Prüfung aller Verhältnisse führte jedoch zu der Ueberzeugung, daß es zweckmäßiger und dem allseitigen Interesse mehr entsprechen werde, das gegenwärtige Schulhaus vollständig intakt zu lassen und auf einem neu zu erwerbenden Grundstück ein ganz neues Schulgebäude vorläufig mit einem Unterrichtszimmer und einer Lehrerwohnung, jedoch so zu errichten, daß für den Fall des Bedürfnisses das 2.te Schulzimmer und die 2.te Wohnung angebaut werden können und solches unterm 28ten Februar c. 4) beschlossen.

Endlich wurde als geeigneter Bauplatz pp 5) das dem Landwirth Lenzmann zu Niedermassen gehörende Grundstück Flur 6

3) Chronik der ev. Volksschule Niedermassen [hier war später das Gemeindeamt]

4) c = currentis (lat.) = laufenden Jahres (veraltet)

5) pp = perge (lat.) = fahre fort bzw. usw.

Nr. 424 und 425 der Steuergemeinde Niedermahsen zur ungefähren Größe von 445 Ruthen ermittelt und die Erwerbung derselben zum Preise von 3 Thlr. 20 Sgr. = 11 Mk. pro Ruthe unterm 17. v. Mts. beschlossen bzw. mit dem Eigenthümer Lenzmann vorbehaltlich der höheren Genehmigung sofort vereinbart.

Gegen die Beschlüsse finde ich durchaus nichts zu erinnern und erlaube mir daher unter Ueberreichung der diesfälligen Verhandlungen vom 26. November v. Js., 28. Februar und 17. März d. Js. in beglaubigten Auszügen um deren geneigte Genehmigung gehorsamst zu bitten." - 6)

Der Amtsschimmel wieherte schon damals recht kräftig. Zweimal ging das Schreiben an das Amt Unna-Kamen zurück. Das erste Mal fehlten eine "Situationszeichnung" vom zu erwerbenden Grundstück und die "über die beiden Bau-Projekte entworfenen Skizzen". Beim zweiten Mal wollte man wissen, wie weit der geplante Schulneubau "von den zum Schulbezirk gehörigen Wohn-Plätzen entfernt liegt".

Am 6. Mai 1876 genehmigte die Königliche Regierung in Arnsberg den Ankauf des Grundstücks und bat um die Einsendung des Kaufvertrages. Die Ausarbeitung des Bauplanes sollte einem fähigen Architekten übertragen und die Bauzeichnung dann eingereicht werden. Die Besetzung der zweiten Schulstelle mit einer Lehrerin wurde abgelehnt. Im Schulinteresse verlangte man die Anstellung eines Lehrers, da "Lehrerinnen in gemischten Klassen nur in Ausnahmefällen angestellt werden". 7)

Die Königliche Regierung - "Abtheilung des Inneren" – in Arnsberg genehmigte am 14. März 1877 den Bau eines neuen Schulhauses mit einem zweistöckigen Mittelbau für zwei Lehrerwohnungen und zwei einstöckigen Seitenflügeln mit je einem Klassenzimmer. Den Plan dafür hatte, wie auch für die Schule in Obermassen, der Privatarchitekt Sültenfuß aus Unna-Königsborn entworfen. Er wurde dem Kreisbaumeister vorgezogen. Den Zuschlag für die Ausführung des Baues bekam der Landwirt Schmidt für sein Gebot in Höhe von 29400 M, der seinerseits die Bauarbeiten weiter vergab. So wurden die Maurerarbeiten von den Brüdern Heinrich und Friedrich Berthold, Königsborn, die Zimmer-, Schreiner- und Tischlerarbeiten von den Zimmermeistern Gottfried Degenhardt und Beisenherz, Dortmund, die Glaser- und

6) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 628

7) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 628

und Anstreicherarbeiten von A. Schroer, Unna, die Schmiedearbeiten von den Meistern Neuhaus und Köck, die Dachdeckerarbeiten von Andreas Heinecke und die Klempnerarbeiten von Drupp, Unna, ausgeführt. Mit dem Bau wurde noch 1877 begonnen, und am 1. Mai 1878 konnte das neue Schulhaus eingeweiht werden.

Ungeachtet der steigenden Schülerzahlen wurde das alte Schulhaus und die dazugehörigen Ländereien im Herbst 1888 verkauft. Der Berginvalide Heinrich Steinhof erwarb das Schulhaus mit Garten und Hofraum für 1800 Taler. Das Ackerland in der Heide - Bodenklasse 4, 4 Morgen, 67 Ruten, 70 Fuß - kaufte für 1050 Taler der Schmiedemeister Neuhaus, den Garten an der Bleiche - Bodenklasse 2, 102 Ruten und 55 Fuß - für 1200 Mark der Landwirt Friedrich Nies und das Ackerland am Kortenort - Bodenklasse 2, 161 Ruten und 75 Fuß - für 900 Mark der Bergarbeiter W. Lanskrott. Vermutlich brauchte man das Geld zur Deckung der Baukosten. 9)

Die Niedermassener Eltern waren mit ihrer Schule keineswegs zufrieden. Über deren mangelhaften Bau wandten sie sich am 22. Februar 1879 mit einer Beschwerde an den "Königlichen Herrn Landrath, Freiherrn von Bodelschwingh, Hochwohlgeboren". In ihrer Eingabe behaupteten sie, daß bei der Ausführung des Baues weder Bauplan und Kostenanschlag, noch die Bedingungen der Submission eingehalten worden waren. Sie forderten daher eine Prüfung durch den Kreisbaumeister.

- "Vorerst sind die Schulräume zu klein; denn der Quadratraum derselben ist zwar für die gesetzliche Anzahl - 80 – Kinder bemessen, aber kein Raum mit in Rechnung gebracht für Flur, Gänge, Pult des Lehrers, Oefen und Gestelle, so daß entweder die vorhandenen und für den Neubau vorgesehene Anzahl Kinder nicht in die neu gebaute Schule untergebracht oder Oefen, Pult e.t.c. nicht in die Räume aufgestellt werden können; woraus folgt, daß wir in kurzer Zeit genöthigt sein werden, noch eine Schule zu bauen, gewiß nicht zum Vortheil der ohnehin schon schwer belasteten Gemeinde. Wäre daher nach dem ursprünglichen Plan des Kreisbaumeisters die Schule gebaut worden, so würden obige Uebelstände nicht eingetreten sein....

Bezüglich der Mängel ... führen wir nur einiges an:

- weiteres wird die Revision schon ergeben - Zunächst sind die Oefen oder vielmehr deren Kamine so beschaffen, daß

8) Chronik der ev. Schule Niedermassen

9) Chronik der ev. Schule Niedermassen

wegen des in der Schule eindringenden Rauches je nach Witterung und Windrichtung der Lehrer genöthigt ist den Unterricht auszusetzen, und ist dies in den letzten Wochen fünfmal vorgekommen. Schließlich führen wir noch an, daß der Privatbaumeister Sültefuß die Schulbänke hat anfertigen lassen statt aus eichenem Holze wie Vorschrift war, nur theils aus eichenem theils aus tannenem Holze." 10)

76 Dorfbewohner unterschrieben diesen Beschwerdebrief. Wie der Landrat auf ihre Eingabe reagierte, ist unbekannt.

In einem Punkte behielten die kritischen Eltern recht. Ihre neue Schule wurde schnell zu klein. Bereits seit Herbst 1878 mußte die Schule wegen der ständig steigenden Schülerzahlen auf Anordnung des Kreisschulinspektors, des Pfarrers Pröbsting zu Camen, dreiklassig geführt werden. - Im Jahre 1893 wurde bei einer Schülerzahl von 210 Kindern die Einrichtung einer dritten Lehrerstelle notwendig. Voraussetzung dafür war aber die Beschaffung eines dritten Unterrichtsraumes. So wurde im Dezember 1893 zunächst die Möglichkeit erwogen, durch die Aufstockung der beiden Klassenflügel zwei weitere Unterrichtsräume zu gewinnen. Da man die Durchführung dieses Planes für zu schwierig hielt, fand man eine andere Lösung. Gemeindevertretung und Schulvorstand der ev. Schulgemeinde Niedermassen beschlossen am 16. Februar 1894 in einer gemeinsamen Sitzung den Bau einer neuen einklassigen Schule mit Abortanlage ohne Lehrerwohnung. Das Vorhaben wurde wegen seiner großen Dringlichkeit bereits am 13. März von der Königlichen Regierung in Arnsberg genehmigt. Das benötigte Grundstück in einer Größe von 200 m², gegenüber der bestehenden Schule an der Nordseite des Hellwegs gelegen, erwarb man vom Landwirt und Vorsteher Middelschulte zum Preise von 14 Mark pro Quadratmeter. Der fertiggestellte Klassenraum wurde im August 1895 von der 2. Klasse in Benutzung genommen. Damit war die Errichtung und Besetzung der dritten Lehrerstelle möglich geworden. - Am 1. Juni 1896 wurde die 1. Lehrerstelle zur Hauptlehrerstelle erhoben und von 1897 an wurde die Schule vierklassig mit drei Lehrern geführt.

Aus dieser einklassigen Schule an der Nordseite des Hellweges entwickelte sich im Laufe der Jahre die Hellwegschule [Schillerschule]. Bereits 1898 wurde der einklassige Bau an seiner Nordseite um drei Klassenräume erweitert. Davon wurde ein Klassenraum unmittelbar nach seiner Fertigstellung und sofortigen Einrichtung

noch im Dezember in Benutzung genommen. In den beiden anderen Räumen unterrichtete man erst vom Frühjahr 1899 an. In diesem Vierklassenhaus erhielt auch die gerade eröffnete einklassige kath. Volksschule Niedermassen ihr Domizil. Bisher besuchten die kath. Kinder bis zum 10. Lebensjahr die ev. Schule in Niedermassen, die älteren aus dem Dorf nahmen am Unterricht der kath. Schule in Obermassen teil, während die kath. Kinder aus dem Ortsteil Reckerdingsmühle zur kath. Schule nach Königsborn mußten. Ohne große Feierlichkeiten nahm der Lehrer Hövel hier am 10. April 1899 den Unterricht auf. Noch im April stieg dann die Zahl der kath. Kinder auf 78 an. Durch den "Zuzug fremder Arbeiter", die auf den Schachtanlagen der Massener Zeche gebraucht wurden, war in der ständig wachsenden Einwohnerzahl auch der Anteil der kath. Bevölkerung größer geworden. Die Zahl der kath. Schüler war 1903 auf 120 angestiegen. Da sie nicht mehr in einem Raum untergebracht werden konnten, wurde die Schule mit Genehmigung des zuständigen Kreisschulinspektors Wolff in eine "Halbtagsschule" umgewandelt. Zur 1. Klasse gehörten die oberen sechs Jahrgänge mit ungefähr 75 Kindern. Die beiden unteren Jahrgänge mit zirka 45 Mädchen und Jungen bildeten die 2. Klasse. Im Juni 1903 mußte für diese Schule die 2. Lehrerstelle eingerichtet werden. 11)

Ständig wachsende Schülerzahlen zwangen die Gemeinde erneut zum Handeln. So wurde am 10. August 1902 beschlossen, das neue vierklassige Schulhaus um zunächst zwei Unterrichtsräume zu vergrößern und eine Wohnung für den Rektor einzubauen. Der Wunsch der Regierung, zum 1. Oktober 1903 für die ev. Schule einen Rektor einzustellen, wurde abgelehnt, man stimmte statt dessen für die Einstellung eines Lehrers. Dieser Beschluß rief die Königliche Regierung auf den Plan. Unter dem Vorsitz ihres Kommissars wurde am 12. Mai 1903 erneut darüber verhandelt. Nach langem Hin und Her beschloß man die Anstellung eines Rektors, der aber erst zu Beginn des Schuljahres 1904/05 sein Amt antreten sollte. Sein Grundgehalt wurde auf jährlich 1600 Mark festgesetzt, dazu kamen 400 Mark Mietsentschädigung und 180 Mark Alterszulage.

In der gleichen Sitzung am 12. Mai 1903 legte der Niedermassener Bauunternehmer Friedrich Wulff die Pläne für den Anbau der weiteren Klassen und der Wohnungen für den Rektor und den Schulwärter vor, der genehmigt wurde.

Das Bauvorhaben sollte 19000 Mark kosten und zum 15. September fertig sein. Eine

11) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

Woche später wurde der Plan grundlegend geändert. Unter Verzicht auf den Einbau einer Dienstwohnung für den Rektor sollte eine Dampfheizung installiert werden. Dadurch verteuerten sich die Baukosten auf 23000 Mark. 12)

Ostern 1904 - zu Beginn des Schuljahres 1904/05 - war die 3. Erweiterung, diesmal um 4 Klassenräume abgeschlossen. Sie lagen mit ihrer Front nach Süden, zum Hellweg hin, und nach Westen. In diesem neuen Trakt erhielt die kath. Volksschule endlich zwei Klassenräume, die von Westen her durch einen eigenen Eingang zu erreichen waren. Damit konnte auch der zweite Lehrer sein Amt antreten. Aus der Halbtagschule wurde eine dreiklassige mit 2 Lehrkräften. Zur Oberklasse gehörten die drei letzten Jahrgänge mit ungefähr 35 Jungen und Mädchen, zur Mittelklasse der 3., 4. und 5. Schuljahrgang mit etwa 45 Schülern, zur Unterklasse die beiden ersten Jahrgänge mit ebenfalls 45 Kindern. In der Oberklasse wurden 28, in der Mittelklasse 24 und in der Unterklasse 12 Wochenstunden erteilt, die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer betrug 32 Stunden. 13)

Noch ein viertes Mal mußte das Schulgebäude am Hellweg erweitert werden, als am 15. Mai 1908 der Anbau eines westlichen Flügels mit 4 Klassenräumen beschlossen wurde. Er war im Juli 1910 bezugsfertig. Das in seinem Kellergeschoß eingerichtete Brausebad wurde in der Zukunft von den Niedermassenern eifrig benutzt.

Der große Nutznießer dieser letzten Baumaßnahme war die kath. Volksschule, die im neuen Trakt drei Klassenzimmer erhielt, zwei "zu ebener Erde" und eines im 1. Stock. Eine Bodenkammer konnte als Lehrmittelraum eingerichtet werden. Damit waren die Voraussetzungen zur Einrichtung der 3. Lehrerstelle (Lehrerinnenstelle) geschaffen, die im Januar 1911 beschlossen und dann am 1. April des Jahres besetzt wurde. Ostern 1912 bildete man auf Grund der stark angestiegenen Schülerzahlen vier Klassenverbände, die von einer Lehrerin und zwei Lehrern betreut wurden. 14)

An der ev. Volksschule, die seit Ostern 1904 von einem Rektor geleitet wurde, waren zu dieser Zeit 9 Lehrkräfte tätig.

12) Chronik der ev. Schule Niedermassen

13) Chronik der kath. Volksschule zu Niedermassen

14) Chronik der kath. Volksschule zu Niedermassen

IV

Die Lehrer in den alten Gemeinden Ober- und Niedermassen

Die Schulfrage war von jeher auch eine Lehrerfrage: - "Aus welchen Leuten sich der Lehrerstand zusammensetzte, beweist die Verordnung vom 11. 11. 1722, daß zu Küstern und Schulmeistern auf dem platten Land keine anderen Handwerker als Schneider, Leineweber, Schmiede, Zimmerleute und Rademacher angenommen werden sollen". 1)

Friedrich II. ordnete in seinem Schul-Reglement an: - "Da es aber bei einer guten Schulverfassung vornehmlich auf einen rechtschaffenen Schulmeister ankommt, so ist hiernächst unser Wille, daß zu den Schulämtern auf dem Lande ins künftige recht tüchtige Leute gelangen mögen. Es müssen aber überhaupt auf dem Lande keine Küster und Schulmeister ins Amt eingewiesen und eingesetzt werden, bevor sie von den beiden Inspektoren examiniert, im Examen tüchtig befunden und ihnen ein Zeugnis der Tüchtigkeit mitgegeben worden. 2)

Wie verhielt es sich nun mit den Lehrern in den Massener Dörfern? Den ersten Schulmeister, dessen Namen wir kennen, gab es in Niedermassen. Er hieß Schriever, war von Beruf Schneider. 3) "Der Schneider galt als ein gewandter Mann, der auf dem Lande auch öfters den Hochzeitbitter [Hochzeitseinlader] darstellen mußte." 4)

Seines Amtes waltete er bis 1793. Dann wurde Caspar Diertich Wiesmann 4) - auch Wießmann geschrieben - sein Nachfolger, Er wurde in Ueltzen geboren, auf der "prima Schule" in Unna und bei den "damaligen Pfarrern" ausgebildet. Am 10. März 1831 ging er im Alter von 73 Jahren in Pension, da er nach Abnahme seiner geistigen und körperlichen Kräfte nicht mehr im Stande war, "der Schule von 100 Kindern vorzustehen." Er hatte 37 Jahre als Lehrer "fungiert". 5)

Als Wiesmanns Kollege unterrichtete in Obermassen Jobst Adam Nölle, lutherisch, in Langschede geboren. In der dortigen Dorfschule hatte er seine Ausbildung erhalten, von Beruf soll er Metzger gewesen sein. Im Alter von 83 Jahren war er

1) Stanger, a. a. O.

2) Brandt, a. a. O., S. 164

3) + 4) Rückert a. a. O., S. 210, 207

5) Göddenhof a. a. O.

1817 43 Jahre im Schuldienst, war vor Alter fast blind und nicht mehr fähig, "der Schule mit Nutzen vorzustehen". Wegen seines hohen Alters und der damit verbundenen "Dürftigkeit" wurde er in Pflege gegeben. - Sein Nachfolger Hartkopf hatte in Obermassen einen "Reihentisch". 6) Diese ersten Massener "Schulmeister" wurden wahrscheinlich noch nach handwerklichen Vorschriften oder Vorstellungen ausgebildet, wie es am Ausgang des 18. Jh. üblich war. Der angehende Lehrer stand gewissermaßen als "Lehrjunge" seinem "Schulmeister" im Unterricht für eine Reihe von Jahren zur Seite, bevor er selbständig tätig sein durfte. Ausgemusterte bzw. pensionierte Unteroffiziere, die z.B. von Friedrich II. gern als Schulmeister eingesetzt wurden, waren in den Massener Schulen nicht tätig.

Wegen ihrer recht mangelhaften Erfolge gerieten die Volksschulen, besonders wohl die ländlichen, in das Blickfeld der kritischen Reformer. In der Übergangszeit vom 18. zum 19. Jh. genügte der handwerklich ausgebildete Lehrer nicht mehr den Anforderungen, die an ihn gestellt wurden. Er entsprach nicht dem Idealbild vom Lehrer, der neben dem elementaren Unterricht auch erzieherisch wirken sollte. Die Schulreform begann folgerichtig mit der Neuordnung der Lehrerbildung.

Die notwendigen Anstöße dazu gingen in Preußen von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) aus, der 1809/10 im preußischen Innenministerium für das Bildungswesen verantwortlich war. Seiner Lebensauffassung entsprechend richtete er es unter Zurückdrängung der bisher üblichen reinen Standes- und Berufsausbildung auf reine Menschenbildung aus. Sein Mitarbeiter Ludwig Natorp 7) wurde zur treibenden Kraft bei der Neuordnung der Ausbildung der Volksschullehrer in Westfalen. Als Konsistorialrat in Münster wurde er damit 1816 vom Oberpräsidenten Ludwig Freiherr Vincke (1774-1844) beauftragt. Natorp sah in einer gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer, die über praktische Übungen und Anleitungen hinausgehen und theoretische Unterweisung und Anregung zur eigenen Forschung auf dem Gebiet der Pädagogik geben sollte, die unabdingbare Voraussetzung dafür. Seine Vorstellungen setzte er dann mit der Umgestaltung bzw. Neugründung des Soester Seminars in die Tat um. Es wurde 1816 vom Archigymnasium (bereits 1533 gegründet)

6) Göddenhof, a. a. O., und Chronik der ev. Volksschule Obermassen

7) Ploetz: Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Würzburg 1973, S. 136/37

getrennt und erhielt 1818 ein Internat, eine Präparandenanstalt (Seminarvorschule für Volksschüler) und eine Übungsschule für die praktische Ausbildung der Lehrer. Vom Jahre 1819 an wurden hier ev. Lehrer für die ganze Provinz Westfalen ausgebildet. Nach dem Soester Vorbild wurde 1825 zur Ausbildung von kath. Lehrern das Seminar in Büren eingerichtet. Im Laufe der folgenden Jahre werden weitere Lehrer- und Lehrerinnenseminare in Westfalen gegründet.

Den ersten Schulmeistern folgten nun auch in den Massener Dörfern wissenschaftlich ausgebildete Lehrer. Nach Nölle und Hartkopf wurde Middendorf, ein geborener Obermassener, Lehrer in seinem Heimatdorf, nach ihm sein Schwager Heckenberg, "ein trefflicher Mann aus dem Seminar zu Soest". 8) Aber er blieb nicht lange in Obermassen, da "keine Fonds 9) ausgemittelt wurden" und deshalb an den Rhein zog. Danach waren hier deshalb folgende Lehrer tätig: Müller, Eduard Schwirz, Högen, Karl Schmidt, Steinmann, Mesters, Vohwinkel, der 1846 von einigen Eltern kritisiert wurde, und Thelen (1873), zu dessen Zeit die Schule zweiklassig wurde. Thelen übernahm die Unterklasse, während die Oberklasse dem Lehrer Peter übertragen wurde, der am 1. September Obermassen verließ, um in Gleidorf (Kr. Meschede) eine Stelle als "Hausvater" zu übernehmen. Seine Stelle übernahm der Lehrer Pistor, der auch nur wenige Jahre in Obermassen blieb und am 1. Juni 1886 auf eigenen Wunsch nach Marienborn im Kreise Siegen versetzt wurde. Für ihn kam ebenfalls auf eigenen Wunsch der Lehrer Feldmann. Am 1. Oktober 1883 trat Thelen in den Ruhestand, seine Stelle wurde dem Lehrer Heinrich Grotjehann übertragen. Feldmann, der inzwischen wohl die Leitung der Schule übernommen hatte, wurde am 1. April 1894 zum Hauptlehrer ernannt und verwaltete diese Stelle bis zu seinem Tode im Februar 1901. Bereits seit 1898 an "Zuckerruhr" (= Diabetes mellitus) und einem Nierenleiden erkrankt, die zur Schwächung der Sehkraft und Erblindung führten, mußte er mehrmals vom Unterricht suspendiert und vertreten werden. 10)

Die große Anzahl der Lehrer, die im Laufe des 19. Jh. in Obermassen tätig waren, läßt sich auf einen starken Lehrerwechsel zurückführen, der mit ihrer schlechten Besoldung

8) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

9) Fonds, hier weitere Einnahmequellen neben der spärlichen Lehrerbesoldung

10) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

begründet werden kann.

Weniger stark war dagegen der Lehrerwechsel in Niedermassen. Auf den Schulmeister Caspar Wiemann folgten die Brüder Eduard (1834-1842) und Wilhelm Müller (1842-1878), der aus Wickede kam, wo er als Lehrer und "Cantor" tätig gewesen war. Dieser schrieb über sich:

- "Ich wurde am 24. Juni 1815 auf der Saline Königsborn geboren, wo mein Vater Knappschaftslehrer war. Bis zu meinem 13. Lebensjahr genoß ich unter seiner Leitung den nöthigen Elementarunterricht und besuchte dann die Rektoratsschule in Unna. Nach meiner Konfirmation wurde ich von meinem Bruder August, der Lehrer in Berleburg war, speciell zum Lehrfach vorbereitet und trat dann im Herbst 1835 in das Lehrerseminar zu Soest ein, wo ich im August 1837 mit dem Zeugnisse "gut bestanden" entlassen wurde. Vom 1. September bis zum 12. Oktober diente ich bei dem 16. Infanterie-Regimente in Düsseldorf und fungierte darauf drei Jahre als Hauslehrer bei dem Herrn Gutsbesitzer Schulze-Böing zu Derne bei Camen. Hierauf wurde ich, wie schon vorhin erwähnt, als 2. Lehrer und Cantor nach Wickede berufen und in Niedermassen am 2. Juni 1842 durch den Herrn Pfarrer Brockhaus in mein Amt eingesetzt." 11)

In Niedermassen war er nicht nur als Lehrer tätig. Im September 1865 wurde er als "Administrator" in die Verwaltung der gerade gegründeten Sparkasse des Amtes Unna-Camen gewählt. Er erlebte 1878 dann die Einweihung der neuen Schule. Als er am 1. November 1887 in den Ruhestand trat, wurde er von Se. Majestät, dem Kaiser und König, mit dem Adler des Königlichen Hausordens ausgezeichnet. Seinen Lebensabend beschloß er 1889 in Aplerbeck, im Hause seiner verwitweten Tochter.

Seine Nachfolge trat Wilhelm Mertin an, der 1878 in die 2. Lehrerstelle berufen worden und aus Witten an der Ruhr nach Niedermassen gekommen war. Am 1. Juni 1896 wurde er zum Hauptlehrer ernannt. - Die 2. Lehrerstelle erhielt am 1. November 1887 der in Hilchenbach geborene Karl Pickhan, der vorher in Werne und Langendreer tätig gewesen und im Seminar zu Hilchenbach ausgebildet worden war.

Als erster Rektor in Niedermassen wurde am 11. April 1904 Wilhelm Jansen vom Ortsschulinspektor, Pfarrer Cremer, in sein Amt eingeführt. Jansen, am 20. September 1860 in Soest als

11) Chronik der ev. Schule zu Niedermassen

des Schreinermeisters Cristoph Jansen geboren, wuchs in seiner Vaterstadt auf und hatte hier die vierklassige Volksschule, danach die städtische Rektoratsschule und anschließend das Seminar von 1878 bis 1881 besucht. Im Herbst 1882 diente er, wie es damals für Seminaristen üblich war, 6 Wochen beim Inf. Rg. 55 in Soest. Als Lehrer war er zunächst 17 Jahre in Deilinghofen im Kreis Soest tätig, bevor er nach Ablegung der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung nach Niedermassen kam.

In Obermassen wurde die Rektorstelle erst 1910 eingerichtet und dem Lehrer Karl Roer übertragen. Er war am 1. April 1893 in die 3. Lehrerstelle der ev. Volksschule berufen worden. Roer hatte vom 9. bis zum 11. November 1909 zunächst das Mittelschullehrerexamen und dann ein Jahr später am 8. und 9. November 1910 die Rektorprüfung abgelegt.

Als erster kath. Lehrer wurde am 1. Mai 1890 in Obermassen Ernst Ardelt eingeführt, der bis 1898 hier tätig war. Sein Nachfolger wurde Emil Sterbach. Beide waren im Seminar zu Rüthen ausgebildet worden. An der einklassigen kath. Schule in Niedermassen wurde am 10. April 1899 als erster Lehrer Karl Hövel eingeführt. Hövel, am 6. 5. 1878 in Arnsberg geboren und von 1895 bis 1898 ebenfalls in Rüthen ausgebildet, wurde am 1. Nov. 1902 nach Unna versetzt. - Die Lehrerstelle in der Obermassener Heide erhielt am 1. August 1892 der Schulamtsbewerber Karl Berthold.

Erst zu Beginn unseres Jahrhunderts nahmen, zunächst nur vereinzelt, auch Lehrerinnen an den Massener Schulen ihren Dienst auf. Für die ev. Volksschule in Niedermassen wurde die Einstellung einer Lehrerin vom Schulvorstand erst im August 1902 beschlossen. An der kath. Volksschule in Obermassen nahm am 1. April 1909 Fräulein Agnes Kaufhold ihren Dienst auf. Sie blieb nur ein Jahr in Obermassen, ging 1910 an die private höhere Mädchenschule nach Paderborn. An ihre Stelle trat Gertrud Metzger, die nach einem Jahr an die kath. Volksschule in Niedermassen versetzt wurde. Beide waren an den Lehrerinnenseminaren in Arnsberg bzw. in Werl ausgebildet worden. Mit der Schulamtsbewerberin Johanna Koch aus Unna nahm am 1. April 1911 die erste Lehrerin an der ev. Volksschule in Obermassen ihren Dienst auf. Die Einrichtung der Stelle war im März beschlossen worden.

V

Besoldung und soziale Stellung der Lehrer in den alten Gemeinden

Die Besoldung der ersten Schulmeister war kläglich. Ihre "Revenüen" - zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel - setzten sich aus verschiedenen Posten zusammen:

- aus den Erträgen, die sie durch die Bestellung des Schullandes erwirtschafteten,
- aus dem Wert der Naturalien, (zumeist wohl Getreide), die ihnen Mitglieder der Schulgemeinde zu liefern hatten,
- aus dem Schulgeld, das ihnen diejenigen Eltern zu zahlen hatten, deren Kinder die Schule besuchten,
- aus dem Kohlengeld.

Dazu kam das Recht auf freie Wohnung.

Über die Besoldung, die der Obermassener Schulmeister Jobst Adam Nölle bekam, wissen wir:

- "An Einkommen erhielt er von Grundstücken: ärmlich, 2 Scheffel 1) Ackerland, in der Höhe angeschlagen per Scheffel 2 Rt. Berliner Courant 2) macht 4 Rt. B. C. und ein Scheffel Ackerland zu 3 Rt. B. C., 1/2 Scheffel großen Garten mit Obstbäumen, angeschlagen zu 5 Rt. B. C., Summa 12 Rt. An Naturalien erhielt er 14 Rt. 8 Groschen von 8 Scheffel 3) Berliner Roggen, welche die Einwohner ihm versprochen gratis abzuliefern. Der Scheffel zu 1 Rt. 19 Groschen angenommen. An Schulgeld sollte er 50 Rt. bekommen. Dazu ist zu bemerken, daß die Schüler nur für die Zeit, die sie die Schule besuchen, das Schulgeld, und zwar monatlich mit 2 Groschen bezahlen, für die Monate aber, in welchen sie nicht zur Schule gehen, nichts entrichten. An Kohlengeld bezahlt jedes Kind 2 Groschen 6 Pfennig. Macht von 50 Kindern 5 Rt. 5 Groschen B. C. Dazu kommt freie Kohlenfuhr, welche wegen des näheren Weges zu 2 Rt. angeschlagen wird, macht Summa 7 Rt. 5 Groschen." 4)

1) Scheffel auch Scheffelsaat = Flächenmaß zur Aussaat von einem Scheffel Getreide, etwa 80 - 100 Quadratrußen, ca 2200 Quadratmeter

2) Rt. Berliner Courant (B. C.) = Reichstaler Berliner Währung

3) Scheffel, früheres deutsches Hohlmaß für schüttbare Körper, besonders für Getreide, 1 Scheffel Roggen = 40 kg.

4) Gödenhoff, a. a. O.

Stellen wir nun seine Einkünfte der besseren Übersicht wegen zusammen, so erhielt er:

- aus seinen Grundstücken 12 Rt.
- an Naturalien 14 Rt. 8 Gr.
- an Schulgeld, vorausgesetzt, daß auch alle Kinder zahlten 50 Rt.
- an Kohlengeld 7 Rt. 5 Gr.
- Summa: 83 Rt. 13 Gr.

Es war ein recht kärgliches Jahreseinkommen, das vom Unnaer Prediger Trippler am 3. Februar 1817 attestiert wurde.

In ihrer Sitzung am 15. September 1828 befaßte sich die Obermassener Schulgemeinde mit der Besoldung ihres Lehrers. Im Protokoll wurde festgehalten:

- "Hierauf wurde der 2te Punkt wegen der Verbesserung des Lehrergehaltes zur Sprache gebracht:

Derselbe hat bisher

- | | |
|---|--------------|
| 1) die Benutzung von 2 1/2 Scheffel Ackerland veranschlagt zu | 10 rtl |
| 2) Acht Scheffel B. Maaß Roggen à 1 rtl u. 15 Sgr 5) | 12 rtl |
| 3) an Schulgeld | 60 rtl |
| 4) an Kohlegeld | 5 rtl |
| | Summa 87 rtl |

Man glaube der Äußerung in dem Protokolle vom 17ten July 1827 getreu bleiben zu müssen, dahin lautend: daß sich die Gemeinde verpflichte der bisherigen Rente des Schullehrers nach Kräften noch erforderliches zuzusetzen, so daß der Lehrer zufrieden seyn könne und die Glieder der Schulgemeinde nicht gedrückt werden.

Deshalb sey man der Meinung, daß da der Lehrer freye Wohnung und Garten habe, der Rest von dem ermittelten und vorstehend in Zahlen ausgeworffenen Gehaltes bis zu der Summe von Einhundert Rthlr B. C. jährlich aus der Casse entnommen und durch den Communal Etat für dessen Herbeischaffung gesorgt werde." - 6)

Ähnlich erbärmlich wie Jobst Adam Nölle wurde auch der Niedermassener Schulmeister Caspar Dietrich Wiesmann besoldet. Sein Einkommen betrug 1817 93 Rt und 17 Sgr.

5) Sgr = Silbergroschen = 12 Pfenning, 30 Sgr = 1 Taler

6) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 633

Zu Seite 27

Hebezettel für den Schullehrer zu Niedermassen

1 Die Wohnung mit Stallung wird angeschlagen jährlich zu 20 " "

2 Die zur Lehrerstelle gehörigen Grundstücke sind umstehend verzeichnet und betragen 6 Morgen 18 Ruth. 60 Fuß, die Einkünfte davon werden veranschlagt zu 50 " "

3 15 Preußische Scheffel ⁺⁾ Roggen, werden um Martini jeden Jahres geliefert, werden veranschlagt durchschnittlich zu 20 " "

4 Das Schulgeld zu 1 Rth pro Kind macht für 100 Kinder 100 " "

5 Fünfzig Scheffel Steinkohlen zur Heizung der Schulstube werden von der Gemeinde frei angefahren. Der Fuhrlohn pro Scheffel zu 2 1/2 Sgr gerechnet, macht 4 5 "

Summa der Einkünfte incl: Wohnung	194	5
-----------------------------------	-----	---

Aufgestellt zu Niedermassen den 4. März 1842

Der Schulvorstand

Brockhaus

Wulff

Lenzmann

Quast

Nach jetzigem Durchschnitts Preise beträgt der Preis des Roggens 31 21 3

Es besuchen augenblicklich 114 Kinder die Schule

⁺⁾ Scheffel, Hohlmaß - 1 Scheffel Roggen entspricht 40 kg
Chronik der ev. Volksschule Niedermassen

Auszug
aus
der neuen Grundsteuer-Mutterrolle der Steuergemeinde Unna

Art: 237 Gemeinde Niedermassen

	N ^o der des Flur Grund stücke		Name der Flurabthei- lung	Cultur- art	Clas- se	Flächen- inhalt			Reinerlös		
						M	R	F	Thl	Sgr	Rf
1	5	19	In der Heide	Ackerl.	4	4	67	70	6	21	7
2	6	128	Niedermassen	Schule Hofr.	1	"	5	60	"	5	4
3	"	125	das	Garten	2	"	40	"	1	8	9
4	"	215	an der Blei- che	Garten	2	"	102	55	3	6	10
5	"	316	Kortenort	Ackerl.	2	"	161	75	3	28	8
Summa						6	18	60	17	11	2

Schulchronik der ev. Schule zu Niedermassen

Davon flossen ihm aus den Grundstücken - Garten, Ackerland und Kuhkamp - und freier Wohnung 19 Rt zu, an Naturalien erhielt er 15 Scheffel Roggen, an Schulgeld wurden ihm 47 Rt gezahlt, wenn alle Eltern pünktlich und gewissenhaft zahlten. So war er mit seinem Gehalt keineswegs zufrieden, und in der Sitzung der Schulgemeinde, die am 17. September 1828 stattfand, wurde darüber verhandelt.

- "Hierauf wurde der 2te Punkt wegen des Lehrers Gehalt zur Sprache gebracht. Die Anwesenden erklärten wie der gegenwärtige Lehrer Herr Wiesmann, mit den bisherigen Revenüen, so lange er im Amte bleibe, zufrieden seyn müsse. Möchte derselbe aber abgehen, so sey man damit einverstanden, daß dem nun anzustellenden Lehrer ein Gehalt von 200 rtl B. C. (einschließlich ?) freye Wohnung und Garten ermittelt werde. Man glaube nun, daß die bisherigen Einkünfte jene Summe beinahe erreichen würden. Indessen war man nach dem Vorschlage des Csp. Hueck allerseitig damit einverstanden, daß der etwaige Ausfall bis zu der Summe von 200 rtl jährlich aus der Communal-Casse entnommen werde." - 7)

Am 12. 5. 1830 betrug nach einer Aufstellung sein jährliches Einkommen 182 Rt. und 22 Sgr. Als er mit 73 Jahren aus dem Schuldienst ausschied, wurde ihm eine jährliche Pension von 80 Rt bewilligt.

In Obermassen versuchte man 1834, das Lehrergehalt in anderer Weise aufzubringen. Der Schulgeldzwang sollte aufgehoben und das Lehrergehalt sollte durch eine Umlage von allen Mitgliedern der Schulgemeinde aufgebracht werden. Diese sollte nach dem Grundsteuerfuß bemessen werden. Es blieb aber bei dem alten Verfahren, da dieser Vorschlag an Einsprüchen scheiterte. 8)

Als Lehrer Wilhelm Müller seinen Dienst in Niedermassen begann, bekam er 1842 nach dem vorliegenden Hebezettel ein Jahresgehalt von 194 Rt. und 5 Sgr. Es setzte sich aus den uns bekannten, damals üblichen Posten zusammen: dem mietfreien Wohnen, den Erträgen der zur Lehrerstelle gehörenden Grundstücken, den Naturalien, die er erhielt, dem Schul- und Kohlegeld. Sorgfältig hat er in der Schulchronik alle diejenigen Personen aus Niedermassen genannt, - "welche die Verpflichtung haben, an den Lehrer hiesiger Ge-

7) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 633

8) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 419

meinde Martini jeden Jahres einen Canon, bestehend in Roggen zu liefern. Das zu liefernde Korn beträgt im Ganzen 17 1/2 Scheffel alt Unnaer Maß, oder beinah 14 1/2 Scheffel Berliner Maß

1. Rittergutsbesitzer Overweg 1 Sch.
die Landwirthe
2. Lenzmann 1 Sch.
3. Schnepper 1 Sch.
4. Freckmann 1 Sch.
5. C. Denningmann 1 Sch.
6. Korte 2 Sch.
7. Mertin 1 Sch.
8. Nies 1 Sch.
9. Quast 1 Sch.
10. Heckmann 1 Sch.
11. Scheele 1 Sch.
12. Schmidt 1/2 Sch.
13. Löddemann 1/2 Sch.
14. Buse 1/2 Sch.
15. Schüler 1/2 Sch.

die Kötter

- 16, G. Lunke 1/2 Sch.
17. Maßmann 1/2 Sch.
18. Maßmann 1/2 Sch.
19. Kaufmann Müller 1/2 Sch.
20. Fruchthändler Hueck 1/2 Sch.
21. Schmied Kieserling 1/2 Sch.
22. Schuster Graas (Volkmer) 1/2 Sch." - 9)

Sein Obermassener Kollege mußte sich 1846 mit 170 Rt und 15 Sgr zufrieden geben, seine Bezüge setzten sich aus Naturalien und Geldbeträgen zusammen. So hielt er nach einer Aufstellung vom 29. Oktober:

- "1. Das Schulhaus verbunden mit der Lehrerwohnung hat einen örtlichen Mietwert von 16 Rt

2. Für den Garten Flur 7 Nr. 308, groß 49 Ruthen 25 Fuß werden angesetzt 2 Rt
3. Für das Land auf dem Kukuk, Flur 8 Nr. 44 groß 174 Ruthen 30 Fuß 6 Rt 15 Sgr
4. Für das Land in der Heide Flur 8 Nr. 69 groß 1 Morgen, 87 Ruthen, Reinertrag 2 Rt
15 Sgr 10 Rt
5. Für das Land in Wellingloh, Flur 8 Nr. 2 groß 5 Morgen, 167 Ruthen, 40 Fuß 16 Rt
6. Für die Weide am Hofe, Flur 7 Nr. 300/2 groß 80 Ruthen, 25 Fuß 3 Rt
7. An Schulgeld kommt durchschnittlich ein 90 Rt
8. Aus der Gemeindekasse der Gehaltszuschuß 25 Rt
9. Für das Reinigen der Schulstube, des Schornsteines pp 2 Rt

Summa 170 Rt 15 Sgr 10)

9) Schulchronik ev. Volksschule Niedermassen

10) Staatsarchiv Münster, Unna Nr. 419

Zudem mußte er die Schulstube unentgeltlich heizen, da die Entschädigung dafür im Schulgeld enthalten war. Im Lehrergehalt war das Schulgeldaufkommen ein ständiger Risikoposten. Da in den Nachweisen nur die Sollbeträge eingesetzt wurden, verursachten säumig oder nicht zahlende Eltern laufend Defizite. So verlangte Vohwinkel im Mai 1850 die Erstattung eines Fehlbetrages, denn statt der veranschlagten 90 Taler waren nur 80 Taler Schulgeld eingekommen. In seinem Antrag machte er geltend, daß ihm ein Dienst Einkommen von 170 Taler zugesichert worden war. Für die Jahre 1856 und 57 erhielt er eine Gratifikation von 10 Talern. Als Thelen in Obermassen angestellt wurde - vermutlich Anfang der 70ziger Jahre - betrug sein Gehalt 199 Taler und 15 Silbergroschen. Das Gehalt des Niedermassener Lehrers Müller stieg 1876 auf 1350 Mark neben freier Wohnung und freiem Garten. Bei seinem Dienstantritt an der kath. Volksschule in Obermassen wurde der Lehrer Ardelt folgendermaßen besoldet:

- "Gehalt	1050 M
Reinigung des Schullokal	70 M
Brennmaterial	80 M
kleine Schulbedürfnisse	15 M
Mietsentschädigung	150 M 11)
Summa	1365 M " -

Er war also persönlich für die Reinigung und Heizung der Schulstube verantwortlich und hatte Kreide, Schwämme und Tinte zu kaufen. Im Jahre 1895 wurde sein Gehalt auf 1200 M und die Mietsentschädigung auf 240 M erhöht.

Aus dem gleichen Jahr finden wir zur Frage der Lehrerbesoldung in der Chronik der ev. Volksschule in Obermassen den nachfolgenden Beitrag:

- "Anfänglich, als in der Gemeinde noch besonderes Schulgeld erhoben wurde, war das Dienst Einkommen der Lehrpersonen sehr gering. Erst als die Schulen kommunalisiert wurden, 12) besserten sich die Lehrergehälter. Längere Zeit betrugen sie 1050 Mark nebst Wohnung resp. Mietsentschädigung für unverheiratete von 150 Mark und für verheiratete Lehrer von 200 Mark. Das Gehalt steigerte sich bis zu 1200 Mark." -

Am 1. Januar 1896 trat für die Gemeinden des Amtes Unna-Kamen eine neue Besoldungsordnung für ihre Lehrkräfte in Kraft, für die überörtliche bzw. staatliche Richtlinien galten. Bereits

11) Chronik der kath. Volksschule Obermassen

12) Auflösung der ev. und kath. Schulgemeinde in Obermassen 1893, in Niedermassen erst 1903

im November 1895 waren die Schulen darüber informiert worden.

- "Unna, den 13. November 1895

Hierdurch benachrichtige ich Sie, daß für die Lehrpersonen der dortigen evang. Schule eine Gehaltsordnung aufgestellt und von der Königlichen Regierung genehmigt worden ist, dieselbe tritt am 1. Januar 1896 in Kraft und lautet folgendermaßen: Das Grundgehalt wird auf 1200 Mark festgesetzt, wobei der Grundsatz, daß Lehrern innerhalb der ersten 5 Jahre nur 75 % zu gewähren sind, nicht berührt wird. Neben der staatlichen Alterszulage werden den Lehrern auch kommunale Alterszulagen von 300 Mark gewährt, zahlbar in 3 Raten zu je 100 Mark, darnach stellt sich das aus der Gemeindekasse zu zahlende Gehalt:

1. vom 1. bis zum 5. Dienstjahr auf 900 Mark
2. im 6. Dienstjahr 1200 Mark
3. vom 7. bis zum 11. Dienstjahr 1300 Mark
4. vom 12. bis zum 16. Dienstjahr 1400 Mark
5. vom 17. Dienstjahre an 1500 Mark

Neben diesem Bargehalte erhalten die verheirateten Lehrer eine Mietsentschädigung von 240 Mark, die unverheirateten eine solche von 150 Mark. - Die gegenwärtige im öffentlichen Schuldienst in Preußen zugebrachte Dienstzeit wird in allen Fällen vom Tage der provisorischen Anstellung voll in Anrechnung gebracht.

Der Amtmann gez. Kämper" - 13)

Ein für ganz Preußen gültiges Lehrerbesoldungsgesetz wurde 1897 erlassen. Nach ihm konnte die Höhe des Grundgehaltes und der Alterszulagen unterschiedlich nach den verschiedenen Teuerungsverhältnissen festgesetzt werden. So beschlossen die Massener Gemeindevertretungen ein Grundgehalt von 1300 Mark und Alterszulagen von 9 x 180 Mark. Unterschiedlich war die Höhe des Wohnungsgeldes (der Mietsentschädigung). In Obermassen erhielten verheiratete Lehrer 300 Mark, in Niedermassen dagegen nur 240 Mark, ledige Lehrer erhielten in Obermassen 180 Mark, in Niedermassen 150 Mark. Die Schulchroniken berichten dann, daß in Preußen im Jahre 1909 nach dem Gesetz vom 26. Mai die Lehrerbesoldung neu geregelt und das Grundgehalt auf 1400 Mark festgesetzt wurde. Dazu erhielten die Lehrkräfte an den Obermassener Schulen eine Ortszulage nach folgender Staffe lung:

13) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

vom 7. bis zum 12. Dienstjahre	100 Mark
vom 12. bis zum 20. Dienstjahre	200 Mark
vom 21. Dienstjahre ab	300 Mark.

Ein zweimaliger Beschluß des Schulvorstandes der kath. Schule Niedermassen, dem Lehrer eine Ortszulage von 600 Mark zu gewähren, wurde von der Königlichen Regierung in Arnsberg abgelehnt. Sie ordnete an, vom 1. April 1909 an als höchste Ortszulage nicht mehr als 300 Mark zu zahlen. Die Mietsentschädigung wurde auf 450 bzw. auf 300 Mark festgesetzt. Im Jahre 1910 wurden für die Städte und Dörfer in Westfalen sogenannte "Servisklassen" eingerichtet, damit vom Provinzialrat die Höhe der Mietsentschädigung in den Gemeinden einheitlich festgesetzt werden konnte. Massen kam dabei von IVb nach IVa.

So kärglich das Gehalt der ersten Massener Schulmeister war, so gering war auch ihr Ansehen in der einheimischen dörflichen Bevölkerung. Ausschlaggebend dafür waren:

- ihre ärmliche Behausung, die sich nicht einmal mit den Häusern der Tagelöhner und Kötter messen konnte und überhaupt keinen Vergleich mit den stattlichen Bauernhäusern zuließ;
- die Dürftigkeit ihrer Lebensführung, daß sie die Schuläcker wohl selbst bewirtschafteten, Kuh und Schwein im Stall hatten;

- daß sie gleichsam wie Almosenempfänger von den Naturalabgaben der Bauern lebten. Ihre Nebenerwerbstätigkeit als Schneider bzw. als Metzger, zu der sie gezwungen waren, stellte sie wohl nicht auf die Stufe der eingesessenen Dorfhandwerker. Hatten sie als Ledige wie der Lehrer Hartkopf in Obermassen einen "Reihentisch", dann nahmen sie auf den großen Höfen ihre Mahlzeiten zusammen mit dem Gesinde ein. Auch ihre wenig überzeugenden Unterrichtserfolge, um die sie sich in überfüllten Klassen mit unzureichenden Mitteln abmühten, erhöhten nicht ihr Ansehen. Die unbedingt notwendige Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeit konnte man sich auch ohne ihre Hilfe aneignen. Ja, man kam damals sogar noch ohne diese Kulturtechniken aus.

Nicht zuletzt kamen sie von "auswärts" als Fremde in Bauernschaften, wo jeder jeden kannte. Sie mußten sich als Eindringlinge erst um einen Platz in den festgefügtten Gemeinschaften bemühen, ehe sie überhaupt mit einer Anerkennung rechnen konnten. Erst die Reform der Lehrerausbildung zu Beginn des 19. Jh., 14) die die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer begründete,

14) vgl. S. 21/22

führte auch zu einer allmählichen Aufwertung der sozialen Stellung des Lehrerstandes. Eine eigene, besondere berufsspezifische Ausbildung, hob den Lehrer nun auf Grund seines umfangreicheren Allgemeinwissens und seiner wissenschaftlichen Ausbildung aus der dörflichen Gemeinschaft heraus. Sie stärkte darüber hinaus sein Selbstwertgefühl. Beispiel für das gestiegene Ansehen des Lehrers war die Tatsache, daß die Niedermassener ihren Lehrer Wilhelm Müller 1865 in den Vorstand der Sparkasse des Amtes Unna-Kamen wählten.

Ihre fundierte Ausbildung auf den Seminaren ermutigte die Lehrer, ihre Dienstpflichten als Küster, die sie vielfach als erniedrigend empfanden, abzulehnen. Sie befähigte sie auch, die Mißstände im Volksschulwesen aufzudecken, anzuprangern und Abhilfe zu verlangen. Daraus ergab sich ihre Forderung nach einer besseren bzw. gerechten Besoldung. - Es waren 31 Lehrer aus der Grafschaft Mark und aus Wittgenstein, die 1842 in einer Denkschrift an den preußischen Minister Eichhorn die Beseitigung der erkannten Übelstände verlangten. Initiator dieser Eingabe war der bedeutende westfälische Industrielle und Wirtschaftsführer Friedrich Harkort (1793-1880), der sich auch an ihrer Abfassung beteiligte und sie persönlich dem Minister überreichte. Harkort, nach der Revolution von 1848 in die preußische Nationalversammlung gewählt, wurde dort zu einem unermüdlichen Vorkämpfer für die Weiterentwicklung des preußischen Volksschulwesens und des Lehrerstandes. 14)

Zu den 31 Lehrern, die die Denkschrift an Eichhorn unterschrieben, gehörte auch der Lehrer Isaak Hufschmidt, der am 1. April 1848 seinen Dienst an der Elementarschule in Unna aufnahm. Ob sich die in Massen tätigen Lehrer der Lehrervereinigung im Kreise Hamm anschlossen, die von Hufschmidt und seinem Kollegen Lehmbrink in Bönen ins Leben gerufen wurde, geht aus den vorhandenen Quellen nicht hervor. Von den Bemühungen ihrer beiden Kollegen, die sozialen Stellung des Lehrerstandes zu verbessern und dadurch auch sein Ansehen zu heben, hatten sie sicherlich profitiert. Mit der Inbetriebnahme der Zeche Massener Tiefbau wurden von 1859 an auch die beiden Massener Gemeinden von der sprunghaft fortschreitenden Industrialisierung des Landes erfaßt. Die Entwicklung der alten Bauerndörfer zu einer Bergarbeitergemeinde stellte ihre Lehrer zunehmend vor eine neue Aufgabe. Sie hatten die Kinder, die ihnen anvertraut waren, auf das Leben

14) Brinkmann/ Volkmann: Wacht im Westen, schulpolitische Kämpfe in Nordrhein-Westfalen einst und jetzt, Essen 1954

in einer sich ständig wandelnden Welt vorzubereiten. - Daneben bemühten sie sich aus ihrer liberalen Haltung heraus, sich aus der Vormundschaft der Kirche zu befreien.

Zur Besserung der sozialen Stellung des Lehrerstandes und seines Ansehens trug von der Mitte des 19. Jh. auch ihre bessere Besoldung bei und ihre Lösung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Naturalabgaben, die sie gewissermaßen zu Almosenempfängern machten. Auch die Aufgabe der Feldarbeit, die sie zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes bisher leisten mußten, hob ihr Ansehen. - Die Entwicklung der Massener Schulen zu mehrklassigen Systemen, die damit verbundene Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, die notwendige Einrichtung von Hauptlehrer und Rektorenstellen wirkten sich positiv auf die soziale Stellung der in Massen tätigen Lehrer aus. Als engagierte Mitarbeiter wurden sie in den Massener Vereinen gebraucht. Rektor Jansen und Lehrer Pickhan wählte man 1905 in den Vorstand des "Ev. Sozialen Vereins". In der kath. Filialgemeinde "St. Marien" fand Josef Schwingenheuer, der 1907 nach Massen kam, ein weites Betätigungsfeld. Karl Rickert, der 1906 als Schulamtsbewerber in eine Stelle nach Obermassen eingewiesen wurde, bemühte sich um die Erforschung der Massener Ortsgeschichte. Die kulturelle Entwicklung der alten Gemeinden Ober- und Niedermassen wurde maßgeblich von ihren Lehrern getragen.

VI

Die Schüler

Als die ersten Schulen hier eingerichtet wurden, waren Ober- und Niedermassen noch reine Bauerndörfer. Colonen und Kötter mit ihrem Gesinde, Brinksitzer, Tagelöhner und einige Handwerker waren ihre Einwohner. Auskunft über die genaue Zusammensetzung ihrer damaligen Bevölkerung gibt uns das "Mühlenproberegister" des Amtes Unna von 1777/78. Nach ihm gab es in Niedermassen 21 Ackersmänner - das Register macht keinen Unterschied zwischen Colonen, Köttern und Brinksitzern. Während die Brinksitzer ohne fremde Hilfe auskommen mußten, wurden auf den großen Höfen insgesamt 27 Mägde und 20 Knechte beschäftigt. Neben 15 Tagelöhnern werden einige handwerkliche Berufe und der Schulmeister genannt. "Danach hatte Niedermassen 248 Einwohner, 71 Männer und 82 Frauen, 95 Kinder und Jugendliche, während Obermassen 218 Einwohner, nämlich 59 Männer, 64 Frauen, 95 Kinder und Jugendliche zählte." 1)

In Obermassen gab es nach dem Register 16 Ackersmänner, 21 Mägde und 20 Knechte (davon allein auf Haus Massen 7 Mägde und 8 Knechte), eine Reihe von Handwerkern (1 Schuster, 2 Schneider, 2 Zimmerleute, 2 Mahlmüller, 1 Ölmüller), 1 Schäfer, 1 Gärtner, 1 Wirt, 1 Gerichtsdiener, 2 Tagelöhner und den Rentmeister auf Haus Massen.

1817 ist die Einwohnerzahl in Obermassen auf 396 Seelen in Niedermassen sogar auf 500 Seelen angestiegen. Darunter waren in Obermassen 50 und in Niedermassen 82 schulpflichtige Kinder. Diese Kinder wuchsen alle in unmittelbarer Verbundenheit mit der Natur in einer Umwelt auf, die vom bäuerlichen Leben geprägt und deren Rhythmus im Wechsel der Jahreszeiten bestimmt wurde. In der Obhut der Großfamilien wurden sie mit ihren Geschwistern groß. Einzelkinder waren selten, Kinderreichtum in den Familien war Altersvorsorge. Im Spiel mit den Geschwistern und den Nachbarskindern, das im bäuerlichen Leben seinen Ursprung hatte, fanden sie allmählich und wohl auch unmerklich Zugang zur Welt der Erwachsenen. Schon frühzeitig wurden ihnen Aufgaben zugewiesen, die sie zu erfüllen hatten. Vom 12. Lebensjahr ab wurden sie schon als "kleine Erwachsene" bei der Beaufsichtigung ihrer jüngeren Geschwister, bei Arbeiten im Haus, auf dem Hof, im Stall oder Garten gebraucht.

1) Schilling: Die Entwicklung der Dörfer Massen von der Urzeit bis zum Jahre 1941 (unveröffentlicht)

Die bisher übliche gleichmäßige Zusammensetzung der Schülerschaft in Massen änderte sich, als 1859 mit der Inbetriebnahme der Schachanlage Massen I/II die Welle der Industrialisierung auch die beiden Massener Dörfer erreicht hatte. Von nun an wurden in zunehmendem Maße Kinder von Bergleuten, die von "auswärts" kamen, hier eingeschult. Sie überflügeln die Zahl der ländlich geprägten Dorfkinder recht bald schnell, zudem kamen sie mit anderen Erfahrungen und Erlebnissen in die Massener Schulstuben als z.B. die einheimischen Kinder der Bauern, Kötter, Tagelöhner und Dorfhandwerker. Während sie sich in der neuen ländlichen Umgebung und ihren überschaubaren Verhältnissen recht schnell zurechtfinden, blieb die Arbeitswelt ihrer Väter ihrem eigenen Erfahrungsbereich und ihrem persönlichen Erleben weitgehend verschlossen. Ihre Neugier endete am Zechentor, ihre Kenntnisse erstreckten sich nur auf den Übertagebetrieb. Einblicke in die untertägige, gefährvolle und harte Arbeitswelt ihrer Väter blieben ihnen wie auch ihren Schulkameraden verwehrt, konnten von ihnen nicht im Spiel erworben werden. Es genügte mit einem Mal nicht mehr, daß man sich im Dorf auskannte, daß man schreiben, lesen, rechnen und mit der Bibel umgehen konnte; - es gab mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, die sogenannten "Realien", über die man auch Bescheid wissen mußte und vom Lehrer etwas erfahren konnte. Dadurch bekam die Schule für die Schüler, besonders für die Bergarbeiterkinder, ein anderes, wohl auch bedeutsames Gewicht. Sie waren Kinder, deren künftiger Lebensweg nicht durch die Übernahme des elterlichen Besitzstandes und die Weiterführung bisher in Massen üblicher Berufe vorgezeichnet war. Für sie war "Wissen Macht", die Schule ein notwendiges Übel, das man in Kauf nehmen mußte, wenn man im Leben eine Chance haben wollte. Neben den wenigen Namen der alteingesessenen Landwirte, Kötter, Tagelöhner und Dorfhandwerker wurden die Namen der Zugewanderten eingetragen, die auf den Massener Schächten vielfältige Arbeit gefunden hatten, z.B. als Steiger, Hauer, Schichtlöhner, Maschinisten, Heizer und Kesselwärter. Bauern- und Bergarbeiterkinder drückten nebeneinander die gleichen harten und unbequemen Schulbänke. Die Standesunterschiede der Eltern galten ihnen wenig, es zählte die eigene Leistung und daneben wohl der eingewurzelte Gegensatz zwischen Ober- und Niedermassen.

Der Schulalltag

Von ihrem Bestehen an verlief der Betrieb in der Schule, ihr Alltag mit den Unterrichtsgegenständen, -zielen und -verfahren nach vorgeschriebenem "Reglement". 1) Nach diesem kam dem Religionsunterricht anfänglich besondere Bedeutung zu: denn die Kinder sollten "das Nötigste vom Christentum fassen". Dennoch beschränkte er sich auf das Lesen der Bibel, das Auswendiglernen des Kleinen Katechismus, einiger Bibelverse und Kirchenlieder und die Kenntnis bekannter biblischer Geschichten. Dazu lernten die Kinder das einstimmige Singen der gebräuchlichsten Choräle. Lese-, Schreib- und Rechenunterricht wurde bis zur Erlangung der notwendigen Fertigkeit in diesen Techniken erteilt. In den Realien (Geschichte, Geographie und Naturkunde) wurde nur notdürftig unterrichtet. Hier war ein umfassender, über die heimatliche Umwelt hinausgehender Unterricht wegen der fehlenden Unterrichtsmittel einfach unmöglich. Erst im letzten Drittel des 19. Jh, als aus den einklassigen Massener Schulen mehrklassige Systeme wurden, erhielten diese Fächer - auch infolge der fortschreitenden Industrialisierung - eine größere Bedeutung im unterrichtlichen Geschehen.

Das den Schulen gesetzte Erziehungsziel war die Heranbildung eines "Untertanen", der seinem König treu und loyal ergeben war. Dabei hatte die Unterordnung unter die "Staatsraison", die verantwortungsvolle Erfüllung der "verdammten Pflicht und Schuldigkeit" größeren Wert als der unbedingte, blinde Gehorsam. Unter diesen Voraussetzungen wurde der Unterricht - vielfach wohl recht unbewußt und auch ungewollt - von einem patriotischen Pathos geprägt, das sich besonders bei Schulfesten zeigte.

Auch der Unterrichtsablauf, das "Schulehalten" wurde dem Schulmeister vorgeschrieben. So ordnete Friedrich II. in seinem "General-Schul-Reglement" (§ 19) an:

- "Es wird demnach auf folgende Weise (Schule) gehalten: In der ersten Vormittagsstunde wird

1) ein Lied gesungen

2) Nach dem Gesang wird gebetet Ein Knabe liest langsam, deutlich und laut den monatlichen Psalm und darauf wird geschlossen mit dem Gebet des Herrn

3) Nach dem Gebet wird ein Stück aus dem Katechismus erklärt

In der anderen Vormittagsstunde wird das Lesen, Buchstabieren und das ABC vorgenommen.

In der dritten Vormittagsstunde wird geschrieben und

1) Brand, Peter: a.a.O., S. 143

buchstabiert, ingeleichen werden die Buchstaben gelernt". 2)

Im Unterrichtsgeschehen der ersten Volksschulen fiel nach den damals geltenden Vorstellungen dem Lehrer die führende Rolle zu. Er unterrichtete auf das Kind hin, und seine Autorität grenzte dessen Arbeitseifer und Betätigungsdrang ein. Auch die ersten Schulen in Massen waren ausgesprochene "Lehrer- und Stoffschulen". Die Aufgabe der Massener Schulmeister bestand darin, den Mädchen und Jungen das Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Sie versuchten es in der damals üblichen Weise. Sie trugen den "Stoff" vor, bemühten sich, diesen den Kindern zu erklären, um ihn dann von ihnen wieder zu erfragen. Der Lehrer selbst stand unter dem Zwang den Stoff einzudrillen und den Stoffplan zu erfüllen, der vom Pfarrer in seiner Funktion als Ortsschulinspektor aufgestellt worden war. Die Aktivität der Kinder beschränkte sich auf das notwendige Aufpassen und Antworten. Diese äußerst primitive Form des katechetischen Unterrichtsverfahrens, das Frage- und Antwortspiel in seiner ermüdenden Einförmigkeit, geriet wegen seiner dürftigen Erfolge schon am Beginn des 19. Jh. in das Kreuzfeuer berechtigter Kritik. Man bezeichnete es als Verbrechen am kindlichen Betätigungsdrang. Aber erst nach der Reform der Lehrerbildung durch die Einrichtung von Seminaren - in Preußen existierten 1825 schon 25 Seminare, deren Zahl sich bis 1840 auf 38 erhöhte- wurde an den Volksschulen ein neues Lehrverfahren eingeführt.

Seit dem segensreichen Wirken des Schweizer Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) bemühte man sich unablässig, ein Lehrverfahren zu entwickeln, das den natürlichen Anschauungs- und Erkenntnisschritten im Lernprozeß entsprach. Nach den Erkenntnissen von Friedrich Herbart (1776-1841), der mit seiner Pädagogik den Schulunterricht richtunggebend beeinflusst hat, verläuft der Lernprozeß in bestimmten, erkennbaren Phasen. Diese, die sich voneinander unterscheiden, nannte er Formalstufen und machte sie zur Grundlage eines natürlichen Lehrverfahrens, das generell in jedem Unterricht angewandt werden konnte. Seine Formalstufen-Theorie wurde von Ziller (1817-1882) für die Schulpraxis anwendbar gemacht und von Rein (1847-1929) als Unterrichtsverfahren mit folgenden Lernschritten dargestellt: Vorbereitung, Darbietung, Verknüpfung, Zusammenfassung und Anwendung. Sie wurden zur Grundlage für viele Unterrichtsentwürfe.

- Die Herbart'sche Erzie-

.

2) Brandt, Peter: a. a. O., S.164

3) Brandt, Peter: a. a. O., S.169

hungslehre wurde mit zur Grundlage der pädagogischen Ausbildung der Volksschullehrer. Die "Formalstufen" bestimmten trotz ihrer schematischen Anwendung das Unterrichtsverfahren an den Volksschulen bis in das 20. Jahrhundert.

Auf Grund ihrer wissenschaftlichen Ausbildung waren die Lehrer zwar in der Lage, sich gründlicher als bisher auf ihren Unterricht vorzubereiten und ihn erfolgversprechender zu planen, aber örtlich bedingte Schwierigkeiten, die ihre pädagogische Arbeit erschwerten, konnten damit nicht ausgeräumt werden. Davon gab es in Massen reichlich.

So gab es in Massen zunächst nur "einklassige Schulen". Die ev. Volksschulen waren es bis in die siebziger Jahre des 19. Jh. und die kath. Volksschulen in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens. Der Lehrer hatte also Mädchen und Jungen aller Schuljahrgänge zu unterrichten. Die Organisation des "Abteilungsunterrichtes" mit seinem Wechsel zwischen Lehrverfahren und Stillbeschäftigung verlangte von den Lehrern pädagogisches Geschick, denn es durfte dabei keine Abteilung vernachlässigt werden, kein Kind durfte zu kurz kommen.

Schulanfänger wie Entlaßschüler mußten optimal gefördert werden, darauf hatte der Ortsschulinspektor ein wachsames Auge. Begabte ältere Schüler konnte der Lehrer dabei als seine Helfer einsetzen, aber dies mußte schließlich gründlich überlegt sein. Erst als aus den einklassigen Schulen mehrklassige Systeme wurden, verbesserte sich die Unterrichtssituation. Ebenfalls nachteilig auf den Unterricht wirkte sich die große Zahl der Schüler aus, die in den engen und niedrigen Schulstuben dicht gedrängt vor ihren Lehrern saßen. Es waren wohl in der Regel nie weniger als 70 Kinder, die ein Lehrer in Massen zu unterrichten hatte. Noch 1872 galt eine Zahl von 80 Schülern als Meßzahl für die Errichtung einer Lehrerstelle. Der Lehrer verbrauchte einen großen Teil seiner Kraft, um mit dieser Situation fertig zu werden. Nur von seinem erhöhten Pult aus konnte er die vielköpfige Schar auf den langen viersitzigen Holzbänken übersehen, die Jungen und Mädchen, die durch einen Gang getrennt vor ihm saßen, im Auge behalten. Disziplin und Ordnung waren in den überfüllten Klassen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Unterricht. Wenn er dabei zum Stock greifen mußte, trafen die Schläge den Übeltäter ohne Rücksicht auf sein Elternhaus. Übrigens war die Prügelstrafe kein Vorrecht der Schule, Schläge gab es auch im Elternhaus und Anlässe dafür gab es mehr als genug.

Auch fehlende Lern- und Lehrmittel hatten den Unterricht erschwert und zu seinen schlechten Erfolgen mit beigetragen. Außer einem Gebet- und einem Gesangbuch, vielleicht in einzelnen Fällen wohl auch einer Bibel, hatte es zu Beginn des 19. Jh. in vielen Massener Häusern sicherlich kaum ein gedrucktes Buch gegeben. Da bares Geld in den einzelnen Familien recht knapp war, und die Hausväter mit den Silber Groschen und Pfennigen recht sparsam umgehen mußten, war die Anschaffung geeigneter Lernmittel für ihre Kinder bei den Eltern schwer durchzusetzen gewesen.

Die Jungen und Mädchen mußten oft mit zerkratzten Tafeln und zerlesenen Büchern zufrieden sein, die schon ihre älteren Geschwister gebraucht hatten. Besonders schwierig war es, die Kinder der Ortsarmen mit Büchern und Tafeln zu versorgen. In dieser Angelegenheit schrieb der Unnaer Pfarrer Trippler, als Ortsschulinspektor für Massen zuständig, am 25. 1. 1827 an den Niedermassener Armenvater", den Colonus Nieß:

- "Es sind Kinder aus ihrem Dorfe bei mir gewesen, welche arm sind und deshalb Schulbücher von mir unentgeltlich verlangten. Aus dem Städtischen Armenaufwand können diese Bücher nicht gegeben werden, weil bekanntlich die Dörfer nicht dazu beitragen." 4)
Da aber den Kindern geholfen werden mußte, es handelte sich um zwei Mädchen, "damit sie nicht heillos und wild aufwachsen", schlug er vor, daß der Kirchmeister der Gemeinde Niedermassen den Anteil des Klingelbeutelgeldes dem Armenvater auszahlen sollte. Nach Rücksprache mit dem Lehrer Wiesmann, welche Bücher die Kinder bedürfen, hätte der Armenvater pflichtgemäß für deren Beschaffung zu sorgen,
- "damit sie etwas lernen können, welches die größte Wohltat sein wird, die Sie ihnen erweisen können und wofür sie Ihnen hier in der Zeit und einst in der Ewigkeit dankbar sein werden". 5)

Eine Bibel hatte er den beiden Mädchen persönlich überlassen. Dürftig war auch die Ausstattung der Massener Schulen mit Lehrmitteln. Wie dürftig ihre Grundausrüstung war, erfahren wir aus den Chroniken der kath. Schulen. Bei ihrer Eröffnung am 1. Mai 1890 erhielt die kath. Schule in Obermassen:

- "1 Geige mit Bogen, 1 Lesemaschine, 1 Rechenmaschine, 1 Lineal, 1 Zirkel, je 1 Karte von Westfalen, Deutschland und Palästina,

4) und 5) Nach handschriftlichen Aufzeichnungen von Frau Helene Schilling

je 1 Lesebuch für Ober- und Mittelstufe, die Große Geschichte von Stein und die Kleine Geschichte von Knecht, den Großen und Kleinen Katechismus. die erste und zweite Lesefibel, den Kommentar von Knecht, das Rechenbuch von Stein, Stuhlmanns Leitfaden für den Zeichenunterricht". 6)

In den folgenden Jahren kamen dann weitere Lehr-, besonders aber Anschauungsmittel hinzu: 1894 u. a. eine Karte von Europa und ein Leitfaden für den Turnunterricht; 1897 wurden mit Turnstäben die ersten Sportgeräte angeschafft und mit 21 Büchern eine Schülerbibliothek eingerichtet.

Als die kath. Volksschule in Niedermassen am 10. April 1899 eröffnet wurde, war außer einem Pult mit Stuhl, einem Schrank, zwei Tafeln, zehn alten und zehn neuen Bänken nichts vorhanden. Erst im Juni des gleichen Jahres erhielt die Schule ein Kruzifix, Bilder von Kaiser Wilhelm I., Friedrich III. und Wilhelm II., einen Landkartenhalter mit den Karten von Westfalen, Deutschland, Europa und Palästina, eine russische Rechenmaschine, eine Lesemaschine, ein Thermometer, vier Normalalphabete, 513 Druckbuchstaben mit Kasten, 24 Anschauungsbilder für den Schreibleseunterricht, Lesetafeln, ein Handbuch zum Religionsunterricht, einen Katechismus, eine Biblische Geschichte, ein Handbuch für den biblischen Geschichtsunterricht, für die Samstagslehre, für die Erklärung des Kirchenliedes und für die Behandlung des Lesebuches, eine Anleitung zur Erteilung des Schreibunterrichtes, ein Leitfaden für die Rechtschreibung, ein Lesebuch für Mittel- und Oberklassen, eine Fibel für das 1. und 2. Schuljahr, ein Handbuch für den Unterricht in der preußischen und deutschen Geschichte, ein Realienbuch, eine Anleitung für den Unterricht in den Realien, das Kusche Rechenwerk, Ausgabe für den Lehrer und Schüler, eine Geige mit Kasten und Bogen und schließlich ein Erdglobus. Es wurde auch hier nur das Notwendigste angeschafft, was für den Unterricht gebraucht wurde. Im August 1901 wurde die Schülerbücherei um 31 Bändchen erweitert. Im Schuljahr 1907/08 erhielt die Schule 2 Trommeln, 6 Flöten und einen Tambourstab für die Schülerkapelle.

Über die Ausstattung der ev. Volksschulen in Ober- und Niedermassen berichten die Schulchroniken nichts. Sie waren wohl ebenso schlecht mit Lehrmitteln versorgt wie die kath. Schulen.

6) Chronik der kath. Schule Obermassen

Schulausflüge waren stets besondere Ereignisse im Schulalltag und wohl die Höhepunkte im Verlauf eines Schuljahres. Rektor Karl Roer berichtet darüber ausführlich:

- "Die Schule macht in jedem Jahr einen größeren Ausflug. In früheren Jahren stellten die Bauern des Ortes zu diesen Ausflügen große Leiterwagen, und jedes Kind hatte für die Mitfahrt 50 Pfg zu zahlen. In späteren Jahren nahm man hiervon allmählich Abstand, da eine solche Wagenfahrt oft mit Gefahren verknüpft war, auch brachten die Vorbereitungen für einen derartigen Ausflug manche Unannehmlichkeiten, deshalb ist später auf den Ausflügen die Eisenbahn benutzt worden. Die Ausflüge wurden stets so gewählt, daß die Kinder auch stets eine größere Fußwanderung zu machen hatten, man wählte solche Punkte aus, die Naturschönheiten und historische Sehenswürdigkeiten boten. Am Nachmittag wurde stets an einem schönen Platz Rast gemacht, hier tranken die Kinder Kaffee und führten dann auf grünem Rasen Spiele und Reigen auf. Es wurden nach den verschiedensten Punkten Ausflüge unternommen. Die oberen Klassen machten stets eine größere Tour, während die Mittel- und Unterklassen näher gelegene Punkte aufsuchten". 7)

Ziele der Ausflüge, an denen sich auch die Eltern beteiligten, waren für die älteren Jungen und Mädchen z.B. das Hönnetal, Volmarstein, Kappenberg und Henrichenburg. Fuhr man dabei mit der Bahn, mußte man zunächst nach Unna marschieren, da es erst seit 1903 in Niedermassen einen Haltepunkt gab. Die Straßenbahn konnte man erst ab 1906 benutzen. Die Ausflüge der jüngeren Kinder führten z.B. zum Kurgarten und der Saline nach Königsborn, den Steinbrüchen bei Billmerich oder auf den Haarstrang bei Opherdicke. Festlich begangen wurden neben den kirchlichen Festen die historischen Gedenktage wie z.B. der Geburtstag des Königs und nach 1871 dann die Sedansfeier und der Geburtstag des Kaisers. Aus der Reihe der traditionellen Feiern ragten die Veranstaltungen zum 200jährigen Bestehen des Königreiches Preußen in Verbindung mit dem Geburtstag des Kaisers Wilhelm II. heraus, die auch an den Massener Schulen am 18. Januar 1901 feierlich begangen wurden. Auch der hundertjährige Todestag des "Dichterfürsten" Friedrich Schiller war am 9. Mai 1905 Anlaß für eine Gedenkfeier. Nach der Feierstunde fiel der Unterricht aus.

7) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

Zwei Anlässe für besondere Feiern gab es im Jahre 1909. In festlich geschmückten Schulen beging man den 50. Geburtstag Wilhelms II. Am 10. August war dann wieder schulfrei, da an diesem Tage das Kaiserpaar auf der Hohensyburg weilte. 5) Am Tage zuvor wurde der dreihundertjährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Mark zu Preußen gedacht. Im Jahre 1910 jährte sich der hundertjährige Todestag der preußischen Königin Luise, den man in den Schulen in angemessener Form beging.

8) Das Kaiserdenkmal auf der Hohensyburg wurde am 30. Juni 1902 eingeweiht.

VIII

Schulbesuch

Wie an allen Dorfschulen war auch in Ober- und Niedermassen der Schulbesuch bis weit in das 19. Jh. sehr unregelmässig gewesen. Zahlreiche Schulversäumnisse, besonders aber das unentschuldigte Fehlen, beeinträchtigten den Unterricht erheblich. Darüber schrieb 1913 Rektor Roer:

- "In früheren Jahren ließ der Schulbesuch manches zu wünschen übrig, besonders war im Sommer und Herbst der Schulbesuch manchmal unregelmässig, denn in diesen Zeiten kam es häufig vor, daß die Kinder zu Feld- und Gartenarbeiten herangezogen wurden und so unentschuldigt den Unterricht oft versäumten. In den letzten Jahren ist infolge strenger polizeilicher Bestrafung dieser Übelstand mehr und mehr beseitigt worden." - 1)

Das unentschuldigte Fehlen war im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jh. auch die Krux der Massener Schulen. Wegen ihrer dürftigen Erfolge wurden sie von der ländlichen Bevölkerung als unnötiges Übel angesehen. In den Bauern-, Kötter-, Tagelöhnern und Handwerkerhäusern wurden die Kinder nicht zur Schule geschickt, wenn man sie im Hause oder bei Feld- und Gartenarbeiten brauchte. So war z.B. in Niedermassen um die Wende vom 18. zum 19. Jh. in der Zeit vom Juni bis zum November der Schulbesuch äußerst mangelhaft, ja er ruhte fast. Die Eltern sparten sogar dabei noch Geld, da man dem Lehrer für die versäumten Unterrichtstage auch noch das Schulgeld vorenthielt. In den Wintermonaten, wenn die Kinder ihren Eltern "auf der Pelle saßen", schickte man sie gern zur Schule. Um den überhandnehmenden Schulversäumnissen entgegenzuwirken, erließ der Amtsbürgermeister Rocholt in Unna am 4. November 1826 die folgende Verfügung:

- "Um den häufigen Klagen des Schulversäumnisses ein Ende zu machen, wird hiermit verordnet:

- a) Allen Eingesessenen wird bei einem rth Strafe verboten, Kinder in Dienst zu nehmen, welche nicht mit dem Schulentlassungszeugnis versehen sind.
- b) Selbst auf den Fall der Einwilligung der Eltern oder Vormünder darf eine solche Aufnahme bei der unter Sub:a festgesetzten Strafe nicht geschehen.

1) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

2) rth = Reichstaler

c) Väter, Mütter und Vormünder, welche ihre Kinder oder Pflegebefohlenen vermieten, bevor solche förmlich vom Schulbesuch entlassen sind, verfallen in gleiche Geld- oder verhältnismäßige Arreststrafe. Dieses wird zur allseitigen Nachricht und Beachtung bekanntgemacht, und wird auf jede mögliche Weise Kontrolle wegen der Befolgung stattfinden". 3)

Eine andere Verfügung ordnete an,

- "daß in den Monaten, wo die Landleute ihre größeren Kinder zur Unterstützung in der ländlichen Arbeit nicht entbehren können, sie wenigstens einige Unterrichtsstunden in den nöthigsten Lehrgegenständen zu der ihnen bequemsten Tageszeit erhalten sollen". - 4)

Aber alle diese Verordnungen mit ihren Strafandrohungen wurden wohl nicht genügend ernstgenommen. So berichtete der Lehrer David Caspar Wiemann am 25. Oktober 1829 dem Niedermassener Schulvorstand, daß am Vortage nur 11 Kinder die Schule besucht haben. Wegen der nassen Witterung verzögere sich die Kartoffelernte, bei dem guten Wetter könne sie aber in paar Tagen beendet sein". - 5)

Daher bittet er den Schulvorstand, alle Eltern - "Eingesessenen, Brinksitzer und Einlieger" - dahin verständigen zu lassen, daß vom 30. des Monats an die Kinder die Schule wieder zu besuchen haben.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. wendeten sich die bisher untragbaren Verhältnisse zum Besseren. Einmal verstärkten die verantwortlichen Behörden, die Schulvorstände, die Ämter und Kreise und die zuständige Regierung in Arnsberg, ihre Bemühungen, den regelmäßigen Schulbesuch durchzusetzen. Dank der besseren Lehrerausbildung änderte sich mit den steigenden Unterrichtserfolgen auch die Einstellung der Eltern gegenüber der Schule.

Um Schulversäumnisse kam es 1846 zwischen dem Lehrer Vohwinkel und einigen Eltern zu einer öffentlichen Auseinandersetzung, in die auch der Schulvorstand hineingezogen wurde.

Am 28. Februar erschien im "Hellweger Anzeiger und Boten" das folgende Eingesandt:

- "Schulversäumnis. Bekanntlich wird das Versäumnis einer Schulstunde, dringende Falle ausgenommen, mit 1 Sgr. 6)

3) - 5) Nach handschriftlichen Aufzeichnungen von Frau Schilling

6) Sgr = Silbergroschen, 30 Sgr = 1 Taler, 1 Sgr = 12 Pfennig

bestraft. Wenn diese Maßregel für manche auch wohl notwendig sein mag und ein gewissenhafter Lehrer Papier und Tinte nicht sparen darf, um zu erfahren, ob Kinder aus seiner Gemeinde, welche auswärtige Schulen besuchen, diese mitunter versäumt haben, ist es dann in Ordnung, wenn derselbe am 17. Februar, in einer Jahreszeit, wo die Kinder doch zu Hause nicht gebraucht werden können und also gerne zur Schule geschickt werden, schon zu Mittag zu einem Taufschmaus geht und bis Nachts halb 12 Uhr daselbst verweilt, die Frage der Schulkinder, ob diese Mittwoch Nachmittag nachgeholt werden solle, verneint? Daß hierzu vom Schulvorstand Erlaubnis ertheilt worden, ist unwahrscheinlich und zweifelhaft, ob dieses geschehen darf. Jedenfalls wäre es sehr sonderbar (um nicht zu sagen ungerecht), Eltern, deren Kinder vielleicht zu Hause eine Handreichung zu leisten haben, zu bestrafen, während der Lehrer eines Schmauses wegen die Schule versäumen darf. Einige Obermassener". 7)

Der so massiv angegriffene Vohwinkel, der vermutlich sorgsam auf den regelmäßigen Schulbesuch der Obermassener Kinder achtete, wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ebenfalls in einer Leserzuschrift zurück, die am 7. März veröffentlicht wurde.

- "Anzeigen. Die von den Verfassern des Artikels "Schulversäumnis" gegen mich ausgesprochenen Beschuldigungen hinsichtlich der gewissenhaften Führung meines Amtes erkläre ich für eine boshafte Lüge. Die Wahrheit meiner Aussage thue ich durch nachfolgende Erklärung des löblichen Schulvorstandes dar. Obermassen, den 3. März 1846

Vohwinkel, Lehrer

Der Wahrheit gemäß attestieren wir, daß die am 17. v. Mts. ausgesetzten Schulstunden reichlich nachgeholt wurden.

Obermassen, den 3. März 1846

Der Schulvorstand

Heiermann, Wisselmann, Bennemann" 8)

Nun fühlten sich die als Lügner bezeichneten Kritiker betroffen und äußerten ihren Unmut in einer Entgegnung, die dann am 19. März in der Zeitung erschien.

7) "Hellweger Anzeiger" und Bote Nr. 17, 2. Jhg.

8) "Hellweger Anzeiger" und Bote Nr. 19, 2. Jhg.

- "Fortsetzung Nro 1 des Aufsatzes Schulversäumnis in Nr. 17. Es ist zwar recht erfreulich, daß der löbliche Schulvorstand mit solcher Sorgfalt über die Schule wacht, daß auch nicht eine Stunde ohne sein Wissen versäumt wird, ohne reichlich nachgeholt zu werden. Da indessen andere Leute von diesem reichlichen Nachholen nichts bemerkt haben, so wäre es zu wünschen, wenn der Schulvorstand den Tag angäbe, wann dies geschehen, da ohne eine solche Genauigkeit es nicht übel zu nehmen ist, wenn wir unseren Augen mehr glauben als den unbestimmten Angaben Anderer und bis dahin die Wahrheit unserer Angaben behaupten. Die Beschuldigung, eine boshafte Lüge gesagt zu haben, werden wir gehörigen Ortes uns beweisen lassen. Wir wollen uns aber durch die sonderbare Erwiederung in Nr. 19 nicht irre machen lassen, vielmehr in Aufzählung von Schulversäumnissen fortfahren. Vor einiger Zeit stand an der Schultüre: "Heute ist keine Schule". Die Schulkinder, welche diese Aufschrift nicht bemerkten, erwarteten spielend und herumlaufend den Lehrer, bis die Schulzeit vorüber war. Am anderen Morgen standen diese Worte noch an der Schultür und bevor der Lehrer kam, waren die meisten Kinder wieder nach Hause gegangen. Es war wieder ein Schmaus, welcher den Lehrer abhielt, Schule zu halten. Wie manche Eltern mochten ihre Kinder recht nothwendig zum Verwahren der jüngeren Geschwister gebrauchen, um selbst einige Groschen durch Arbeit verdienen, mußten aber diesen kleinen Verdienst entbehren, während die Kinder müßig umherliefen. Sind diese Versäumnisse auch reichlich nachgeholt, und ist es überhaupt möglich, versäumte Zeit nachzuholen? Und was sagt denn der löbl. Schulvorstand dazu, daß vor Kurzem mehreren Schulkindern stundenlang ein Pechpflaster auf den Mund gelegt wurde, um sie am Plaudern zu hindern? Man legt wohl einem bissigen Hund einen Maulkorb an, aber einem Kinde den Mund zu verkleben, ist unserer Ansicht nach barbarisch. Wenn ein provisorisch angestellter Lehrer solches thut, ist dann nicht zu befürchten, daß er den Kindern den Mund zunähen wird, wenn er definitiv angestellt ist? Mehrere Obermassener" - 9)

9) "Hellweger Anzeiger" und Bote, Nr. 20, 2. Jhg.

Hatten Vohwinkels Widersacher in blindem Zorn ihren Angriff in bössartiger Weise überzogen? Ging es ihnen überhaupt noch um die Schulversäumnisse oder ging es ihnen überhaupt nur noch um "ihren" Lehrer? War er "einigen Obermassenern" zu selbstbewußt geworden, wollte er nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen? - Schon in der nächsten Ausgabe des Hellweger Anzeigers wurden sie in einem Eingesandt ohne Unterschrift zurechtgewiesen.

- "Entgegnung auf den Artikel über Schulversäumnis. In Nro 17 dieses Blattes haben mehrere Obermassener einen Artikel über Schulversäumnis einrücken lassen. Einen jeden Leser muß das Raisonement, da darin wenig Grund zur Beklagung, aber so viel Unwahres liegt, empören. Gar große Blößen haben sich die Einsender gegeben, indem sie sich Urtheile über Dinge erlauben, die sie nicht verstehen, und von Gesetzen sprechen, die sie nicht kennen Doch zur Sache. Die Einsender jenes Artikels setzen als bekannt voraus, daß das Versäumnis einer Schulstunde, dringende Fälle ausgenommen, mit 1 Sgr bestraft werde. Wann mag diese Verfügung erschienen sein? Wie viel Strafe müßten dann nicht manche Eltern, deren Kinder gar häufig, besonders im Sommer und Herbste, in der Schule fehlen, bezahlen, die Groschen würden wahrlich zu Thalern werden! Ref. ist nur die Verfügung hinsichtlich der Bestrafung bei Schulversäumnissen bekannt, daß Eltern wegen Schulversäumnisse ihrer Kinder bis zu 20 Sgr bestraft werden können, jedoch kann diese Strafe bei wiederholten Fällen verdoppelt werden. Wie wenig die Einsender mit den Pflichten eines Lehrers bekannt sind, haben sie auch bewiesen. Besuchen nämlich Kinder aus einem Schulbezirke andere Schulen, so ist der Lehrer dessen Schule sie frequentieren verpflichtet, zu der Zeit, wenn die Absenten=Listen dem Schulvorstand vorgelegt werden, die Liste - im Fall der Schulbesuch dieser Kinder unregelmäßig war - dem Schulvorstande aus dessen Bezirk diese Kinder sind, einzureichen; es ist keineswegs Pflicht des Lehrers, sich nach dem Schulbesuch der Kinder seines Bezirkes, die an anderen Schulen unterrichtet werden, zu erkundigen. Auch darf ein Lehrer, ohne erst um Erlaubnis nachzusuchen, einen halben Tag die Schule aussetzen, und der Schulvorstand ist wohl ermächtigt, dem um Erlaubniß nachsuchenden,

solche auch auf längere Zeit zu erteilen. Warum rücken die Einsender nicht gegen den Gastgeber los? Hätte dieser den Lehrer nicht einladen lassen, so wäre doch die Schule nicht einen Nachmittag versäumt worden. Auch hätte er (wie es die Einsender haben wollten) am Mittwoch Nachmittag die versäumten Stunden nachholen können. Dieser Nachmittag ist bekanntlich frei und der Ref. glaubt, daß nur wenige Eltern die Kinder an diesem zur Schule geschickt hätten Übrigens ist es nirgends Sitte und wird auch an keinem Ort verlangt, daß Schulstunden, die durch solche Veranlassung ausgesetzt, an freien Nachmittagen nachgeholt werden. Man mißgönnt Dir, o Lehrer, an einem Schmause theilzunehmen, man beneidet Dich, daß Du ein Stündchen in trauter Gesellschaft zubringst. Wenn aber Neid, Mißgunst, Bitterkeit, diese Leidenschaften das Gemüth aufregen, wird die lautere Wahrheit in den Hintergrund gedrängt, und die schnöde Lüge tritt mit Keckheit auf, wie jener Artikel es beweist." 10)

Am 21 März wurde in einem letzten Eingesandt 11) die wohl entscheidende Frage aufgeworfen, welches Ziel die Verfasser im Auge gehabt haben mögen, als sie ihr erstes Eingesandt veröffentlichten haben. Mit einer Beschwerde hätten sie sich doch besser an den Ortsschulinspektor wenden können, oder wollten sie ihren Lehrer nur diskriminieren? Wie dieser Streit ausging, bleibt unbekannt. Die in aller Öffentlichkeit geführte Auseinandersetzung zeigt doch, wie schwierig es damals für einen von auswärts kommenden jungen Lehrer war, einen angemessenen Platz in Obermassen zu finden. Man könnte meinen, daß man den zum "Schmause" Eingeladenen aus der guten Stube wieder an den Gesindetisch zurückverbannen wollte.

Auch die Beurlaubung der Schüler vom Unterricht war nicht unproblematischen. Wir erfahren darüber:

- " Was die Beurlaubungen betrifft, so erteilten früher in manchen Fällen die Ortsschulinspektoren Urlaub, wo die Eltern durch Angabe gesuchter Gründe, die durchaus nicht der Wirklichkeit entsprachen, Mitleid erregten und so dann den gewünschten Urlaub erhielten. In späteren Jahren jedoch wurde dieser Übelstand dadurch beseitigt, daß bei einer jedesmaligen Beurlaubung der Klassenlehrer dem zu

10) "Hellweger Anzeiger" und Bote, Nr. 21, 22. Jhg.

11) "Hellweger Anzeiger" und Bote, Nr. 23, 2. Jhg.

dispensierenden Schüler eine Bescheinigung mitgab; diese wurde dann dem Ortsschulinspektor vorgelegt, damit dieser sich jedesmal überzeugen konnte, wie Betragen, Fleiß und Leistungen des Schülers waren und ob die gemachten Angaben über die häuslichen Verhältnisse der Wirklichkeit entsprachen.

Nach Beseitigung der Ortsschulinspektion bei Anstellung des Rektors kommen die Beurlaubungen jetzt (um 1910) nur noch ganz selten vor, und es wird nur in den allerdringendsten Fällen den Schülern Urlaub erteilt, das hat zur Folge, daß der Schulbesuch in den einzelnen Klassen gegenüber früher viel regelmäßiger ist". 12)

Die Massener Eltern mußten also, wenn sie ihre Kinder vom Schulunterricht beurlauben lassen wollten, sich immer nach Unna auf den Weg machen, da die dortigen Pfarrer als Ortsschulinspektoren für ihre Dörfer eingesetzt wurden und es Rektoren in Massen erst seit 1904 bzw. 1910 gab. Das hatte sicherlich zu manch einem unentschuldigtem Fehlen an den Massener Schulen beigetragen.

Die Erfordernisse der Landwirtschaft bestimmten bis in das 20. Jh. hinein die Ferienordnung der beiden Massener Dörfer. So lag die Hauptferienzeit im Sommerhalbjahr. Als wichtigste Ferien galten die Sommer- und Herbstferien, die mit dem Einsetzen der Roggen- bzw. der Kartoffelernte begannen und insgesamt 6 Wochen dauerten. Daneben gab es noch die Weihnachts-, Ostern- und Pfingstferien. Die Termine für alle Ferien wurden vom Landrat des Kreises Hamm nach Rücksprache mit dem zuständigen Kreisschulinspektor und den jeweiligen Schulvorständen festgesetzt.

12) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

IX

Schulaufsicht und Schulträger

Trotz seiner persönlichen Distanz zum Christentum und zur organisierten Kirche hielt Friedrich II. - wie sein Vater - die Erziehung seiner Untertanen zur Gottesfurcht als Grundlage der Staatsraison für notwendig. Folgerichtig übertrug er die amtliche Aufsicht über die Volksschulen in Preußen der Kirche. Ihre Pfarrer wirkten im Nebenamt im Auftrage des Staates als "Orts- und Kreisschulinspektoren". Damit bekamen die Kirchen die Möglichkeit, nicht nur auf die Entwicklung des Volksschulwesens wesentlichen Einfluß zu nehmen, sondern es auch in kirchlicher Abhängigkeit zu halten und besonders auf dem flachen Lande die Lehrer als "Handlanger" in das 2. Glied zu drängen. Besonders die Pfarrer der protestantischen Staatskirche - ständig darauf bedacht, den Zusammenhalt von "Thron und Altar" zum Vorteil der Kirche zu stärken - stellten sich der fortschrittlichen Entwicklung der Volksschulen skeptisch und hemmend entgegen. Sie versuchten auch, die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer auf den Seminaren in enge Grenzen zu halten. Das trat in den Jahren der Restauration nach 1815 und nach der gescheiterten Revolution von 1848 deutlich in Erscheinung, als man versuchte, wieder obrigkeitshörige Lehrer heranzubilden.

Aber die Entwicklung, die mit der Reform der Lehrerausbildung in Gang gekommen war, ließ sich nicht mehr aufhalten. Die auf den Seminaren ausgebildeten Lehrer wollten als Vorkämpfer einer fortschrittlichen Pädagogik aus der Abhängigkeit von den Pastoren und aus dem Schatten der Kirche heraus. Auf Grund ihrer liberalen Haltung und ihrer sozialen Verpflichtung ihren Schülern und deren Eltern gegenüber waren sie in ihrem Willen nicht zu erschüttern.

Als Bismarck dann in den Jahren des Kulturkampfes den aus Schlesien stammenden Adalbert Falk 1872 zum preußischen Kultusministers berief, wurde die Volksschule aus der Vormundschaft der Kirche befreit. Durch das Schulaufsichtsgesetz des Jahres 1872 wurde die Staatshoheit über die preußische Volksschule, die bisher nur auf dem Papier des "Allgemeinen Preußischen Landrechtes" gestanden hatte, im praktischen Vollzug hergestellt. Die Schulaufsicht sollte nur noch von

pädagogisch ausgebildeten Fachleuten ausgeübt werden. Blieben Geistliche als Schulinspektoren im Amt, konnten sie dieses nur im staatlichen Auftrag wahrnehmen. - Falk blieb bis 1879 preußischer Kultusminister und wirkte danach bis zu seinem Tode am 7. 7. 1900 in Hamm als Präsident des Oberlandesgerichtes.

Über das 19. Jh. hindurch waren Unnaer Pfarrer, da die beiden Massener Dörfer zum Kirchspiel Unna gehörten, nun auch Ortsschulinspektoren für die ev. Volksschulen in Ober- und Niedermassen. Das Amt übten u. a. folgende Geistliche (Prediger) aus: Trippler um 1817, Brockhaus um 1843, Cremer von 1893 - 1903/04. Als 1903 die bisherige Hilfspredigerstelle für die Massener ev. Gemeinde in eine Pfarrstelle umgewandelt wurde, übernahm deren Inhaber Schulze-Neuhoff vom 1. 2. 1908 an das Amt des Ortsschulinspektors. Die Massener ev. Volksschulen gehörten zunächst zur Schulinspektion Unna, als Kreisschulinspektoren wirkten u. a. die Pfarrer Pröbsting zu Camen um 1878 und Bornscheuer zu Dellwig. Die Schulinspektion Unna wurde dann 1901 in die Bezirke Unna und Camen aufgeteilt. Die Massener Schulen wurden dem Bezirk Camen zugewiesen, der vom Pfarrer Bruch in Methler als Kreisschulinspektor bis 1908 verwaltet wurde. Der dann gebildete Kreisschulbezirk Hamm wurde vom hauptamtlichen Kreisschulinspektor Werner in Hamm beaufsichtigt. Für die kath. Volksschulen in Ober- und Niedermassen waren kath. Pastoren aus Unna als Ortsschulinspektoren tätig, z.B. die Pfarrer Briskens (1890), Gödde (1896) und Brune. Als Kreisschulinspektoren bzw. Kreisschulräte für die kath. Schulen erschienen in Massen die Kreisschulinspektoren Dr. Rols, Schallau, Wolff, Dr. Schmitz, Gude und Rensch. Die Revisionen durch die Kreisschulinspektoren wurden in der Regel wohl jährlich einmal im Beisein der Ortsschulinspektoren und manchmal auch des Schulvorstandes durchgeführt. Überprüft wurde dabei nicht nur der Wissensstand der Schüler, sondern auch das äußere Erscheinungsbild der Schulen hinsichtlich ihrer Sauberkeit und Ordnung. Dabei revidierte von 1913 an Seminardirektor Philipp (Soest) die ev. Volksschule in Obermassen. Revisionen durch die Königliche Regierung in Arnsberg wurden wohl seltener durchgeführt. Als ihre Revisoren waren die Regierungs- und Schulräte Dr. Sachs (1898),

Eichhorn (1902), Mühlhau und Koch (1908) in Massen, die beiden letzteren wohl wegen des Baues der kath. Schule in Obermassen.

Wie oft nun die Ortsschulinspektoren in die Schule gingen, geht aus den Eintragungen in den Schulchroniken nicht hervor. Sie werden wohl im Laufe eines Jahres zum Mißvergnügen der Lehrer und zum Schrecken der Kinder in ihren Schulen mehrmals erschienen sein.

Wann die Massener Lehrer erstmalig an Konferenzen teilnehmen und welche Themen dabei behandelt wurden, bleibt weitgehend unbekannt. "Früher" - so steht es in der Chronik der ev. Volksschule Obermassen - "fanden im Jahre 4 Konferenzen statt, eine Ganztags- und drei Halbtagskonferenzen". "Früher", das war sicherlich im 19. Jahrhundert. Eingeladen wurde dazu von den Kreisschulinspektoren, besprochen wurden organisatorische Fragen, dazu wurden wohl auch Verfügungen bekanntgegeben. Hauptanliegen dieser Konferenzen war wohl die Lehrerfortbildung. Für ev. und kath. Lehrkräfte bzw. Schulen gab es, nach den Eintragungen in den Schulchroniken zu urteilen, getrennte Veranstaltungen. Genaue Angaben gibt es über die Konferenzen der kath. Lehrkräfte. In den Jahren von 1890 bis 1895 haben jährlich 4 Konferenzen stattgefunden, eine Kreis- und drei Bezirkskonferenzen, in den folgenden Jahren nur noch drei, eine Kreis- und 2 Bezirkskonferenzen. Tagungsorte waren Unna, Soest, Fröndenberg, Hemmerde und Camen. Die kath. Schulgemeinde Obermassen zahlte den Teilnehmern ein Tagegeld von drei Mark.

Interessant sind die Themen, die auf diesen Tagungen der kath. Lehrerschaft behandelt wurden, da sie uns einen Einblick in den Alltag der kath. Schulen geben. Dazu einige Beispiele:

- 1897 Hauptkonferenz in Soest, Themata: 1. Schulchronik, 2. Erziehung zur Höflichkeit, 3. Mittel zur Förderung schwachbegabter Kinder;

Konferenz in Wickede, Themata: 1. Kirchengesang, 2. Leitende Grundsätze über das Rechnen mit gemeinen Brüchen;

Konferenz in Camen, Themata: 1. Betrieb der Sprachlehre, 2. Anweisungen zur inneren und äußeren Schulordnung.

- 1899 Hauptkonferenz in Soest, u. a. ein Vortrag: Wie kann der Lehrer in unserer Zeit der Genußsucht entgegenarbeiten.

- 1901 Bezirkskonferenz in Camen, Lehrproben und Vorträge, 1. Vorführung des Lautes nach der Schreiblesemethode, 2. Addieren zweistelliger Zahlen, 3. Schlußrechnen, 4. Lautieren und Buchstabieren im 2. Jahrgang.

1907 Hauptkonferenz in Hamm, Referate: 1. Die Jugendlektüre, ihre Bedeutung und Verantwortung, 2. Neuzeitliche Anforderungen an die Volksschule in kritischer Beleuchtung, Bezirkskonferenz in Fröndenberg, Referat: Neue Bahnen des naturkundlichen Unterrichtes, Lehrprobe: das Eichhörnchen.

- 1908 Hauptkonferenz in Hamm, Referate: 1. Winterturnen im Schulzimmer, 2. Alkohol und Schule, 3. Schule im Dienste der Wohlfahrtspflege, Bezirkskonferenz in Camen: Vorführung volkstümlicher Spiele durch Knaben und Mädchen, Vortrag: Betrieb der Turnspiele.

1909 Hauptkonferenz in Hamm, Referate: 1. Die Karte im erdkundlichen Unterricht, 2. Schule und Sozialdemokratie.

Bezirkskonferenz in Unna (Dezember), Lehrprobe: Die Hirten bei der Krippe, Referate: 1. Die Stellung des biblischen Bildes im Religionsunterricht, 2. Bericht über Lehrerbücherei des Bezirkes.

1910 Bezirkskonferenz in Fröndenberg, Lehrprobe: Heimatkunde im 3. Jahrgang, Referate: 1. Einführung in die Begriffe des geographischen Unterrichtes, 2. Hilfsmittel zum Unterricht in der Heimatkunde.

Für die Errichtung und Unterhaltung der Volksschulen waren bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts eigenständige Schulgemeinden verantwortlich. So gab es in Ober- und Niedermassen ev. Schulgemeinden, zu der die Hausväter aller Familien mit schulpflichtigen Kindern gehörten, die aus ihren Reihen den Schulvorstand zu wählen hatten. In einer "Dienst=Instruction" legte das "Königliche Provinzial=Schul=Collegium" zu Münster am 6. November 1829 den Aufgabenbereich der "Orts=Schul=Vorschände" fest:

- Der Schulvorstand ist in allen Schulangelegenheiten die nächste Behörde für die Schulgemeinde und für die Schullehrer, an welche beide Theile sich in vorkommenden Fällen in vorkommenden Fällen zunächst zu wenden haben. Er steht hinsichtlich der inneren Schulangelegenheiten unmittelbar unter dem Kreis=Schul=Inspektor

Der Schulvorstand ist nicht befugt, durch eigene Verfügungen und Einrichtungen in der vorgeschriebenen Ordnung eine Abänderung zu treffen, oder diese durch besondere Vorschriften zu ergänzen. Er bildet eine berathende und Aufsicht führende Behörde, und in Ansehung der Verwaltung des Schulvermögens hat er eben die Rechte und Pflichten auszuüben, welche durch das Allgemeine Landrecht

den Kirchenvorstehern und den Kirchen=Collegien in Ansehung der Verwaltung des Kirchenvermögens beigelegt sind Der Schulvorstand sowohl auf dem Lande als in den Städten soll theils aus ständigen, theils aus wechselnden Mitgliedern bestehen. Der Vorstand soll den Pfarrer (die Pfarrer) und den ersten Gemeinde=Beamten zu ständigen Mitgliedern haben Diesen ständigen Mitgliedern werden als wechselnde Mitglieder bei gewöhnlichen Elementarschulen zwei der einsichtsvollsten, gemeinsinnigsten, geachtetsten und für das Wohl der Schule sich vorzüglich interessierende Mitglieder der Schulgemeinde beigeordnet.

.... Die Amtsführung der wechselnden Mitglieder soll in der Regel vier Jahre dauern, nach deren Ablauf entweder neue oder die bisherigen bestätigt werden. An denjenigen Orten, wo es für jede kirchliche Confession eigene Volksschulen gibt, soll auch jede Confession ihren eigenen Schulvorstand haben.

Dem Schulvorstande liegt überhaupt die Fürsorge für das innere und das äußere Wohl der ihm anvertrauten Schule ob....

... Insbesondere liegt dem Schulvorstande ob:

1) für die anständige Erhaltung des Schulgebäudes, der Lehrzimmer und der Schulgeräthe zu sorgen...

2) Der Schulvorstand hat für die Sicherung der Schul=Kapitalien, für die vortheilhafteste Benutzung der Grundstücke, für die gehörige Erhaltung des Schul= Inventariums und für die Vermehrung des Schulvermögens zu sorgen, wie auch darauf zu achten, ob die Schuleinkünfte für die Lehrer, in so fern sie nicht von diesen selbst erhoben werden, gehörig eingehen

3) Ferner hat der Schulvorstand dafür zu sorgen, daß es der Schule nicht an dem nöthigen Lehrapparate fehle.

Dahin gehören:

a) diejenigen Lehrmittel, welche als unentbehrliche Inventarstücke auf eben dem Wege, wie die Schulgeräthschaften beschafft werden müssen, insbesondere die schwarzen Wandtafeln, einige Landkarten, Wandfibeln, Tabellen und die in den Tischen zu befestigenden Dintefässer;

b) ein zureichender Vorrath von Lehrbüchern, Schiefertafeln (oder wenigstens glatt gehobelten Schiefen), Schiefergriffeln, Federn, Dinte, Schreibebüchern zum Gebrauch für die unbemittelten Kinder, zu deren Anschaffung die Mittel aus der Armenkasse zu gesinnen sind. Die Anschaffung dieser unter b) benannten Lehrmittel für die nicht unbemittelten Kinder, liegt den Eltern selbst ob. Der Schulvorstand hat aber möglichst überall für die Einrichtung zu sorgen, daß die nötigen Federn und Dinte für alle Schreibeschüler, desgleichen die kleineren Schiefer und Griffel für alle ersten Anfänger von dem Lehrer gegen eine von den Eltern zu leistende verhältnismäßige billige fixe Geldvergütung hergegeben werden.

4) Wenn die Schulgemeinde oder einzelne Glieder derselben und die Lehrer über einander sich zu beschweren Ursache finden, so liegt es dem Schulvorstande ob, die Sache zu untersuchen, und die Mißhelligkeiten zu heben, oder nöthigenfalls dem Schulinspector vorzutragen. Er darf es einzelnen Schul-Interessenten nicht einräumen, dem Schullehrer vorzuschreiben, wie er ihre Kinder behandeln soll

5) Der Schulvorstand muß es sich angelegen seyn lassen, die Sittlichkeit, den Fleiß und den ordentlichen Schulbesuch der Kinder möglichst zu befördern Auch hat er insbesondere darauf zu achten, daß die Schulwege in guten Stand gesetzt und darin erhalten werden.

6) Der Schulvorstand hat auf die Amtsführung und das sittliche Betragen der Schullehrer seine Aufmerksamkeit zu richten, ohne daß seine Beaufsichtigung in ein geheimes Auflauern ausarte. Er hat darauf zusehen, daß die Schulstunden gehörig gehalten, daß die Schule nie ohne Genehmigung einen ganzen Tag ausgesetzt, daß die Dauer der festgesetzten Ferien nicht überschritten, daß der vorgeschriebene Lehrplan gehörig befolgt, daß die vorgeschriebenen Lehrbücher gebraucht, daß eine vernünftige Schulzucht gehandhabt werden Nöthig befundene Erinnerungen, wegen etwaiger Amtsvernachlässigung oder anstößigen Betragens hat der Schulvorstand das erstemal durch den Pfarrer und ohne Zeugen mitzutheilen, in Fällen grö-

berer und wiederholter Vergehungen hat er ihnen durch denselben Vorhaltungen vor versammelten Schulvorstände zu machen; wenn auch dies fruchtlos bleiben möchte, so hat er es bei dem Schul-Inspector anzuzeigen, damit dieser einschreite, und nöthigenfalls an die Königliche Regierung berichte.

Was die Urlaubsbewilligungen für Schullehrer betrifft, so kann ein eintägiger Urlaub vom Pfarrer, ein Urlaub bis zu drei Tagen vom Schulvorstande, ein Urlaub bis zu einer Woche aber nur vom Schul=Inspector, und auf längere Zeit nur von der Königlichen Regierung ertheilt werden.

7) Wenn eine Schulstelle erledigt worden, so muß der Schulvorstand dies dem Schul=inspector anzeigen, um die Wiederbesetzung einzuleiten, und nöthigenfalls für die einstweilige Fortsetzung des Unterrichts zu sorgen.

Der Aufsicht über die inneren Angelegenheiten des Schulwesens haben sich vorzugsweise die Pfarrer zu unterziehen

Um alle seine Obliegenheiten auf eine wirksame Weise nachzukommen, muß der Schulvorstand sich wenigstens vierteljährlich einmal im Schul=Locale versammeln

Den Vorsitz in den Versammlungen des Schulvorstandes und die Leitung hat in äußeren Angelegenheiten der erste Gemeindebeamte, in inneren Angelegenheiten der Pfarrer.

Um sich in den Stand zu setzen, auf die Schule gehörig einzuwirken, müssen die Schulvorsteher sich durch eigenen Besuch derselben in steter Bekanntschaft mit ihrem Zustande zu erhalten suchen. Vornehmlich liegt es den Pfarren ob, solche Schulbesuche anzustellen Jährlich einmal muß der Schulvorstand eine genaue Visitation der Schule halten, und bei dieser Gelegenheit eine Prüfung der Schuljugend auf eine angemessene Weise veranstalten, deren Befund demnächst in das Protokollbuch eingetragen wird " 1)

Diese "Dienst=Instruction" belegt deutlich, in welchem Maße die Kirche noch im 19. Jahrhundert auf die Schule einwirken konnte:

- ihre Pfarrer übten als Orts- und Kreisschulinspektoren die

1) Staatsarchiv Münster: Unna, Landratsamt Nr. 362

Dienstaufsicht über den inneren Schulbetrieb aus,

- ihre Pfarrer waren tonangebend in den Schulgemeinden,
- neben der Amtsführung der Schullehrer überwachten sie auch ihr sittliches Betragen.

Die Befreiung aus der kirchlichen Bevormundung legte den Grund für die positive Entwicklung des Volksschulwesens. 2)

Schulträger waren in Ober- wie in Niedermassen zunächst also die ev. Schulgemeinden mit den sie leitenden Schulvorständen. Diesen gehörten als ständige Mitglieder die drei Pfarrer der ev. Kirchengemeinde Unna und die jeweiligen Gemeindevorsteher der beiden Dörfer an. Als wechselnde Mitglieder wurden für beide Gemeinden je zwei "Hausväter" hinzu gewählt. In Obermassen waren es 1818 die Colonen Wisselmann und Höttemann, 1846 Heiermann, Wisselmann und Bennemann. Der Hebezettel für das Gehalt des Niedermassener Lehrers Müller wurde 1842 von Brockhaus, Wulff, Lenzmann und Quast unterschrieben.

Nach den noch vorhandenen Protokollen nahmen an den Sitzungen der Schulgemeinde stets alle drei Pfarrer ("Prediger") der ev. Kirchengemeinde Unna teil, um durch ihre gemeinsame Präsenz den Einfluß der Kirche auf die Beschlüsse zu wahren. Bei den Sitzungen bzw. Besprechungen des Schulvorstandes stellten sie damit die Hälfte der Mitglieder.

Bevor am Ende des 19. Jahrhunderts in Ober- und Niedermassen die kath. Schulen errichtet werden konnten, mußten in beiden Gemeinden mit Billigung der bestehenden ev.

Schulgemeinden zunächst auch katholische eingerichtet werden. Am 30. Oktober 1889 billigte die Königliche Regierung in Arnsberg die Bildung einer kath. Schulgemeinde für Obermassen. Zu ihrem Schulvorstand gehörten der Amtmann Kämper und der Pfarrer Briskens wohl als ständige Mitglieder, als wechselnde die Herren Dieckmann und Zander und als ihre Vertreter die Herren Lennemann und Krefter. 3)

Zum Schulvorstand der Obermassener ev. Volksschule gehörten zur gleichen Zeit (1890/93) der Amtmann des Amtes Unna- Kamen als "prases externis", einer der Pfarrer aus Unna als "präses internis" und der Gemeindevorsteher als ständige, dazu zwei Gemeindeangehörige als wechselnde Mitglieder.

4) Zum Schulverband Obermassen gehören die ev. und die kath. Volksschule im Dorf und die Schule in der Obermassener Heide.

2) Siehe auch Seite 32 u. 33

3) Chronik der kath. Volksschule Obermassen

4) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

weiteres Mitglied zum Schulvorstand hinzutritt. Der Amtmann wird bevollmächtigt, das Weitere zu veranlassen, insbesondere Auflassungserklärungen abzugeben". 6)

Gegen die Auflösung der Schulgemeinden legten die Pfarrer Cremer und von Velsen aus Unna Einspruch ein:

- "Wir erkennen den Beschluß der Vertretungen vom 26. Januar des Jahres nicht zu Recht bestehend an, da nach unserer Meinung die Hausväter über die Auflösung gehört werden müssen. Wir beantragen diese Erklärung als Beschwerde an die höhere Behörde, den Herrn Minister, weiterzugeben." 7)

Die beiden Geistlichen protestierten, da die Kirchengemeinde Unna durch die Auflösung der ev. Schulgemeinde Niedermassen einen großen Teil ihres Einflusses auf das Schulwesen in Massen verlor. Der Einspruch kam zu spät und wurde auch nicht weitergegeben, Er war gegenstandslos geworden, da die Königliche Regierung in Arnberg die Auflösung der alten Schulgemeinden genehmigt hatte.

Wie in Ober- wurden nun auch in Niedermassen am 18. 8. 1903 neue Schulvorstände gewählt.

In den Schulvorstand der ev. Schule kamen der Landwirt Friedrich Krumme, der Zechenbeamte Karl Schnapp, der Landwirt Carl Schnepfer, der Steiger Heinrich Rickert, der Zechenbeamte A. Neuhaus und der Betriebsführer W. Schröer. Ihre Stellvertreter waren der Prokurist Heinrich Kemper, der Rechnungsführer Heinrich Ligges, der Steiger Friedrich Nolle, der Landwirt Lensmann, der Wirt Christian Schroder und der Materialienverwalter August Reiser. - Zum Schulvorstand der kath. Schule gehörten der Rentner Lange, der Steiger Weißberg und der Grubeninspektor Backwinkel, als Vertreter der Bahnmeister Anton Nolte, Anton Halsband und der Bergmann Ferdinand Kranemann. Auffallend groß unter ihnen war die Zahl der Männer, die auf den Massener Schächten beschäftigt waren.

Im Laufe des Jahres 1910 - ein Jahr vor ihrem Zusammenschluß - gründeten die beiden Gemeinden Ober- und Niedermassen den Gesamtschulverband Massen. Seinem Schulvorstand gehörten der Amtmann als Schulverbandsvorsteher, je ein Geistlicher der beiden Konfessionen, die Gemeindevorsteher, vier Gemeinderatsmitglieder und der dienstälteste Rektor an. Für die Massener Schulen war das Ende einer Epoche gekommen.

6) Staatsarchiv Münster: Unna Nr. 504

7) Staatsarchiv Münster: Unna Nr. 504

X

Zusammenfassende Würdigung

Für die Massener Volksschulen war das Jahrhundert ihrer Entwicklung beendet: aus einklassigen Dorfschulen waren mehrklassige Systeme geworden, an die Stelle der Schulmeister waren wissenschaftlich ausgebildete Lehrkräfte getreten. Die Umwandlung und das Zusammenwachsen der ursprünglichen Bauerndörfer zu einer aufstrebenden Bergarbeitergemeinde mit einer ständig wachsenden Bevölkerung vom der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts an hatte wesentlich zu ihrer Entwicklung beigetragen. Wenn wir heute das Werden und das Wirken der "alten Schule" kritisch würdigen wollen, dann müssen wir von den zeitbedingten Fakten ausgehen, die dazu beigetragen haben.

Anstöße für den notwendigen Aufbau eines leistungsfähigen Volksschulwesens kamen von August Hermann Francke (1663- 1727), dem Gründer der Francke'schen Stiftungen in Halle, der unter Wilhelm I. großen Einfluß auf das Schulwesen in Brandenburg/Preußen gewann. Auch die Erkenntnisse Pestalozzis (1746- 1827), die notwendigen Kräfte zur Bewältigung des Lebens durch Bildung zu wecken, trugen dazu bei. Die geistigen Strömungen der Zeit, der Pietismus - vom 17. Jh. an die Erneuerungsbewegung im Protestantismus, die innere Frömmigkeit forderte - und die gegenläufige Aufklärungsbewegung, die einen auf Nützlichkeit ausgerichtete Unterricht forderten, waren Voraussetzungen für das "General=Schul=Reglement" Friedrichs II., das die allgemeine Schulpflicht in Preußen einführt:

- "Demnach wir zu unserem höchsten Mißfallen selbst wahrgenommen, daß die jungen Leute auf den Dörfern in Unwissenheit und Dummheit aufwachsen; so ist Unser so wohlbedachter als ernster Wille, daß das Schulwesen auf dem Lande in allen Unseren Provinzen auf einen besseren Fuß als bisher gesetzt und verfaßt werden soll". 1)

"Unwissenheit und Dummheit" bedeutete für alle Bevölkerungsschichten, besonders aber für die niederen auf dem flachen Lande unabwendbares Eingebundensein in erstarrte soziale Gegebenheiten, ständige Abhängigkeit von bestehenden Herrschaftsstrukturen, z.B. der Gutsuntertänigkeit bzw. der Gutsherrschaft auf dem flachen Lande. Die Pflichtschule mit einem geordneten Unterricht sollte nach dem Willen ihrer Väter breite Volksschichten aus dieser Abhängigkeit befreien.

1) Brandt a. a. O. S. 163

Der "Alte Fritz" verfolgte mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Preußen aber auch ein zeitbedingtes Anliegen. Sie sollte helfen, die Wunden des Siebenjährigen Krieges in seinem Lande zu heilen.

- "Denn so angelegentlich Wir nach wiederhergestellter Ruhe und allgemeinen Frieden das wahre Wohlsein Unserer Länder in allen Ständen uns zum Augenmerk machen; so nötig und heilsam erachten Wir, es auch zu sein, den guten Grund dazu durch eine vernünftige sowohl als christliche Unterweisung der Jugend zur wahren Gottesfurcht und anderen nützlichen Dingen in den Schulen legen zu lassen". 2)

Die einmal in Gang gekommene Entwicklung wurde dann von Wilhelm von Humboldt weiter vorangetrieben. Humboldt, der von 1809 - 1810 Leiter des Bildungswesens im preußischen Innenministerium war, forderte reine Menschenbildung statt der üblichen Standes- und Berufsausbildung. Es hätte auch der preußischen Staatsraison widersprochen, den großen Teil seiner schaffenden und staatstragenden Bevölkerung durch mangelhafte, klassenhaft bedingte Schulausbildung in wirtschaftlicher und damit auch in politischer Abhängigkeit zu halten.

Den Lehrer mit hohem Stehkragen, mit ständig erhobenem Zeigefinger und wohl immer drohendem Stock - ein Zerrbild seines Berufsstandes - gab es in Massen nicht. Den Jungen und Mädchen wurde weder das ABC noch die 10 Gebote eingebläut. Zum Stock griff der Lehrer nur, wenn der Übermut der Jungen gezügelt werden mußte, wenn es galt in den überfüllten Klassen die Disziplin zu wahren, um einen Unterricht erst möglich zu machen. Konnte der Lehrer in der Schule auf den Stock verzichten, wenn er in den Elternhäusern, immer wenn es nötig war, als "ultima ratio" gebraucht wurde, wenn andere Mittel nicht mehr halfen.

Unterschlagen wird, daß die Lehrer auf den Seminaren nicht nur eine fachlich gute, wissenschaftliche Ausbildung erhielten, sondern darüber hinaus zu einem hohen Berufsethos erzogen wurden. Sie fühlten sich nicht nur ihrem Lehrauftrag verantwortlich, sie wußten sich auch der Idee verpflichtet, sich vorbehaltlos für die Fortentwicklung des Schulwesens einzusetzen, nie eine Abwertung der Volksschule zum Nachteil der ihnen anvertrauten Kinder zuzulassen. Dabei mußten sie manche Rück-

2) Brandt: a. a. O. S. 163

3) Siehe auch S. 21

schläge hinnehmen wie z.B. 1854 die "Stiehl'sche Regulative", konservative Erlasse, die eine erfolgreiche und fortschrittliche Entwicklung fast zunichte gemacht hatte. Nachdem ihre orthodox bildungsfeindlichen Bestimmungen abgemildert worden waren, wurde sie 1872 endlich ersetzt. In ihren Bemühungen um eine leistungsfähige Schule trugen sie mit dazu bei, daß die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industrieland möglich wurde.

Die Mitglieder der Schulvorstände aller Massener Volksschulen kamen im Jahr 1903 aus allen Berufsgruppen der beiden Dörfer. Das läßt den Schluß zu, daß auch ihre Schüler aus allen Bevölkerungsschichten kamen. So saßen Bauern-, Kötter- und Tagelöhnerkinder neben den Kindern der Bergarbeiter und Grubenbeamten der Massener Zeche. Sie waren keineswegs Schulen nur für die "niedere Bevölkerung", sie waren die Schulen der beiden Dörfer. Wenn die Mädchen und Jungen sie nach achtjährigem Besuch verließen, konnten sie ohne "Lebensangst" in die Berufsausbildung gehen. Sie waren dafür gerüstet und hatten auch eine klare Vorstellung vom weiteren Verlauf ihres Lebens. - Prominentester Besucher der ev. Volksschule Niedermassen war der Bergmannssohn "Fitzken" Steinhoff - von 1956 bis 1958 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen - der sie von seinem sechsten Lebensjahr an bis zu seiner Konfirmation besuchte.

B

Schulwesen in der neuen Gemeinde

XI

Von 1910 bis 1919 Friedens- und Kriegsjahre

Als die beiden bisher selbständigen Gemeinden Ober- und Niedermassen auf Betreiben der Verwaltung des Amtes Unna-Kamen 1911 zu einer Gemeinde zusammengeschlossen wurden, besaß diese ein der damaligen Zeit entsprechendes, leistungsfähiges Schulwesen:

- In Obermassen wurde eine sechsklassige ev. Volksschule mit 331 Schülern vom Rektor Karl Roer geleitet. Er war am 1. April 1893 von Strickherdicke nach Obermassen in die 3. Lehrerstelle berufen worden und hatte am 8. und 9. November 1910 in Münster das Rektoren-Examen bestanden. Zum Kollegium der Schule gehörten die Lehrerin Johanne Koch und die Lehrer Wilhelm Schnettger (seit 1899), Wilhelm Höving (seit 1904), Karl Rickert (seit 1906) und Otto Westhof (seit 1907).
 - An der zweiklassigen kath. Volksschule in Obermassen mit 122 Schülern waren die Lehrer Georg Heckenkamp (seit 1904) und Josef Homert (seit 1911) tätig.
 - Die neunklassige ev. Volksschule in Niedermassen leitete Wilhelm Jansen, dem 1904 die Rektorstelle übertragen worden war. Dem Kollegium gehörten u. a. der Hauptlehrer Wilhelm Mertin, bereits seit 1878 an der Schule tätig, und der Lehrer Karl Pickhan, seit 1887 an der Schule, an.
 - An der kath. Volksschule in Niedermassen mit 135 Schülern, dreiklassig seit 1911, unterrichteten die Lehrer Heinrich Höckelmann (seit 1904) und Josef Schwingenheuer (seit 1907) sowie die Lehrerin Gertrud Metzger, die von Ober- nach Niedermassen versetzt worden war.
 - In der Massener Heide gab es dazu eine einklassige Schule.
- Der Schulalltag verlief in den Vorkriegsjahren in den Massener Schulen in geordneten Bahnen. Mit wachsenden Schülerzahlen mußten weitere Klassen eingerichtet werden, kamen damit auch neue Lehrer nach Massen. Ostern 1912 wurde die kath. Volksschule in Niedermassen vierklassig, 1913 die ev. Volksschule in Obermassen siebenklassig. Für den Lehrer Westhoff, der 1913 Obermassen verließ, kam der Schulamtsbewerber Honermeier.
- Die Chronik der kath. Schule in Niedermassen berichtete für das Schuljahr 1913/14: - "Der Schulbesuch läßt zu wünschen übrig. Er habe arg unter der Erkrankung der Kinder an Masern und Typhus zu leiden." 1)

1) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

Die Schulaufsicht übte bis zum September 1911 Kreisschulinspektor Werner aus, der nach Berlin gerufen wurde, bis zum 1. April 1912 Kreisschulinspektor Reusch, auf den dann Dr. Kreisker folgte.

Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges ging die ruhige Zeit der Massener Schulen jäh zu Ende, veränderte sich ihr Alltag nachhaltig. Die Hauptbetroffenen waren zunächst die Lehrer, die fast alle "aktiv gedient" hatten und in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 sofort "zu den Fahnen" gerufen wurden. Das brachte die Stundenpläne durcheinander. Die beiden Lehrer der kath. Volksschule in Obermassen, Georg Heckenkamp und Karl Linke, mußten schon am 1. Mobilmachungstag einrücken. Vikar Neisse sprang ein und die Lehrer Weinberg und Schwingenheuer von der kath. Schule in Niedermassen mußten Vertretungsunterricht erteilen. Ebenfalls sofort einberufen wurde der Lehrer Emil Hoving von der ev. Volksschule in Obermassen, während sich sein Kollege Honermeier freiwillig zum Sanitätsdienst meldete. Im Januar 1915 erhielt dann der Lehrer Schnettger den Gestellungsbefehl, und im Februar wurde Karl Rickert zu den Gardeschützen nach Berlin einberufen.

- Auch die ev. Volksschule in Niedermassen blieb nicht verschont. Bereits am 30. Juli 1914 wurde der Lehrer Korfmann einberufen und am 3. August - dem 3. Mobilmachungstag - der Lehrer Storkebaum. In den folgenden Kriegsjahren wurden dann auch die Lehrer Middendorf und Hartlieb eingezogen. Um in den Kollegien die entstandenen Lücken zu schließen, wurden Lehrerinnen eingesetzt. So übernahm an der ev. Volksschule in Obermassen die Lehrerin Nölle vertretungsweise den Unterricht in der 3. Klasse, die Schulamtsbewerberin Pötting aus Königsborn den in der 2. Klasse, während die Klassen 4, 5 und 7 "durchgezogen" wurden.

- Für den Lehrer Josef Schwingenheuer von der kath. Volksschule 1915/16 in Niedermassen, der von Juni 1915 bis zum Juni 1917 krankheitshalber beurlaubt worden war, übernahmen die Lehrerinnen Richter und Pieper die Vertretung. Dazu wurde in Niedermassen Frau Gravinghoff als technische Lehrerin angestellt.

Die Entlassung des Lehrers Schnettger aus dem Heeresdienst im Januar 1916, er war nur garnisondienstfähig, brachte eine spürbare Entlastung. Da er seine alte Klasse in Obermassen wieder übernahm, konnte die Lehrerin Nölle wieder in Niedermassen unterrichten. Zudem wurde die technische Lehrerin Martha Schroer, ausgebildet auf dem technischen Lehrerinnenseminar in Dortmund, an der ev. Volksschule in Obermassen angestellt.

Aber nicht nur die fehlenden Lehrer beeinträchtigten den Unterricht, sondern auch das allgemeine Kriegsgeschehen wurde im Alltag der Schulen zunehmend spürbar. Es gab nicht nur die Siege zu feiern, die die deutschen Soldaten 1914 auf ihrem Sturmangriff zur Marne errangen, nicht nur die Erfolge Hindenburgs über die "russische Dampfwalze" in Ostpreußen, der Krieg nahm auf seine Weise auch die Schulen in Pflicht. Das Sammeln von "Liebesgaben" wurde zu ihrer ersten Aufgabe. Darüber berichtet die Chronik der ev. Volksschule in Obermassen:

- "Rektor, Lehrer und Lehrerinnen suchten immer aufs neue, die Kinder für diese edle Sache zu begeistern. Schüler und Schülerinnen brachten wöchentlich Liebesgaben für die Krieger mit. Zigarren, Zigaretten, Pakete Tabak, Kautabak, Pfeifen, Zucker, Keks, Biskuite, Pfefferminz, Kissen für Verwandte, Postkarten, Briefpapier, Bleistifte, Taschenspiegel, Mundharmonikas u. a. m. kam so in Menge zusammen. War die Gabensammlung groß genug, dann wurde diese in einer großen Kiste ans Rote Kreuz nach Unna oder Hamm geschickt. Die Kinder hatten auf ihre Spenden ihre Namen geschrieben, wie groß war dann die Freude der Geber, wenn nach mehreren Wochen sie eine Postkarte von den Soldaten erhielten, die ihre Spenden bekommen hatten. Vor Weihnachten 1914 und auch 1915 ist eine große Gabensammlung für die Krieger abgeschickt worden." 2)

Aber es blieb nicht nur beim Abgeben dieser "Liebesgaben". Die Kinder wurden auch zum Sammeln der roten Goldstücke aufgefordert, und in der kath. Volksschule in Niedermassen wurden davon für 470 Mark abgegeben. Die Obermassener Schulchronik berichtet:

- "Manche Kinder brachten auch goldene und silberne Schmuckstücke mit und erhielten zur Erinnerung an diese Zeit einen eisernen Fingerring, für den jedes Kind noch 50 Pfennig zu entrichten hatte." 3)

Darüber hinaus wurden die Kinder auch angehalten, Geld für die "Kriegsanleihen" in den Schulen abzugeben. So zahlten für die III. Kriegsanleihe 30 Kinder der ev. Volksschule in Obermassen so hohe Beträge ein, daß dafür 14 Stückanteile zu je 100 Mark gezeichnet werden konnten. Für die IV. Kriegsanleihe wurden von der Schule sogar 3400 Mark aufgebracht.

2) u. 3) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

Zu den besonderen Attraktionen in den Schulen gehörte das Nageln von Wappenschildern, die als Schmuck und Auszeichnung den Schulen verblieben. Für jeden Nagel, den die Jungen und Mädchen in das Brett schlugen, mußten sie ihren Obolus entrichten, für einen eisernen Nagel 2, einen silbernen 3, einen goldenen 5 und einen Kopfnagel 10 Pfennig. Solch ein Wappen brachte immerhin einen Betrag von etwa 140 Mark ein, da kein Kind beiseite stehen wollte. Neben dieser umfangreichen Sammeltätigkeit wurden die Schülerinnen und Schüler auch zu Hilfsdiensten herangezogen, die ihrem Können und ihren Kräften entsprachen. Gefordert waren zunächst wohl die Mädchen, die unter Anleitung ihrer technischen Lehrerinnen Schroer in Ober- und Gravinghoff in Niedermassen für die Soldaten des Feldheeres schon 1914 Wintersachen anfertigten. Strumpfe, Handschuhe, Puls- und Brustwärmer u. s. w. strickten. Diese hilfreiche Aktion wurde so lange durchgeführt, bis sie wegen Materialmangel eingestellt werden mußte. Bei den Sammlungen von Altmateriel für die Kriegswirtschaft, die auf Grund einer Regierungsverfügung unter Leitung der Schulen durchgeführt werden mußten, wurden besonders die Jungen gebraucht. Dabei kamen in der kath. Schule in Niedermassen neben großen Mengen von Altpapier, 80 kg Gummiwaren und 150 kg Weißblech bzw. Konservendosen zusammen. Auch zum Sammeln von Nesseln, Obstkernen und Sonnenblumensamen wurden die Schulkinder angehalten. Dabei wurden von den Jungen und Mädchen der kath. Schule in Niedermassen 47 kg Nesseln, 20 kg Kirschkerne und 140 kg Pflaumensteine zusammengetragen. Auch Kastanien, Eicheln und Bucheckern gehörten zum Sammelgut, das von den Schulen bei den Hauptsammelstellen abgeliefert werden mußte. - "Im letzten Kriegsjahr wurde dazu das Sammeln von Laubheu angeordnet. Die Kinder sind zu diesem Zwecke in den Overwegschen Waldbeständen am neuen Schacht gewesen". 4) Die Kinder der kath. Volksschule in Niedermassen sammelten dabei 180 kg. Die Kinder "sammelten" aber auch, um die Versorgung der eigenen Familien mit Lebensmitteln zu verbessern. Sie halfen beim "Ährenlesen" auf den sorgsam abgeernteten Feldern und beim "Kartoffelstopfeln". Ihr Einsatz brachte so manch einer Familie zusätzliche Hilfe.

4) Kriegschronik der kath. Volksschule Niedermassen.

- "Zur Zeit der Waldbeerenernte zogen die Kinder mit ihren Eltern ins Sauerland, um dort Beeren zu sammeln, um sich für den Winter Marmelade bereiten zu können. Dieses Sammeln war in Massen früher wohl im Ganzen unbekannt, aber 1918 zog wohl die Hälfte der Bewohner in die Waldungen. so bis hinter Meschede-Brilon". 5)

Zudem wurden die Kinder in dem noch immer ländlich geprägten Massen ihrem Können und ihren Kräften entsprechend bei den Garten- und Feldarbeiten gebraucht. Da die Männer fehlten, waren bei den Frühjahrsarbeiten und bei der Getreideernte besonders die älteren Knaben gefordert, und bei der Kartoffelernte wurde schließlich jede Hand gebraucht.

Die Auswirkungen des Krieges, ungenügende Ernährung und mangelhafte Kleidung, gefährdeten viele Massener Kinder gesundheitlich. Die betroffenen schulpflichtigen Kinder wurden vom "Massener Frauen- und Fürsorgeverein" nach besten Kräften im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten betreut. Bereits im ersten Kriegswinter 1914/15 wurden bedürftige und schwächliche Kinder jeden Tag in der Zehn-Uhr-Pause mit Milch versorgt. Vom Juli 1916 an erhielten 100 Kinder, die von den Schulen vorgeschlagen wurden, Freibäder in Unna-Königsborn.

-" In mehreren Abteilungen fuhren sie zweimal in der Woche 1/2 5 Uhr nachmittags zum Baden; 7 Uhr Rückkehr. Hier wieder angekommen, bekam jedes Kind 1/4 Liter Milch und Brot. Ausgabe bei Wirt Karl Wulf. Aber auch an den anderen Tagen, wenn nicht gebadet wurde, bekamen die Kinder 1/4 Liter Milch". 6)

Besonders gesundheitsschädlich für die Kinder war das Fehlen von festem Schuhwerk und wärmender Bekleidung. Darunter hatte nach Angaben der Chronik der kath. Volksschule in Niedermassen besonders der Schulbesuch im Winter 1917/18 zu leiden.

Für den Herbst 1918 heißt es: - "Der Schulbesuch läßt zu wünschen übrig. Der Grund liegt in der schlechten und fehlenden Bekleidung (schlechtes Schuhwerk und Oberkleidung), die den Witterungsverhältnissen nicht entspricht, und im Auftreten der spanischen Krankheit, der Grippe, im Oktober und November. Da die Krankheit besonders heftig in Niedermassen wütete, wurden die Schulen vom 25. X. bis zum !!: XI. geschlossen." 7)

5) u. 6) Kriegsschronik der kath. Volksschule Niedermassen

7) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen. [Statt !!: muss es wohl 11.XI. heißen]

Als nach den Grippeferien die Massener Kinder wieder zur Schule gehen konnten, waren aus den Klassenzimmern die Kaiserbilder verschwunden. Das Deutsche Reich war eine Republik geworden, ein überstürzt abgeschlossener Waffenstillstand hatte die Kampfhandlungen beendet. Ihre Lehrer, die im Felde standen, kehrten zurück, tauschten den zerschlissenen Waffenrock mit ziviler Kleidung und nahmen ihre alten Plätze wieder ein. Nur auf den Lehrer Korfmann brauchte man nicht mehr zu warten, er war bereits am 27. IV. 1915 als Unteroffizier "auf dem Feld der Ehre" an der Westfront gefallen. In engländischer Kriegsgefangenschaft mußte Karl Rickert bis zum Herbst 1919 ausharren.

Die Lehrer Heckenkamp und Linke unterrichteten seit Oktober bzw. seit Dezember 1918 wieder an der kath. Volksschule in Obermassen. Karl Linke stand an der West- und Ostfront, erhielt das EK II. Klasse und war als Feldwebel aus dem Krieg zurückgekehrt. Der Lehrer Emil Höving hatte seinen Dienst bereits Ostern 1918 an der ev. Volksschule in Obermassen wiederaufgenommen. In allen Kriegsjahren war er an der Westfront eingesetzt, bis er im Mai 1917 so schwer verwundet wurde, daß ihm der linke Oberschenkel amputiert werden mußte. Mit dem EK II. Klasse ausgezeichnet, wurde er als Leutnant aus dem Heeresdienst entlassen. Nach seiner Rückkehr im Dezember wurde der Lehrer Honermeier von Obermassen an die ev. Volksschule in Niedermassen versetzt. Hier hatten die Lehrer Hartlieb, Middendorf und Storkebaum ihren Dienst wiederaufgenommen. Im Dezember kam der Lehrer Nebelung, der im Juni 1918 zum zweiten Mal eingezogen worden war, an seine Schule in der Obermassener Heide zurück.

Es gab aber auch Veränderungen. An der ev. Volksschule in Obermassen wurde eine Lehrer- in eine Lehrerinnenstelle umgewandelt, die Frl. Pötting übertragen wurde. An der gleichen Schule wurde der Schulamtsbewerber Walter Ganske vom Juni bis zum Oktober 1919 vertretungsweise beschäftigt. Als dann Karl Rickert aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte, übernahm er wieder seine alte Klasse.

XII

Das Schulwesen in den zwanziger Jahren - Organisatorische und personelle Veränderungen.

Der Alltag forderte nun auch in Massen wieder sein Recht. Seine Notwendigkeiten und Gegebenheiten bestimmten Leben und Geschehen in den Massener Schulen und darüber hinaus die Entwicklung des Schulwesens in der Gemeinde. Dringlich war die Forderung der Eltern in der neuen Buderuskolonie nach dem Bau einer eigenen Schule. Seit dem 1. April 1918 waren alle Häuser der Bergmannssiedlung in unmittelbarer Nähe des Schachtes III bezogen worden, hatten ihre etwa 200 schulpflichtigen Kinder tagein und tagaus bei Wind und Wetter einen beschwerlichen Schulweg nach Niedermassen zurückzulegen. Das sollte nun ein Ende haben, und am 5. September 1919 wurden von den Gemeindevertretern die Kosten für einen Schulbau am Schacht III bewilligt.

Als den Buderus'schen Eisenwerken mit der Ansiedlungsgenehmigung vom 7. März 1916 der Bau ihrer Werkssiedlung gestattet wurde, hatte man diese Gesellschaft u. a. zur finanziellen Beteiligung am Bau einer Schule verpflichtet:

- "Die Unternehmerin zahlt an den Schulverband Massen eine einmalige Abfindung von 200 Mark für jede Wohnung und für den notwendig werdenden Schulneubau einen einmaligen Zuschuß von 16000 Mark. Stellt die Unternehmerin ein nach Ansicht des Schulvorstandes geeignetes Grundstück zur Verfügung, so verringert sich der Betrag von 16000 Mark um die Summe, die die Unternehmerin nachweislich für das Grundstück gezahlt hat". 1)

Diese Forderung wurde in der Ansiedlungsgenehmigung auch eingehend begründet:

- "Die Gemeinde wird nach Fertigstellung der Ansiedlung gezwungen sein, weitere Schulklassen zu errichten. Bei Annahme von 1 1/2 Schulkind auf jede Familie würden bei 130 Familien auf die Ansiedlung 195 Kinder entfallen, die der Zahl nach 3 1/2 Klassen erfordern. (Die 2. Hälfte der 4. Klasse wird mit Schülern aus den in der Nähe stehenden Wohnungen besetzt werden.) Der Bau einer Schulklasse kostet erfahrungsgemäß etwa 12000 Mark, für 3 1/2 Klassen also 42000 Mark. Wird auf diesen Betrag die Abfindung von 200 Mark für jede Familie, gleich $130 \times 200 = 26000$ Mark, in Anrechnung gebracht, so bleiben zur Deckung der Unkosten noch 16000 Mark aufzubringen.

1) Ansiedlungsgenehmigung des Amtes Unna-Kamen vom 7. III. 1916, Anlage vom Protokoll vom 5. IX. 1919

Hierzu müßte die Unternehmerin ebenfalls herangezogen werden, während die vermehrten Kosten des Schulbetriebes, der Schuleinrichtung und Gebäudeunterhaltung aus der Steuerkraft der Gemeinde mit zu decken sind, die mit der Ansiedlung wachsen wird". 2) Nun war es also so weit. Auf das übliche Schulhaus, einen unterkellerten Steinbau, verzichtete man. Ob man Kosten sparen wollte oder ob es wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse geschah, geht aus dem entsprechenden Sitzungsprotokoll nicht hervor. Vielleicht waren beide Gründe für die Entscheidung der Gemeindevertreter maßgebend. Es ist auch nicht mehr festzustellen, ob die Buderus'schen Eisenwerke das Grundstück zur Verfügung gestellt oder die geforderten 16000 Mark gezahlt hatten. Der Bauauftrag wurde der Scherrer AG in Düsseldorf erteilt, die noch im Frühherbst mit den Arbeiten begann.

So entstand nun in den letzten Monaten des Jahres 1919 an der Buderusstraße ein in Massen bisher unbekanntes Schulgebäude, ein nicht unterkellertes Holzbau mit 5 Klassenräumen und einer Wohnung für den "Schuldiener". Die Errichtung des Baues geht so zügig voran, daß der Schulbetrieb bereits am 24. Januar 1920 aufgenommen werden konnte.

Am 3. August 1921 mußte der Gemeinderat eine Erweiterung des Schulgebäudes um drei Klassenräume beschließen, da die "Bergmannssiedlung Hamm" die Buderuskolonie durch den Bau von 48 Wohnungen erheblich vergrößern wollte, und die vorhandenen Klassenräume bereits überfüllt waren. Ein beträchtlicher Teil der Erweiterungskosten wurde von der Siedlungsgesellschaft getragen. Zu Beginn des Schuljahres 1922/23 konnten die neuen Klassenräume bezogen werden.

Neben der Schule entstand 1920 ebenfalls in Holzbauweise ein Lehrerhaus mit zwei Dienstwohnungen. Das zum Schulgrundstück gehörige Gartengelände wurde den Dienstwohnungen der Lehrer und des Schuldieners zugeteilt.

Zwei voneinander getrennte Systeme - die kath. Colonieschule und die ev. Colonieschule - teilten sich das Schulhaus an der Buderusschule, Die erstere erhielt zwei und die letztere drei Klassenräume. Der Unterrichtsbeginn am 24. Januar 1920 brachte naturgemäß den Niedermassener Schulen einen erheblichen Rückgang ihrer Schülerzahlen. So mußte z.B. die kath. Schule in Niedermassen 70 Kinder an die Colonieschule abgeben, ihr verbleiben noch 133 Kinder. Mit den Kinder wechselte auch Lehrer Holle und vom 1. II. bis zum 1.

2) Ansiedlungsgenehmigung des Amtes Unna-Kamen vom 7. III. 1916

VIII. 1920 unterrichtete neben Holle auch Franz Clemens, der dann an die kath. Schule nach Obermassen versetzt wurde. Am 1. IX. wurde die 1. Lehrerstelle Stephan Niklas übertragen, der aus Westpreußen stammte und hier bis zum 7. II. 1920 im Schuldienst tätig war. Da Westpreußen nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages an Polen abgetreten werden mußte, wiesen ihn die polnischen Behörden - wie alle preußischen Beamten - aus seiner Heimat aus. Zunächst hatte er in Landsberg/W. Zuflucht gefunden, bis ihm die Massener Stelle zugewiesen wurde. Er verwaltete diese, bis er im April 1925 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand ging. Die 1. Lehrerstelle wurde nun dem Lehrer Holle übertragen und Clemens kam von Obermassen zum Schacht III zurück.

Auch die ev. Schule in Niedermassen verlor eine beträchtliche Zahl von Kindern an das neue System am Schacht III. Die Lehrer Honermeier (Niedermassen) und Rickert (Obermassen) wechselten zur neuen Schule. Ostern 1920 wurde dann der Schulamtsbewerber Walter Ganzke von Obermassen an die ev. Colonieschule versetzt. Die Bewohner der Buderuskolonie, in ihrer überwiegenden Zahl Bergmannsfamilien, waren nun am Ziel ihrer Wünsche: die Männer, die fast alle auf der Schachtanlage III arbeiteten, hatten ihren Arbeitsplatz vor der Tür, den Kindern blieb der Schulweg zum Dorf erspart. Aber es gab auch einen negativen Aspekt, denn die eigene Schule am Schacht III trug mit dazu bei, daß die natürlichen Kontakte zum Dorf eingeschränkt wurden und die Buderuskolonie - im Volksmund "Corsika" genannt - zu einem Außenposten der Gemeinde wurde.

Neben diesem Neubau prägten personelle und organisatorische Veränderungen die weitere Entwicklung der Massener Schulen. Am 1. Oktober 1920 wurde der Leiter der kath. Volksschule in Niedermassen zum Hauptlehrer ernannt, und 1921 gab es an der ev. Volksschule gleich zwei Verabschiedungen. Am 1. April trat nach 43jähriger Dienstzeit an dieser Schule der Hauptlehrer Wilhelm Mertin in den Ruhestand. 3) Rektor Wilhelm Jansen 4) wurde nach zehnmonatiger Beurlaubung am 1. Oktober auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt. Zu seinem Nachfolger wurde der Lehrer Karl Pickhan berufen, der seit dem 1. Nov. 1887 an der Schule tätig war. Am 15. Mai 1922 wurde er zum Rektor ernannt und vom Kreisschulrat Jessulat in sein Amt eingeführt.

3) u. 4) Vgl. S. 23

Am 1. April 1923 wurde auf Antrag der Schuldeputation mit Genehmigung der Regierung in Arnsberg eine Hilfsschulklasse eingerichtet, der ev. Hellwegschule angegliedert und der Aufsicht des ev. Kreisschulrates unterstellt. Aus dem Schulverband Massen wurden ihr 15 Kinder zugewiesen, 13 evangelische und 2 katholische. Den Religionsunterricht erhielten die Kinder in der ev. und kath. Volksschule in Niedermassen. Am 18. April 1934 wurde diese Klasse aufgelöst. 5)

Besonders einschneidende Veränderungen verursachte der Rückgang der Schülerzahlen in Obermassen. Unterrichtete man hier in der ev. Schule 1918 noch 307 Kinder, so ging diese Zahl in den nachfolgenden Jahren ständig zurück: auf 295 in 1921, auf 267 in 1922, auf 233 in 1923 und bis auf 207 in 1924. Von den einst 7 Schulstellen mußten 2 abgebaut werden, darunter auch die Planstelle des Konrektors, die am 1. April 1925 eingezogen wurde. - Auch die kath. Schule wurde vom starken Schülerrückgang betroffen, da sie 1925 nur noch 52 Kinder zählte, wurde sie aufgelöst und die Kinder zur kath. Schule nach Niedermassen überwiesen. Dadurch wurde an dieser Schule, die nun 148 Schüler hatte, die Einrichtung einer vierten Klasse notwendig.

Für die Ursache dieses starken Schülerrückganges in Obermassen gibt es keine Erklärung, vermutlich zogen zu Beginn der 20ziger Jahre Familien aus Obermassen in die erweiterte Buderuskolonie am Schacht III um. Auch die Stilllegung der Massener Zeche zum 30. Juni und zum 31. Dezember blieb nicht ohne Auswirkung auf das Schulwesen der Gemeinde. Der dadurch verursachte Ausfall von 75% ihrer Steuereinnahme zwang sie zu rigorosen Sparmaßnahmen. Sie mußte ihre sogenannten Pflichtausgaben drastisch zusammenstreichen, davon wurden auch zwangsläufig die Schulen betroffen. An der ev. Hellwegschule wurden 2 Lehrerstellen und die Stelle der techn. Lehrerin eingespart. Die Gemeinde konnte ihren Lehrkräften nur 1/3 des Februargehaltes auszahlen, da wegen des Steuerausfalls ihre Kasse leer war. Erst nach Eingang eines Ergänzungszuschusses der Regierung in Arnsberg erhielten die Lehrkräfte den Rest ihres Gehaltes.

- Als Folge der Zechenschließung wurde durch einen Beschluß der Schuldeputation die 4. Lehrerstelle an der kath. Volksschule abgebaut und die Schule dreiklassig geführt. Der Lehrer Karl Linke, der 1912 seine Tätigkeit an der kath. Schule in Massen begonnen hatte, wurde nach Witten versetzt.

5) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

In Obermassen hielt der Rückgang der Schülerzahlen unvermindert an. Bei 183 Kindern wurde die Schule hier vierklassig und die Rektorenstelle aufgehoben. Am 1. April 1928 verließ dann Rektor Karl Roer, der seit 1893 in Massen tätig und zu einer einflußreichen Persönlichkeit geworden war, die Gemeinde. Er wurde auf Grund des Runderlasses des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Rektor nach Castrop-Rauxel versetzt. Als seinen Nachfolger führte Schulrat Jessulat den Hauptlehrer Schulz am 15. Oktober ein.

Die sich verschärfende finanzielle Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden traf besonders die Schulen. So ging auf Grund der Sparverordnung vom 17. IX. 1931 am 15. Oktober des gleichen Jahres an der Schule in Obermassen die Lehrerinnenstelle (4. Schulstelle) ein. Da aber die 161 Kinder nicht in drei Klassen untergebracht werden konnten, wurden an der Schule Junglehrer gegen einen monatlichen "Fortbildungszuschuß" von 90 Mark beschäftigt. Diese durften aber nicht mehr als 11 Wochenstunden erteilen.

Als am 1. Oktober 1931 Rektor Karl Pickhan aus seinem Amt als Schulleiter der ev. Volksschule in Niedermassen ausschied, trat der Lehrer Heinrich Lehnemann aus Bergkamen seine Nachfolge an. Er wurde am 25. 7. 1931 von der Schuldeputation zum neuen Rektor der ev. Hellwegschule gewählt. Lehnemann, Jahrgang 1892, hatte seine Ausbildung in Schwerin/W erhalten, war Kriegsteilnehmer von 1914 bis 1918.

Im November 1931 verfügte die Bezirksregierung in Arnsberg die Schließung der einklassigen Schule in der Obermassener Heide, der sogenannten "Heideschule". Die Gemeindevertreter, die den dazu notwendigen Beschluß fassen sollten, nahmen die Verfügung zunächst "mit Befremden" zur Kenntnis, fügten sich aber schließlich dem Verlangen aus Arnsberg. Sie beschlossen die Lehrerstelle dieser Schule "zum Ruhen zu bringen". Für die Kinder aus der Obermassener Heide richtete die Gemeinde eine kostenlose Fahrverbindung zur Obermassener Schule ein. 6)

6) Nach dem Protokollbuch der Gemeindevertretung vom 1. 6. 1924 bis zum 30. 4. 1935

Am 1. Januar 1932 schloß dann die Heideschule ihre Pforten. Hauptlehrer Schulz in Obermassen erhielt am 22. Januar das folgende Schreiben des Amtes Unna-Kamen:

- "Die Übergabe der Schulutensilien, Lehrmittel, Lehrer- und Schülerbücherei usw. der Schule in der Massenerheide an den Leiter der Schule in Obermassen, soll am Mittwoch, den 27. Januar 1932, nachm. 3 1/2 Uhr an Ort und Stelle erfolgen. Ich bitte Sie, zu der Übergabe zu der genannten Zeit in der Schule Massenerheide anwesend zu sein." 7)

Bis zum Ende der zwanziger Jahre blieben im Betrieb der Massener Schulen auch die negativen Auswirkungen der Kriegszeit spürbar. So wurde der Schulbesuch besonders durch den schlechten Gesundheitszustand der Kinder beeinträchtigt. - Der Chronist der kath. Volksschule berichtet über das Schuljahr 1919/20:

- "In den Monaten Dezember, Januar und Februar ist der Unterricht sehr unregelmäßig. Da ein Dampfkessel explodiert war, konnte das Schulgebäude nur mit einem Kessel beheizt werden. Die erzeugte Wärme reichte aber nicht aus, um alle Klassenräume beider Systeme ausreichend zu erwärmen. So wurden die Kinder beider Systeme abwechselnd unterrichtet, die Kinder der kath. Schule am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Außerdem tritt die Grippe auch wieder auf." 8)

Für das Schuljahr 1920/21 finden wir folgende Eintragung:

- "Der Schulbesuch ist besser als im vergangenen Jahr, aber die

7) Aus den Akten der ev. Volksschule Obermassen

8) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

Kinder leiden weiter unter der mangelhaften Ernährung. Nach einer Untersuchung im März sind von 132 Kindern der Schule nur 26 normal ernährt, 37 minderernährt, 40 unterernährt und 19 sehr unterernährt. Auf Bemühungen des Gemeindevorstehers Honermeier und des Vikars Neise können 150 Portionen einer Quäker-Speisung verteilt werden, davon 20 Portionen an Kinder der kath. Schule. Gekocht wird in der alten Schule 8) an allen Werktagen, die Portionen werden um 10 Uhr ausgegeben". 9)

Erkrankungen wie Grippe, Masern und Scharlach führten in den Wintermonaten immer wieder zum mangelhaften Schulbesuch. Im Februar 1929 grassierte z.B. in Massen die Grippe so stark, daß auf Anordnung des Kreisarztes vom 12. bis zum 25. des Monats die Schulen im Ort geschlossen werden mußten. Im Oktober und November 1931 breiteten sich in Massen die Masern aus. Da diese besonders die jüngeren Kinder heimsuchte, mußte auf Anordnung des Kreismedizinalrates die 3. Kl. (1. u. 2. Schuljahr) der kath. Schule vom 2. bis zum 27. XI. geschlossen werden. Im Schuljahr 1932/33 folgte dem Scharlach ein ansteckender Hautausschlag und im Januar die Grippe.

Während die Chronik der kath. Schule ausführlich über den Gesundheitszustand ihrer Kinder berichtet, gibt es von den anderen Schulen nur spärliche Angaben, die gesundheitlichen Verhältnisse ihrer Kinder waren sicherlich nicht besser. Schon im Schuljahr 1922/23 begann man mit der Betreuung der gesundheitlich besonders gefährdeten Schulkinder, und die Wohlfahrtspflegerinnen des Amtes Unna Kamen, Frl. Schwanenberg und Pröbsting fanden mit dieser Aufgabe ein weites Betätigungsfeld. Man begann Kinder zu Erholungskuren zu verschicken. Von der kath. Schule waren es z.B. 19 Kinder im Schuljahr 1923/24, 10 Mädchen im Schuljahr 1924/25 - vier von ihnen konnten sogar nach Holland reisen, 10 Mädchen und 6 Jungen im Schuljahr 1925/26, wieder 18 Kinder im Schuljahr 1926/27 und dagegen nur 11 Kinder im Schuljahr 1927/28. In den folgenden Jahren wurden die Verschickungen zu den Erholungskuren fortgesetzt. "Unter den zahlreichen Erholungskuren leidet naturgemäß der Unterricht", vermerkte Hauptlehrer Weinberg in seiner Chronik. Auch an den anderen Massener Systemen wurde der Unterricht durch diese notwendigen Maßnahmen beeinträchtigt.

Von 1916 an wurde an den Massener Schulen die Milchversorgung der Kinder wieder aufgenommen, um deren Gesundheitszustand

8) heutiges Bürgeramt der Stadt Unna

9) Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

zu heben. So erhielten z.B. 38 Kinder der kath. Schule auf Kosten der Gemeinde täglich 1/4 Liter Milch. Diese Aktion lief aber nur in der Zeit vom 4. November 1926 bis zum 27. Januar 1927. Danach übernahmen die Schule die Milchversorgung gegen Bezahlung. Für wöchentlich 0,45 Mark erhielten die Kinder täglich 1/4 Liter Milch. Vom Arzt ausgesuchte Kinder bedürftiger Eltern erhielten diese aber kostenlos.

Die marode Heizungsanlage im Schulgebäude am Hellweg führte in Niedermassen wiederholt, besonders während der Wintermonate, zu erheblichen Unterrichtseinbußen. Am 15. Oktober 1923 beschloß die Schuldeputation, daß die Dampfheizung außer Betrieb gesetzt wurde. Die Erwärmung der Klassenräume auf das vorgeschriebene Minimum sollte durch Öfen erfolgen. Da dafür aber nur vier Öfen vorhanden waren, mußte der Unterricht drastisch eingeschränkt werden. Der kath. Schule stand nur ein Klassenraum zur Verfügung. Da diese Maßnahme von der Schulaufsicht nicht genehmigt wurde, gab man am 23. November die Kohleheizung wieder auf und nahm einen der beiden Dampfkessel wieder in Betrieb. Dadurch standen dem kath. System zwei Klassenräume zur Verfügung, So erhielt die 1. Kl. mit den oberen Jahrgängen 31, die 2. Kl. mit den mittleren Jahrgängen 25 und die 3. Kl. mit den unteren Jahrgängen 17 Wochenstunden. Erst im Mai 1924 konnte der Unterricht mit der vollen Wochenstundenzahl wieder aufgenommen werden. Auch die ev. Schule mußte die Zahl der Wochenstunden verkürzen. - Im Laufe des Jahres wurde die Heizungsanlage von Grund auf erneuert und die Dampfheizung durch eine Warmwasserheizung ersetzt, die sich dann auch in den Wintermonaten der kommenden Jahre bewährte.

XIII

Im Schwung der Reformen

Wichtiger als alle diese notwendigen äußeren, organisatorischen und personellen Vorgänge in den Massener Schulen war der Wandel im Unterrichtsgeschehen, der sich während der zwanziger Jahre in den Volksschulen vollzog. Die Reformpädagogik, deren Ansätze bis in die Zeit vor der Jahrhundertwende zurückreichten, konnte sich nach dem Novemberumsturz von 1918 ungehemmt entfalten. Sie wurde getragen von einer Lehrergeneration, die zum Teil aus dem "Wandervogel" hervorgegangen bzw. von seinen Zielen geprägt worden war, von einer Generation, die sich in den Materialschlachten des 1. Weltkrieges bewähren mußte. Der Wandervogel - eine spontane Jugendbewegung der Vorkriegszeit - wollte die jungen Menschen aus den erstarrten gesellschaftlichen Zwängen ihrer Zeit herausführen, ihnen wieder einen Zugang zu den natürlichen Lebensformen öffnen. Folgerichtig wurde ein neues Erziehungsziel gesetzt: der zur Freiheit bestimmte und berufene Mensch sollte in die Lage versetzt werden, sich seines Eigenwertes bewußt zu werden, seine Begabungen und Möglichkeiten erkennen und ermessen zu können, um so in Verantwortung vor seinen Mitmenschen seine Zukunft bzw. sein Leben zu gestalten. Für den Vollzug des Unterrichtes setzte sich die grundlegende Erkenntnis einer eigenständigen kindlichen Persönlichkeit durch. Danach lebt das Kind nicht in der Welt der Erwachsenen, sondern in seiner eigenen, deren Grundlagen nicht zerstört werden dürfen, deren Formen und Bedürfnisse, Phantasie und Bewegungsdrang, dem kindlichen Auffassungsvermögen und Betätigungswillen entsprechend im Unterricht genutzt werden müssen.

Diese Einsicht führte in konsequenter Weise auch zu neuen Unterrichtsformen. Die Forderung "vom Kinde aus" verlangte von den Lehrern ein neues Rollenverständnis. Sie nahm ihnen die allein bestimmende, die absolut dominierende Stellung im Unterricht und zwang sie zur Zurückhaltung. Sie hatten das Kind ernst zu nehmen, bereits gemachte kindliche Erfahrungen und erworbene Kenntnisse im Unterricht zu berücksichtigen und diese gewissermaßen als "Moderatoren" mit den Unterrichtszielen in Einklang zu bringen. Sie sollten in den Kindern alle Impulse wecken, die den Unterrichtsablauf vorantreiben und beleben. Der neue Unterrichtsstil verlangte von den Lehrern verstärkten persönlichen Einsatz.

In den Konferenzen stand die Erneuerung der Unterrichtsmethode auf der Tagesordnung. Es wurde über den sogenannten "Arbeitsunterricht" diskutiert, der die Schüler unter Einsatz von unterrichtlichen Hilfsmitteln zur freien und selbständigen Mitarbeit motivieren sollte. Die Frage Fach- oder Gesamtunterricht war ein weiterer Themenbereich. Dem Gesamtunterricht, als Prinzip für die oberen Volksschulklassen gedacht, wurde die Forderung zu Grunde gelegt, den Fachunterricht durch natürliche, lebensnahe Sacheinheiten bzw. Sachzusammenhänge zu ersetzen.

Aber nicht nur die Kinder kamen zu ihrem Recht, man brauchte auch das Verständnis der Eltern für die Aufgaben der Schule. Dazu waren bessere bzw. engere Beziehungen zu den Elternhäusern notwendig. Eltern und Lehrer als gleichwertige Erziehungsträger sollten im gegenseitigen Verständnis über ihre unterschiedlichen Aufgaben in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen zusammenarbeiten. Um eine Basis für ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis und als Grundlage für ein gemeinsames Handeln wurden in Preußen die "Elternbeiräte" geschaffen.

Die große revolutionäre Forderung der Schulreformer nach Schaffung einer "Einheitsschule" fand in der Errichtung der Grundschule nur eine Teilerfüllung. Für alle schulpflichtigen Kinder vom 6. bis zum 10. Lebensjahr wurde sie die gemeinsame Pflichtschule als Stätte grundlegender Erziehung und gemeinsamer Bildung. Erst nach Abschluß bzw. im Anschluß an die Grundschule sollen den begabten Kindern die Übergänge zu den weiterführenden Schulen, den Mittel- oder Realschulen und Gymnasien offen stehen.

Bereits in der Weimarer Verfassung wurde die Grundschule gesetzlich verankert. Der Artikel 146 (Aufbau des öffentlichen Schulwesens) bestimmte:

- " Das öffentliche Schulwesen ist organisch zu gestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf". 1)

Durch das Reichsschulgesetz vom 28. April 1920 wurde die Grundschule dann zur obligatorischen Pflichtschule für die sechs- bis zehnjährigen Kinder. Da sie aber mit ihren vier Jahrgängen organisatorischer Bestandteil der bestehenden Volksschulen blieb, verlor sie leider ihren eigenständigen Charakter. Neue Maßstäbe für das Schulwesen der Weimarer Republik sollte die Reichsschulkonferenz legen, die vom Reichsinnen-

1) Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919

minister für die Tage vom 11. bis 19. Juni 1920 nach Berlin einberufen wurde. Die Konferenz, die im Reichstagsgebäude tagte, sollte die durch die Reichsverfassung bestimmte einheitliche Regelung (§146) beraten und Grundsätze bzw. Richtlinien dafür festlegen. Neben der Behandlung von organisatorischen Fragen, vor allem der Schaffung einer Einheitsschule und einer akademischen Lehrerbildung, stand auch die Erneuerung der Unterrichtsmethode auf dem Programm. Wegen der Vielfalt der Meinungen und Interessen, vermutlich durch die große Zahl der Teilnehmer bedingt, der Widerstand der Konfessionen und der politischen Differenzen, gelang es der Konferenz nicht, einheitliche Grundsätze für die Schulpolitik der Republik aufzustellen.

Die Forderung nach einer akademischen Ausbildung auch der Volksschullehrer, die auf der Reichskonferenz erneut erhoben wurde, war bereits auf Beschluß der Nationalversammlung in der Reichsverfassung festgeschrieben worden:

- "Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln. (§143,2)" 2)

Mit der Errichtung der "Pädagogischen Akademien" wurde in Preußen die Lehrerbildung reformiert. Die ersten entstanden von 1926 an in der Amtszeit des Ministers C. H. Becker (von 1925 bis 1930 Minister für Wissenschaft und Volksbildung in Preußen) in Bonn, Elbing und Kiel. Hinzu kamen dann in den nachfolgenden Jahren bis 1930 weitere in Frankfurt/Main, Hannover, Dortmund, Breslau, Erfurt, Halle, Kassel, Altona, Stettin, Beuthen, Frankfurt/Oder und Kottbus.

Wie wirkten sich nun die Bestrebungen und Ergebnisse der Reformpädagogik auf die Massener Schulverhältnisse aus? Die Grundstruktur des Massener Schulwesens blieb unverändert, denn die Reichsverfassung ließ neben den überkonfessionellen bzw. simultanen Gemeinschaftsschulen auch die Bekenntnisschulen weiter bestehen:

- "Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen." 3)

So blieben die ev. Volksschulen in Ober- und Niedermassen und

2 u. 3) Reichsverfassung vom 11. August 1919 - Goldmann, Deutsche Verfassungen

die kath. Volksschule in Niedermassen unangetastet. Auch die Einführung der Grundschule brachte für Massen keine Veränderung, da ihre Klassen Bestandteile der bereits bestehenden Bekenntnisschulen waren. Äußerlich blieb also alles beim alten.

Die eigentlichen Veränderungen vollzogen sich im innerschulischen Betrieb in aller Stille. Mit dem Artikel 148 der Weimarer Verfassung war den Schulen auch ein neuer Erziehungsauftrag vorgegeben worden:

- "In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden." 4)

Der neue Erziehungsauftrag und die damit verbundenen neuen Unterrichtsinhalte verlangten neue Unterrichtsmethoden und einen neuen Unterrichtsstil. Das Unterrichtsklima entkrampfte sich und löste sich aus erstarrten Formen. Besonders betroffen wurden davon die Grundschulklassen. Als Ziel war ihnen die Entfaltung der kindlichen Kräfte und als Arbeitsgebiet ein Gesamtunterricht auf heimatkundlicher Grundlage zugewiesen worden. Sprachunterricht, Rechnen, Gesang, Zeichnen, Werken und Turnen ergänzten ihn. Neben den musischen Fächern galt die besondere Aufmerksamkeit dem Sportunterricht. Er sollte helfen die gesundheitlichen Schäden auszuheilen, die die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit den Kindern zugefügt hatten.

Die Reichsjugendwettkämpfe, die jährlich durchgeführt wurden, sollten die Mädchen und Jungen zu körperlicher Ertüchtigung anspornen. Sie wurden in der Gemeinde vermutlich am 2.7.27 erstmalig durchgeführt. Über dem alten Sportplatz wehten die schwarz-rot-goldenen Reichsfahnen und die schwarz-weißen des Landes Preußen. Die zehn- bis vierzehnjährigen Jungen und Mädchen konnten sich im Dreikampf (Lauf, Weitsprung u. Schlagballweitwurf) messen. 200 Kinder aus allen Massener Schulen nahmen daran teil. - Für die besten sportlichen Durchschnittsleistungen hatte die Gemeinde zwei Wanderpreis gestiftet, den für die Mädchen errang die kath. Colonieschule am Schacht III, den für die Jungen holte sich die ev. Colonieschule am Schacht III.

Über den sportlichen Dreikampf hinaus nahmen die ersten Reichsjugendwettkämpfe in Massen die Form eines gemeinsamen Festes aller Massener Schulen an, an dem sich auch die Schulkinder der Grundschulklassen beteiligten. Bereits am frühen Vormittag versammelten sich etwa 900 Jungen und Mädchen zum fröhlichen Spiel, für alle gab es Kuchen, den die Gemeinde gekauft hatte. So wurden die Reichsjugendwettkämpfe für Massen jedenfalls zu einem vollwertigen Ersatz der früheren Sedansfeiern.

Im Jahre 1928 wurden die Reichsjugendwettkämpfe in der üblichen Form zum letzten Mal auf dem alten Sportplatz durchgeführt. Ungefähr 850 Kinder beteiligten sich an den sportlichen Wettkämpfen und den Spielen und wurden von der Gemeinde mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Von 1929 an fanden die Sportwettkämpfe dann auf dem neuen Sportplatz an der Kleistraße statt. Bei den ersten Wettkämpfen auf dem neuen Sportplatz am 2. Juli stritten 177 Jungen und Mädchen aus Afferde und Massen um die Siegerurkunden, 81 von ihnen erreichten die dafür erforderliche Punktzahl. Da während der Veranstaltung Regenwetter einsetzte, fand die übliche Bewirtung der 900 Kinder mit Kuchen und Limonade bei Middendorff in Obermassen statt. Hier erfolgte auch die Siegerehrung. - Bei den Wettkämpfen am 29. Juli 1930 erzielte die ev. Schule am Schacht III die höchste Zahl der Durchschnittspunkte und 1932 konnten 106 Schülerinnen und Schüler mit dem Eichenkranz ausgezeichnet werden.

An der Einweihung des neuen Sportplatzes am 2. September 1928 waren die Massener Schulen entsprechend beteiligt. Sie marschierten nicht nur im Festzug mit, sondern eröffneten auch die sportlichen Vorführungen am Nachmittag mit Massenfreiübungen. Aber erst nach der Einweihung der Turnhalle im November 1929 stand ihnen an der Kleistraße eine für die damalige Zeit vorbildliche Übungsstätte für den Sportunterricht zur Verfügung.

Mit dem Bau der neuen Turnhalle gelangte die Sportanlage der Gemeinde Massen bestehend aus Freibad, Sportplatz mit Wärterhaus und Umkleideraum, sowie Turnhalle mit Badeeinrichtung ihren Abschluß. Die Anlage wurde auf Beschluß der Gemeinde Massen ausgeführt, weil auch diese ihrerseits für die Ertüchtigung der Jugend zum Wohle unseres Vaterlandes beitragen wollte Die während und nach dem Krieg geborenen Kinder waren unterernährt und schwächlich, weil es im deutschen Vaterlande an den not-

wendigen Nahrungsmitteln fehlte. Diese geschwächte Jugend soll auf dem Sportplatz in Sonne, Licht und Luft zu einem gesunden Menschenschlag herangezogen werden." 4) Aus dem "Ausflug" der früheren Jahre, dem einmaligen Höhepunkt im Verlauf des Schuljahres, ist der Wandertag geworden, der in ferienfreien Monaten einmal durchgeführt werden sollte. Auf Fußwanderungen, die der körperlichen Ertüchtigung ebenso wie unterrichtlichen Zwecken dienten, sollten die Mädchen und Jungen ihre Heimat erwandern und kennen lernen. Drückten nun auch neue Schüलगenerationen die immer noch harten und unbequemen Schulbänke, so waren die Ausflugs- bzw. Wanderungsziele wie eh und je die gleichen geblieben. Zu den beliebtesten gehörten Geisecke im Ruhrtal, der Freischütz im Schwerter Wald, die Hohensyburg, die Städte Soest und Münster mit ihren Sehenswürdigkeiten. Im Sauerland wurden das Hönnetal, das Felsenmeer, der Kohlberg, die Dechenhöhle und die Möhnetalsperre aufgesucht.

Die Jugendherbergen ermöglichten sogar mehrtägige Wanderungen. So unternahm die kath. Schule am Schacht III am 7. und 8. Juli 1922 eine zweitägige Fahrt zur Hohensyburg und zur Dechenhöhle. In der Inflationszeit und in den nachfolgenden Jahren wurden größere Wanderungen nicht unternommen, da dafür das Geld fehlte. Beinahe sensationell und abenteuerlich empfanden die Massener ein Unternehmen, das im September 1926 von der kath. Colonie Schule durchgeführt wurde. Während der Herbstferien durchwanderte Lehrer Clemens mit den älteren Jungen fünf Tage lang das Sauerland. Man fuhr von Unna aus mit der Bahn bis nach Iserlohn. Von hier aus ging es weiter zur Burg Altena, durch das Lennetal bis nach Werdohl, wo in der Jugendherberge übernachtet wurde. Die zweite Tagestour führte von hier aus über Finnentrop, Attendorn, der Listertalsperre zur Burg Schnellenberg. Am dritten Tag wanderte Clemens mit seinen Schülern über Schmallenberg nach Sundern, am vierten Tag über Hüsten zur Möhnetalsperre und weiter nach Soest. Von hier aus trat man am fünften Tag die Rückwanderung über Werl nach Unna an. Eine respektable Leistung. Die ev. Volksschule in Obermassen unternahm 1928 eine zweitägige Wanderfahrt nach Winterberg und zum Kahlen Asten.

4) Aus der Urkunde zur Grundsteinlegung - Chronik der kath. Volksschule Niedermassen

Die Reichsjugendwettkämpfe wurden von den Massener Schulen oft mit den Gedenkfeiern an den 11. August 1919 verbunden, an dem von der Nationalversammlung in Weimar die neue Verfassung des Deutschen Reiches verkündet worden war. Von der Reichsregierung wurde 1926 der 11. August wegen seiner hohen historischen Bedeutung zu einen nationalen Feiertag erhoben. - Nach einer Schulfeier war der Tag dann unterrichtsfrei, fiel er in die Ferien, was häufig der Fall war, mußte am letzten Schultag vor oder am ersten Schultag nach den Ferien unter Fortfall des Unterrichtes die "Verfassungsfeier" stattfinden bzw. nachgeholt werden. Aber dieser "Verfassungstag" war genau so umstritten wie die Verfassung selbst, denn beachtliche Teile der Bevölkerung standen der Weimarer Republik aus politischen Gründen, die nationalistisch, zum Teil auch von völkischen Ideen motiviert waren, nicht nur kritisch, sondern auch ablehnend gegenüber. Sie wünschten daher auch keine Erziehung ihrer Kinder nach demokratischen Grundsätzen zu freiheitlichen Idealen. Ihnen war der Verfassungstag ein Dorn im Auge.

Die Feierstunden wurden in Massen von jedem System als schulinterne Veranstaltung oder auch als Gemeinschaftsfeier aller Massener Schulen durchgeführt. Im Anschluß daran fanden dann die Reichsjugendwettkämpfe statt.

Die letzte sogenannte Verfassungsfeier fand in Massen am 26. Juli 1932 statt und wurde von den Schulen - mit Ausnahme der ev. Volksschule in Obermassen - gemeinsam veranstaltet. Zu dieser Feier waren auch die Eltern eingeladen worden. Nach Gedichtvorträgen der Kinder und Liedern, gesungen vom Niedermassener Kinderchor unter der Leitung des Lehrers Fritz Wulff, hielt Rektor Heinrich Lehnemann, Rektor der ev. Volksschule in Niedermassen, die Festansprache. An den im Anschluß stattfindenden Reichsjugendwettkämpfen beteiligte sich auch die Obermassener Schule.

Neben den staatlich angeordneten Reichsjugendwettkämpfen und den Verfassungsfeiern wurden die kirchlichen Feiertage, wenn diese auf Werktage fielen, entsprechend begangen. Durch einen Min. Erl. vom 15. September 1926 wurde der Reformationstag für die ev. Schulen in Preußen zu einem unterrichtsfreien Tag. Dazu kamen die internen Veranstaltungen der Schulen, wie die Entlassungsfeiern für die Schulabgänger und die Elternabende.

Die Chronik der kath. Kolonieschule am Schacht III berichtet z.B. von zwei solchen Abenden. Ein Elternabend, der mit einer Weihnachtsfeier für die Kinder verbunden war, fand am 4. Januar 1931 im Saale der Wirtschaft Schepp stand. Vikar Mügge hielt einen Lichtbildervortrag über die Bedeutung der Advents- und Weihnachtszeit. Auf dem Programm standen dann noch zwei Theaterstücke, die von den Schulkindern aufgeführt wurden. Der Reinertrag sollte für eine Fahrt nach Winterberg verwendet werden. Eine weitere Veranstaltung fand am 8. Januar 1933 im Saale der Wirtschaft Kampmann in Niedermassen statt. Die Schul Kinder trugen Gedichte vor, spielten zwei Theaterstücke und führten Reigen und Volkstänze vor. Gemeindevorsteher Honermeier und Vikar Mügge sprachen zu den Eltern.

XIV

Elternbeiräte und Schuletat

Die ersten Wahlen zu den Elternbeiräten, 1) die am 13. Juni 1920 stattfanden, führten unter den Eltern der Massener Schulkinder zu erheblicher Unruhe. Nach einer Verfügung des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mußten sie alle zwei Jahre durchgeführt werden. Die Elternbeiräte sollten zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Elternhäusern und den Schulen führen, hatten aber kein Mitspracherecht in den eigentlichen schulischen Angelegenheiten. Diese ersten Wahlen führten in der Elternschaft der beiden kath. Schulen in Massen zu großen Aktivitäten. In der Gastwirtschaft Hugo traf man sich zu den die Wahl vorbereitenden Versammlungen. In der letzten wurde dann der Wahlvorstand gewählt, ihm gehörten der Maurer Anton Timmer, der Bergmann Julius Wittbrodt und Frau Rosalia Witulski an. Die Wahlvorschläge für die beiden kath. Schulen wurden dann von einem Ausschuß der "kath. Elternvereinigung Massen" aufgestellt und eingereicht.

Für die kath. Volksschule am Hellweg gingen zwei Wahlvorschläge ein. Von der kath. Elternvereinigung wurden folgende Väter und Mutter benannt: Julius Wittbrodt, Anton Timmer, Anna Edelmeier, Wilhelm Kett, Rosalia Witulski, Ferdinand Kranemann, Karl Lammert, August Fleck, Johann Kilichowski und Helene Limper. Ein zweiter Vorschlag kam von den Massener Sozialdemokraten. Sie benannten folgende Männer: Friedrich Feldhaus, Wilhelm Rosenbaum, Johannes Jütte, Paul Porzeng, August Palikowski, Kaspar Jäger, Robert Sonnenberg, Johann Lewandowski, August Rammenstein und G. Kokskemper. Vom Wahlausschuß wurde die zweite Liste zurückgewiesen, weil sie keine 10 gültigen Unterschriften hatte. Von den 15 geleisteten mußten zwei gestrichen werden, da die betreffenden Personen nicht wahlberechtigt waren, fünf weitere Unterschriften verloren ihre Gültigkeit, weil die Ehefrau oder der Ehemann für den Ehepartner mitunterscriben hatte. Es blieb also bei dem Wahlvorschlag Wittbrodt/ Timmer. Für die kath. Kolonieschule wurden ebenfalls Wahlvorschläge von der kath. Elternvereinigung und den Sozialdemokraten eingereicht.

Für diese erste Wahl erging von der kath. Elternvereinigung ein "Mahnruf an die Eltern der kath. Schulen in Massen":

1) Vgl. S. 78

- "Am kommenden Sonntag ruft Euch die Pflicht zur Wahlurne. Es geht dieses Mal um die Zukunft Eurer Kinder. Darum darf aber auch nicht ein einziger fehlen. Tretet alle geschlossen für den Wahlvorschlag ein, der in öffentlicher Versammlung von der kath. Elternschaft aufgestellt ist! Jeden anderen weist zurück! Wir sind eines Sinnes in der Sorge für das Wohl unserer Kinder, laßt uns auch einig sein bei der Abgabe der Stimmzettel. Je mehr Stimmen unsere Kandidaten bekommen, mit desto größerer Arbeitsfreudigkeit werden sie wirken zum Wohle Eurer Kinder. Gut erzogene Kinder verbürgen Euch einen sorgenfreien Lebensabend." - 2)

Gewählt wurde am Sonntag, dem 13. Juni 1920 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Die Gastwirtschaft Markmann war das Wahllokal für die kath. Schule in Niedermassen. Für den einzigen Wahlvorschlag wurden 77 Stimmen abgegeben, fünf Wahlumschläge waren leer. Damit waren die ersten fünf Personen auf der Liste der kath. Elternschaft gewählt.

Bei einer Schülerzahl von 104 Kindern war dies ein gutes Ergebnis. - In den Elternbeirat der kath. Colonieschule wurden folgende Personen gewählt: der Bergmann Josef Bürger, Wasserkurler Straße, der Bergmann Josef Wittbrodt, Afferder Weg, Frau Elisabeth Rüpping, Buderusstraße, und der Lampenmeister Josef Krawinkel, Glückaufstraße, von der Liste der kath. Elterngemeinschaft, von der "Gegenseite der Sozialisten" der Bergmann Johann Schulz, Buderusstraße. Der Elternbeirat der kath. Colonieschule trat bereits am 21. Juni zu seiner ersten, der konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Josef Bürger gewählt und zum Schriftführer Josef Krawinkel. In zwei weiteren Zusammenkünften sprach man über die mangelhafte Ernährung der Kinder während der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf Körper und Geist, aber auch über die Verwahrlosung der Kinder.

Die Mitglieder des Elternbeirates der kath. Schule am Hellweg trafen sich am 22. Juni 1920 zum ersten Mal und wählten Herrn Anton Timmer zu ihrem Vorsitzenden und Herrn Kett zum Schriftführer. Da durch eine Verfügung der Regierung in Arnsberg die Wahl vom 13. 6. für ungültig erklärt wurde, mußte der Elternbeirat der kath. Schule in Niedermassen am 17. Oktober erneut gewählt werden. Wieder waren zwei Wahlvorschläge eingereicht worden. Von 129 wahlberechtigten Eltern gaben 86 ihre Stimme

2) Chronik der kath. Schule Niedermassen

ab, davon entschieden sich 61 für den Wahlvorschlag der kath. Elternvereinigung und 24 für den der Sozialdemokraten. In den Elternbeirat kamen nun Wittbrodt, Timmer, Edelmeier und Kett von der kath. Elterngemeinschaft und Feldhaus von den Sozialdemokraten. Bei den für Juni 1922 anstehenden Wahlen für die Elternbeiräte wurden für die beiden kath. Systeme keine Wahlhandlungen durchgeführt, da für jedes der beiden nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden war. Der Elternbeirat der kath. Schule am Hellweg blieb weiter im Amt wie der Elternbeirat der kath. Schule am Schacht III. In den beiden anberaumten Sitzungen des Beirates der kath. Colonieschule wurde über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Schulbücher wegen der zunehmenden Teuerung verhandelt.

Auch für die turnusmäßig stattfindenden Wahlen in den Jahren 1924, 1926, 1928, 1930 und 1932 fanden an den kath. Schulen keine Wahlhandlungen statt, da sich deren Elternschaften auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigen konnten. Für die Schule am Hellweg amtierte 1924 der alte Beirat weiter, Änderungen gaben es erst 1926, als neben Anton Timmer, Julius Wittbrodt und Friedrich Feldhaus nun Bernhard Koslowski und Heinrich Backhaus nachrückten. In den Elternbeirat der Colonieschule kamen 1924 als neue Mitglieder Theodor Remper, Joseph Witassek und Josef Wettki. Anton Timmer blieb bis zum Jahre 1932 Vorsitzender der Elternbeirates der kath. Schule am Hellweg.

Zu den letzten Elternbeiräten wurde 1932 gewählt, in der NS-Zeit gab es keine Elternbeiräte mehr. Dem letzten Elternbeirat der kath. Schule in Niedermassen gehörten Emil Friedrichs, Julius Wittbrodt, August Kaiser, Heinrich Backhaus und Paul Porzeng an, als Vorsitzender fungierte August Kaiser und als Schriftführer Emil Friedrichs. - Joseph Witassek, Meinolf Rüngeler, Josef Wittbrodt, Friedrich Porzeng und Wilhelm Albrecht gehörten zum letzten Elternbeirat der Colonieschule. Als Vorsitzender war Meinolf Rüngeler gewählt worden, als Schriftführer Wilhelm Albrecht.

In der Chronik der ev. Volksschule Obermassen wird über die Tätigkeit des Elternbeirates nichts berichtet. In den Schulakten befanden sich jedoch Berichte bzw. Unterlagen für die Wahlen in den Jahren 1928, 1930 und 1932.

Zur ersten vorbereitenden Versammlung für die Wahl am 24. Juni 1928, die am 1.6. stattfand, war von 219 wahlberechtigten Eltern niemand erschienen. In einer zweiten Versammlung am 8.6. in der Gastwirtschaft Middendorff gab der Schulleiter die Wahlbedingungen bzw. die geltende Wahlordnung bekannt, dann wurde der Wahlvorstand gebildet. Ihm gehörten der Landwirt Wilhelm Bedehäsing als Vorsitzender, der Gastwirt Hugo Middendorff als 1. Schriftführer und der Landwirt Wilhelm Tiggewerth als Beisitzer an. Da nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde, eine christliche unpolitische Liste, fand keine Wahlhandlung statt. Die Vorgesprochenen, der Bergmann Fritz Dalle-Grave, der Landwirt Wilhelm Bedehäsing, der Landwirt Wilhelm Tiggewerth, der Bergmann Karl Donath und die Ehefrau des Gastwirtes Hugo Middendorff, galten somit als gewählt, ebenso ihre Stellvertreter bzw. Ersatzleute, nämlich der Landwirt Emil Bennemann, der Bergmann Rudolf Westmann, der Bergmann Rudolf Siebelhoff, der Bergmann Alfred Lente und die Ehefrau des Zechenbeamten Emil Brune.

Zur Wahl am 22. Juni 1930 ging nach den vorbereitenden Versammlungen ebenfalls nur ein Wahlvorschlag ein, so daß keine Wahlhandlung angesetzt werden mußte. In den Elternbeirat kamen als ordentliche Mitglieder der Landwirt W. Bedehäsing, der Landwirt Emil Bennemann, der Bergmann Friedrich Gärtner, Frau Emma Tiggewerth und Frau Martha Brune, als Ersatzleute der Bergmann Wilhelm Hußmann, der Bergmann Paul Brune, der Rentner Heinrich Späh und Frau Elisabeth Tielker. In der Sitzung, die am 28. Juni im Lokale des Gastwirtes Hugo Middendorff stattfand, wählte der Elternbeirat den Landwirt Wilhelm Bedehäsing zu seinem Vorsitzenden, zu dessen Stellvertreter den Landwirt Emil Bennemann und zum Schriftführer Fritz Gärtner.

- "An die Wahlhandlung knüpfte sich eine zwangslose Unterhaltung über Schulangelegenheiten und Erziehungsfragen an, die die Versammelten einige Stunden zusammenhielt." 3)

Für das Jahr 1932 wurde der Wahltermin auf den 19. Juni festgesetzt. Da wieder nur ein Wahlvorschlag eingegangen war, wurde keine Wahlhandlung vorgenommen. Als gewählt galten der Landwirt Emil Bennemann, der Bergmann Wilhelm Hußmann, der Landwirt Karl Spielfeld, der Bergmann Fritz Gärtner und Frau Elly Tielker. Den Vorsitz führte Emil Bennemann, sein Stellvertreter war Wilhelm Hußmann und Schriftführer Karl Spielfeld.

3) Aus den Akten der ev. Volksschule Obermassen

Für die ev. Volksschule in Niedermassen liegen bisher keine Angaben über einen Elternbeirat vor. - Da nun alle Massener Schulen in ihren Chroniken über die Tätigkeit der Elternbeiräte überhaupt nicht oder in einzelnen belanglosen Fällen berichten, kann wohl mit Recht angenommen werden, daß diese für den Schulalltag in Massen nur eine recht geringe Bedeutung hatten. Die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule gründete sich wohl mehr auf persönliche Vertrauensverhältnisse zwischen Eltern und Lehrern, zumal diese in Massen wohnten und zur Dorfgemeinschaft gehörten.

Die Revolution im November 1918 brachte den Massener Schulen nach den ersten unruhigen Jahren zunächst auch eine Besserung ihrer finanziellen Lage. Vom Schuljahr 1920/21 erhielten sie von der politischen Gemeinde Gelder zugewiesen, die in deren Etat verankert waren. Über diesen Betrag durften sie frei verfügen. Mußten bisher gewünschte Anschaffungen von der Schuldeputation genehmigt werden, so konnten nunmehr die einzelnen Schulen über die ihnen zugewiesenen Gelder z.B. bei der Anschaffung von Lehrmitteln frei entscheiden. Genauere Angaben liegen leider nur für die kath. Schulen vor. So erhielt die kath. Schule am Hellweg im Schuljahr 1920/21 für Lehr- und Lernmittel 330 Mark, für arme Schulkinder 110 Mark und für die Schülerbücherei 40 Mark. Die Colonieschule am Schacht III konnte über folgende Beträge verfügen, für Lehr- und Lernmittel über 235 Mark, für arme Kinder über 75 Mark und für die Schülerbücherei ebenfalls über 40 Mark. Im folgenden Schuljahr 1921/22 wurden den Schulen höhere Beträge zugewiesen. Die Schule am Hellweg erhielt für Lehr- und Lernmittel 880 Mark und für die Schülerbücherei 200 Mark, die Schule am Schacht III für Lehr- und Lernmittel 520 Mark, für die Schülerbücherei 700 Mark und für arme Schulkinder 100 Mark. Im Schuljahr 1922/23 erhöhten sich die Beträge weiter, die beiden Systeme bekamen für Lehr- und Lernmittel 1900 bzw. 860 Mark, für die Schülerbücherei 400 bzw. 350 Mark.

Vom Beginn der Inflationszeit konnte wegen der rapide fortschreitenden Geldentwertung im Schuljahr 1922/23 nur wenig und im Schuljahr 1923/24 nichts angeschafft werden.

- "Ehe die bewilligten Gelder der Schule überwiesen wurden, waren sie schon entwertet, daß kaum ein Buch dafür beschafft werden konnte." 4)

Nach der Überwindung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 gingen die Etatmittel der beiden Schulen erheblich zurück. Sie erhielten für das Schuljahr 1924/25 170 bzw. 110 Mark und für das Schuljahr 1925/26 300 bzw. 100 Mark.

Durch die Stilllegung der Massener Schachtanlagen wurde die finanzielle Lage der Gemeinde trostlos. Es fielen nicht nur die Steuereinnahmen der Zeche aus, viele arbeitslose Männer mußten unterstützt werden. Verschärft wurde die Massener Situation durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage im Revier und im Reich. In der ständig wachsenden Zahl der Arbeitslosen

4) Chronik der kath. Colonieschule

zeichnete sich die wirtschaftliche Not des Reiches ab. Im Winter 1929/30 waren es mehr als drei Millionen, im Februar 1932 zählte man 6,1 Millionen, die ohne Beschäftigung waren und von öffentlicher Unterstützung leben mußten. - Da die Gemeindekasse leer war, mußten auch die Mittel für die Schulen zusammengestrichen werden. Von 1927 an erhielt die kath. Schule am Hellweg 225 Mark, die am Schacht III 145 Mark, bis dann vom Schuljahr 1931/32 auch diese geringen Mittel gesperrt wurden.

Den ev. Volksschulen in Massen wird es ähnlich ergangen sein. Im August des Jahres 1931 ging nämlich allen Massener Schulen die folgende Anordnung des Amtes Unna-Kamen zu, die der Amtsbürgermeister persönlich unterschrieben hatte:

- "Unna, den 31. Juli 1931. Die augenblickliche finanzielle und wirtschaftliche Notlage, die unsere Gemeinde in nie geahnter Weise belastet, erfordert kategorisch die größte Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben. Ich sehe mich daher zu meinem Bedauern gezwungen u. a. anzuordnen, alle Bestellungen und Neuanschaffungen für Schulzwecke, insbesondere für Schüler- und Lehrerbibliotheken, Lehr- und Lernmittel und sonstige Zwecke für das laufende Rechnungsjahr mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Sollten bei Lehr- und Lernmitteln Neuanschaffungen unumgänglich notwendig werden, dann ist vorher unter eingehender Begründung der Notwendigkeit, meine Zustimmung einzuholen. Ich darf voraussetzen, daß dortseits meiner Anordnung größtes Verständnis entgegengebracht wird. Nur durch Beachtung äußerster Sparsamkeit, selbst bei den kleinsten Beträgen, wird es möglich sein zu versuchen, über diese schwere Zeit hinweg zu kommen." 5)

Die leeren Kassen der Kommunen und des Landes hatten auch eine nie vorausgesehene Arbeitslosigkeit unter den Lehrern zur Folge, unter der besonders die Junglehrer zu leiden hatten, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten. So mußten im Regierungsbezirk Arnsberg auf Grund einer ministeriellen Verfügung bis zum 31. 3. 1932 729 Lehrer- und Lehrerinnenstellen abgebaut werden. Darunter befanden sich 430 an evangelischen, 280 an katholischen und 19 an Simultanschulen. Die erste Abbaumaßnahme am 15. 10. 1931 traf besonders die auftragsweise beschäftigten Schulamtsbewerber bzw. -bewerberinnen, also die "Junglehrer". Weit mehr als 200 Stellen wurden dabei eingespart. Weitere Termine für den Stellenabbau, der im Benehmen mit den Schulverbänden

5) Aus den Akten der Blücherschule

durchgeführt werden sollte, waren der 31. 12. 1931 und der 31. 3. 1932. Festangestellte Lehrer und Lehrerinnen sollten in andere Bezirke versetzt werden, evangelische Lehrkräfte z.B. in den Bezirk Minden und katholische in den Bezirk Münster. Pensionierungen wurden auf die angeordneten Einsparungen an gerechnet. Schulen bis zu sieben Stellen sollten künftig von Hauptlehrern geleitet werden. 6) Im Rahmen dieser Maßnahme erfolgte die Streichung der Lehrerinnenstelle an der ev. Volksschule in Obermassen und die Schließung der einklassigen Schule in der Obermassener Heide.

Die Welle der pädagogischen Reformen, die mit großem Elan begonnen wurde, verebte nun allmählich in der wirtschaftlichen Not des Reiches. Sie hatte ihre Ursachen nicht nur in den Folgen eines verlorenen Krieges, in den harten Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles, sondern auch in der großen Weltwirtschaftskrise, die mit dem "Schwarzen Freitag" am 25. 10. 1929 an der New Yorker Börse begann.

6) Nach einem Bericht des Bezirks-Lehrerrates für den Regierungsbezirk Arnsberg. - Akten der ev. Volksschule Obermassen

7) Vgl. S. 73 u. 74.

XV

Schule unter dem Hakenkreuz

Der Weg zur Machtergreifung in Deutschland durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wurde frei, als der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg deren Führer zum Reichskanzler berief. Hitler trat dieses Amt mit dem unverrückbaren Ziel und dem unbeugsamen Willen an, die Ideologie seiner Partei zur Staatsdoktrin zu erheben, den "Schandvertrag von Versailles" für ungültig zu erklären, das "Weimarer System" mit seiner demokratisch-republikanischen Staatsform zu überwinden, abzuschaffen und den völkischen Führerstaat zu errichten. In einem pathetischen Appell mit bewußt sozialen Untertönen wurde das deutsche Volk zu einem Neuanfang, zur "nationalen Erhebung" aufgerufen. Im Zuge der nun einsetzenden Entwicklung geriet auch die Schule in den Einflußbereich der nationalsozialistischen Ideologie.

Mit dem Auftrag, zur Schaffung des völkischen Staates ihren Beitrag zu leisten, wurde sie gezwungen, sich an neue, absolut gesetzte Werte zu orientieren. Ihre so beginnende Politisierung nahm der Schule die bisher errungene pädagogische Freiheit. Sie sollte nationalsozialistische "Herrenmenschen" erziehen, "politische Soldaten" und selbstlose Kämpfer für Volk und Vaterland. Der Österreicher Hitler, geprägt von den durchaus negativen Erfahrungen seiner Wiener Jugendzeit, wollte unter Mißdeutung des Begriffes "Preußentum" bzw. der sogenannten preußischen Tugenden und der ihnen innewohnenden moralischen und geistigen Qualitäten die heranwachsende Generation zu Superpreußen erziehen; die Jungen zur unbedingten Mannes- und Gefolgschaftstreue, die Mädchen zum arbeitsbewußten und arterhaltenden Frauentum. Die deutsche Jugend sollte "flink wie die Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl" werden. Die individual-humanistische Erziehung wurde abgelehnt, sie paßte nicht in die heroische Zeit des Aufbruchs. Es sollte nicht mehr vom Kinde aus, sondern zum Volke hin unterrichtet werden.

Mit diesem neuen Erziehungsauftrag erhielten die Unterrichtsinhalte eine neue Wertung. In den Mittelpunkt der Unterweisung rückte die pseudowissenschaftliche Lehre von "Blut und Boden". Unter dem gefühlsbetonten Wertbegriff "Volk und

Vaterland" erhielten die Unterrichtsfächer eine neue Rangordnung. Die Leibeserziehung bzw. die Leibesübungen bekamen nun eine herausragende Bedeutung. Sie dienten nicht nur der Körperertüchtigung und Gesunderhaltung. Mit Mannschaftsspielen und Kampfsportübungen, denen ein breiter Raum zur Verfügung gestellt wurde, sollte der Sportunterricht auch zur Gemeinschaftserziehung beitragen. Die Fächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde - in den Grundschulklassen die Heimatkunde - sollten das völkische Selbstbewußtsein wecken und stärken, die Erdkunde dabei nach geopolitischen Gesichtspunkten erteilt werden. Den Naturkunde- bzw. Biologieunterricht prägten Rassenkunde und Erblehre.

Politische Parolen, die Instinkt und Gefühl ansprachen, sollten emotionale Kräfte wachhalten: Arbeit adelt - Arbeit macht frei - Arbeiter der Faust und der Stirn - Gemeinnutz geht vor Eigennutz - Dein Volk ist alles - Recht ist, was dem Volke nützt - Kanonen sind wichtiger als Butter - Der Jude ist unser Feind!

In den Januartagen des Jahres 1933 war die Arbeitslosigkeit im Revier besonders groß. In Unna betrug sie 13% und lag damit weit über dem Reichsdurchschnitt. Jeder zweite Bergmann hatte seinen Arbeitsplatz verloren, und in der Bergarbeitergemeinde Massen konnte man das Lied dieser Not singen, ein Lied von Hoffnungslosigkeit, aber auch vom kämpferischem Trotz. An jenem denkwürdigen Januartag hatten die Schulkinder der kath. Volksschule am Hellweg Grippeferien, die vom 28. 1. bis zum 6. 2. vom Kreisarzt angeordnet waren. In Massen ging die Grippe um. Aber was bedeutete dies schon? Das ganze deutsche Volk befand sich in fiebriger Erregung. - Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler sprach sich unter den Einwohnern Massens schnell herum und löste eine abwartende und zwiespältige Haltung aus:

- In den Familien der alten und gestandenen Sozialdemokraten herrschten Bestürzung, Ablehnung und trotziges Aufbäumen. Bei den Reichstagswahlen am 12. März hielten sie ihrer Partei die Treue. Sie blieb mit 40,86 % der abgegebenen Stimmen die stärkste politische Kraft im Dorf.

- Die Nationalsozialisten waren begeistert und hofften auf den großen Sieg, der ihnen versagt blieb. In Massen erreichten sie bei den Wahlen am 12. März nur 32,57 % der abgegebenen Stimmen, im Reich nur gemeinsam mit den Deutschnationalen die absolute Mehrheit.

In Massen gab es am 30. Januar keinen Fackelzug zur Ehre Hindenburgs und Hitlers. Er wurde erst am 21. März 1933 nachgeholt, als man auch hier wie überall in Deutschland die Eröffnung des Reichstages als "Tag von Potsdam" und als "Tag der nationalen Erhebung" mit einem riesigen Propagandaspektakel feierte. Für die Massener Schulen begann die Zeit des Nationalsozialismus.

- "Das Jahr der deutschen Revolution, das Gründungsjahr des sogenannten 3. deutschen Reiches, machte sich auch im hiesigen Schulleben bemerkbar und zwar insofern, als besonders wichtige Tage dieses Jahres von der Schule gebührend gefeiert wurden, so der 21. März 1933, der Tag von Potsdam Die Schüler hiesiger Schulen waren gewissermaßen Zeugen dieses hochbedeutsamen Vorganges, indem ihnen Gelegenheit gegeben wurde, im Middendorffschen Saale hierselbst die durch Rundfunk übertragene Ansprache des Herrn Reichspräsidenten und die Regierungserklärung des Herrn Reichskanzlers anzuhören. 1) Die Mädchen und Jungen der kath. Schule am Schacht erlebten diesen "historischen Vorgang" im Gemeinschaftsempfang im Saale der Gastwirtschaft Schepp. Am Abend dieses "denkwürdigen Tages" fand ein Fackelzug statt, an dem auch die Schüler der oberen Jahrgänge teilnahmen. Am "hell flammenden Freudenfeuer" würdigte Pfarrer Freytag in einer "kernigen Ansprache die hohe politische Bedeutung dieses Tages. Gemeindevorsteher und Ortsgruppenleiter Peters schloß mit einem "Treuegelöbnis an unseren erhabenen Reichsgründer und Führer Adolf Hitler".

Während seine Schüler im Fackelzug durch Massen marschieren mußten, bangte der Leiter der ev. Schule am Hellweg, der Rektor Heinrich Lehnemann, um seine Zukunft. Er war bereits am 13. 3. beurlaubt worden. Als Kreisleiter des Reichsbanners Schwarz- Rot-Gold hatte sich der engagierte Sozialdemokrat als unversöhnlicher Gegner der Nationalsozialisten profiliert und sich dadurch mißliebig gemacht. Auf Grund des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. 4. 1933 wurde er von seinem Amt entbunden. Er hielt sich für einige Zeit verborgen, stellte sich im Mai der Polizei und wurde in das Sammellager in der Kolonie Bergkamen-Schönhausen eingeliefert. Die Leitung der Schule übernahm Konrektor Hartlieb.

1) Chronik der ev. Volksschule Obermassen

Wichtige Veränderungen im Massener Schulwesen erfolgten dann 1934. Am 10. April fand eine gemeinsame Sitzung der Gemeindevertretung und der Schuldeputation statt, an der auch der Amtsbürgermeister Lehmhaus und der Schulrat teilnahmen. Zwei wichtige Beschlüsse wurden gefaßt:

- die Wiedereröffnung der einkl. Schule in der Obermassener Heide,
- die Auflösung der sogenannten Kolonieschulen am Schacht III. Hier sollte von der ev. Schule eine Klasse für die Kinder des 1. und 2. Schuljahres, etwa 40 Kinder, bestehen bleiben, von der kath. Schule ebenfalls eine Klasse für die unteren vier Jahrgänge, etwa 30 Kinder. Beide Klassen wurden den Systemen in Niedermassen angegliedert.

Eine Begründung für diese Maßnahme wurde nicht gegeben. Es ist aber anzunehmen, daß sie auf Grund der 2. Preußischen Sparverordnung vom 23. 12. 1931 erfolgte, die damals zu einem rigorosen Stellenabbau führte, denn das Geld war auch 1934 immer noch knapp. Glaubte man mit dieser Maßnahme Geld zu sparen? - Ob dabei auch politische Gründe eine Rolle spielten, ob man die Buderuskolonie über die Kinder wieder stärker an die Dorfgemeinschaft binden wollte? - Es bleibt dahingestellt. Dafür gibt es auch auf heute sich aufdrängende Fragen keine Antwort. Wollten die Nazis im ersten Fall politisches Wohlverhalten belohnen, im zweiten Fall politische Zurückhaltung bestrafen?

Die Eltern am Schacht III - der Glückauf Straße, der Wasserkurler Straße und am Afferder Weg, wie auch in der Buderuskolonie - empfanden die Schließung ihrer Schule wohl zu Recht als eine Strafe bzw. einen Affront, denn mit der Schule nahm man ihnen einen Teil ihrer Identität. - Der Beschluß wurde zum 1. Juli 1934 wirksam. Die älteren Schulkinder mußten nun wieder den unbeliebten Schulweg nach Niedermassen antreten, vom kath. System waren es aber nur 8, die dem 7. und 8. Schuljahr angehörten.

Ebenfalls 1934 trat der Schulleiter der ev. Volksschule in Obermassen, der Hauptlehrer Schulz nach Vollendung seines 62. Lebensjahres in den Ruhestand. Die 2. Preußische Sparverordnung vom 23. 12. 1931 gab ihm die Möglichkeit dazu. Sein Nachfolger wurde Wilhelm Schnettger, der 1899 an die Schule berufen worden war. Er wurde am 8. April 1935 mit Wirkung vom 1. Februar des Jahres zum Hauptlehrer ernannt und am 30. April vom Schulrat Osthusheinrich in sein Amt eingeführt. Das Jahr 1934 brachte auch das Ende der Elternbeirate, die aufgelöst und nicht wieder gewählt wurden. Sie wurden durch

einen Beirat der Schulgemeinde ersetzt, deren Mitglieder dem Führerprinzip entsprechend vom Schulleiter ernannt wurden.

Als Beiräte bzw. als Jugendwalter für die kath. Schule wurden am 1.4.1935 Frau Welcher, Herr Becker und Herr Kuhlmann ernannt. - Am selben Tag feierte die an der gleichen Schule tätige Lehrerin Gertrud Metzger ihr 25jähriges Dienst- und Ortsjubiläum.

Am 18. Januar 1936 wählte die Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung den Leiter der ev. Volksschule in Niedermassen, den Konrektor Hartlieb, zum Hauptlehrer. Immer stärker setzte sich nun im Schulwesen das Führerprinzip durch, das auch in Massen am 12. 3. 1936 zur Auflösung der Schuldeputation führte.

- "Beschuß - Auf Grund des § 4 Abs. 7 des Volksschulunterhaltungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes über die Aufhebung der Schuldeputationen, Schulvorstand und Schulkommissionen und die Berufung von Schulbeiräten vom 26. März 1935 setze ich die Zahl der Schulbeiräte gemäß § 47 Abs. 1 Ziffer 3 mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde auf 6 - in Worten sechs - fest. gez. Peters". 2)

Die Beiräte hatten den Schulvorsteher lediglich zu beraten, der aufgrund der Beratung dann allein zu entscheiden hatte, seine Entscheidung wurde als "Beschuß" mit seiner Unterschrift rechtskräftig. Schulvorsteher in Massen wurde der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der NSDAP Peters, der für Massen alle Fäden in seiner Hand hielt. Zu Schulbeiräten für den Schulverband Massen für die Zeit vom 1. 4. 1936 bis zum 31. 3. 1941 ernannte er unter Berufung in das Beamtenverhältnis folgende Männer, die sicherlich sein Vertrauen besaßen: den Gastwirt Hugo Middendorff, den Grubenschlosser Heinrich Figoy, den Maurerpolier Heinrich Reinhold, den Milchwändler Julius Voß, den Lehrer Josef Schwingenheuer und den Schulleiter Hauptlehrer Wilhelm Schnettger.

Die Schließung der beiden noch bestehenden Klassen der ehemaligen Kolonieschulen am Schacht III erfolgte dann 1937. Das führte zu einem starken Ansteigen der Schülerzahlen der ev. Hellwegschule. Um einen Ausgleich bei den Klassenstärken zu erreichen wurden 22 Schüler dieser Schule nach Obermassen überwiesen.

Als am 1. April des gleichen Jahres Hauptlehrer Wilhelm Hartlieb "in Pension" ging, wurde die Leiterstelle der ev. Volksschule in Niedermassen nicht ausgeschrieben, sondern mit dem Lehrer Karl Rickert besetzt, der bereits als Schulleiter

2) Protokoll vom 12. 3. 1936 - Protokollbuch der Schuldeputation (Schulkommission, Schulausschuß) des Ortsschulverbandes Massen

an der aufgelösten ev. Schule am Schacht III tätig gewesen war. Am 1. April 1938 konnte der Lehrer August Holle auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienst des Ortsschulverbandes Massen an allen drei Massener kath. Schulen zurückblicken. Im Lehrerzimmer der kath. Schule wurde dieses Ereignis im Kreise der Kollegen gefeiert und die Arbeit des Jubilars von seinem Schulleiter, dem Hauptlehrer Adolf Weinberg gewürdigt. Es war die letzte festliche Stunde an dieser Schule vor ihrer Auflösung, denn das Jahr 1938 brachte grundlegende Veränderungen im Massener Schulwesen.

Zum 25. Juli hatte der Ortsschulvorsteher Peters, Massens allmächtiger Mann, seine Schulbeiräte zu einer wichtigen Zusammenkunft gerufen. In Anwesenheit von Schulrat Seyfarth wurde über die "Umwandlung der Bekenntnisschulen in Simultanschulen" mit dem folgenden Ergebnis verhandelt:

- "Zur ordnungsgemäßen unterrichtlichen Versorgung des Ortsschulverbandes Massen und im Hinblick auf die zurückgegangenen Schülerzahlen beschließe ich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter Sicherstellung des Religionsunterrichtes, daß die evangelische und katholische Hellwegschule im Ortsteil Niedermassen und die ev. Volksschule im Ortsteil Obermassen mit Wirkung vom 1. 10. 1938 als Volksschulen eingerichtet werden, in denen gleichzeitig evangelische und katholische Lehrkräfte einzustellen sind. Die Schulbeiräte sind gehört. Das Vorhandensein der für meine Maßnahme gegebenen besonderen Gründe kann von den Beteiligten binnen 4 Wochen vom Tage der Bekanntmachung an durch Einspruch bestritten werden, er ist bei dem unterzeichneten Ortsschulvorsteher einzulegen". 3)

So einfach war es, die Schullandschaft einer Gemeinde zu ändern, und niemand wagte es damals gegen eine Entscheidung eines NS-Hoheitsträgers sein Veto einzulegen. So wurde dieser Beschluss nach seiner Genehmigung durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 12. 9. 1938 dann auch vollzogen.

- Der schwärzeste Tag für die Gemeinde Massen im Jahre 1938 war die Umwandlung der katholischen und evangelischen Schulen in die deutsche Schule. Vom 1. Oktober 1938 an gibt es in Massen nur noch die deutsche Schule. Leider!" 4)

3) Protokollbuch der Schuldeputation (Schulkommission, Schulausschuß des Ortsschulverbandes Massen.

4) Chronik der kath. Kirchengemeinde St. Marien Massen (handgeschrieben, unveröffentlicht)

Von nun an gab es in Massen nur noch "deutsche Schulen", also Gemeinschaftsschulen:

- die einklassige Volksschule in der Obermassener Heide,
- die Blücherschule in Obermassen,
- die Hellwegschule in Niedermassen.

Die Leitung der Blücherschule in Obermassen wurde dem Hauptlehrer Weinberg, dem bisherigen Leiter der kath. Schule in Niedermassen übertragen. Durch Regierungsverfügung wurde der Hauptlehrer Wilhelm Schnettger von Obermassen nach Opherdicke versetzt. Herr Wendte wechselte zur Hellwegschule, während Herr Held von Hengsen nach Obermassen kam.

- Die Leitung der Hellwegschule behielt der Hauptlehrer Rickert, der nach Umwandlung der Hauptlehrer- in eine Rektorstelle am 1. 1. 1939 zum Rektor ernannt wurde. Die Lehrer Holle und Schwingenheuer und die Lehrerin Gertrud Metzger von der aufgelösten kath. Schule blieben an der Hellwegschule in Niedermassen.

Mit ihren Schulen gerieten auch die Lehrkräfte unter den Einfluß der "Partei". Sie wurden zwangsläufig zu Verkündern nationalsozialistischer Ideen und völkisch-nationalistischer Lehre, viele von ihnen wohl gegen ihren Willen und gegen ihre Überzeugung. Da sie sich in einer Zwangslage befanden, keine Alternative sahen, paßten sie sich in kluger Zurückhaltung den Umständen und Forderungen der Zeit an. Andere glaubten in der abstrusen Lehre Hitlers - niedergeschrieben in seinem Buch "Mein Kampf" - den Atem der Geschichte zu spüren, glaubten an den Aufbruch des Vaterlandes in eine große Zukunft. Sie wurden mißbraucht, bis die bittere Stunde der Erkenntnis über sie kam. - Durch ihre Vereidigung auf den "Führer und Reichskanzler" nach dem Tode Hindenburgs im Jahre 1934 wurde die Lehrerschaft an die Partei und ihre Ziele gebunden, die Massener Lehrerinnen und Lehrer wurden am 9. September 1934 auf der Wilhelmshöhe in Iserlohn vereidigt. Von 1935 an mußte nach einer Verfügung des Reichs- und preußischen Ministers für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (Z II a Nr. 2729 M) die Mitgliedschaft der Lehrer in der NSDAP nachgewiesen werden.

Doch zunächst mußte die Lehrerschaft mit dem national-sozialistischen Gedankengut vertraut gemacht werden, dabei stellte sich wohl ein großer "Nachholbedarf" heraus. Vorrangig wurde die Lektüre des Hitlerbuches "Mein Kampf" jedem Lehrer zur Pflicht gemacht. Die Schulung der Lehrkräfte verlief mehrgleisig.

Sie erfolgte durch;

- amtliche Konferenzen,
- Fachtagungen des NS-Lehrerbundes,
- auf den Schulungsabenden der Partei.

Die amtlichen Konferenzen, die monatlich stattfanden, wurden für die Lehrkräfte der Massener Schulen gemeinsam durchgeführt und vom dienstältesten Schulleiter, dem Hauptlehrer Adolf Weinberg geleitet. Sie liefen nach einer bestimmten Ordnung ab:

- Lehrprobe mit anschließender Kritik,
- Vortrag mit Aussprache,
- Verschiedenes, d. h. Bekanntgabe von Verfügungen und Erlassen etc.

Sie endeten immer mit einem Gruß an den "geliebten Führer unseres Volkes und Reiches".

"Knochenbau und Zahnpflege" war das Thema der Konferenz am 15. I. 1936, die Lehrprobe wurde vom Lehrer Storkebaum gehalten. Im Protokoll heißt es: - "Zunächst begrüßt der Leiter (Hptl. Weinberg) den Kreisschulrat und klärte dann die Frage: Warum Fachschaftstagungen? Er bat das Kollegium, die ganze Kraft einzusetzen, denn von der Schule hängt es zum größten Teil ab, daß der Führer seine Idee und sein Vorhaben bald verwirklichen kann. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft."

In der nächsten Konferenz am 12. II. 1936 ging es um das Problem: "Wie das Dritte Reich den Bauern hilft. In der Lehrprobe, die vom Lehrer Schwingenheuer gehalten wurde, ging es um die Klärung der Begriffe: 1. Was ist ein Erbhof - 2. Größe des Erbhofes - 3. Name des Erbhofes - 4. Wer kann Erbhofbauer werden - 5. An- und Miterben. Nach der Besprechung der Lehrprobe folgte dann ein Vortrag über die Frühgeschichte der Germanen, die ein echtes Bauernvolk waren.

In der Konferenz am 13. III. 1936 wurde über das "Grenzlanddeutschtum in Oberschlesien" gesprochen. Der Lehrprobe lag die folgende Gliederung zugrunde:

- 1. Klärung der Begriffe: Staatsgrenze - Volksgrenze; Reich - Grenzland; Reichsdeutsche - Grenzlanddeutsche. Es geschah an Hand der Sprachenkarte von Mitteleuropa.
- 2. Grenzlanddeutschtum in Oberschlesien: a) Schlesien, ein altes deutsches Kulturland. b) Bestimmungen über Oberschlesien im Versailler Vertrag - Kampf der Freikorps-

5) Massen hatte 1941 21 Erbhöfe und 1 Erbpachthof - Schilling: Die Entwicklung des Dorfes Massen.

c) Bedrückung und Not der Bevölkerung Oberschlesiens.

d) Unsere Aufgabe: Unterstützung unserer Brüder im Kampf um ihr Deutschtum."

In der dann folgenden Besprechung wurde über die Auswahl des Themas, über seine Vorbereitung und die Zielsetzungen der nachfolgenden Unterrichtsstunden gesprochen. In der Niederschrift über die Konferenz heißt es dann weiter:

- "Unter Punkt Verschiedenes erinnerte der Leiter an unsere Pflicht als Erzieher alles daran zu setzen, damit die Welt am 29. bei der Wahl sieht, daß nicht nur der Führer, sondern das ganze deutsche Volk die Befreiung der Rheingrenze will. Unsere Parole soll lauten: Deutschlands Einigkeit unsere Stärke, Deutschlands Stärke unsere Kraft. Mit einem Gruß an den Führer schloß die Tagung". 7)

Die Lehrerfortbildung, d. h. die Umschulung der Lehrerschaft, ihre Beeinflussung im nationalsozialistischen Sinne war nicht nur die Aufgabe der amtlichen Konferenzen, sondern auch der Auftrag des NS-Lehrerbundes (NSLB), in den nach 1933 die Mitglieder aller Lehrerverbände überführt worden waren. Sie wurde von 1938 an ein Hauptanliegen dieser Organisation.

Bereits im Juni 1938 hatte der Reichs- und preußische Minister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung in einem Erlaß (E II b 150) verlangt, "daß diese Fortbildung in Zukunft planmäßiger und gründlicher erfolgen möge". Auf Grund dieses Erlasses wurden vom Regierungspräsidenten in Arnsberg im Einvernehmen mit dem Gauwaller des NSLB Westfalen-Süd am 3. November 1938 neue Richtlinien dafür (U II 2.Nr.1649 XI) erlassen. Von nun an sollte die Lehrerfortbildung in Sach- und Facharbeitsgemeinschaften durch den NSLB erfolgen.

- "Die Sacharbeitsgemeinschaften sollen in wissenschaftlicher Arbeit den Lehrkräften behilflich sein, ihr Sachwissen in den verschiedenen Fächern entweder zu vertiefen und nationalsozialistisch neu auszurichten oder auch sich völlig

6) Nach Kündigung des "Locarno-Vertrages" ließ Hitler am 7. III. 1936 widerrechtlich deutsche Truppen in das entmilitarisierte Rheinland einrücken. Dieses Vorgehen Hitlers wurde in den Reichstagswahlen am 29. März 1936 mit 99 % Ja-Stimmen gebilligt. Es erfolgte kein Widerstand der "Entente".

7) Unterrichtsprotokolle vom 15. I., 12. II., und 13. III. 1938.

neu anzueignen (z.B. in Rassenkunde, Erblehre, Vorgeschichte). Sie liefen bisher schon als interfachschäftliche Gruppen... Die Schulräte unterstützen die Bestrebungen des NSLB und empfehlen den Lehrern und Lehrerinnen ihrer Aufsichtskreise dringend die Beteiligung an den Sacharbeitsgemeinschaften. Die Facharbeitsgemeinschaften gliedern sich in zwei Arten:

a) Unterrichtstheoretische Übungen,

b) Unterrichtspraktische Übungen.

a) Die theoretisch-praktischen Arbeitsgemeinschaften werden vom Fachschaftsleiter 8) oder den von ihm ausgelesenen Bundesfreunden geleitet.

Der Schulrat nimmt nach Möglichkeit an den Tagungen dieser AGs teil und macht den Lehrern und Lehrerinnen seines Aufsichtskreises die Teilnahme weitgehend zur Pflicht. Ihre Aufgabe ist, durch Vorträge und Besprechungen die in den Sacharbeitsgemeinschaften oder durch eigene Arbeit gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die hier vorausgesetzt werden müssen, für die lehrplanmäßige didaktische und methodische Verwendung zurechtzuschneiden. Hat also z.B. die Sacharbeitsgemeinschaft die vorgeschichtlichen Ereignisse und Tatsachen selbst ohne Rücksicht auf die einzelnen Schularten erörtert und gewonnen, so prüft die unterrichtstheoretische AG, wie weit die vorgeschichtlichen Kenntnisse in den Lehrplan für Volksschulen eingebaut werden können.

b) Die unterrichtspraktischen Übungen stehen unter der Leitung des Schulrates oder der von ihm beauftragten Schulmänner... Sie tagen am selben Morgen an den verschiedenen dafür geeigneten Schulen unter verschiedenen Leitern. Es werden Lehrproben gehalten mit gleicher oder doch ähnlicher Aufgabe. Im Anschluß an die Lehrproben werden die dabei gemachten Beobachtungen ausgetauscht, besprochen und ausgewertet. Es folgen Vorträge und Besprechungen über schulkundliche Fragen " 9)

Mit der Durchführung der Tagungen wurde sofort begonnen. Dabei sollten für das Sacharbeitsgebiet "Vierjahresplan" 3 bis 4 und für das Gebiet Heimatkunde 1 bis 2 Tagungen vorgesehen werden. Um möglichst fruchtbare Arbeit zu leisten, wurden

8) Fachschaft 4 = Volksschulen

9) Rundschreiben des Gauwalters des NSLB, Gau Westfalen-Süd vom 1. 11. 1938 - Akten der Blücherschule Obermassen

im Schulaufsichtskreis Unna möglichst kleine Arbeitsgemeinschaften gebildet, und so blieben die Kollegien der Massener Schulen unter sich. Der "Kreisabschnitt Massen" stand unter der Leitung des Lehrer Kütemeier (Blücherschule, Obermassen).

Nach dem Arbeitsplan für Dezember 1938 hatte sich die Massener Lehrerschaft am Sonnabend, den 10. in der unterrichtstheoretischen AG mit dem Thema "der Vierjahresplan in der Schularbeit" zu beschäftigen. Referent war der "Bundesfreund" Weinberg, getagt wurde in der Gastwirtschaft Schmitz in Unna. Die unterrichtspraktische AG für den Kreisabschnitt Massen fand am Freitag, den 16. 12. um 8 1/2 Uhr in der Hellwegschule statt. Sie wurde vom Lehrer Kütemeier geleitet, auf der Tagesordnung standen:

- a) 6. Schuljahr, Lehrer Ganzke: Der Wald als Rohstoffquelle
- b) 5. Schuljahr, Lehrer Holle: Die Gewinnung neuen Kulturbodens durch Urbarmachung
- c) das Reichsschulpflichtgesetz. 10)

Keine Lehrkraft konnte sich den angeordneten Fortbildungsveranstaltungen entziehen. In den zweiten Prüfungen für das Lehramt an Volksschulen in Preußen wurden von den Schulamtsbewerbern an erster Stelle Kenntnisse über nationalsozialistisches Gedankengut verlangt, z.B. über die Geschichte der NS-Bewegung, über den Lebenslauf Hitlers, über sein Buch "Mein Kampf", über das Parteiprogramm, über die völkische Idee von Blut und Boden, usw., aber auch über aktuelle politische "Ereignisse und Maßnahmen", z.B. über die Aufrüstung und den Vierjahresplan.

Die Erteilung christlichen, konfessionell gebundenen Religionsunterrichtes wurde für die Lehrerschaft zu einem Problem. Die Schule, die völkisch auszurichten war, geriet durch ihren Auftrag zwangsläufig in die nun beginnende Auseinandersetzung zwischen Christentum und Nationalsozialismus, zwischen zwei Weltanschauungen, die unvereinbar waren. Da die Kirchen ureigenen, traditionell gewachsenen Gesetzen folgten, die zudem theologisch und ethisch fest begründet waren, konnten sie nicht wie Parteien, Verbände und Institutionen verboten oder gleichgeschaltet werden. Auch ein Kompromiß zwischen christlicher Verkündigung und nationalsozialistischer Propaganda war undenkbar. Das Gebot allumfassender christlicher Nächstenliebe und die NS-Doktrin von Blut und Boden, vom unerbittlichen

10) Arbeitsplan der Arbeitsgemeinschaften des MSLB (Fachschaft 4) für Dezember 1938 - Akten der Blücherschule Massen

Rassenkampf standen sich - miteinander unvereinbar - unversöhnlich gegenüber.

Zunächst schien eine praktische Zusammenarbeit der NSDAP mit den Kirchen möglich.

- "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Gesundung unseres Volkes nur erfolgen kann auf der Grundlage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz". 11) Dieser Punkt 24 im Programm der NSDAP war kein Glaubensbekenntnis der Partei zum Christentum, sondern eine kluge taktische Äußerung zu dem Zwecke, Gemeindeglieder der Kirchen für ihren Kampf um die Macht zu gewinnen.

Auch in seiner Regierungserklärung am 23. März 1933 sicherte Hitler den Kirchen zu, ihre Rechte nicht anzutasten.

- "Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen Die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert". 12)

Durch diese Zusagen, den Kirchen den Schutz des Staates zu lassen, hoffte Hitler, diese für eine Mitarbeit zu gewinnen. Weitere Maßnahmen - die Zerschlagung der Freidenker-Organisationen, die Aufforderung der Partei an ihre Mitglieder, wieder in die Kirchen einzutreten, blieben nicht ohne Erfolg. Sie beruhigten nicht nur die kirchlich eingestellten Anhänger der Partei, sondern auch die breite Öffentlichkeit. Des wurde auch in Massen sichtbar. Als hier am 21. März 1933 der "Tag von Potsdam" als "Tag der nationalen Erhebung" mit einem Fackelzug gefeiert wurde, hielt der ev. Pastor Gottfried Freytag eine

11) Punkt 24 Programm der NSDAP von 1920

12) Zentner, Kurt: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, Stuttgart 1965, S. 384

"kernige" Ansprache. An den Festgottesdiensten, die am Vormittag des 1. Mai stattfanden, nahmen viele Mitglieder der NS-Organisationen in ihren Uniformen teil.

Was Hitler aber persönlich über die Kirchen und ihre "Pfaffen" dachte, demonstrierte er unübersehbar an jenem 21. März 1933. Während vor dem Staatsakt zur Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche die Abgeordneten an den Gottesdiensten ihrer Konfessionen teilnahmen, weilten Hitler und Goebbels an den Gräbern getöteter Nationalsozialisten auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin. Das war mehr als eine Demonstration, ein Signal, das vom Führerkorps der SS und der Hitlerjugend gehört und verstanden wurde, während es in der emotionalen Begeisterung jener Tage fast unbeachtet blieb. Ich verweise in diesem Zusammenhang an Zeilen eines Gedichtes Baldur von Schirachs: 13)

".... Was sie auch Dome schufen,
uns sind Altar die Stufen
der Feldherrnhalle. 14)...."

Trotz des Abschlusses des Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl am 22. Juli 1933, das der katholischen Kirche gegen ihren Verzicht auf politische Tätigkeit noch erhebliche Rechte zusicherte, wurde die ideologische Auseinandersetzung unabwendbar.

Im schulischen Alltag begann sie bereits im Herbst 1935, als die jüdischen Kinder, auch die getauften, gezwungen wurden, die öffentlichen Schulen zu verlassen. Der Erlass des Reichsministers Rust über die "Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen" (E II c Nr.1953/35) vom 10. 9. 1935 erreichte die Massener Schulleiter auf dem Dienstwege. (Regierungspräsident in Arnshagen - 20. 9. 1935; Landrat in Unna - 26. 9. 1935; Amtsbürgermeister Unna-Kamen - 2. 10. 1935).

- "Eine Hauptvoraussetzung für eine gedeihliche Erziehungsarbeit ist die rassische Übereinstimmung von Lehrer und Schüler. Kinder jüdischer Abstammung bilden für die Einheitlichkeit der Klassengemeinschaft und die ungestörte Durchführung der nat. soz. Jugenderziehung auf den allgemeinen öffentlichen Schulen ein starkes Hindernis. Die auf meine Anordnung bisher vorgenommenen Stichproben in einzelnen Preuß. Gebietsteilen haben gezeigt, daß die öffentlichen Volksschulen noch immer in nicht unerheblichem Maße von jüdischen Schülern

13) Baldur von Schirach: Reichsjugendführer der NSDAP und Jugendführer des Dt. Reiches (1931-1940), Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien, in Nürnberg zu 20 Jahre Gefängnis verurteilt.

14) Als Hitler und seine Anhänger am 9. November im Zug auf die Feldherrnhalle die Macht übernehmen wollten, wurden sie von der bayerischen Landespolizei durch einen Schusswechsel gestoppt. Im Feuer der Polizei starben 16 Nationalsozialisten.

und Schülerinnen besucht werden Die Errichtung öffentlicher und privater jüdischer Schulen hat zwar an einzelnen Orten zu einer gewissen Sonderung derjenigen jüdischen Schulkinder geführt, die der mosaischen Religion angehören. Die Trennung nach Konfessionen ist jedoch für ein nationalsozialistisches Schulwesen nicht ausreichend. Die Herstellung nat. soz. Klassengemeinschaften als Grundlage einer auf dem deutschen Volkstumsgedanken beruhenden Jugendziehung ist nur möglich, wenn eine klare Scheidung nach der Rassenzugehörigkeit der Kinder vorgenommen wird. Ich beabsichtige daher vom Schuljahr 1936 ab für die reichsangehörigen Schüler aller Schularten eine möglichst vollständige Rassentrennung durchzuführen Bei den Pflichtschulen ist mit Rücksicht auf die auch für Nichtarier nach wie vor bestehende Schulpflicht eine Verweisung auf private Volksschulen nicht angängig. Vielmehr wird die Errichtung öffentlicher Schulen für Juden erforderlich werden. In diesen Schulen werden alle diejenigen Schüler u. Schülerinnen zusammenzufassen sein, bei denen entweder beide Elternteile oder ein Elternteil jüdisch sind. Die sogenannten Vierteljuden, bei denen ein Großelternteil jüdisch ist, beabsichtige ich, bei der auf dem Gebiete des Schulwesens vorzunehmenden Rassentrennung außer Betracht zu lassen" 15)

Für einen Überblick, in welchem Umfange solche Schulen zu errichten waren, mußten an allen Schulen Feststellungen über die Rassenzugehörigkeit der sie besuchenden Kinder durchgeführt und darüber auf einem Besonderen Formblatt bis zum 15. 10. 1935 berichtet werden.

- " Von einem Nachweis der Abstammung durch Beibringung von Urkunden ist einstweilen abzusehen, Kinder, bei denen Namen und Herkunft der Großeltern unbekannt sind, sind als arisch anzusehen, soweit nicht feststeht, daß sie von jüdischen Eltern abstammen " 15)
Für die Errichtung einer gesonderten jüdischen, notfalls auch einklassigen Schule wurden 20 Kinder festgesetzt. Als Schulträger sollten wegen der angespannten Finanzlage des Staates und der Gemeinden die Eltern der Schulkinder herangezogen werden.

15) Akten der ev. Volksschule (=Blücherschule) Obermassen

Für die Massener Schulen hatte diese Verfügung wohl kaum Bedeutung, und es gab vermutlich nur einige wenige halbjüdische Kinder, die davon betroffen wurden. Dabei bleibt es durchaus fraglich, ob sie durch die im Erlaß angeordnete "Feststellung" überhaupt erfaßt wurden. Nach einem Bericht im "Hellweger Anzeiger" vom 31. Januar 1933 hatte Massen zu diesem Zeitpunkt 5577 Einwohner, davon waren 4030 evangelisch, 1217 katholisch, 1 israelisch und 329 waren Dissidenten. - Aber der Passus "eine auf deutschen Volkstumsgedanken beruhende Jugenderziehung" machte doch einige kritische Lehrer hellhörig. Konnte eine solche Erziehung nicht auch Auswirkungen auf den Religionsunterricht haben?

Doch ein Erlaß des Regierungspräsidenten in Arnsberg über den kirchlichen Religionsunterricht (II U 2 Nr. 3098) vom 5. 11. 1935 sorgte für Klarheit.

- "In meinem Bezirk wird der Religionsunterricht in folgender Weise erteilt:

1) Den lehrplanmäßigen Religionsunterricht erteilen die Lehrer und Lehrerinnen in den dafür angesetzten planmäßigen Unterrichtsstunden. In den Fällen, in denen auch bisher unter ausgesprochener oder stillschweigender Zustimmung der Kreisschulräte Teile dieses Unterrichtes von Geistlichen übernommen werden, kann es bei der bisherigen Ordnung verbleiben, soweit nicht eine Änderung in der Person des den Unterricht erteilenden Geistlichen geboten ist.

2) Außerdem erteilen die Geistlichen beider Konfessionen kirchlichen Religionsunterricht und zwar die evgl. Geistlichen den Katechumenen- und Konfirmandenunterricht und die kath. Geistlichen den Beicht- und Kommunionunterricht. Darüber hinaus erteilen die kath. Geistlichen weiteren kirchl. Unterricht, durch den auch die Jahrgänge erfaßt werden, die nicht für den Beicht- und Kommunionunterricht und den Entlassungsunterricht in Betracht kommen. Für den Katechumenen- und Konfirmandenunterricht sowie für den Beicht- und Kommunionunterricht und Entlassungsunterricht war von Schulaufsichtswegen auch bisher durch Überlassung von Eckstunden und Zurverfügungstellung von Schulräumen entsprechende Vorsorge getroffen.

Durch die Einführung des Staatsjugendtages ist eine allgemeine Kürzung des Unterrichtes in der Volksschule notwendig geworden. Um aber die Erteilung des Katechumenen- und Konfirmandenunterrichts und des Beicht- und Kommunionunterrichts sowie des Entlassungsunterrichts auch fernerhin zu

sichern, ordne ich an, daß für diesen kirchlichen Unterricht nach wie vor in den Stundenplänen Eckstunden angesetzt und Klassenräume zur Verfügung gestellt werden ... Für den Religionsunterricht ist somit durch den lehrplanmäßigen Unterricht wie durch den Katechumenen- und Konfirmandenunterricht und den Beicht- und Kommunionen- und Entlassungsunterricht - trotz der starken Beschränkung der wöchentlichen Zahl der Unterrichtsstunden - in der Volksschule überhaupt gesorgt. Ich erwarte bei dieser Regelung, daß die den Religionsunterricht erteilenden Geistlichen sich auch rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen und werde veranlassen, daß solche Geistliche, die durch ihr Tun oder Unterlassen für eine solche Haltung nicht die Gewähr bieten, ein für alle Mal aus der Schule entfernt werden". 16)

Noch schien das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen erträglich zu sein, doch der drohende Unterton in dem oben zitierten Erlass deutete auf wachsende Spannungen hin. Gegen den immer stärker zunehmenden Machtanspruch des Staates und die antichristliche Grundhaltung der Partei, die besonders von der SS und dem Führerkorps der HJ zur Schau getragen wurde, mußten sich die Kirchen notgedrungen zur Wehr setzen.

Mit der Enzyklika "Mit brennender Sorge" verurteilte Papst Pius XI vor aller Welt am 19. 3. 1937 die nationalsozialistische Weltanschauung, distanzierte sich die kath. Kirche eindeutig von der NSDAP und ihren Zielen:

- "Wer nach angeblich altgermanisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere unpersönliche Schicksal an die Stelle des persönlichen Gottes rückt, leugnet Gottes Weisheit und Vorsehung, die "kraftvoll und gütig von einem Ende der Welt bis zum andern waltet" (Weisheit 8,1) und alles zum guten Ende leitet. Ein solcher kann nicht beanspruchen, zu den Gottgläubigen gerechnet zu werden Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, oder andere Grundwerte menschlicher Gesellschaftsgestaltung aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge." 17)

Auf protestantischer Seite wurde der Widerstand vom "Pfarrer-Notbund" und der "Bekennniskirche" - der Gegenbewegung zu den

16) Akten der ev. Volksschule (=Blücherschule) Obermassen

17) Aus der Enzyklika "Mit brennender Sorge"; Zentner, Kurt; a. a. O. S. 387

"Deutschen Christen" getragen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen" 18)

Der Weg des Widerstandes führte für viele Geistliche von den Kanzeln in die Konzentrationslager, wo sie mit ihrem Leben für ihren Glauben einstanden. Mit dem wachsenden Widerstand der Kirchen gegen den Machtanspruch der Partei und des Staates geriet auch das Problem eines christlichen, konfessionell gebundenen Religionsunterrichtes in das Spannungsfeld dieses Konfliktes. Dabei wurden die Lehrerschaft von den Funktionsträgern der Partei aufgefordert, keinen Religionsunterricht mehr zu erteilen. Das veranlaßte den Regierungspräsidenten in Arnsberg am 5. November 1938 zum Problem der Niederlegung des Religionsunterrichtes Stellung zu nehmen (II U 2 Nr. 3105).

- "Aus den mir vorliegenden Erklärungen ersehe ich, daß zahlreiche Lehrkräfte die Erteilung des Religionsunterrichtes nur insoweit ablehnen, als er Stoffe des Alten Testamentes zum Gegenstand hat. Ich verweise hierzu auf meine Rundverfügung vom 26. 11. 1938 - II U 2 Nr.3098 - betr. Religionsunterricht, die in dieser Frage dem einzelnen Lehrer Freiheit bezüglich der Durchführung der Stoffbeschränkung läßt. Darüber hinaus sind folgende vorläufige Richtlinien zu beachten:

Stoffe des Alten Testamentes sind für den Religionsunterricht nur soweit heranzuziehen, als sie für das Verständnis der christlichen Lehre nicht entbehrt werden können. In den unteren vier Jahrgängen der Volks- und Hilfsschule sind die Geschichten des Alten Testamentes - wenn nicht fortzulassen - auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Religionsunterricht aller Jahrgänge hat sich weniger auf Wissen, als auf Ansprachen des Gemütes, Förderung und Stärkung des religiösen Empfindens und Festigung des Willens zu einem Tatchristentum auszurichten und daher in einem weit höheren Maße als bisher deutsch-christliches Leben auf die Kinder wirken zu

18) Aus der "Barmer Theologischen Erklärung" vom 31. 5. 1934
Zentner, a. a. O. 399

lassen. In den oberen Jahrgängen ist an dem Leben Jesu mehr als bisher der heldische Kampf des Stifters des Christentums gegen den jüdischen Ungeist darzustellen. Mit diesen vorläufigen Weisungen glaube ich die Unsicherheit bei einer Anzahl von Lehrkräften beseitigt zu haben, die in ihren Erklärungen zum Ausdruck brachten, daß sie einen "bekenntnismäßig gebundenen" Religionsunterricht nicht mehr zu erteilen vermöchten. Ich ersuche, sämtliche Lehrkräfte umgehend mit der vorstehenden Verfügung bekannt zu machen und mir bis zum 10. 12. 1938 zu berichten, inwieweit Lehrkräfte, die in den letzten Tagen die Niederlegung des Religionsunterrichtes erklärt haben ohne aus der Kirche ausgetreten zu sein, freiwillig und ohne Ausübung irgendeines Druckes bereit sind, auf der Grundlage der ergangenen Verfügungen den Religionsunterricht zu erteilen. Diejenigen Lehrkräfte, die hierzu bereit sind, haben Ihnen ihren Entschluß schriftlich zu erklären ... " 19)

Zusätzlich wies der Kreisschulrat für den Schulaufsichtskreis Unna daraufhin, daß die Lehrkräfte weder bei der Erteilung noch bei der Niederlegung des Religionsunterrichtes Nachteile zu befürchten hätten. Sollten einige Lehrkräfte, die mir die Niederlegung des Religionsunterrichtes gemeldet haben, nicht bei ihrem Entschluß verbleiben, so muß ich sie ersuchen, mir a. d. D. eine neue Erklärung bis zum 8. 12. 38 (bestimmt) einzureichen". 20)

Damit standen auch die Massener Lehrkräfte - vornehmlich wohl die älteren unter ihnen - vor einer schwerwiegenden persönlichen Entscheidung, die jede von ihnen für sich allein vor ihrem Gewissen und vor Gott zutreffen hatte. Es ging ja nicht nur um pädagogisch-religiöse Fragen, sondern der Nationalsozialismus wollte den ganzen Menschen in allen seinen Lebensbereichen und forderte seine Stellungnahme heraus. Dabei war besonders die lutherische Tradition, der staatlichen "Obrigkeit" gegenüber Loyalität zu wahren, in Mißkredit gekommen. Der inneren Aufrichtigkeit wegen gab es nur eine Alternative: abschwören oder fallen!

- Doch die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer - das traf auch wohl für die Massener zu - scheute, wie auch die Bevölkerung, den völligen Bruch mit dem NS-Staat und flüchtete sich in die abwegige Illusion, daß ein Kompromiß, eine sogenannte deutsch-christliche Auslegung

19) Akten der Blücherschule Obermassen

20) Schreiben des Kreisschulrates des Schulaufsichtskreises Unna Nr. 1693 vom 3. 12. 38 - Akten der Blücherschule Obermassen

des Evangeliums möglich war. - Sie mußten ihre Entscheidung in einer Welt des Mißtrauens, der ständigen Überwachung und der gefährlichen Bspitzelung treffen.

Wesentlich leichter und wohl auch problemloser als die Ausrichtung der Lehrerschaft auf nationalsozialistische Grundsätze war das Umschreiben der Lehrbücher auf nationalsozialistische Inhalte. Hiervon waren besonders die Geschichts-, Erdkunde- und Naturkundebücher betroffen, wie auch die Realienbücher, die in den Volksschulen gebraucht wurden.

Besonders gründlich nahm man sich dabei der Geschichtsbücher an. In ihnen erhielt die Vor- und Frühgeschichte unter den folgenden Themen bzw. Schwerpunkten einen besonderen Wert: Nordische Urzeit - Indogermanische Landnahme - Urgermanische Zeit - Kulturhöhe des germanischen Bauervolkes - großgermanische Zeit - germanische Lebensordnung usw. Auch die anderen Epochen wurden unter nationalsozialistischen Vorzeichen behandelt: die Ostbewegung bzw. Ostkolonisation z.B. als Rückgewinnung des ostgermanischen Bodens für das deutsche Volk, die Glaubensauseinandersetzungen im Mittelalter z.B. als die Zerreißung des deutschen Volkes in Glaubenskämpfen. Für die Behandlung der Zeitgeschichte galten u. a. folgende Schwerpunkte; Volk ohne Staat - Weltfriede gegen das deutsche Volk - Deutschland als Ausbeutungskolonie der jüdischen Hochfinanz - Grundlegung des nationalsozialistischen Deutschlands - Mitteleuropa unter deutscher Führung! 21) - Verherrlicht wurden der germanisch-nordische Ursprung des deutschen Volkes, germanisches Heldentum und germanische Mannestreue und die preußischen Tugenden, eingeengt auf Soldatentum und sture Pflichterfüllung, verurteilt die Entstehung der Weimarer Republik, der Zusammenbruch des Kaiserreiches als Verrat an den kämpfenden Soldaten, als Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front durch Drückeberger, Kriegsgewinnler und Novemberverbrecher, geächtet das Weltjudentum und die marxistischen Parteien als Feinde des deutschen Volkes.

Die Erdkundebücher erhielten einen geopolitischen Akzent, stellten den deutschen Beitrag an der Gestaltung der Welt heraus und betonten den Anspruch des Reiches auf Weltgeltung. In den Biologie- bzw. Naturkundebüchern wurde durch eine primitive Rassenkunde die Überlegenheit der nordischen Rasse im Lebenskampf der Völker dargestellt. - Die Lesebücher erhielten eine Auswahl von national-völkisch geprägten Texten und Gedichten. Durch

21) Überschriften nach Gehl: Deutsche Geschichte in Stichworten, Breslau 1940

die Übungsbücher, Sprach- und Rechenbüchern, und in den Fibeln marschierten die SA-Männer, die Hitlerjungen und die Pimpfe und tanzten die BDM-Mädel.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden auch die Schülerbüchereien überprüft und artfremdes und marxistisches Schrifttum daraus entfernt. Noch im Laufe des Schuljahres 1933/34 schaffte die kath. Volksschule am Hellweg als Klassenlektüre Lesehefte über Hitler, Schlageter und Horst Wessel an. Als 1938 in der Leitung der Blücherschule in Obermassen (bis dahin ev. Volksschule) ein Wechsel erfolgte, wurde auch hier die Schülerbücherei gründlich durchgesehen.

- "Zerlesene und der Zeit nicht mehr entsprechende Bände werden ausgesondert und der HJ als Altpapier übergeben. Die Neuanschaffung erfolgt nur nach einer vom Staat vorgeschriebenen Liste nach nationalsozialistischen Grundsätzen." 22)

Im August 1941 erhielten die Schulen von der Kreisleitung Hellweg eine Liste von Autoren, deren Bücher vorläufig nicht eingestellt werden durften oder aus den Schülerbüchereien zu entfernen waren. Die Liste enthielt die Namen von 145 Schriftstellern, darunter waren u. a.: Gertrud Bäumer, Siegfried Bergengruen, Otto Julius Bierbaum, Waldemar Bonsels, Johann Robert Becher, Hans Fallada, Otto Flake, Ernst Glaeser, Bert Brecht, Ricarda Huch, Kasimir Edschmid, Bernhard Kellermann, Graf Luckner, Thomas Mann, Theodor Plivier, Joachim Ringelnatz und Barbara Suttner. 23)

Da aber das Geld auch nach der Machtübernahme äußerst knapp blieb, wurden in den Jahren von 1933 bis 1939 für die Massener Schulen nur wenig Lehr- und Lernmittel angeschafft. Aber die bedürftigen Kinder wurden weiter mit Lernmitteln bedacht. Was den Schulen zugeteilt wurde - z.B. Rüstungs- und Rassekundekarten, Hitler- und Hindenburgbilder - diente der NS-Propaganda. Im Schuljahr 1934/35 erhielt jede Schule einen Volksempfänger und vom Schuljahr 1935/36 stand dem Massener Schulverband ein Filmgerät zur Verfügung. In diesem Schuljahr standen den Massener Schulen insgesamt 875 Mark zur Verfügung.

22) Chronik der Blücherschule (= ev. Volksschule) Obermassen

23) Namen aus einer Autorenliste der Kreisleitung Hellweg der NSDAP, Akten der Blücherschule

XVI

Hitlerjugend - Schulveranstaltungen

Von 1933 an mußten Elternhaus und Schule ihre Erziehungsaufgabe mit der Jugendorganisation der NSDAP, der Hitlerjugend, im zunehmenden Maße teilen. Nicht mehr allein Vater und Mutter, Lehrer und Lehrerinnen, sondern auch die jugendlichen Führer und Führerinnen der HJ sollten für das Heranwachsen einer gesunden und starken Generation Sorge und Verantwortung tragen. Von der Partei hatte die HJ den Auftrag, den Nationalsozialismus als Weltanschauung im Bewußtsein der ihnen anvertrauten Jungen und Mädchen zu festigen, sie zum Rassenstolz und kämpferischer Gesinnung zu erziehen und sie körperlich zu ertüchtigen. Mit den jungen Führern und Führerinnen, die zum Teil auch ihre Schüler und Schülerinnen waren, erhielten die Lehrkräfte nicht nur Konkurrenten, sondern es wurden ihnen gewissermaßen auch Kontrolleure zugeordnet.

Zu den Teilorganisationen der HJ, die wohl ihren Ursprung in der völkisch-nationalen Jugendbewegung hat, gehörten:

- die eigentliche HJ für die 14 bis 18jährigen Jungen,
- das Jungvolk für die 10 bis 14jährigen Jungen, für die Pimpfe",
- der Bund Deutscher Mädchen (BDM) für die 14 bis 18jährigen Mädchen,
- die Jungmädchen für die 10 bis 14jährigen Mädchen.

Jede dieser Organisationen war nach militärischem Vorbild straff gegliedert. In der HJ bildeten 3 Kameradschaften eine Schar, 3 Scharen eine Gefolgschaft, 4 Gefolgschaften einen Unterbann, 5 Unterbanne einen Bann. Diese wurden in Oberbanne, Gebiete und Obergebiete zusammengefaßt. Ähnlich waren die Pimpfe in Jungenschaften, Jungzüge, Fähnlein, Stämme und Jungbanne organisiert und dann den Oberbannen untergeordnet. - Im BDM bildeten 3 Mädelschaften eine Mädelschar, drei Mädelscharen eine Mädelsgruppe, 4 Mädelsgruppen einen Mädelsring, 5 Mädelsringe einen Untergau. Gaue und Obergau waren die übergeordneten Einheiten. In Jungmädelschaften, -scharen, -gruppen und -ringen wurden die Jungmädchen organisiert. Zu einer Kamerad- bzw. Jungenschaft gehörten 15 Jungen, ebenso bildeten 15 Mädchen eine Mädchen- bzw. Jungmädelschaft.

Vor der Machtübernahme fand die HJ besonders in der Arbeiterjugend, bei den konfessionell gebundenen Jugendlichen und bei den elitär ausgerichteten bündischen Jugendverbänden wenig An-

klang. Nach der Machtübernahme stieg die Zahl ihrer Mitglieder sprunghaft an. Nach dem Prinzip "Jugend soll von Jugend geführt werden", rekrutierte sich ihre Führerschaft aus den eigenen Reihen. Für ihre vielfältige Aufgabe wurden sie in Wochenendlehrgängen, in Führerlagern, auf Gebietsführerschulen und auf der Reichsführerschule getrimmt. Aber die ständig wachsende Mitgliederzahl bereitete der HJ anfangs erhebliche Schwierigkeiten, für ihre ständig wachsenden Einheiten die notwendige Zahl von qualifizierten Führungskräften zu finden, die die gestellten Aufgaben auch meistern konnten.

Aus einem Jugendverband, dessen Mitgliedschaft zunächst freiwillig war, wurde durch das Reichsgesetz vom 1. Dezember 1936 die Staatsjugend des Deutschen Reiches, aus dem Reichsjugendführer der NSDAP der Jugendführer des Deutschen Reiches.

Dieses Gesetz bestimmte:

- "Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden. Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1 Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitler-Jugend zusammengefasst.

§ 2 Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitler-Jugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienste am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.

§ 3 Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP übertragen. Er ist damit "Jugendführer des Deutschen Reiches". Er hat die Stellung einer obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt.

§ 4 Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler". 1)

Mit diesem Gesetz verlor die Schule einen großen Teil ihres Einflusses auf die Jugenderziehung. Im Spannungsverhältnis zwischen Elternhaus, Schule und Hitlerjugend wuchs nun eine Jugend im ständigen Konflikt zwischen Befehl, Gehorsam und Gewissen auf.

1) Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ, Köln 1968, S. 180

Die Jungmädels und die Jungvolkpimpfe, die die Massener Schulen besuchten, gehörten der Jungmädelsgruppe 37 im Untergau 131 bzw. dem Fähnlein 42 im Jungbann 131 an. Ihre Dienststellen bzw. ihre Heime befanden sich in der Amtsnebenstelle am Hellweg 12, der alten Schule.

Durch die Einführung des Staatsjugendtages wurde 1934 der Dienstbetrieb in der HJ durch eine Verfügung des Reichsjugendführers Baldur von Schirach vom 7. Juni einheitlich geregelt:

- "Für die Erziehung der Schuljugend im nationalsozialistischen Staate sind Schule, Reichsjugendführung (HJ-Bewegung) und Elternhaus nebeneinander berufen. Um ein fruchtbares Zusammenwirken zu gewährleisten, sind der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Jugendführer des Deutschen Reiches über folgende in der Zukunft zu verwirklichende Maßnahmen einig:

1. Der Sonntag der Jugend gehört grundsätzlich dem Elternhaus und der Familie. Veranstaltungen der Schule und der Reichsjugendführung (HJ-Bewegung) sind daher grundsätzlich auf die Werktage zu verlegen.
2. Für die Erziehungsarbeit der Reichsjugendführung (HJ- Bewegung) wird den ihr unterstellten Schülern der Sonnabend als schulfreier Tag eingeräumt (Staatsjugendtag). Daneben steht der Reichsjugendführung (HJ-Bewegung) der Mittwochnachmittag zur Verfügung, der von der Reichsjugendführung zentral gestaltet wird. Für die der Reichsjugendführung (HJ-Bewegung) unterstehenden Schüler fallen die bisherigen Sportnachmittage weg.
3. Für alle übrigen Schüler findet am Sonnabend Unterricht wie üblich statt. Der aufgabenfreie Sportnachmittag für diese Schüler wird auf den Sonnabendnachmittag verlegt.
4. Im übrigen stehen die Werktage uneingeschränkt der Arbeit der Schule zur Verfügung.
5. Für die beruflich tätige, der Reichsjugendführung (HJ-Bewegung) unterstehende Jugend wird bis zum vollendeten 18. Lebensjahr die gleiche Regelung angestrebt.

Berlin, den 7. Juni 1934

Baldur von Schirach
Dr. Stuckart 2)

Diese Verfügung räumte einen brisanten Streitpunkt - nämlich den Sonntagsdienst in der HJ - zwischen ihr und den Elternhäusern aus, ging aber zu Lasten der Schule, die durch den Ausfall des Sonnabends auf 5 Wochenstunden verzichten mußte, ein

2) Brandenburg a. a. O., S. 301

Verlust, der nur durch eine allgemeine Kürzung der Wochenstunden wettgemacht werden konnte. Aber auch die HJ kam in Bedrängnis, da die beruflich tätigen Unterführer am Staatsjugendtag zunächst nicht zur Verfügung standen. Durch die Verfügung des Reichsjugendführers kam Ordnung in den Betrieb der HJ. Auf den Heimabenden der Kamerad-, Jungen- und Mädelschaften erfolgte die weltanschauliche Schulung, die durch einheitliches Schulungsmaterial von der Reichsjugendführung gesteuert wurde. Der körperlichen Ertüchtigung und der vormilitärischen Ausbildung diente der Staatsjugendtag. Die Kompetenzen zwischen Schule und HJ waren klar geregelt.

Im September 1935 ging den Massener Schulleitern - wie übrigens allen Schulleitern - das folgende vertrauliche Rundschreiben des "Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" zu:

- "In meinem Erlaß vom 26. August habe ich darauf hingewiesen, daß der Hitlerjugend, als der für die Erziehung der deutschen Jugend mitverantwortlichen Stelle, jede erforderliche Unterstützung zu gewähren sei, demgemäß haben die Lehrer und Lehrerinnen der mir unterstellten Schulen die Pflicht, die Hitlerjugend bei ihrer Arbeit, insbesondere bei der Erfassung der gesamten deutschen Jugend in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen. Mit dieser allen Lehrern und Lehrerinnen obliegenden Verpflichtung ist es aus inneren Gründen unvereinbar, daß sie sich werbend oder sonst irgendwie helfend in den Dienst außerhalb der Hitlerjugend stehender konfessioneller Jugendbünde stellen. Für die Stellung der Lehrer und Lehrerinnen zu diesen Jugendbünden ist demgemäß grundsätzlich zu beachten:

1. Sämtliche Lehrer und Lehrerinnen haben sich, sowohl während ihrer Unterrichtstätigkeit als auch außerhalb derselben, jeder Werbung für konfessionelle Jugendorganisationen zu enthalten;

2. die Geistlichen, soweit sie zur Erteilung des Religionsunterrichtes in den Schulen herangezogen werden, haben während dieses Religionsunterrichtes ebenfalls von jeder Werbung für die genannten Organisationen Abstand zu nehmen.

Ich beauftrage Sie, die Durchführung dieser Grundsätze durch geeignete Maßnahmen, deren Auswahl ich Ihrem pflichtgemäßen Ermessen überlassen muß, sicherzustellen. Bis zum 1. Oktober 1935 ist über das Veranlaßte zu berichten." 3)

3) Aus alten Aktenbeständen der ev. Volksschule (=Blücherschule) in Obermassen.

Verschärfend wirkte der Zusatz des Regierungspräsidenten in Arnsberg zu diesem Rundschreiben:

- "Arnsberg, den 22. 8. 1935

Abschrift zur gefl. Kenntnis mit der Weisung, Erzieherchaft auf die sich aus dem Erlaß ergebenden Pflichten nachdrücklichst hinzuweisen, und jeden Fall zu melden, wenn Lehrkräfte sich für konf. Verbände werbend einsetzen oder betätigen.

Der Erlaß ist nicht zu veröffentlichen oder öffentlich bekannt zu geben". 4)

Mit ihrer Unterschrift bestätigten die Massener Schulleiter die Kenntnisnahme dieses Erlasses:

ev. Hellwegschule, 10./9., Hartlieb

Hilfsschule Massen, 10. 9., Middendorf

kath. Hellwegschule, 11. 9. 35, Weinberg

kath. Kol. Schule, 11. 9. 35, Holle

ev. Kol. Schule, 11. 9. 35, Rickert

ev. Schule Massenerheide, 12. 9. 35, Meyer

Dieser Erlaß blieb nicht ohne Wirkung. Im Dezember des gleichen Jahres wurde der ev. Volksschule in Obermassen und der kath. Volksschule in Niedermassen das Recht verliehen, die HJ-Fahne zu hissen, da 90% ihrer Schülerinnen und Schüler in die HJ eingetreten waren. Den Schulleitern ging das folgende Schreiben zu:

Heißt Flagge [Hochziehen]

Stehn wir auch erst im Morgengrauen,

so wissen wir: der Tag bricht an;

dann flammt die Fahne in den blauen,

den weiten Himmel uns voran.

Ob wir auch heut noch warten,

bald hebt sich unsere Zeit.

Schon rauschen die Standarten:

Ihr Jungen, seid bereit!

Hitler-Jugend - Bann 131

Hamm, den 8. Julmond 1935

Ostenallee 28

An alle Schulleiter im Bannbereich, deren Schüler mit über 90% in den Formationen der HJ sind. Mit Ihrer Hilfe ist es gelungen, über 90% Ihrer Schülerschaft den Formationen der Hitler-Jugend zuzuführen.

4) Aus den Aktenbeständen der ev. Volksschule (= Blücherschule) Obermassen

Die Hitlerjugend sagt Ihnen dafür Dank und gibt Ihnen gleichzeitig die Genehmigung, die Flagge der Hitler-Jugend zu hissen. Sämtliche Schulen, die die Genehmigung erhalten, hissen erstmalig am 21. ds. Mts., an dem Tag, an dem Schüler und Erzieher gemeinsam für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes sammeln, die Fahne. Ich bitte Sie, das erstmalige Hissen der HJ-Flagge der Bedeutung gemäß feierlich zu gestalten. Zu Ihrer Orientierung, wie die Feier nach Möglichkeit durchzuführen ist, gebe ich Ihnen nachstehend eine Folge für die Flaggenhissung bekannt.

Folge.

1. Sprechchor der HJ oder des BdM (oder Lied)
2. Der HJ-Führer oder die BdM-Führerin spricht
3. Flaggenspruch
4. Hissen der Flagge
5. Der Schulleiter spricht
6. Verteilung der Sammelbüchsen
7. HJ-Lied

Damit wir frühzeitig genug durch die Presse das Hissen der Flaggen bekannt geben können, und alle Schulen, die die HJ-Flagge hissen, namentlich aufführen können, bitte ich Sie, mir nachstehenden Bogen ausgefüllt bis zum 18. d. Mts. zurück zu senden.

Als Bücher für die Feierstunde gebe ich Ihnen an für Lieder:

die Junge Gefolgschaft Bd. 1 u. 2, erschienen im Kalmeyer-Verlag, Uns geht die Sonne nicht unter, für Sprüche die Fahne der Verfolgten.

Heil Hitler!

Der Führer des Bannes 131

Grote

Unterbannführer 5)

Es ist anzunehmen, daß das erstmalige Hissen der HJ-Flagge an den Massener Schulen in der vorgeschlagenen feierlichen Form erfolgte. Vermutlich erhielt auch die ev. Hellwegschule das gleiche Recht. Dazu erhielten die Schulleiter ein Schreiben des Amtsbürgermeister des Amtes Unna-Kamen:

- "Unna, den 19. Dezember 1935 Die Beschaffung der Flaggen ist Sache des Schulträgers, in dessen Eigentum sie auch verbleiben. Ich bitte die Flaggen von dort zu beschaffen und die Rechnung hierher einzureichen. Bis zum 27. ds. Mts. bitte ich mir mitzuteilen, ob ihre Schule

5) Aus den Aktenbeständen der ev. Volksschule (= Blücherschule) Obermassen

zur Hissung der H. J. Flagge berechtigt ist". 6)

Mit der jahrgangsmäßigen Erfassung der zehnjährigen Jungen und Mädchen für die Aufnahme in die HJ begann man 1936. Dafür hatten die Schulen die notwendigen Vorarbeiten zu leisten, z.B. die Erstellung der notwendigen Listen und Benachrichtigung der betroffenen Kinder. Die feierliche Aufnahme der Jungen und Mädchen in das Jungvolk bzw. den Bund der Jungmädels erfolgte jeweils am 20. April, am Geburtstag des Führers, dessen feierliche Gestaltung zu einem gemeinsamen Anliegen von Schule und Hitlerjugend wurde. Bei ihrer Aufnahme gelobten die Zehnjährigen:

- "Ich verspreche in der Hitler-Jugend allezeit meine Pflicht zu tun in Liebe und Treue zum Führer und zu unserer Fahne. So wahr mir Gott helfe!" 7)

Am gleichen Tag wurden die vierzehnjährigen Jungen und Mädels unter Bekräftigung dieses Gelöbnisses zur HJ und zum BdM überwiesen, die achtzehnjährigen Hitlerjungen in die SA übernommen.

Auch die Reichsjugendwettkämpfe wurden von 1933 an gemeinsam als "Tag der Jugend" von den Schulen und den Formationen der HJ durchgeführt. Die Leitung der Sportwettkämpfe lag 1933 und 34 in den Händen des Lehrers Fritz Wulff. Sie wurde dann in den folgenden Jahren im zunehmenden Maße von den Führern der HJ durchgeführt und fanden im Juni, um den Tag der Sommersonnenwende statt. Sie begannen vormittags mit den Sportwettkämpfen der Pimpfe und der Jungmädels und der übrigen Schüler, wurden am Nachmittag mit den Wettkämpfen für die HJ und den BdM fortgesetzt und endeten abends mit einer Sonnenwendfeier.

Bei den Sportwettkämpfen ging es von nun an nicht nur um die sportliche Höchstleistung der Einzelkämpfer und Kämpferinnen, sondern auch um den Sieg bei den Mannschaftswettkämpfen. Im sportlichen Wettkampf maßen sich im Jungvolk die Jungenschaften eines Fähnleins, die Kameradschaften einer HJ Gefolgschaft ebenso wie die Mädelschaften einer Jungmädels- bzw. Mädelsgruppe.

Sportliche Ertüchtigung diente nicht nur der Gesundheit des Einzelnen, er hatte auch einen bedeutenden Anteil an der Erziehung zur Volksgemeinschaft. Feste, Feiern und Schulveranstaltungen standen nach der Machtübernahme im Dienste der nationalsozialistischen Propaganda. Dies zeigte sich schon am 21. März 1933, dem Tag von Potsdam. Dazu schrieb der Schulleiter der ev. Volksschule Obermassen,

6) Aus den Schulakten der ev. Volksschule (=Blücherschule) Obermassen.

7) Brandenburg, a. a. O., S. 178 - Der Anruf Gottes entfiel in späteren Jahren.

daß im Jahr der "deutschen Revolution" (1933) wichtige Gedenktage gebührend gefeiert wurden.

- "Ein zweiter bedeutsamer Tag war der 1. Mai, an dem ganz Deutschland das Fest der nationalen Arbeit feierte. Dieser Tag wird laut Bestimmung der Reichsregierung in Zukunft anstelle des 11. August (Verfassungstag) der nationale Feiertag des deutschen Volkes sein.

Der dritte bedeutungsvolle Tag des Jahres war der 1. Oktober, der Tag des Erntedankfestes. 8)

In der Chronik der kath. Volksschule wurden für 1934 folgende Gedenktage angegeben, die festlich gestaltet wurden:

- 10. Januar: 100jähriger Gründungstag des deutschen Zollvereins
- 18. Januar: Reichsgründungsfeier - Gründung des Deutschen Reiches in Versailles
- 30. Januar: Jahrestag der Machtübernahme
- 23. Februar: Opfertag für das Deutschtum im Ausland
- 25. Februar: Heldengedenktag (= Volkstrauertag)
- 20. April: Geburtstag des Führers
- 1. Mai; Nationaler Feiertag des deutschen Volkes
- 12. Mai: Muttertag
- 23. Juni: Tag der deutschen Jugend
- 28. Juni: Jahrestag des Versailler Friedensdiktates
- 2. August: Tod Hindenburgs
- 9. Nov.: Gedenktag für die Toten an der Feldherrnhalle

Aus der Fülle der Tage kristallisierten sich in den folgenden Jahren als denkwürdige Ereignisse heraus:

- im Januar der Reichsgründungstag und der Tag der Machtübernahme,
- im Februar/März der Heldengedenktag,
- am 20. April der Geburtstag des Führers,
- der 1. Mai,
- im Juni der Tag der deutschen Jugend,
- im Oktober der Tag des deutschen Bauern (Erntedankfest),
- der 9. November, der Gedenktag der Toten vor der Feldherrnhalle.

Ein mythisch anmutender Pathos, der pseudo-religiöse Züge trug, charakterisierte die Feierstunden:

"Deutschland heiliges Wort.

Du, voll Unendlichkeit,

Über die Zeiten fort

Seist du gebenedeit.

Heilig dein Wald, heilig sind deine Höhn

8) Chronik der ev. Volksschule (= Blücherschule) Obermassen

und der Kranz deiner stillen Seen
bis an das grüne Meer." 9)

Neben den Lehrkräften wurden die Schulfeiern auch in zunehmenden Maße auch von den Jungmädelführerinnen und den Jungvolkführern gestaltet. Die Jungmädels und die Pimpfe traten dabei in ihren Uniformen auf. Auch die Lehrkräfte zeigten sich im Nazi-Gewand, wenn sie ein solches tragen durften. Aus der anfänglichen Führerverehrung wurde ein von der Partei gesteuerter Führerkult, der sich überschwenglich äußerte:

Das ist an ihm das Größte: daß er nicht
nur unser Führer ist und vieler Held,
sondern er selber: grade, fest und schlicht,
daß in ihm ruhn die Wurzeln unser Welt,
und seine Seele an die Sterne strich
und er doch Mensch blieb, so wie du und ich." 10)

Die Veranstaltungen endeten mit einem Siegfried auf den geliebten Führer und dem gemeinsamen Gesang des Deutschland- und Horst- Wessel-Liedes.

Trotz der bei Veranstaltungen und nationalen Feiern zur Schau getragenen Einmütigkeit kollidierten der Schulalltag und der Dienst im Jungvolk und bei den Jungmädels wohl oft miteinander.

Die weltanschaulichen Schulungen auf den wöchentlichen Heimabenden setzten oft gegensätzliche Akzente zum Unterricht in der Schule, besonders wohl zum Geschichts- und Religionsunterricht.

Es gab Autoritätseinbußen auf beiden Seiten, bei den Lehrern und den jungen HJ-Führern und -Führerinnen, die vielfach noch selbst die Schulbank drückten. Das Kräfteverhältnis zwischen Schule und Hitlerjugend war noch keinesfalls ausgewogen - wohl auch in Massen nicht - als der Zweite Weltkrieg ausbrach.

9) Aus dem Gedächtnis zitiert

10) Baldur von Schirach: der Größte - Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Gütersloh 1963, S. 418

[gemeint ist wohl: Joseph Wulf: Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Gütersloh, Mohn Verlag. 1963]

XVII

Wieder Krieg

Am Freitag, dem 1. September 1939, erfuhren es die Massener aus den Lautsprechern ihrer Volksempfänger: - "Ich habe mich entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen uns gegenüber seit Monaten anwendet. Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen."

Deutsche Armeen waren im Morgengrauen in Polen eingerückt. Es war Krieg. - "Letzterem schlossen sich England und Frankreich an. Schon das Frühjahr und den Sommer hindurch wurde viel von dem zu erwartenden Krieg gesprochen. Viele Männer und Jungmänner waren schon im August zum Militär einberufen". 2) Im Gegensatz zu den Augusttagen des Jahres 1914 - dem Beginn des 1. Weltkrieges - gab es diesmal keine hochgehende Begeisterung, keine jubelnde Zustimmung zum Entschluß des Führers, weder in Massen, noch sonst wo in Deutschland. Die Stimmung in der Gemeinde war, wie überall im Lande, ernst, fast gedrückt, man ahnte, daß man schweren Zeiten entgegen ging, daß die verantwortlichen Staatsmänner in der Welt vor den Forderungen Hitlers nicht mehr zurückweichen würden.

Wie in den Kriegsjahren 1914/18 wurde auch der Alltag der Massener Schulen vom Kriegsgeschehen und seinen Folgen betroffen. So wurde bereits am 23. und 24. August die Blücherschule in Obermassen mit Militär belegt. Während der stillen Mobilmachung wurde am 26. August Lehrer Held von der Blücherschule zum Heeresdienst einberufen und Lehrer Fritz Wulff von der Hellwegschule mußte wieder den grauen Rock anziehen. Vom 1. bis zum 11. September fiel wie überall im Reich der Unterricht auf Anordnung des Reichsluftfahrtministeriums aus, da man Luftangriffe befürchtete und deshalb unnötigen Gefährdungen vorbeugen wollte. Da die befürchteten Luftangriffe ausblieben, Polen in 18 Tagen von den siegreichen deutschen Soldaten niedergeworfen wurde, es an der Westgrenze zunächst keine größere Kampfhandlungen gab - deutsche Soldaten im Westwall lagen französischen und englischen Verbänden in der Maginot-Linien abwartend gegenüber - normalisierte sich der Schulbetrieb in Massen wieder.

1) Zentner, Kurt: Illustrierte Geschichte des zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1964, S. 73

2) Chronik der kath. Kirchengemeinde St. Marien Massen handschriftlich, unveröffentlicht

So wurde noch im Herbst 1939 in der Blücherschule, wie geplant, eine Gasheizung installiert, da mit der alten Heizungsanlage die Schule an kalten Wintertagen nicht mehr genügend erwärmt werden konnte. Man hatte gut daran getan, denn es stand ein strenger Winter vor der Tür. - Die am zweiten Weihnachtstag begonnene Kälte dauerte an bis zum zweiten Februar, an welchem Tage Tauwetter einsetzte. Die ganzen Wochen lag tiefer Schnee, Temperaturen 6 - 21 Grad unter Minus Celsius herrschten. Es war ein Winter, wie ihn wohl nur wenige in hiesiger Gegend kannten". 3)
Da in den Wohnungen mit der Feuerung gespart wurde, konnte man eine warme Schulstube gut gebrauchen.

Im Jahre 1940 erhielt die Gemeinde zunächst Einquartierung, Niedermassen Panzertruppen vom 30. XI. 39 bis zum 2. II. 1940, dann Artillerie vom 7. III. bis zum 11. V. 1940, Obermassen Artillerie vom 5. I. bis zum 11. II., vom 18. V. Pioniere. Wie weit die Schulen davon betroffen wurden, geht aus den Schulchroniken nicht hervor.

Nach dem siegreichen Frankreich-Feldzug entfernte sich der Krieg von Massen, blieb jedoch mit seinen Folgen im Schulleben wirksam. Trotz der Kriegsereignisse wurden 1941 in der Blücherschule größere Renovierungsarbeiten durchgeführt: Flure und Klassenräume wurden gestrichen, die Klassenzimmer erhielten Beleuchtung, auf dem Schulhof wurde eine Trinkanlage eingerichtet. Vermutlich wurden auch an der Hellwegschule notwendige Renovierungen durchgeführt.

Im März 1941 wurden die Schulleiter im Bezirk des Amtes Unna- Kamen aufgefordert, über den Einsatz und die Tätigkeit der Schuljugend vom 1. 9. 1939 bis zum 31. Dezember 1940 zu berichten.

Auf Angaben zu folgenden Punkten wurde besonderer Wert gelegt:

- " 1) Einsatz der Schuljugend bei der Altmaterialsammlung. Was wurde gesammelt? Wie oft wurde gesammelt? Angabe der gesammelten Menge.
- 2) Einsatz der Schuljugend bei der Heilkräutersammlung. Welche Heilkräuter wurden gesammelt? Wie oft wurden Heilkräuter gesammelt? Angabe der Menge.
- 3) Einsatz der Schuljugend bei der Sammlung von Brandplättchen pp., die durch feindliche Flieger abgeworfen wurden.
- 4) Wie nimmt die Schuljugend die Kriegsereignisse auf?
- 5) Allgemeines Verhalten der Schuljugend während des Krieges." 4)

3) Chronik St. Marien, a. a. O.

4) Akten der Blücherschule

So berichtete dann Hauptlehrer Weinberg dem Amt Unna-Kamen 14. April 1941:

- "Betrifft: Kriegschronik.

Punkt I Bis zum 1. April 1941 sind gesammelt:

Knochen 210 kg

Lumpen 450 kg

Papier 465 kg

Buntmetalle 313 kg

Schrott 4760 kg + 400 kg = 5160 kg.

Punkt II Taubnesselblätter getrocknet 0,6 kg

Brennnessel 1,9 kg

Huflattichblätter 17,35 kg

Holunderblüten 3,00 kg

Kamillenblüten 7,00 kg

Kastanien 400,00 kg.

Punkt III -

Punkt IV Die Schuljugend nimmt regen Anteil an dem Verlauf des Krieges. Die Heeresberichte werden täglich in den Klassen durch einen Schüler bekannt gegeben und im Unterricht besprochen.

Punkt V Unsere Jugend ist sehr begeistert, so wurden im letzten Jahre 1940/41 (Nov. 40) für Deutsche im Ausland 72 RM gesammelt, für Jugendherbergen neben den monatlichen Beiträgen 56,50 RM, für Kriegsgräberfürsorge 10,75 RM + 23 RM = 33,75 RM". 5)

Für das Schuljahr 1941 meldete die Blücherschule folgende Gesamtergebnisse: 6202 kg für das 1. Vierteljahr, 3025 kg für das 2. Vierteljahr, 2274 kg für das 3. und 1611 kg für das 4. Vierteljahr.

Wie in den Kriegsjahren 1914/18 sammelte man wieder für den Sieg. Die Anordnungen dazu kamen von den verschiedenen Dienststellen der Partei, vom Schulrat und vom Wirtschaftsamt.

Schüler und Schülerinnen, sowie auch die einzelnen Schulen wetteiferten dabei um die besten Sammelergebnisse, die nach einem Punktsystem bewertet wurden.

- "Die Sammelaktionen sollen keine Stoßaktionen sein, sondern der Schüler soll mindestens einmal in der Woche die ihm zugeteilten Haushalte besuchen. Die Schulen werden gebeten, die besten Sammler zu belohnen, wie auch Belohnungen von anderer Seite erfolgen werden. Wenn Kinder verschickt werden, müssen deren Bezirke sofort

5) Schulakten der Blücherschule Obermassen

anderweitig vergeben werden. Auch in den Ferien darf der Sammlung nichts verloren gehen. Wie dies erreicht wird, überlasse ich örtlichen Regelungen. Bei allen Unzuträglichkeiten bitte ich mir sofort zu berichten". 6)

Als beste Sammler der Blücherschule wurden 1941 folgende Schüler bzw. Schülerinnen genannt: Müller 540 Punkte, Martello 540 Pt., Wolf 241 Pt., Röhrig 200 Pt. und Wemhöner 198 Pt.

In einem Sonderrundschreiben (3/1941) mahnte der Schulrat am 25. Juni 1941 die Meldung der Sammelergebnisse für das 2. Vierteljahr (Zeit vom 1. 4. - 1. 7. 41) an. Darin heißt es u. a.:

- "Das Sammelergebnis des 1. Vierteljahres liegt nun vor. Danach ist die Schule Weetfeld (Lehrer Sprenger) die beste Schule der Provinz Westfalen (277 Punkte je Kind). Ihm ist vom Herrn Oberpräsidenten besondere Anerkennung ausgesprochen.

.....

Von den 56 Wirtschaftsamtsbezirken des Landeswirtschaftsamtes Münster steht der Kreis Unna an 4. Stelle.

..... Das Durchschnittsergebnis des Kreises Unna ist 38,10 Punkte je Kind. Dieser Stand müßte also von jeder Schule erreicht werden, wenn wir die 4. Stelle halten oder überschreiten wollen.

Die Ergebnisse der einzelnen Schulen sind sehr unterschiedlich. Wenn der Anfall in den einzelnen Schulorten von der wirtschaftlichen Beschaffenheit abhängt, so zeigen die Ergebnisse doch, was durch die persönliche Einsatzbereitschaft und die Geschicklichkeit des einzelnen Lehrers erreicht werden kann. Ich bitte darum dringend, in keiner Weise nachzulassen". 7)

Schon immer hatte die Nutzung der Heilkräuter für die Volksgesundheit großen Wert. Sie bekam in den Kriegsjahren nun besondere Bedeutung. Bereits im Juni 1940 wurde vom Kreisamt für Volksgesundheit der NSDAP zur uneingeschränkten Heilkräutersammlung während der Ferien aufgerufen:

- "Die Heilpflanzensammlung als kriegswichtiger Reichsauftrag muß anteilmäßig auch im Kreise Hellweg unbedingt eingehalten werden.

Während der Ferien wird die Sammelaktion uneingeschränkt weitergeführt.

Nach der bisher schon größtenteils beispielhaften Leistung der Schulen tritt während der Ferien die Hitlerjugend zum

6) + 7) Sonderrundschreiben 3/1941 des Schulrates - alte Aktenbestände der Blücherschule Obermassen

Kriegsdienst an der Heimatfront an. ..

Auch während der Ferien müssen die Sammelstellen jederzeit für die Ablieferung und Abholung offenstehen und bereit sein". 8)

Gesammelt wurden: Brombeerblätter, Huflattichblätter, Kamillenblüten, Himbeerblätter, Erdbeerblätter, Birkenblätter, Linden- und Holunderblüten, Schafgarbe und Hagebutten.

Mit der Fortdauer des Krieges wurden die Altmaterialiensammlungen straffer durchgeführt. so erhielt der Hauptlehrer Weinberg, Schulleiter in Obermassen, im April 1943 folgende Anordnung:

- "14/4. 43

An Pg. Weinberg Schule Obermassen

Am Samstag, den 17. d. M. findet im ganzen Reich eine Altpapiersammlung statt. Auf Befehl des Ortsgruppenleiters wird diese Sammlung von der Hitlerjugend und vom Jungvolk durchgeführt. Das Altpapier wird von den Jungen in allen Haushaltungen und Betrieben mit Handwagen abgeholt.

Im Auftrage des Ortsgruppenleiters bitte ich Sie für diese Altpapier-Sammlung in den einzelnen Klassen schon die nötige Propaganda zu machen, damit wenigstens schon in den Haushaltungen der Schulkinder die nötigen Vorbereitungen für diese Papier-Sammlung getroffen werden. Außerdem halte ich es für richtig, daß die Schulkinder auch von sich aus bei ihren Nachbarn für die Altpapier-Sammlung werben, und für Samstag das Altpapier zurechtlegen lassen. Der Ortspropagandaleiter" - 9)

So klapperten während der Kriegsjahre auch durch Massen die Handwagen für den Endsieg, die Schule mußte dafür sorgen, daß sie nicht vergeblich durch das Dorf gezogen wurden. Viel nachhaltiger als die Altmaterialiensammlungen, die von der Schule in Zusammenarbeit mit der Hitlerjugend durchgeführt werden mußten, wirkten sich Landverschickung und zunehmende Fliegeralarme störend auf den Unterrichtsbetrieb der Blücherschule nach einer Eintragung des Hauptlehrers Weinberg für das Schuljahr 1940/41 aus. Schon 1940 wurden auf den Dächern der Hellweg- und der Bücherschule Luftschuttsirenen angebracht und Luftschutzräume eingerichtet. Da nach den abendlichen und nächtlichen Fliegeralarmen die Kinder am darauf folgenden Mor-

8) Kreisamt für Volksgesundheit der NSDAP, Rundschreiben 12/40 alte Aktenbestände der Blücherschule

9) Alte Aktenbestände der Blücherschule

gen unausgeschlafen zum Unterricht kamen, wurde der Unterrichtsbeginn für die solchen Alarmen nachfolgenden Tage zunächst auf 10 Uhr, dann aber auf 9 Uhr festgesetzt. Das hatte erheblichen Unterrichtsausfall zur Folge.

Die Einführung von 4 Zeitstunden mit einer Gesamtpausendauer statt der bisher erteilten 5 Kurzstunden führte im Januar 1941 zu der nachfolgenden Stundenzahl für die einzelnen Klassen bzw. Jahrgänge:

- "	1	2	3	4	5	6	7	8	
	16	18	22	24	24	24	24	24	" 10)

Von den dadurch bedingten Kürzungen war besonders der Religionsunterricht betroffen, der nur noch im 8. Schuljahr mit einer Wochenstunde erteilt werden durfte. Vom Mai 1941 an erhöhte sich die Zahl der Wochenstunden des 5. und 6. um 3, des 7. Jahrganges um 4 und des Jahrganges 8 um 5 Wochenstunden. Nach einer Verfügung vom 7. 1. 1941 wurden Ende und Beginn des Schuljahres mit dem Anfang der Sommerferien festgesetzt.

Von 1942 an wirkten sich die zunehmenden nächtlichen Fliegerangriffe immer negativer für den Unterrichtsbetrieb aus, und von 1943 an wurde durch die nächtlichen Terrorangriffe der Royal Airforce der Krieg nach Deutschland getragen. Das Ruhrgebiet wurde zum Heimatkriegsgebiet, am 5. Mai 1943 wurde Dortmund erstmalig Angriffsziel eines nächtlichen Luftangriffes. Auch die Massener Schulen spürten nun unmittelbar die Folgen und Auswirkungen des Krieges, die zu einer Verschärfung der Luftschutzbestimmungen führten. Die ersten diesbezüglichen Erlasse gingen den Schulleitern im Januar 1943 zu:

- "Nach Ziffer 5 des Bezugserlasses bleibt es der Bevölkerung überlassen, ob sie sich auf das Signal "öffentliche Luftwarnung" luftschutzmäßig verhalten will oder nicht. Es hat sich jedoch als notwendig herausgestellt, für den Schutz der Schuljugend weitergehende Maßnahmen zu treffen.

Es wird daher angeordnet, daß sich die Insassen von Schulen bei öffentlicher Luftwarnung während der Unterrichtszeit luftschutzmäßig zu verhalten haben. Es sind alle diejenigen Maßnahmen durchzuführen, die für den Fall von Fliegeralarm vorgesehen sind, insbesondere sind die Luftschutzräume aufzusuchen". 11)

Nach einem Zusatz des Befehlshabers der Ordnungspolizei sollten

10) Rundschreiben des Schulrates vom 27. 1. 1941. alte Aktenbestände der Blücherschule

11) Reichsminister der Luftfahrt Az. 41d19 Nr.13481/42, alte Akten der Blücherschule

die schulpflichtigen Kinder dazu erzogen werden,

- "daß sie sich außerhalb der Schulzeit bei öffentlicher Luftwarnung sofort nach Hause begeben oder den nächsten öffentlichen Schutzraum aufzusuchen". 12)

In einem Rundschreiben der Ortsgruppe Hellweg im Reichsluftschutzbund vom 30. September 1943 wurden die Bestimmungen noch verschärft, da

- die Luftschutzmaßnahmen in Schulen der gegenwärtigen gesteigerten Luftangriffstätigkeit des Gegners nicht genügend angepaßt sind..... Die Angriffstätigkeit des Gegners am Tage, mit der im zunehmenden Umfang gerechnet werden muß, bedeutet eine erhebliche Gefährdung der in den Schulgrundstücken befindlichen Schüler.

In Abweichung von Ziffer 16 der L. Dv.755/2 sind bei Fliegerwarnung und ÖLW (öffentliche Luftwarnung) nur so viele Schüler im Schulgrundstück zu belassen, als dort in trümmer-, splitter- und gassicheren, sowie gegen den Detonationsstoß von Minenbomben gesicherten LS-Räumen (Luftschutz) untergebracht werden können. Die örtlichen LS-Leiter entscheiden im Einvernehmen mit den Schulaufsichtsbehörden, in welcher Weise die übrigen Schulinsassen zu schützen sind. Es kommen in Betracht:

a) Aufnahme der Schüler in nahe gelegenen Bunkern, Deckungsgräben, Stollen, öffentlichen LS-Räumen des Selbstschutzes.

b) Entlassung der Schüler nach Hause.

Bei der Durchführung zu a und b ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Entfernungen gering sind. " 13)

Für die Schulkinder der Blücherschule war bei Fliegeralarm folgende Regelung angeordnet worden:

- "Die Blücherschule ist durchschnittlich von 227 Kinder und 4 Lehrpersonen belegt. Die Unterbringungsmöglichkeit ist in dem Schutzraum nicht vorhanden. Es sind folgende Anordnungen getroffen:

60 Kinder bleiben im Schutzraum der Schule.

60 Kinder werden in der Nachbarschaft bei dem Bauern Wisselmann untergebracht.

47 Kinder aus der näheren Umgebung der Schule werden nach Hause geschickt.

60 Kinder werden unter Aufsicht eines Lehrers in dem Stollen an der Bergstraße untergebracht". 14)

12) Reichsminister der Luftfahrt Az. 41 d 19 Nr. 13481/42 alte Aktenbestände der Blücherschule

13) Rundschreiben 30/43, Reichsluftschutzbund Ortsgruppe Hellweg

14) Akten der Blücherschule

Welche Luftschutzmaßnahmen für die Hellwegschule in Niedermassen angeordnet wurden, ist nicht mehr festzustellen.

Die zunehmenden Luftangriffe auf das Industriegebiet an Rhein und Ruhr führten auch dazu, daß Kinder aus den betroffenen Städten, besonders aber aus Dortmund vom Sommer 1943 an bei Verwandten bzw. Bekannten in Massen untergebracht wurden und hier die Schulen besuchten. Das führte zu steigenden aber auch stark schwankenden Schülerzahlen an den Massener Systemen.

Von der Bezirksregierung in Arnsberg wurden dafür besondere Bestimmungen erlassen. So mußten die Kinder u. a. am Schulort polizeilich gemeldet werden. Kinder, denen die Lebensmittelkarten entzogen worden waren, durften nicht aufgenommen werden.

In der Blücherschule in Obermassen wurden im Juli 1943 zunächst 10 solcher evakuierter Kinder aufgenommen, am 1. 9. waren es dann schon 25 Jungen und Mädchen, die überwiegend aus den östlichen Stadtteilen Dortmunds kamen, wie z.B. aus Körne, Brackel, Asseln und Wickede, aber auch aus Aplerbeck, Schüren und Dorstfeld. Zu Unzuträglichkeiten kam es dadurch, daß diese Kinder an den Nachmittagen ihre Eltern besuchten.

Nach den Osterferien in 1944 wurden an der Hellwegschule in Niedermassen Sammelklassen für Dortmunder Kinder eingerichtet, die hier von Dortmunder Lehrern unterrichtet wurden. Im Dezember wurden dann diese Klassen aufgelöst, da inzwischen in den weniger bedrohten Randgebieten Dortmunds solche Klassen eingerichtet wurden. Die wenigen Kinder aus Dortmund, die in Massen verblieben, wurden auf die Massener Schulen verteilt.

Die zunehmenden, sich verschärfenden Luftangriffe und die damit verbundenen Beschlagnahme von Schulräumen für Ausgebombte machten vom Herbst 1944 an einen geordneten Unterrichtsbetrieb nahezu unmöglich. Es wurden am 24. November 2 Klassenräume der Blücherschule für die Unterbringung eines motorisierten Löschzuges und eines Sanitätstrupps beschlagnahmt. Von den gleichen Einheiten wurden auch die Turnhalle und Räume der Hellwegschule belegt.

Am 7. Dezember mußte dann die Blücherschule auch noch die drei letzten Klassenräume, über die sie verfügen konnte, für die Unterbringung von Hammer Bürgern hergeben, die bei einem schweren Bombenangriff auf ihre Stadt obdachlos geworden waren. In der Hellwegschule fand das in Hamm ausgebombte Marienhospital mit 150 Kranken und alten Leuten Notunterkunft, die von 4 bis 5 Vinzenz-Schwestern betreut wurden.

Auch nach den Weihnachtsferien bestand für die Blücherschule noch keine Möglichkeit, den ausgefallenen Unterricht wieder aufzunehmen. Der Krieg kam nun unaufhaltsam näher. Schon um Weihnachten 1944 hörte man in stillen Nächten vom Westen her den Kanonendonner der Front. Die Fliegerangriffe ringsumher wurden immer häufiger bei Tag und bei Nacht.

Im Februar und im März wurden die Angriffe der Tiefflieger auf Transporte der Eisenbahn, auf Autokolonnen und einzelne Autos, auf marschierende Truppen immer häufiger. Zahllose Autos auf den Straßen wurden in Brand geschossen, zahlreiche Lokomotiven wurden betriebsunfähig geschossen. In der Karwoche kam der Feind immer näher, und zwar wider Erwarten vom Osten." 15)

Permanenter Fliegeralarm machte ein normales Leben und regelmäßigen Schulbesuch vollends unmöglich. Besonders gefährdet war in diesen Tagen die Blücherschule, wegen ihrer Lage unmittelbar an der Eisenbahnstrecke Unna-Holzwickede. Die hier noch verkehrenden Züge wurden zum Angriffsziel der feindlichen Tiefflieger.

- "Bei einer Beerdigung am Spätnachmittag in Obermassen mußte der Leichenzug zweimal in Fliegerdeckung gehen. Zur selben Zeit wurde am Massener Damm ein Munitionseisenbahnzug bombardiert, alle paar Minuten explodierte ein Wagon des Zuges mit großem Getöse." 16)

Am 17. März 1945 wurde der Schulunterricht für die Kinder der Blücherschule erneut ausgesetzt, da das Schulhaus wieder beschlagnahmt worden war. Im Dorf hoffte man auf ein baldiges Ende des Krieges, man fragte nicht nach dem "Wie", sondern man dachte nur an das "Wann".

Endlich am Mittwoch, dem 11. April 1945 nachmittags zwischen 2 - 3 Uhr zogen amerikanische Truppen von Unna her in Massen ein. Zuerst kamen sie mit Autos und Panzern von Afferde her den Afferder Weg entlang, dann von Unna her den Hellweg entlang." 17)

Aus den Fenstern der Häuser hingen die weißen Fahnen, für Massen war nun der Krieg vorbei - und auch die Angst vor den Tieffliegern und den Bombenangriffen. – Der Unterricht in den Schulen wurde erst im September wiederaufgenommen.

15) + 16) + 17) Chronik St. Marien, a. a. O.

C

Von 1945 bis zur Gegenwart

XVIII

Neuanfang im Herbst 1945

Als im September 1945 die Massener Schulen den Unterricht wieder aufnahmen, die Kinder wieder zur Schule gehen durften, ging in den meisten Häusern die Not um. Die Gemeinde, die von den Zerstörungen des Bombenkrieges und der letzten Kriegshandlungen verschont geblieben war, litt unter den Folgen der Niederlage nach einem unheilvollen Krieg. Zu den Einheimischen und den Obdachlosen aus den zerbombten Städten des Reviers kamen nun die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten des Reiches, die aufgenommen werden mußten, die wieder ein Dach über dem Kopf und nach unsäglichen Leiden und Strapazen endlich einen sicheren Platz zum Ausruhen brauchten. Die Wohnungsnot wurde unvorstellbar.

In vielen Familien fehlten die Männer, die im Felde gestanden hatten und während der letzten Kriegsmonate in Gefangenschaft geraten waren. So warteten die Frauen auf ein Lebenszeichen, manche von ihnen auch vergeblich. - In den Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien, die nur notdürftig untergebracht werden konnten, die nach dem Verlassen ihrer Heimat auseinandergerissen worden waren, bangte man um die vermißten Angehörigen, wartete auf Nachricht über ihren Verbleib.

In vielen Wohnungen ging der Hunger um. Was man an Lebensmitteln auf Karten kaufen konnte, war zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Die Versorgungslage war katastrophal: ausreichende Bekleidung und Heizmaterial fehlten. Tauschhandel, Schwarzer Markt und Hamsterfahrten bestimmten das wirtschaftliche Geschehen. Man fürchtete sich vor dem kommenden Winter und richtete sich darauf ein, ihn irgendwie durchzustehen.

Vae victis -wehe den Besiegten! Die Deutschen erlebten den tiefsten Punkt ihrer Geschichte seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Sie waren ein machtloses Volk geworden und wurden von den Siegermächten, die das Reich in Besatzungszonen aufgeteilt hatten, nach Kolonialmethoden regiert. Dabei wurden die von Hitler mißbrauchten Menschen von ihnen aus das Tiefste gedemütigt. "Entnazifizierung" und "Re-Education" waren nach dem Potsdamer Treffen der "Großen Drei" ihr gemeinsames Anliegen.

7) Potsdamer Konferenz vom 17. 7. bis zum 2. 8. 1945. Teilnehmer waren die Regierungschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens (Truman, Stalin und Churchill/Attlee)

Damit wurde das deutsche Volk mit einer drückenden Kollektivschuld an den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit belastet. Folgerichtig wurde den alliierten Besatzungssoldaten jeglicher Kontakt mit der deutschen Bevölkerung verboten. Die sogenannte "Non-Fraternization" wurde selbst von jenen als eine völlig unnötige Diffamierung der Deutschen empfunden. Die Deutschen sollten umerzogen, aus Nazis wieder Demokraten werden. Voraussetzung dafür war die sogenannte „Entnazifizierung“, die mit einer großen Gehirnwäsche begann. Das angepriesene Waschmittel war der "Fragebogen" mit seinen 128 Fragen. Er verlangte Auskünfte zur Person, Angaben über (Volks-)Grundschul- und höhere Bildung, Berufs- oder Handwerksprüfungen; Nennung, in zeitlicher Reihenfolge, aller Beschäftigungen und Anstellungen, ebenso aller Militärdienstleistungen seit dem 1. Januar 1931, ferner Angaben über Mitgliedschaften in der NSDAP und ihren Organisationen, Mitgliedschaften oder Nebendienst (Mitarbeit) in anderen Organisationen, über Veröffentlichungen aller Art und Reden, über Einkommen, Vermögen und Besitz und letztlich Angaben über Reisen und Wohnsitz im Ausland.

Entnazifizierungsausschüsse, sogenannte Spruchkammern, die mit politischen Gegnern des Nationalsozialismus, oft auch mit Kommunisten besetzt waren, werteten die Fragebogen aus. Die von dieser Aktion Betroffenen wurden in 5 "Kategorien" eingestuft:

- Kategorie 1 Hauptschuldige (Reichs- und Gauleiter, höhere SS- und SA-Führer)
- Kategorie 2 Belastete (Aktive Mitglieder der Partei)
- Kategorie 3 Minderbelastete
- Kategorie 4 Mitläufer (formelle Mitglieder der Partei)
- Kategorie 5 Entlastete

Dabei wurden alle über einen Kamm geschoren: die Idealisten und die Nutznießer, die "Alten Kämpfer" und die Opportunisten, die nach 1933 zur Partei stießen, die Selbstlosen, die ihrem Volk dienen wollten, und die Machthungrigen. Diesem Netz der politischen Überprüfung konnte sich niemand entziehen, nur über den Fragebogen wurde der Weg zu einer beruflichen Tätigkeit frei.

Nur wer nach 1913 geboren war, blieb von dieser Überprüfung ausgeschlossen. Die Durchführung der Entnazifizierung übertrugen die Alliierten den Deutschen.

Es entsprach den Erwartungen, daß die NSDAP nach dem Zusammenbruch ihrer Gewaltherrschaft verboten wurde, man hielt es auch für selbstverständlich, daß NS-Verbrechen geahndet wurden,

aber konnte man auch politische Gesinnung bestrafen, selbst wenn diese in die Irre geführt hatte? - Es blieb ein Problem, ob die von den Siegermächten befohlene Liquidation des nationalsozialistischen Gedankengutes durch die Entnazifizierung zur individuellen Schulderkenntnis und damit zur Selbstbesinnung der besiegten Deutschen führen würde. - Wie sollte die "Re-Education" der Deutschen zur Demokratie verlaufen? Da die "Großen Drei" unterschiedliche Vorstellungen über die Demokratie hatten, konnte sich niemand vorstellen, wie die Umerziehung zu demokratischen Verhaltensweisen vor sich gehen sollte.

Entnazifizierung und Umerziehung (Re-Edukation), von den Siegermächten angeordnet, mußten auch den Schulalltag bestimmen. Wie sollte dieser nun aussehen, da nach einem Zusammenbruch aller Wertvorstellungen, die bisher das ganz persönliche, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben bestimmt hatten, im Prinzip fraglich geworden waren? Da die Verantwortung bei den Militärregierungen bzw. den Militärgouverneuren lag, die keinen Einblick in die pädagogischen Reformbewegungen Deutschlands hatten, wurde die Chance für einen Neuanfang z.B. durch einen Rückgriff auf die Forderung der Reformpädagogik der zwanziger Jahre nach der "einen Schule" für die ganze Nation vertan. Man hatte kein Konzept. Besonders bemüht waren die Kirchen, den verlorenen Einfluß auf das Schulgeschehen zurück zu gewinnen. So schrieb der Regierungspräsident in Arnsberg am 28. August 1945:

- "Es ist wiederholt angefragt worden, ob die Volksschulen bei ihrer Wiedereröffnung als Gemeinschafts- oder konfessionelle Schulen eingerichtet werden sollen. Im Augenblick kann über die endgültige Gestalt der Schule noch keine Entscheidung getroffen werden. Die Militärregierung hat jedoch angeordnet, daß die Schulen zunächst als Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden sollen. Es ist außerdem organisatorisch ganz und gar unmöglich, unter den augenblicklichen Verhältnissen die Schulen konfessionell einzuteilen. Einmal fehlt es durch die vielen Zerstörungen an Schulgebäuden, zum Anderen ist auch die erforderliche Anzahl der Lehrkräfte nicht vorhanden, um die Schulen konfessionell zu trennen. Außerdem werden die fehlenden Transportmöglichkeiten und die unzulängliche Versorgung mit Schulen und Kleidung es erforderlich machen, daß die Kinder die nächstgelegene Schule besuchen. Ich ersuche, alle interessierten Kreise der Bevöl –

kerung darüber eindeutig aufzuklären. Infolgedessen sind die Kinder - der Not gehorchend - gemeinsam einzuschulen. Der Religionsunterricht ist mit wöchentlich 4-6 Stunden in den Lehrplan aufzunehmen. Dieser Unterricht wird den Kindern nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den Wünschen ihrer Eltern erteilt werden.

Hierzu sind nur die Lehrer zuzulassen, die von den verschiedenen Religionsgemeinschaften als Religionslehrer anerkannt werden. Lehrer, die jedoch in der Nazizeit den Kirchen den Rücken gekehrt haben und jetzt wieder eingetreten sind, dürfen auf keinen Fall den Unterricht erteilen.

Keinem Schüler darf die Zulassung an irgendeiner Schule aus Gründen der Rasse oder des Glaubens versagt werden; auch darf keinem Lehrer die Anstellung in irgendeiner Schule aus den vorbenannten Gründen abgelehnt werden. Die Schulräte haben uns von Fall zu Fall sofort zu berichten, damit wir prüfen können, ob auch gemäß unseren Anweisungen verfahren wird. -" 2)

So war es also 1945. Sofern die Gebäude noch standen, fing man da an, wo man kurz vor dem Einmarsch der Befreier aufgehört hatte. Die Lehrer, die wieder unterrichten durften, wußten nach ihren Erfahrungen in der Nazizeit, was aus moralischen und politischen Gründen in ihrem Unterricht keinen Platz mehr haben durfte:

- Erziehung und Unterricht nach ideologischen Vorgaben,
- Erziehung gegen Gewissen und Recht, gegen sittliche und religiöse Normen,
- Erziehung zum Heroismus, zur Menschenverachtung und Völkerdiffamierung, zum Rassenhaß.

Eine Reihe von Fragen blieben zunächst offen:

- Wie sollte oder konnte man in dieser Zeit des Umbruchs und der Selbstbesinnung demokratische Erziehung wieder glaubhaft machen?
- Wie war der Vorrang der sittlichen Bildung durchzusetzen?
- Sollte man Allgemein- bzw. Menschenbildung als Voraussetzung der Berufsbildung für eine neue Arbeitswelt auch in der Volksschule praktizieren? Mußte man dabei auf die Ideen Wilhelm von Humboldts über vollendetes Menschentum, über Persönlichkeitsbildung gegen staatliche Bevormundung zurückgreifen? Genügte es, wenn man sich auf die Ergebnisse der Reformpädagogik der zwanziger Jahre besann?

2) Der Regierungspräsident in Arnsberg, II U 2 Nr. 932 vom 28. August 1945 - Alter Aktenbestand der Blücherschule (Sonnenschule) in Obermassen.

Die alte Lehrergeneration, die noch auf den Seminaren und den Pädagogischen Akademien in Preußen ausgebildet worden war, wußte, was auf dem Spiel stand, wenn jetzt die Weichen für die Fahrt in eine recht ungewisse Zukunft nicht richtig gestellt wurden. Wenn Deutschland noch eine Zukunft haben sollte, durfte seine Jugend nicht in Disziplinlosigkeit und in Eigensucht versinken. Für den neuen Auftrag, den sie zu erfüllen hatte, besaß sie noch das Rüstzeug und die notwendige Erfahrung. Zwölf Jahre der nationalsozialistischen Schule waren für sie doch nur eine Übergangszeit. Ohne Aufpasser und ohne Schnüffler waren sie wieder ihrem pädagogischen Ethos und ihrem Gewissen verantwortlich.

Schwieriger war es wohl für die jungen Lehrkräfte, die nach 1933 ausgebildet worden waren, zunächst noch auf den Hochschulen und dann in den seminarähnlichen Lehrerbildungsanstalten. Sie waren der NS-Schulung schonungs- und schutzlos ausgeliefert gewesen und mußten nun radikal umdenken. Bevor die Lehrkräfte nach ihrer Entnazifizierung nun ihren Dienst wiederaufnehmen durften, mußten sie auf Verlangen der Militärregierung die nachfolgende Erklärung unterschreiben:

- "Ich nehme zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber nicht beabsichtigt in Angelegenheiten einzugreifen, die die Lehrpläne deutscher Schulen betreffen, ausgenommen, daß

(a)

es mir nicht erlaubt ist, in meinem Unterricht, gleichviel welches Fach es ist, irgendetwas hineinzubringen, als ob ich

1) den Militarismus verherrliche,

2) versuche für die Lehren des Nationalsozialismus Propaganda zu machen, sie wiederzubeleben, sie zu rechtfertigen, oder die Taten des Nationalsozialismus zu erheben,

3) eine Politik begünstige, die Unterschiede macht auf Grund von Rasse und Religion,

4) den Vereinten Nationen feindlich sei oder ihre Beziehungen zu stören versuche und

5) die Führung des Krieges, seine Mobilisierung oder die Vorbereitung auf ihn, ob auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder industriellem Gebiet darlegen oder das Studium der Militärgeographie fördern wolle.

(b)

Körperliche Ertüchtigung darf nicht so weit ausgedehnt werden, daß sie einer militärischen Ertüchtigung gleichkommt.

Ich versichere hiermit, daß mein Unterricht in Übereinstimmung mit der obigen Forderung erteilt wird." 3)

3) Abschrift im Privatbesitz des Verfassers. Ich habe sie noch am 27. 09. 1949 in Gegenwart des Schulrates unterschreiben müssen.

Am 20. bzw. am 21. 09. 1945 erhielten die Massener Schulleiter auf dem Dienstwege über den Amts- und den Gemeindebürgermeister das folgende Schreiben des Landrates.

- "Betrifft: Wiedereröffnung der Grundschulen. Auf Anordnung der hiesigen Militärregierung sind sämtliche von mir der Militärregierung vorgeschlagenen Grundschulen am Mittwoch den 26. September 1945 zu eröffnen. Ich ersuche, dies ortsüblich bekannt zu machen, damit der Unterricht am genannten Tage pünktlich um 8 Uhr beginnen kann. Die einzelnen Schulen sind sofort zu benachrichtigen, damit die von Herrn Schulrat in der letzten Dienstversammlung bestimmten Schulleiter Gelegenheit haben, eine Feier an dem der Eröffnung vorgegebenen Tage vorzubereiten. Ich ersuche, die einzelnen Ortsbürgermeister anzuweisen, die Schulleiter bei der Ausgestaltung dieser Feier zu unterstützen. Ich mache es Ihnen nunmehr zur besonderen Pflicht dafür Sorge zutragen, daß die Schulen bis zum Tage der Eröffnung in Ordnung zu bringen sind, daß der Unterricht reibungslos durchgeführt werden kann. Eröffnet werden diejenigen Schulen, die von Ihnen seinerzeit und auch nachträglich als startbereit gemeldet worden sind. - 4)

So wurde am 26. September 1945 in den Grundschulklassen der Blücherschule in Obermassen und der Hellwegschule in Niedermassen der Unterricht wieder aufgenommen. Leider berichten die Schulchroniken nicht, in welcher Form dies geschah. Mit der Leitung der Schule in Obermassen hatte Schulrat Humme den Lehrer Emil Höving beauftragt, da der bisherige Leiter, Hauptlehrer Weinberg, am 17. 9. aus dem Schuldienst ausgeschieden war. Höving war seit August 1904 in Obermassen tätig. Zu dem Kollegium gehörten noch drei Lehrerinnen Elfriede Lonk, seit 1935 in Massen, Ursula Pudwell, seit 1944 an der Hellwegschule, und Ruth Sewing, geb. Höwing, seit August 1943 an der Blücherschule. In den vier Klassen wurden 179 Kinder unterrichtet, 57 in der Klasse 1 (1. Jhrg.), 38 in der Klasse 2 (2. Jhrg.), ebenfalls 38 in der Klasse 3 (3. Jhrg.) und 46 in der Klasse 4 (4. Jhrg.) - Über die Verhältnisse an der Hellwegschule liegen keine Angaben vor. Sie wurde von Frau Hedwig Thüner geleitet, die seit 1919 an der Hellwegschule in Niedermassen tätig war.

4) Der Landrat, L III Kult 203/1 vom 19. 9. 1945, alter Aktenbestand der Blücherschule

Die Blücherschule in Obermassen wurde vom 23. Oktober bis zum 26. November erneut mit Evakuierten belegt. Der Unterricht wurde in dieser Zeit in leeren Klassenräumen der Hellwegschule gehalten. Nach der Rückkehr nach Obermassen, wurde dann am 4. Dezember auch der Unterricht auch in der Oberstufe wiederaufgenommen, und zwar mit dem 5. und 6. Jahrgang, zu dem 36 Kinder gehörten. Die Kinder vom 7. Jahrgang ab verblieben weiter in der Hellwegschule. Sie kehrten erst am 1. April 1946 in ihre Obermassener Schule zurück. Dabei entschloß sich noch ein großer Teil der Schüler des 8. Jahrganges für ein freiwilliges 9. Schuljahr. - Inzwischen wurde am 8. November die Schule in der Obermassener Heide wieder eröffnet. Damit verließen die Kinder aus der Heide die Blücherschule, die sie während der Kriegsjahre besucht hatten.

Die alten Schulverhältnisse, wie sie bis zum 1. 10. 1938 in Massen bestanden hatten, wurden 1946 wieder hergestellt. Auf Anordnung der Militärregierung lag die Entscheidung darüber bei den Eltern. Sie konnten wählen, ob sie ihre Kinder in eine evangelische bzw. in eine katholische Bekenntnisschule oder in eine christliche Gemeinschaftsschule schicken wollten. Die Kirchen hatten ihre Ansprüche durchgesetzt. Den Eltern gingen entsprechende Vordrucke zu, die sie auszufüllen hatten. Stichtag war der 8. April 1946.

Für die Blücherschule liegt das Ergebnis dieser Befragung vor:

Stimmberechtigte Eltern	175
eine ev. Bekenntnisschule forderten	50
eine kath. Bekenntnisschule forderten	20
ungültige Vordrucke	2
unausgefüllte Vordrucke	95
Zahl der Kinder für eine ev. Bekenntnisschule	73
für eine kath. Bekenntnisschule	45
für eine christliche Gemeinschaftsschule	158

Auf Grund dieser Entscheidung wurde die Blücherschule in Obermassen am 17. Juni 1946 eine "christliche Gemeinschaftsschule".

Von den kath. Kindern wechselten 34 zur kath. Hellwegschule nach Niedermassen, während immerhin 22 in der Blücherschule blieben.

Auch die Niedermassener Eltern hatten über die Schulart zu entscheiden. Ein genaues Ergebnis der Befragung liegt leider nicht vor. Auf Grund dieser Entscheidung mußte eine kath. Be-

kenntnisschule errichtet werden, die am 17. Juni den Unterricht aufnahm. Die Leitung der dreiklassigen Schule wurde dem Lehrer August Holle übertragen. Als weitere Lehrkräfte wurden dieser Schule die Lehrerin Gertrud Metzger und der Lehrer Joseph Schwingenheuer zugewiesen. Mit der Eröffnung dieser Schule wurde auch der Pfarrunterricht mit einer Wochenstunde wieder aufgenommen. Die Schule wurde mit ihren Klassen im Westflügel der Hellwegschule untergebracht, diese wurde vom gleichen Tag an "christliche Gemeinschaftsschule".

In der handgeschriebenen Chronik der kath. Gemeinde "St. Marien" finden wir die folgende Eintragung:

- "In der Woche nach Pfingsten wurde in Massen die Katholische Schule wieder eröffnet. Schulleiter wurde Lehrer August Holle. Ebenfalls wurden an der Kathol. Schule angestellt Lehrer Josef Schwingenheuer und Lehrerin Gertrud Metzger. Es wurden 3 Klassen eingerichtet in der früheren Katholischen Schule in der "Hellweg-Schule" in Nieder-Massen. Die Kinder von Nieder- und Obermassen besuchen die Kathol. Schule. Nur wenige kathol. Kinder besuchen die "sogenannte Christliche Gemeinschaftsschule". Es soll mich wundern, wie lange diese "christlich" bleibt. Bei einer von der Militärregierung veranstalteten Abstimmung hatten ungefähr 80% der katholischen Bevölkerung für die katholische Bekenntnisschule gestimmt. Für die evangelische Bekenntnisschule hatten wenige evangelische Eltern gestimmt, daß eine "Evangelische Bekenntnisschule" nicht eingerichtet wurde. - " 5)

Der Religionsunterricht war ohne jegliche Beschränkung - ebenfalls auf Anordnung der Militärregierung - wieder ordentliches Lehrfach geworden. - Mit der Neuordnung des Schulwesens in Massen waren nun die Grundlagen für seine weitere Entwicklung in den kommenden Jahren gelegt worden.

In einem wegweisenden Aufruf forderte der Oberpräsident der Provinz Westfalen die Lehrkräfte und Erzieher dazu auf, sich auf die "politisch pädagogische Aufgabe in allen Schulen" zu besinnen und damit die Durchführung einer demokratischen Erziehung zu sichern:

- "An Euch, Ihr Erzieher und Lehrer der deutschen Jugend Westfalens, wende ich mich mit meinem Wort. Ihr kennt die tiefsten Ursachen des geistigen und sittlichen Zusammen-

5) Chronik der kath. Kirchengemeinde ST. Marien Massen, unveröffentlicht.

bruches unseres Volkes, ...

Ich weiß wohl um die guten Ansätze einer demokratischen Entwicklung in der Schulreform der ersten deutschen Republik, aber die politischen Gegenkräfte und die Wirtschaftsnöte erstickten das begonnene Werk. Inmitten der Nöte, die jeden einzelnen bedrängen, wende ich mich an Euer Verantwortungsbewußtsein, an Euern Idealismus, an Euern Glauben.

Es ist nicht damit getan, die Geistesbildung und die Berufsschulung auf die alte Höhe zurückzuführen, es genügt auch nicht, die alten sittlichen und religiösen Werte als verbindliche Maßstäbe wieder aufzurichten, sondern es gilt, den Menschen zu erziehen, der sie nicht nur in seinem privaten Leben, sondern in jeder Gemeinschaft vor allem in der Politik und in der Wirtschaft verwirklicht.

Demokratie hat eine gewaltige volkspädagogische Aufgabe. Euch ist sie anvertraut.

Mit Befehlen kann man keine Demokratie und keine Volksgemeinschaft schaffen.

Alles Gesunde wächst von unten. Demokratie will von der Jugend in ihren Gemeinschaften erlebt werden. Zu dieser doppelten Aufgabe rufe ich Euch auf.

Ich weiß, wir selbst stehen erst am Anfang des Weges demokratischen Bewußtseins, deshalb laßt uns Demokraten sein, damit wir demokratisch erziehen können. Denn nur das Vorbild wirkt, und nicht die Lehre. Ich weiß auch um die Schwere der Aufgabe angesichts der seelischen Lage unserer Jugend. Trotzdem ist die Aufgabe lösbar, wenn Ihr nach den Lehren und Vorbildern der großen Sozialpädagogen in der Freiheit zur Freiheit erzieht.

Demokratische Lebensformen in der Schule zu entwickeln, ist Eure erste Aufgabe.

Diese Erziehung von den einzelnen Fächern aus im Lehr- und Lesestoff zu vertiefen, ist die zweite. Die Dritte ist, den jungen Menschen behutsam immer wieder die Ursachen der sie jetzt bedrückenden Nöte aufzuzeigen und sie zu einem positiven Verstehen der politischen und wirtschaftlichen Gegenwart anzuleiten.

- Ich rufe Euch auf, die Wege der Lösung dieser Aufgaben durchzudenken, in Konferenzen zu beraten und in der Praxis zu erproben.

- Eure Vorschläge und Erfahrungen sollen dem Großen Werk einer neuen demokratischen Jugend dienen. - " 6)

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Arnberg sollte dieser Aufruf sofort allen Schulleitern bekanntgegeben werden. Die Lehrkräfte der Volks- und Mittelschulen sollten die Themen des Aufrufes in ihren Kreislehrerkonferenzen behandeln.

- Aber lagen die Ursachen für die entsetzlichen Note des totalen Zusammenbruches allein in der deutschen Geschichte? Konnten sie durch eine befohlene "Vergangenheitsbewältigung" eindeutig geklärt werden? Barg die angeordnete "Selbstbesinnung" nicht auch die Gefahr einer permanenten und lähmenden Selbstbezichtigung?

6) Der Regierungspräsident in Arnberg G. E. II U 2 Nr.1843, II U N Nr.743, II U L Nr.170 vom 15. Juni 1946

XIX

Durch die schweren Jahre

Alle anspornenden Aufrufe, alle großen Worte und alle in die Zukunft weisenden Zielvorgaben rüttelten die Menschen wohl auf, aber die entsetzliche materielle Notlage, unter der die Bevölkerung zu leiden hatte, konnten sie weder mildern noch beseitigen. Sie blieb nicht ohne Auswirkung auf den Schulalltag, da die Kinder unter der schlechten Versorgungslage besonders zu leiden hatten. Nach den schlimmen Hungerwintern von 1945/46 und 1946/47 war so etwas wie normales Leben auch in Massen nur mühsam in Gang gekommen. In den Tagen des ständigen Hungerns und des bitteren Verzichtens suchten die Lehrer zwischen "Vergangenheitsbewältigung" und den harten Forderungen der Gegenwart nach einer Motivation für ihren Unterricht.

Organisatorische Maßnahmen waren zwangsläufig zu erledigen. Altmaterialien wurden nicht mehr gesammelt, aber zur Kartoffelkäferbekämpfung wurden wie in den Kriegsjahren die Schulkinder herangezogen. Im Juni 1947 ging die Weisung dazu vom Bürgermeister an die Schulleiter.

- "In mehreren Gemeinden des Amtes ist der Kartoffelkäfer bereits wieder in Erscheinung getreten. Auf Anordnung des Oberkreisdirektors soll die Aufnahme des Kartoffelkäfersuchdienstes sofort erfolgen. Zum Suchen sind in erster Linie Schulkinder vom 10. Lebensjahre an heranzuziehen. Die Schulkinder haben unter Leitung ihres jeweiligen Klassenlehrers zu suchen. Um die Suchleistung der Kinder in diesem Jahre zu erhöhen, ist eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln angestrebt worden. Das Ergebnis steht noch aus. Ferner wird erwogen, für die 5 besten Suchleistungen in jeder Gemeinde Geldprämien in Höhe von 10,00 RM auszusetzen. Der Mittwoch in jeder Woche gilt im gesamten Kreisgebiet Unna als einheitlicher Suchtag. Der Unterricht fällt an diesem Tag für die Kinder aus, die an der Suchaktion teilnehmen. Als erstmaliger Suchtag wird hiermit der 11. 6. 1947 bestimmt. Gefundene Schädlinge sind sofort durch Verbrennen zu vernichten. Bis zum Donnerstag vormittags jeder Woche bitte ich mir das Ergebnis des Suchdienstes zu melden." 1)

1) Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Massen vom 3. 6. 1947 - alte Aktenbestände der Blücherschule

So zog man also wieder durch die Kartoffelfelder der Massener Gemarkung. Aber was konnte man mit 10 RM schon anfangen, da man für Geld und gute Worte nichts kaufen konnte, auf dem "Schwarzen Markt" für eine einzige Zigarette allein 2 bis 8 RM bezahlen mußte.

An den Massener Schulen traten organisatorische Veränderungen ein. Am 19. Mai 1947 ging Lehrer Emil Höving, "federführender Lehrer" an der Blücherschule, in den Ruhestand. Als sein Nachfolger wurde der Lehrer Fritz Wulff von der Hellwegschule zur Blücherschule versetzt und mit deren Leitung beauftragt. Seine Ernennung zum Hauptlehrer erfolgte dann am 1. 4. 1948. Ebenfalls am 1. 4. 1948 wurde der Lehrer August Holle zum Hauptlehrer ernannt, der am 9. Dezember 1947 mit der kommissarischen Leitung der Kath. Hellwegschule beauftragt worden war.

Mit organisatorischen Fragen beschäftigte sich auch die Schulkommission, die 1947 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Holzapfel im Beisein von Schulrat Humme zweimal tagte. Ihr gehörten Pastor Meier, Vikar Seidel, die Herrn Vogt, Flessenkämper, Eppmann, Palikowski und die Lehrer Holle, Friedrichs und Wente an. Am 20. Februar wurde über die Besetzung von Lehrerstellen, die Einrichtung einer Planstelle für eine ev. Lehrerin und die Wiedereinrichtung bzw. die Wiedereröffnung einer Schule am ehemaligen Schacht III beraten. Zu dem letzten Vorhaben sollte der Bürgermeister versuchen, von der britischen Militärbehörde die ehemalige Schulbaracke freizubekommen.

Die Schaffung weiterer Planstellen stand auch am 28. August auf der Tagesordnung. Der ständige Zustrom von Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien hatte die Schülerzahlen der Massener Schulen stark ansteigen lassen. Für 948 Schulkinder gab es nur 17 Planstellen. So wurde die Errichtung einer weiteren Stelle für einen ev. Lehrer mit Wirkung vom 1. Oktober an beschlossen. Aus der Schulleiterstelle der Hellwegschule wurde eine Rektorenstelle, die der Lehrerin Hedwig Thüner übertragen wurde. Sie war am 27. April 1928 von der Schule am Schacht III zur Hellwegschule versetzt worden. Mit der Überwachung der Schulspeisung sollten die Elternbeiräte beauftragt werden. Mit Bedauern mußte man zur Kenntnis nehmen, daß die Engländer die ehemaligen Schulbaracken für die Wiederöffnung einer Schule am Schacht III nicht freigeben wollten.

Ständig steigende Schülerzahlen auf 214 Kinder führten Ostern 1947 an der kath. Schule in Niedermassen zur Bildung des vierten Klassenverbandes. So wurde das vierte Klassenzimmer, bisher als Volksbücherei benutzt, wieder als Unterrichtsraum eingerichtet. Eine fünfte Klasse mußte Ostern 1949 eingerichtet werden, da sich die Schülerzahl weiter auf 250 Kinder erhöht hatte.

Die Kinder der Heimatvertriebenen und der SBZ-Flüchtlinge, die in Massen ein Obdach gefunden hatten, führten nicht nur zu einem Ansteigen der Schülerzahlen, sondern sie veränderten auch die soziologische Struktur der Massener Schuljugend erheblich. Neben den mehr oder weniger alteingesessenen Familien der Bauern- und Bergarbeiterkindern drückten sie die alten unbequemen Schulbänke. In ihren Augen schimmerte immer noch die Sehnsucht nach der verlassenen Heimat im Osten. Auch Lehrkräfte, die im Osten des Reiches aufgewachsen waren oder dort unterrichtet hatten, wurden den Massener Schulen zugeteilt.

An der kath. Hellwegschule waren es die Oberschlesier Leo Rudo (1. 10. 48 - 1. 6. 57) und Alfred Franetzki (10. 5. 49), dazu die aus Danzig kommende Melitta Ebel (1. 9. 51 - 1. 5. 56).

In die Lehrerinnenstelle der Blücherschule wurde am 1. 9. 1946 die Lehrerin Dora Petzold eingewiesen, die zuletzt in Peterswaldau im Eulengebirge tätig gewesen war. Der aus der Neumark (Ost-Brandenburg) stammende Lehrer Heinz Sydow wurde am 17. 9. 1949 ebenfalls an dieser Schule angestellt. An der Hellwegschule war der aus Schlesien stammende Lehrer Karl Klippel tätig.

Das besondere Anliegen der Schulaufsichtsbehörden in den Jahren des Neubeginns nach 1945 war die "moralische Aufrüstung" der Lehrerschaft, die die deutsche Jugend zum Frieden und zur Demokratie zu erziehen hatte. Man übernahm diesen Auftrag nicht nur auf Befehl der Militärregierung, sondern auch deshalb, weil man nach den bitteren Erfahrungen, die man in den Jahren nach 1933 gemacht hatte, der Tradition der deutschen Reformpädagogik folgend, innerlich dazu bereit war.

Diesem Zwecke dienten neben den Systemkonferenzen der größeren Schulen die Kreislehrerkonferenzen. - Auf der Arbeitstagung des Schulaufsichtskreises Unna am 24. Mai 1946 hielt Schulrat Humme einen Vortrag über das Thema "Erziehung zur Friedensgesinnung". - Die Rektorin Thüner (Hellwegschule Massen) sprach am 14. 2. 1947 auf der Kreislehrerkonferenz über "Erziehung zum geschichtlichen Denken." - Auf der Dienst-

besprechung der Lehrerschaft von Unna und Umgebung am 1. Dezember 1948 referierten Schulrat Humme und Lehrer Kohlmann aus Westick-Kaiserau über "die Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Ideen in der Zeit von 1805 bis zur Schwelle des Revolutionsjahres 1848". Um den Geschichtsunterricht ging es auch in der Konferenz am 2. September 1949. Referenten waren Schulrat Humme und Hauptlehrer Kirchhoff. Sie sprachen über "die Umgestaltung des Geschichtsunterrichtes" und über "unsere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung, Berichte zum Geschichtslehrplan". Auf der Schulleiterbesprechung am 3. Oktober des gleichen Jahres sprach Humme über "geschichtsbildende Kräfte".

Wenn man der Direktive der britischen Besatzungsmacht bzw. der Britischen Militärregierung nach einer Demokratisierung des schulischen Unterrichtes befolgen wollte, mußte man sich zwangsläufig dem Geschichtsunterricht und seinen Inhalten und seiner Zielsetzung zuwenden. Mit der Diskussion darüber nahm man das heißeste Eisen der Vergangenheitsbewältigung auf, denn der Geschichtsunterricht hatte in der nationalsozialistischen Schule nicht nur eine zentrale Stellung eingenommen, sondern der Österreicher Adolf Hitler begründete die Ziele seiner Machtpolitik stets aus der deutschen, besonders aber der preußischen Geschichte, die dabei bedenkenlos glorifiziert wurde.

Bei den Bemühungen, den Geschichtsunterricht vom nationalsozialistischen Ballast zu befreien, von Glorifizierungen und Legendenbildungen, blieben auch Fehlinterpretationen nicht aus, da man nun versuchte, mit einer Linie von Friedrich, dem Einzigen über den "Eisernen Kanzler" bis zum "Führer" die Zwangsläufigkeit der deutschen Geschichte hin zum Nationalsozialismus zu beweisen. Man mißachtete dabei völlig die Forderung Rankes, 2) Geschichte so darzustellen, "wie es eigentlich gewesen ist" und übersah dabei auch seine Erkenntnis, daß "jede Epoche unmittelbar zu Gott ist", also nur aus dem Geschehen und den Ereignissen der jeweiligen Zeit zu verstehen ist. In den Konferenzen der fünfziger Jahre wurden dann in den Konferenzen andere Schwerpunkte gesetzt und andere, akute Probleme behandelt.

2) Leopold von Ranke (1795-1886) begründete die moderne Geschichtsschreibung. Zu seinen bedeutendsten Werken gehören u. a. die "Zwölf Bücher der preußischen Geschichte" und die unvollendet gebliebene "Weltgeschichte"

Neben ihrem wichtigen pädagogisch-politischen Auftrag hatten die Schulen in jenen schlimmen Jahren unmittelbar nach Kriegsende eine zweite fast noch wichtigere Aufgabe zu erfüllen. Bei ihrer Wiederöffnung im September wurde es vor aller Welt deutlich, wie unsagbar miserabel es um die Gesundheit der deutschen Kinder bestellt war. Der mangelhafte Gesundheitszustand war nicht nur eine Folge entbehrungsreicher Kriegsjahre, sondern war auch das direkte Ergebnis der unzureichenden gegenwärtigen Versorgung der Bevölkerung, unter der besonders die Kinder zu leiden hatten. Man mußte handeln, um drohendes Unheil zu verhindern. Im übrigen war ein hungernder Schüler auch ein schlechter Schüler. So kam es auf Anordnung der Britischen Militärregierung zu einer zusätzlichen Lebensmittelversorgung der Kinder in den Schulen, zunächst mit dem "Schultrunk." Die Vorbereitungen dafür liefen kurz vor dem Ende des Jahres 1945 an. Den Ernährungsämtern ging die nachfolgende Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 29. November 1945 zu:

"Betr.: Schulspeisung.

1. Mit Zustimmung der Britischen Militär-Regierung sollen in Kürze Schulspeisungen für die Kinder von 6 - 10 Jahren in den Volksschulen eingerichtet werden. Die Kinder sollen täglich einen Becher (1/8 l) eines hochwertigen Schultrunkes erhalten. Zu diesem Zweck sind den Schulen je Teilnehmberechtigten und je Tag 1/8 l entrahmte Frischmilch zur Verfügung zu stellen. An zwei Tagen der Woche wird Trinkschokolade zugesetzt, an den übrigen vier Tagen eine Nährspeise. Beide Erzeugnisse sind ohne weitere Zusätze verwendbar. An Trinkschokolade sind 2,5 g (1 Teelöffel) und an Nährspeise 12,5 g zuzusetzen.

2. Die Organisation der Schulspeisung ist den örtlichen Verwaltungen überlassen, die nach Bedarf die Träger der freien Wohlfahrtspflege hinzuziehen werden. Auch die Finanzierung muß von den gleichen Stellen geregelt werden. Ich habe vorgeschlagen, möglichst einen Gesamtpreis von 5 Rpf. für den Becher nicht zu überschreiten, weil die Beschaffungskosten für die entrahmte Milch 2 Rpf. und für die Zusatzerzeugnisse 1,5 - 2 Rpf. ausmachen.

3. Die Schulen stellen bei den Ernährungsämtern

..

Anträge auf Zuteilung von 3 l entrahmte Frischmilch, 20 g Trinkschokolade und 200 g Nährspeise je Teilnahmeberechtigten für eine Zuteilungsperiode.

Die Schulen haben die Ausgabe des Schultranks nachzuweisen.

Da sowohl entrahmte Frischmilch als auch Trinkschokolade und Nährspeise sparsam eingesetzt werden müssen, ist bei Schulen auf dem Lande zu prüfen, ob nicht überhaupt von der Schulspeisung abzusehen ist; andernfalls ist die Schulspeisung in diesen ländlichen Gemeinden auf die Bedürftigen (also nicht die Kinder der Selbstversorger) zu beschränken." 3)

Aufgrund der vorstehenden Anordnung, die den Massener Schulleitern Anfang Dezember zugeing, mußten diese im Einvernehmen mit ihrem Bürgermeister über folgende Punkte berichten:

- "1) Wie und wo der Schultrank bzw. die Nährspeise zubereitet werden kann.

2) Welche geeignete Person die Zubereitung übernehmen kann und will. Vergütung wird von hier geregelt.

3) Die Zahl der bedürftigen Kinder, d. h. Schülerzahl ohne Kinder der Selbstversorger.

4) Über die erforderlichen Mengen an entrahmter Frischmilch, Trinkschokolade und Nährspeise auf Grund der nach Ziffer 3 ermittelten Kopfzahl. An Hand der gemeldeten Mengen werden die Bezugsscheine von hier aus beantragt. Als Preis sollen pro Becher 5 Rpf. erhoben werden. - " 4)

Ob die Schulspeisung in Massen noch vor Weihnachten 1945 in Gang kam, ist nicht festzustellen, da in keiner Schulchronik darüber berichtet wird. Im Januar 1946 wurden die Bestimmungen für die Durchführung der Schulspeisung geändert.

- "Die Schulspeisungen in dem britisch besetzten Gebiet werden auf eine neue Grundlage gestellt. Alle Schulkinder von 6 - 14 Jahren erhielten täglich eine markenfreie Mahlzeit, die einen Wert von ungefähr 300 Kalo-

3) Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Ernährungsamt Abt. B vom 29. Nov. 1945

4) Amtsbürgermeister des Amtes Unna-Kamen, Schulamt, Aktenzeichen: 200/03 vom 6. Dezember 1945, alter Aktenbestand der Blücherschule Obermassen

rien besitzt. Die zur Herstellung der Speisen verwendeten Lebensmittel werden von der Militärregierung aus Einfuhren zur Verfügung gestellt.

An vier Wochentagen wird die Mahlzeit A verabreicht.

Sie besteht aus:

30 g zerkleinerten Biskuits,

40 g Hülsenfrüchte,

10 g Fett,

10 g Fleischextrakt oder Fleischwürze,

5 g Salz.

An zwei Wochentagen wird die Mahlzeit B verabreicht; sie besteht aus:

50 g zerkleinerten Biskuits oder Haferflocken (Semolina),

15 g Zucker,

20 g Trockenmilch (E-Milch).

Die Schulkinder von 12 bis 14 Jahren erhalten außerdem täglich einen markenfreien Zusatz von 80 g Brot oder Biskuits; dadurch wird der Kalorienwert jeder Mahlzeit für diese Altersstufe auf rund 490 Kalorien gesteigert.

Die Verantwortung für die alsbaldige Durchführung und Überwachung dieser Schulspeisungen liegt in erster Linie bei den Schulbehörden; sie haben die technischen Voraussetzungen für die schmackhafte Zubereitung und für die Ausgaben der Speisen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die zugeteilten Lebensmittel restlos nach den vorstehenden Bestimmungen an die Schulkinder ausgegeben werden. Die Mahlzeiten der Schulspeisungen dürfen nur in der Schule an die Kinder verabreicht und nicht mit nach Hause genommen werden. Die Preise für die Schulspeisungen werden bei der Mahlzeit A 0,10 RM und B 0,07 RM betragen.

Die Schulbehörde meldet dem Ernährungsamt Abt. B wöchentlich die Verpflegungsstärke der in den einzelnen Schulen an der Schulspeisung teilnehmenden Kinder, unter besonderer Angabe der 12 bis 14jährigen.Jede Schule darf jeweils nur die ihr für eine Woche zustehende Menge an Lebensmitteln beziehen.

Jede mißbräuchliche Verwendung und jedes Vorenthalten müssen ausgeschlossen werden"5)

Die Schulleiter hatten nun wiederum im Einvernehmen mit dem Bürgermeister über die Zubereitung und Ausgabe der Mahlzeiten zu berichten und die Zahl der Schulkinder von 6 bis 14 Jahren zu melden.

5) Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Landesernährungsamt vom 23. 1. 1946

In den schlimmen Jahren nach 1945 wurde die Schulspeisung zu einem wichtigen Augenblick an jedem Schultag, sie half mit, den Hunger zu besiegen. Da sie der Not der Zeit entsprach, unbedingt lebensnotwendig war, wurde sie als so alltäglich empfunden, daß sie in den Chroniken der Massener Schulen - mit Ausnahme der der Blücherschule - keine Erwähnung fand. Sie gehörte einfach zum Schulalltag, ersparte den Eltern die Sorge um das Pausenbrot, und es gehörte dazu, daß die Kinder einen Emaillebecher oder einen Kochgeschirrdeckel mit in die Schule nahmen und sich wohl besonders auf die Schokolade oder auf das Brötchen mit Kakao freuten. - Wie bereits erwähnt, nur in der Chronik der Blücherschule finden wir für das Schuljahr 1947/48 einen Hinweis auf die Durchführung der Schulspeisung.

Vom Jugendamt des Amtes Unna-Kamen erhielten die einzelnen Schulen für jede sogenannte "Zuteilungsperiode" einen Lieferschein über die ihr zustehenden Mengen - "Fertigwaren und Rohstoffe" - die von der Firma Wilhelm Hagen in Unna angeliefert wurden. Der Lieferschein war auch gleichzeitig der Speiseplan für die Zuteilungsperiode. So gab es z.B. im November 1949: an 4 Tagen Brötchen mit Brühe, an 2 Tagen Kakao mit Brötchen, an 3 Tagen Brühnudeln, an 2 Tagen Grießbrei mit Vanillenzucker, an 2 Tagen Haferflockenbrei mit Marmelade, an 1 Tag Schokoladensuppe, an 2 Tagen Vanillesuppe, an 2 Tagen Schokolade, an 1 Tag Süßstange. - 6) Bis zum 2. jeden Monats mußte der Schulleiter die Stundenzahl der bei der Zubereitung der Schulspeisung beschäftigten Kochfrauen melden, bis zum 20. die Teilnehmerzahl.

Die Schulspeisung wurde bis zum Juni 1950 durchgeführt und dann in der bisher üblichen Form eingestellt, da sich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln weitgehend gebessert hatte. Die Lebensmittelrationierung wurde am 1. März 1950 aufgehoben. Nur für bedürftige Kinder wurde die Schulspeisung fortgesetzt. Dazu der Erlaß des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen:

- "Mit der Einstellung der Hoover-Speisung am 30. 6. 1950 sind die Kosten für eine Schulkinderspeisung völlig aus deutschen Mitteln zu bestreiten. Um diese wertvolle Maßnahme der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge weiter zu ermöglichen, hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, dafür Mittel aus der Kriegsfolgenhilfe zur Verfügung zu stellen. Bis

6) Amt Unna-Kamen, Jugendamt, Schulspeisung 132. Z. P. vom 1. 11. bis 30. 11. 1949 - Alte Aktenbestände der Blücherschule.

zur endgültigen Regelung erhalten als Übergangsmaßnahme eine Schulspeisung 20% der Kinder, die bisher an ihr teilgenommen haben. Diese Maßnahme ist ausschließlich für Kinder bestimmt, die hilfsbedürftig im Sinne des Fürsorgerechts sind, zum Personenkreis der Kriegsfolgehilfe gehören und bei denen die Notwendigkeit aus gesundheitlichen Gründen ärztlich anerkannt wird.

Inzwischen bitte ich, durch Untersuchung bzw. Musterung der Kinder und Überprüfung der sozialen Verhältnisse im Rahmen der Schulgesundheitsfürsorge den tatsächlichen Prozentsatz der Kinder feststellen zu lassen, die danach für die kostenlose Gewährung der Schulspeisung infrage kommen. Für die ärztliche Auswahl sind die Kinder in folgende drei Gruppen einzuteilen:

I. Kinder in gutem Ernährungs- und Kräftezustand Für diese Gruppe kommt die Kostenübernahme nicht in Betracht.

II. Berücksichtigt werden sollten in erster Linie Schüler und Schülerinnen mit nicht ausreichendem Ernährungs- und Kräftezustand, ferner Kinder und Jugendliche, deren Gesundheitszustand durch ungünstige häusliche Verhältnisse, insbesondere Infektionsgefährdung bedroht sind.

III. Zur dritten Gruppe gehören die offensichtlich unterernährten Kinder, durch Krankheit geschwächte und besonders anfällige, sowie solche von Spätrachitis und Tbc befallene Kinder mit Merkmalen der Aktivierung. Der Gesundheitszustand dieser Kinder ist zunächst durch geeignete Kuren zu bessern. Erst im Anschluß daran ist die Förderung des Gesundheitszustandes für diese Gruppe durch die Schulspeisung erfolversprechend.

Bis zum 1. 11. des Js. bitte ich, mir die Anzahl von Kindern der Gruppen II und III aus schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen.Es wird Wert darauf gelegt, daß die Aktion im engen Einvernehmen mit den Kreisschulräten durchgeführt wird. Die Federführung liegt beim Kultusministerium." 7)

Am 17. Oktober 1950 ging der Erlaß z.B. bei der Blücherschule in Obermassen ein. Da das Kreisgesundheitsamt in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit bis zum 1. 11. die notwendigen Untersuchungen der infrage kommenden Kinder nicht durchführen konnte, hatte deren Auswahl zunächst durch die Klassenlehrer

7) Der Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, II S/4 34/6 vom 21. Sept. 1950 - Alte Aktenbestände der Blücherschule.

erfolgen, Dazu erhielten die Schulleiter folgende Anweisung vom Schulamt beim Amt Unna-Kamen:

- "Ich bitte, die in Betracht kommenden Kinder bis zum 25. ds. Monats nach hier mitzuteilen, und zwar unter Angabe der Personalien, damit von hier überprüft werden kann, ob sie zum Kreis der Begünstigten gehören. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß nach dem Erlaß die Schulspeisung ausschließlich für Kinder bestimmt ist, die hilfsbedürftig im Sinne des Fürsorgerechts sind und zum Personenkreis der Kriegsfolgehilfe gehören.

Da Ihnen im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse bekannt sind, empfehle ich, die gesundheitlich gefährdeten Kinder, die nicht zu dem begünstigten Personenkreis gehören, soweit möglich, bei der Aufstellung sofort von dort auszuschneiden.

Wie im einzelnen die Durchführung gedacht ist, ist auch hier nicht bekannt. Leider ist entgegen der von hier gemachten Vorschläge daran festgehalten worden, daß die Speisen an den Schulen besonders zubereitet werden müssen, so daß die Durchführung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt." 8)

Ob es nun dabei an den Massener Schulen zu den befürchteten Schwierigkeiten bei der Schulspeisung kam, ist unbekannt. Es ist auch nicht festzustellen, wann sie endgültig eingestellt wurde.

Jedenfalls erhielt nach noch vorliegenden Lieferscheinen die Blücherschule im Frühjahr 1951 noch Lebensmittel zur kostenlosen Ausgabe an die von ihr gemeldeten bedürftigen Kinder.

Im Februar waren es: Trockenobst, Zucker, Kakaomischpulver, Teigwaren, Reis, Zwieback und Trockenmilch; im April waren es: Tomatenmark, Kakaomischpulver, Suppenwürze, Fleischkonserven, Reis und Zwieback bzw. Kekse. Die Lieferscheine enthalten folgenden Zusatz:

- "Ich bitte, diese Lebensmittel in rohem Zustande nur an die Kinder, die in Ihrer Nachweisung aufgeführt sind, auszugeben." 9)

Demnach wurden die Mahlzeiten nicht mehr an den Schulen zubereitet.

8) Amt Unna-Kamen, Schulamt, Aktz.: 200/03 vom 23. Oktober 1950, Alte Aktenbestände der Blücherschule.

9) Amt Unna-Kamen, Jugendamt, Aktz.: 464/03, Lieferscheine vom 17. 1. und 19. 3. 1951, alte Aktenbestände der Blücherschule.

XX

Nach 1948

Der Wille zum Leben war stärker als alle Not der Zeit. Die Bevölkerung konnte den erbitterten Kampf um das Überleben zu ihren Gunsten wenden, und das Land versank nicht in Chaos und Elend. Unter den positiven Auswirkungen der Währungsreform normalisierte sich das Leben wieder. Nach Überwindung der Ernährungskrise, die im Winter 1948 ihren Höhepunkt erreicht hatte, besserte sich auch die Versorgungslage. Das alles wirkte sich auch positiv auf die schulische Entwicklung aus.

Abgesehen von ihrem spleenig-überheblichen Vorhaben, die Deutschen zum demokratischen Denken und Handeln erziehen zu wollen und von ihrer überspannten Forderung nach Demokratisierung des Unterrichtes, ließ die Britische Militärregierung den Ländern in ihrer Besatzungszone freie Hand bei der Neugestaltung des Unterrichtswesens. Auch nach Bildung der Bundesrepublik würde die Kulturhoheit weiterhin von den Ländern ausgeübt, die im Bundesgesetz vom 13.5. 1949 den Ländern zugewiesen wurde. Im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Entwicklung des Schulwesens festgeschrieben.

Im Grundgesetz wird im Artikel 7 das Schulwesen geregelt, das Elternrecht, die Schulaufsicht des Staates, der Religionsunterricht und die Errichtung von Privatschulen. Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen enthält im 3. Abschnitt - Schule, Kunst und Wissenschaft, Religion und Religionsgemeinschaften - alle notwendigen Bestimmungen für Erziehung und Unterricht.

- "Artikel 7 des GG (Schulwesen)

(1) Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.

(2) Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und der Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.

Verfassung für das Land Nordrhein - Westfalen, Artikel 8

(1) Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung.

Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung

ihrer Kinder zu bestimmen bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. ..

(2) Es besteht allgemeine Schulpflicht, ihrer Erfüllung dienen grundsätzlich die Volksschule und die Berufsschule.

(3) Land und Gemeinden haben die Pflicht, Schulen zu errichten und zu fördern. Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Landes. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachlich vorgebildete Beamte ausgeübt.

Artikel 9

(1) Der Unterricht in den Volks- und Berufsschulen ist unentgeltlich

Artikel 10

(1) Das Schulwesen des Landes baut sich auf einer für alle Kinder verbindlichen Grundschule auf, die Teil der Volksschule ist.

(2) Die Erziehungsberechtigten wirken durch Elternvertretungen an der Gestaltung des Schulwesens mit.

Artikel 12

(1) Die Volksschule umfaßt die Grundschule als Unterstufe des Schulwesens und die Hauptschule als weiterführende Schule.

(3) Grundschulen sind Gemeinschaftsschulen, Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen. ...

(4) Hauptschulen sind von Amts wegen als Gemeinschaftsschulen zu errichten. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten sind Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen zu errichten, soweit ein geordneter Schulbetrieb bei der beantragten Hauptschule und der Besuch einer Gemeinschaftsschule in zumutbarer Weise gewährleistet sind.

(6) In der Gemeinschaftsschule werden Kinder auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und erzogen.

In Bekenntnisschulen werden Kinder des katholischen oder des evangelischen Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses unterrichtet und erzogen.

In Weltanschauungsschulen, zu denen auch die bekenntnisfreien Schulen gehören, werden die Kinder nach den Grundsätzen der betreffenden Weltanschauung unterrichtet und erzogen.

Artikel 13

Wegen des religiösen Bekenntnisses darf im Einzelfalle keinem Kinde die Aufnahme in eine öffentliche Schule verweigert werden, falls keine entsprechende Schule vorhanden ist.

Artikel 14

(1) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Schulen, mit Ausnahme der Weltanschauungsschulen (bekenntnisfreien Schulen). Für die religiöse Unterweisung bedarf der Lehrer der Bevollmächtigung durch die Kirche oder durch die Religionsgemeinschaft. Kein Lehrer darf gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(3) Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes haben die Kirchen oder die Religionsgemeinschaften das Recht, nach einem mit der Unterrichtsverwaltung vereinbarten Verfahren sich durch Einsichtnahme zu vergewissern, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit ihren Lehren und Anforderungen erteilt wird.

(4) Die Befreiung vom Religionsunterricht ist abhängig von einer schriftlichen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten oder des religionsmündigen Schülers." 2)

So weit so gut. Die Landesverfassung wurde am 6. Juni 1950 vom Landtag beschlossen und am 18. Juni durch Volksentscheid mehrheitlich bestätigt. Wegen seiner religiösen Prägung bzw. Grundhaltung war es besonders in der Lehrerschaft nicht unumstritten. - Das Massener Schulwesen war in seiner Organisation durchaus verfassungsgerecht.

Man wußte nun, auf welches Ziel zu sich das Schulwesen im Lande entwickeln sollte und auch voraussichtlich würde. Das Ende der alten Volksschule kündete sich bereits an. Für ihre Ablösung durch organisatorisch selbständige Grund- und Hauptschulen waren in der Verfassung die Grundlagen schon gelegt. - In den Lehrerkonferenzen wurden andere Themen behandelt. Vorträge, die der Vergangenheitsbewältigung dienten, verschwanden von den Tagesordnungen. Man wandte sich pädagogischen und psychologischen Problemen zu.

Auf der Kreislehrerkonferenz am 8. September 1950 referierte OR Asshauer von der Bezirksregierung Arnsberg über "die Arbeit in Stadt- und Landschulen im Regierungsbezirk Arnsberg, pädagogische Erfahrungen" und Lehrer Kapp über "der Lehrer und

1) Religionsmündig werden Kinder mit Vollendung ihres 14. Lebensjahres.

2) Nordrhein-Westfalen, Kleine Verfassungs- und Landeskunde, Düsseldorf 1971

Jugendschriften". Am 3. Februar 1951 sprach Prof. Dr. Wilhelm Hansen über "die Bedeutung der neueren psychologischen Forschungsergebnisse für den Unterricht in der Volksschule" und am 31. Mai auf einer Dienstbesprechung Rektor Dr. Harde aus Holzwickede über "aktuelle Fragen der Psychologie". Die Ganztagskonferenz der Gesamtlehrerschaft im Schulaufsichtskreis Unna am 23. Oktober beschäftigte sich mit der Musik- und Verkehrserziehung. Auch 1952 ging es auf den Konferenzen um pädagogische Probleme; am 3. März sprach Schulrat Dohrmann über "ganzheitlichen Leseunterricht" und auf einer Ganztagsstagung der GEW Kamen-Unna am 5. November Herr Bünger über "Ganzheit, Arbeitsmittel, Gruppenunterricht, Erziehung", Rektor Lehnmacher über "die psychologische Grundlegung und pädagogische Gestaltung".

In den Mittelpunkt der Diskussionen rückten die Probleme des kindgemäßen Unterrichtes in den Formen der Gruppenarbeit und des Gesamtunterrichtes. Für den schulischen Alltag bekamen die Lehrkräfte wieder eine pädagogische Grundlage und Ausrichtung. Gegenüber dem Erziehungsauftrag des Staates bekam das Elternrecht seinen unbestrittenen Vorrang zurück:

- "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen." 4)

Auch die Verfassung von Nordrhein-Westfalen garantierte den Eltern den Rechtsanspruch auf die Erziehung ihrer Kinder. Dieses sogenannte "Elternrecht" legt den Eltern aber auch die Pflicht auf, bei den staatlichen Maßnahmen der Jugendernziehung mitzuwirken.

Die von den Nationalsozialisten aufgelösten Elternbeiräte, die in der Weimarer Zeit entstanden waren, wurden neu gebildet. Aus ihnen entstanden dann in Nordrhein-Westfalen 1952 die Klassen- und Schulpflegschaften. Diese sollten das Interesse der Eltern am schulischen Geschehen stärken und die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Eltern und Lehrern stärken.

Auf Klassenelternabenden werden die Sprecher der Klassenelternschaft gewählt, die aus ihren Reihen dann die Vertreter bzw.

3) Chronik der Blücherschule Obermassen

4) Grundgesetz, Artikel 6,2 und 6,3

Sprecher ihrer Schule - der Schulpflegschaft - wählen.

Dazu berichtet die Chronik der Blücherschule, daß nach einem Erlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen die Schulpflegschaften bis zum Ende des Jahres 1952 gebildet werden mußten. So wurde zu Klassenelternabenden zum 4. Dezember eingeladen, die alle nicht beschlußfähig waren, da die Zahl der teilnehmenden Eltern unter 50% lag. Daher mußten für den nächsten Tag, also den 5. 12. - neue Versammlungen anberaumt werden, die ohne Berücksichtigung der Zahl der teilnehmenden Eltern als beschlußfähig galten. An diesem Abend konnten dann die Vorsitzenden der Klassenelternschaften und ihrer Stellvertreter gewählt werden. Diese kamen dann am 17. Dezember zusammen, um aus ihren Reihen den Vorstand bzw. die Sprecher der Schulpflegschaft zu wählen:

1. Vorsitzender wurde der Verwaltungsangestellte Walter Schäfer genannt Franke, Karlstraße 63, 2. Vorsitzender Frau Emmi Stoltefuß, Kirchstraße 5, und Schriftführer der Verwaltungsangestellte Karl Krause, Kirchstraße 23. Als Vertreter des Lehrerkollegiums der Schule gehörte Frau Dora Petzold diesem Gremium an. Unter dem Datum vom 4. Dezember 1952 berichtet die Kath. Hellwegschule in Niedermassen von der Bildung der Klassenpflegschaften. Zum Vorsitzenden der Schulpflegschaft wurde Herr Jos. Witassek gewählt, eine Frau Schmidt wurde Schriftführerin. - Von nun an erfolgten zu Beginn eines jeden Schuljahres an den Massener Schulen die Wahlen der verantwortlichen Eltern für die Klassen- und Schulpflegschaften. - Über Jahre hinweg werden in den Schulchroniken immer wieder die Namen der gleichen Eltern genannt, die sich als Mitglieder der Schulpflegschaften für ihre Schulen tatkräftig einsetzen.

XXI

Nur eine Schule für die Flüchtlingskinder

Als am 21. November 1952 der neugewählte Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, nannte der wiedergewählte Bürgermeister Otto Holzapfel den Gemeindevertretern die dringendsten Aufgaben, die sie zu lösen hatten. Dazu gehörte auch die anstehende Neuordnung des Schulwesens. Aus der alten Bergarbeitergemeinde war längst eine Schlaf- und Wohngemeinde geworden, eine durch Zuzug bzw. Zuweisung von Evakuierten, Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus dem Osten eine völlig übervölkerte Notstandsgemeinde. Das spürte man besonders in den Massener Schulen. Hier mußten in überfüllten Klassenräumen die Lehrkräfte in der Regel 40 bis 50 Jungen und Mädchen unterrichten.

Die äußerst schwierigen Verhältnisse, in der sich die Gemeinde ohnehin befand, waren noch dadurch verschärft worden, daß das Hauptdurchgangslager des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. bis 3. Dezember 1951 aus den Kasernen auf dem Wellersberg in Siegen nach Massen verlegt worden war. Von der Landesregierung war aus zweierlei Gründen die Gemeinde als neuer Standort ausersehen worden. Ausschlaggebend war seine Lage in der Mitte des Landes in unmittelbarer Nähe zum Revier mit seinen vielen Arbeitsplätzen. Zum anderen stand gegenüber der Buderuskolonie zur Errichtung des Lagers Gelände zur Verfügung, das dem Fiskus gehörte.

Als Ende 1950 dieser Plan der Landesregierung in Massen bekannt wurde, wehrte sich die Gemeinde erbittert, aber schließlich doch vergeblich gegen seine Durchführung, und nahm am 30. Mai 1951 ihren Einspruch gegen die Errichtung des Lagers zurück. In langen und zähen Verhandlungen hatte sie erreicht, daß kein "Elendslager" mit Unterkünften aus Leichtbauplatten und ohne Kellerräume erstellt, sondern feste Häuser gebaut wurden, die auch zu Wohnzwecken genutzt werden konnten. Mit der Belegung des Lagers in Dezember 1951 wurde die Frage nach der schulischen Betreuung der "Lagerkinder" akut, da diese von den Massener Schulen nicht aufgenommen werden konnten. Als die Massener Gemeindevertreter von der Absicht erfuhren, gegenüber der Buderuskolonie ein Flüchtlingslager

mit 1500 Plätzen zu errichten, forderten sie den Bau einer achtklassigen Volksschule an der Buderusstraße für die Kinder aus der Kolonie und dem Durchgangslager. Sie wollten die Gelegenheit nutzen, um für die ehemaligen "Kolonieschulen", die in der Nazizeit aufgelöst worden waren, ein zeitgemäßes Schulgebäude zu erhalten. Eine achtklassige Volksschule, wie sie von den Gemeindevertretern im November 1950 gefordert wurde, treibende Kräfte waren Andreas Eberlein und August Beiermann, die die Interessen der Buderuskolonie im Rat vertraten, hätte alle anstehenden schulischen Probleme in idealer Weise gelöst:

- Einheimische Kinder aus der Buderuskolonie - im Volksmund Korsika genannt - und Flüchtlingskinder aus dem "Lager" hätten in reinen Jahrgangsklassen gemeinsam unterrichtet werden können. Die einen hätten die Not der deutschen Teilung "hautnah - live" erfahren können, die anderen hätten demokratische Schule unmittelbar nach ihrer Ankunft erleben können. Mit der geforderten Integration der "Kinder von drüben" hätte man schon in Massen beginnen können.

- Die Raumprobleme in der Hellwegschule hätten gelöst werden können und in der Lagerschule wären zunächst keine aufgetreten.

Die Forderung der Gemeinde - die einzigartige pädagogische Lösung - blieb unerfüllt, weil sie nicht in die Pläne der Behörden paßte, die die Zeichen der Zeit nicht zu deuten vermochten:

- Man hoffte noch auf eine baldige Beendigung der deutschen Teilung und damit auf eine baldige Beendigung der unseligen Fluchtbewegung.

- Man verkannte die wahren Ursachen dieser Fluchtbewegung und übersah, daß die sogenannte "Abstimmung mit den Füßen" nicht nur eine Absage an die sowjetisch-stalinistische Herrschaft über Mitteldeutschland war.

- Man erkannte zwar die ideologischen Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West, schätzte aber die weltweiten Ausmaße des sich daraus entwickelnden Kalten Krieges und seine zeitliche Dauer falsch ein. In der noch herrschenden Not jener Tage konnte man in Jahren 1950 - 52 nur von heute auf morgen denken und alles, was in Massen gegenüber der Buderuskolonie geschah, war damals auf eine trügerische Hoffnung gegründet und trug die Merkmale eines Provisoriums:

- das Lager, aus 52 Häusern bestehend, die nach den Richtlinien

des sozialen Wohnungsbaues errichtet worden waren, war für eine spätere Verwendung als Wohnsiedlung geplant worden, hatte keine spezifischen, für den augenblicklichen Zweck geeignete Verwaltungs- und Betreuungsräume.

- Die Schule war ein zweiklassiger Bau, nur mit dem notwendigsten Mobiliar ausgestattet und besaß keine Lehr- und Lernmittel. Dennoch machte alles in jenen Tagen des Neuanfangs einen ungewohnten, imposanten Eindruck.

Von der Gemeinde wurde hart um den Bau des von ihr geforderten achtklassigen Schulgebäudes verhandelt. Im April 1961 erhielt sie bei einer Besprechung in Unna von Vertretern des Oberfinanzpräsidiums die Zusage für den Bau einer vierklassigen Schule mit Erweiterungsmöglichkeiten auf einem gemeindeeigenen Grundstück. Da wegen Verteuerung der Baukosten bereits im September 1951 die Mittel für die Errichtung des Lagers überzogen waren, kam es nicht zur Durchführung dieses Vorschlages. Auf dem Gelände des Lagers wurde nur eine zweiklassige Schule errichtet, die ausschließlich für die Kinder der Flüchtlinge bestimmt war.

Als am 12. Mai 1952 auf Drängen der Lagerleitung hier der Unterricht aufgenommen wurde, gab es noch keinen Träger für die Schule. Von Vertretern der Gemeinde und der zuständigen Schulbehörden war diese Frage am 7.4. 1952 erörtert worden. Die Vertreter der Gemeinde zeigten wenig Bereitschaft, die Schule in ihren Schulverband aufzunehmen, da man alle ihre Forderungen nach dem Bau eines angemessenen Schulgebäudes abgelehnt hatte, zum anderen konnte die Trägerschaft auch nicht vom Land übernommen werden, da nach den geltenden Gesetzen die Gemeinden dafür zuständig waren. In dieser schwierigen Situation schlug Regierungsdirektor G. aus Arnsberg vor, die Schule auf privater Grundlage zu errichten und als Schulträger einen der caritativen Verbände zu gewinnen. Aus seinen langjährigen Erfahrungen heraus, erkannte der zuständige Schulrat Humme sofort, daß sich aus einer privaten, eventuell einer kirchlichen Trägerschaft, für die Schule erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden. Er konnte den Bürgermeister Holzapfel dazu bewegen, seinen Widerstand gegen die Übernahme der Schulträgerschaft aufzugeben. Holzapfel erklärte, daß vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertretung die Gemeinde bereit sei, die Lagerschule in den Schulverband

Massen aufzunehmen, wenn

- die Kosten, die der Gemeinde durch die Lehrerbesoldung entstehen, durch Ergänzungszuschüsse seitens der Regierung erstattet werden,
- die Kosten für Lehr- und Lernmittel der Lagerschule ebenfalls der Gemeinde zurückerstattet werden,
- für die Gemeinde an der jetzigen Lagerschule Klassenräume angebaut und der Gemeinde zur Benutzung übergeben würden, damit die Kinder aus der Buderuskolonie dort eingeschult werden könnten.
- Für den Fall, daß der gewünschte Anbau genehmigt würde, habe die Gemeinde ein Viertel der Bausumme (ca. 30000 DM) zu übernehmen.

Über diesen Vorschlag ihres Bürgermeisters hatte die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 28. 5. [?] 1952 zu beraten. Schulrat Humme, der an der Sitzung ebenfalls teilnahm, eröffnete den Teilnehmern, daß die Schule bereits eröffnet sei. Nach eingehender und wohl auch erregter Debatte wurde beschlossen, die Flüchtlingslagerschule in den Schulverband Massen aufzunehmen, wenn das Kultusministerium die Vorschläge des Bürgermeisters angenommen habe. Da dies nicht geschah, blieb die Frage der Schulträgerschaft weiterhin offen.

Erst ein Jahr später fiel die Entscheidung. In der Gemeinderatssitzung, an der auch Amtsbürgermeister Reckermann teilnahm, der sich engagiert für die Aufnahme der Schule in den Schulverband Massen einsetzte, wurde nach lebhafter Debatte bei zwei Stimmenthaltungen der folgende Beschluß gefaßt:

„Nach nochmaliger eingehender Beratung wird unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Regierung mit Verfügungen zugesichert hat, die gesamten persönlichen und sächlichen Kosten durch Ergänzungszuschüsse abzudecken, beschlossen, die Lagerschule des Flüchtlingslagers Massen ab 1. April 1953 in den Schulverband Massen aufzunehmen und die erforderlichen Planstellen, soweit noch nicht geschehen einzurichten. Die Gemeinde Massen fühlt sich nur so lange an diesen Beschluß gebunden, als die Regierung Personal- und Sachkosten für die Lagerschule übernimmt und in absehbarer Zeit der Gemeinde die Genehmigung zum Anbau von mindestens zwei Klassen für die Kinder der Buderuskolonie erteilt wird." 1)

1) Protokoll der Gemeinderatssitzung

Sydow: "Im pädagogischen Sonderauftrag" in "Helfen und dienen", Unna 1981, S. 56

Unter äußerst schweren Bedingungen mußten die beiden zur Lagerschule versetzten bzw. abgeordneten Lehrkräfte ihren aufreibenden Dienst an der "Flüchtlingslagerschule" beginnen. Mit der Leitung war der Lehrer Heinz Sydow als "federführender Lehrer" beauftragt worden, aus Kamen war die Lehrerin Marfording gekommen. Der Aufnahme des Unterrichtes gingen intensive Gespräche mit dem zuständigen Schulrat Humme voraus, um die Aufgaben einer ungewöhnlichen Schule festzustellen. Nach folgenden Richtlinien sollte verfahren werden:

- die erzieherischen Aufgaben sollten absoluten Vorrang haben,
- die Kinder, die aus einer völlig anderen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und schulischen Umwelt kommen, müssen nach der Unruhe der Flucht zu sich selbst finden und für den Übergang in demokratischen Unterrichtsformen vorbereitet werden.
- Der ständige Schülerwechsel wird den üblichen an einen festen Lehrplan gebundenen Unterricht nicht zulassen.

Der Unterricht wurde in zwei Klassenverbänden, Kl. I = 1. bis 4. Schuljahr (Lehrerin Marfording) und Kl. II 5. bis 8. Schuljahr (Lehrer Sydow) aufgenommen. Zum Unterricht waren insgesamt 106 Mädchen und Jungen angemeldet worden, davon waren 36 Kinder mit ihren Eltern von der Lagerleitung beurlaubt worden.

- Unter katastrophalen Verhältnissen mußten die beiden Lehrkräfte ihre pädagogische Arbeit beginnen. Zwar waren die beiden Klassenräumen mit modernen Schulmöbeln, Zweiertischen und Drehstühlen (!), ausgestattet worden, aber sonst fehlte vom Tafellappen, dem Schwamm und der Kreide alles, was für einen Unterricht nötig war. In den Klassen standen leere Schränke, und die Regale in dem kleinen Lehrmittelzimmer waren leer. Die Schüler selbst besaßen keine eigenen Lernmittel. Von der Verwaltung des Lagers wurde eine geringe Anzahl von Lese-, Sprach-, Rechen- und Religionsbüchern, dazu einige Atlanten zur Verfügung gestellt. Ohne die Hilfe des Lagers wäre nichts gelaufen. Mit dem Schulträger fehlte zunächst auch der Etat für die Schule.

Nach einem halben Jahr waren die Lehrkräfte in ihre Aufgabe hineingewachsen, sie wußten um die Funktionen des Lagers und erkannten seine Bedeutung für die Flüchtlinge als eine notwendige Zwischenstation für ihren Weg von Ost nach West.

Die gewonnen Erkenntnisse wurden richtunggebend für ihre pädagogische Aufgabe:

- Wie das Lager lag auch seine Schule - ihre Schule - im Niemandsland zwischen zwei gegensätzlichen Welten. Sie mußte den unter Flucht leidenden Kindern den Übergang von der einen zur anderen erleichtern.

- Demnach mußte ihre Schule mehr sein als ein schulisch frisierter Kinderhort, der die Kinder während des Lageraufenthaltes ihrer Familie von der Straße fern zu halten und dabei sinnvoll zu beschäftigen hatte.

- Sie hatte einen pädagogisch-therapeutischen Sonderauftrag zu erfüllen: bei den Kindern das Schockerlebnis der Flucht abzubauen, ihnen das verloren gegangene Gefühl der persönlichen Sicherheit erneut zu vermitteln und ihr Selbstwertbewußtsein zu stärken.

- Die Kinder mußten aus ihren negativen Erfahrungen in den autoritär ausgerichteten und geführten Schulen gelöst und auf den Alltag in demokratischen Schulen mit demokratischen Unterrichtsformen vorbereitet werden. Sie hatten dabei zu lernen, persönliche Freiheit und notwendige Disziplin im Interesse der Klassengemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen.

- Die Lehrer mußten durch ein vorbildliches Auftreten den Flüchtlingskindern verständlich machen, daß sie ihre Helfer sein wollten und sich nicht als Träger einer absoluten Staatsautorität bzw. einer Parteidoktrin fühlten.

Es war eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, die man ihnen aufgebürdet hatte. Der übliche Unterricht war nur ein Mittel zu ihrer Bewältigung. Die Gespräche in den Pausen zwischen den Unterrichtsstunden kreisten um die Probleme ihres Auftrages, um die allgemeinen und speziellen Nöte der ihnen anvertrauten Kinder, sie waren im Grunde eine permanente Systemkonferenz. Nur im ständigen gegenseitigen Erfahrungsaustausch lag der Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Unterstützt wurden sie in ihrer Arbeit vom zuständigen Schulrat Humme, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite stand und sich bei der Regierung in Arnsberg und im Kultusministerium für die Schule einsetzte, ebenso vom Amtsbürgermeister Reckermann, der auf kommunaler Ebene das gleiche tat. Erleichtert wurden den Lehrkräften ihre Tätigkeit durch die ungewöhnliche Disziplin und die dankbare Aufgeschlossenheit der ihnen anvertrauten Mädchen und Jungen.

Nach einem Jahr Tätigkeit in der Lagerschule, nach Ablauf des Schuljahres 1952/53 legte der federführende Lehrer Sydow dem Regierungspräsidenten in Arnberg seinen Erfahrungsbericht über die Arbeit in der Lagerschule vor. Darin bat er auch um die Durchführung der folgenden Maßnahmen:

- Herabsetzung der Schülermeßzahl für die Lagerschule bzw. Begrenzung der Klassenstärke auf 35 Schüler, um die Nachteile der großen Fluktuation auszugleichen. Im abgelaufenen Schuljahr waren 1254 Kinder von der Schule betreut worden.
- Anbau von zwei weiteren Klassenräumen. Bereitstellung größerer Geldmittel zur Beschaffung der immer noch fehlenden Lehr- und Lernmittel
- Endgültige Klärung der Schulträgerschaft.

Der Regierungspräsident antwortet zunächst mit einem Dankeschön. Dann wurde im Juli 1953, wie bereits berichtet 2), die Schule in den Schulverband Massen eingegliedert, sie erhielt außerdem zum Jahresende einen Ergänzungszuschuß von 10000 DM zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Zwei wesentliche Forderungen, die Erweiterung der Schule um zwei Klassenräume und die Senkung der Klassenmeßzahl, blieben unerfüllt.

Schon im ersten Jahr ihrer Tätigkeit mußten die Lehrkräfte der Lagerschule die aufschreckende Erfahrung machen, daß mit dem Lager auch ihre Schule im politischen Spannungsfeld zwischen Ost und West lag, daß der weltweit entbrannte "Kalte Krieg", der die Menschen heimatlos machte, in seinen Auswirkungen bis in das Hauptdurchgangslager nach Massen reichte. Wie ein Seismograph zeigte der Flüchtlingsstrom, der die Menschen auch nach Massen brachte, die Unerbittlichkeit dieser Auseinandersetzung an, von der niemand sagen konnte, wie und wann sie enden sollte.

Der Zustrom der Sowjetzonenflüchtlinge, damals kurz SBZ-Flüchtlinge genannt, die im Lager eine vorübergehende Bleibe fanden, ließ die Schule mit ihren zwei Klassen recht schnell zu klein werden. Bereits im Juni 1952 - vier Wochen nach Eröffnung der Schule, reichten die 96 Stühle und 48 Tische für die 168 Kinder, die die Schule besuchten, nicht mehr aus. Zum Nachteil der Kinder mußte zunächst eine Durchziehklasse eingerichtet werden, eine Maßnahme, die zur unvermeidlichen Kürzung der Wochenstundenzahl führte. Als im Oktober der Schule die dritte Lehrkraft zugewiesen wurde, mußte mit dem unpädagogischen Schichtunterricht begonnen werden, und vom April 1953 unterrichteten dann vier Lehrkräfte an der Schule.

2) Vgl. S. 159

Was allen vier Lehrkräften missfiel, die hier eine schwere Pflicht zu erfüllen hatten, war der Name "Lagerschule" bzw. "Flüchtlingslagerschule". Er entsprach zwar der äußeren Situation der Schule, ließ aber keine oder auch nur unzutreffende Rückschlüsse auf ihren Zweck und ihre Aufgaben zu. Er war nicht nur ein Zeichen für die Hoffnungslosigkeit und Not jener Jahre, sondern er ließ auch böswillige Mißdeutungen zu. Das wollten sie ändern! Auf Vorschlag ihres Schulleiters sollte sie "Gerhart-Hauptmann-Schule" heißen.

Als seine schlesischen Landsleute vor dem Ansturm der "Roten Armee" aus ihrer Heimat flüchteten, kehrte Gerhard Hauptmann aus Dresden in das bedrängte Land, in sein Haus auf dem Wiesenstein bei Agnetendorf, zurück, er wollte damit ein Zeichen setzen. Er blieb dort und hatte es erst 1946 als Toter verlassen, "die Füße voran", wie er es einmal einem russischen Offizier gegenüber erklärt hatte. Sein beispielhaftes Bekenntnis zur Heimat, der er bis zu seinem letzten Atemzuge die Treue gehalten hat, war Grund genug, der Schule für die heimatlos gewordenen Kinder seinen Namen zu geben.

Der Antrag auf die Umbenennung der Schule wurde am 30. April 1954 gestellt. In ihrer Sitzung am 23. Oktober erklärte sich die Vertretung der Gemeinde Massen damit einverstanden. Am 11. Dezember teilte der Regierungspräsident in Arnshagen der Verwaltung des Amtes Unna-Kamen mit, daß er "gegen die Benennung der "Flüchtlingslagerschule" in "Gerhart-Hauptmann-Schule" keine Bedenken habe".

Auch die Familie des Dichters hatte ihr Einverständnis mit der Namensgebung erklärt. Am 23. März 1955 erfolgte dann in einer Feierstunde, die in der Festhalle des Lagers stattfand, die Umbenennung. Mit dieser Gedenkveranstaltung für Gerhart Hauptmann war eine Ausstellung verbunden, die dem Leben und Wirken des Dichters galt. Sie war von den Schülern und ihren Eltern gestaltet und in den Räumen der Schule aufgestellt worden.

Die Umbenennung ihrer Schule stärkte zwar das Wertgefühl und das Selbstbewußtsein der Lehrkräfte, die sich in der "Lagerschule" auf verlorenem Posten fühlten, änderte am alltäglichen Geschehen doch nichts. Im September 1954 wurden wegen der weiter steigenden Schülerzahlen die fünfte Lehrkraft zugewiesen und vom CVJM wurde im "Haus für alle" für die Vormittage ein behelfsmäßiger Klassenraum zur Verfügung gestellt. Fünf Lehrkräfte - Frau Marfording, Frau Held, Herr Sydow, Herr Solbrig, Herr Dörr - mußten 250 Kinder in drei Klassenräumen unterrichten.

Die Jungen und Mädchen kamen und gingen, im Schuljahr 1952/53 waren es 1254 und im Schuljahr 1953/54 sogar 1554.

Die Zusammensetzung der Klassen änderte sich von Tag zu Tag und die Lehrkräfte hatten sich ständig an neue Gesichter zu gewöhnen. Sie blieben unterschiedlich lange in Massen, manche nur kurze vier Wochen, die meisten aber wohl 4 bis 6 Monate. Einigen Kindern trauerte man beim Weggang nach, bei anderen hingegen war froh, sie loszuwerden.

Konnte man bei dieser starken Fluktuation überhaupt unterrichten? - Man konnte, weil man es mußte. Moderne Unterrichtsformen gaben den Lehrern die Möglichkeit, den nachteiligen Wirkungen des ständigen Schülerwechsels zu begegnen und zu neutralisieren:

- In der Oberstufe wurde die übliche Fächerung des Unterrichts aufgegeben. Für einen Zeitraum von etwa zwei Wochen standen im ständigen Wechsel Themen aus der Erdkunde, Geschichte und der Naturkunde im Mittelpunkt der Unterweisung.
- In der Unterstufe bestimmten Themen aus dem Bereich der Heimatkunde den Unterricht.
- Neben diesem Ganzheits- bzw. Gesamtunterricht, der in allen Klassen erteilt wurde, stand das notwendige Üben: das Rechnen, die Rechtschreibung und das Lesen.
- Der musische Unterricht diente nicht nur der Auflockerung des Unterrichtes, sondern auch der Entkrampfung der Kinder.

Auf diese Weise konnten den Schülerinnen und Schülern bei dem relativ kurzen Lageraufenthalt abgeschlossene Bildungseinheiten vermittelt werden. Die Lehrkräfte bekamen dadurch die Möglichkeit, ihren Unterricht für einen längeren Zeitraum planend vorzubereiten.

Im Hauptdurchgangslager Massen - Seismograph der politischen Ereignisse - weilten vorübergehend "Spätheimkehrer" aus der Sowjetunion mit ihren Kindern. Ihre Eltern, qualifizierte Wissenschaftler und technische Spezialisten, waren unmittelbar nach Kriegsende zwangsweise in die UDSSR gebracht worden, um mit ihrem Wissen und Können zu helfen, den Rückstand der russischen Wissenschaft, Forschung und Technik aufzuholen. Ein Jahrzehnt lang hatten sie dort, abgeschirmt von der Bevölkerung, in einem Reservat leben müssen, in der es für die Kinder eine eigene deutsche Schule gab. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und wurden in Transporten in die DDR zurückgebracht. Sie hatten aber aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Kommunismus den "Staat

der Arbeiter und Bauern" nach ihrem Eintreffen sofort wieder verlassen und waren nach Westen aufgebrochen. Sie blieben nur wenige Tage bei uns. Ihre Lehrer erhielten in dieser Zeit aus ihren anschaulichen Berichten einen ausführlichen und erschütternden Einblick in die Erlebnisse deutscher Menschen, die für den Fortschritt russischer Wissenschaft - vor allen Dingen aber der Kriegstechnik - fronen mußten.

XXII

Die Kinder von drüben

Die Kinder der "SBZ-Flüchtlinge" 1), die damals von drüben nach Massen kamen, hatten unter der Flucht am meisten zu leiden. Sie waren die eigentlichen, unschuldigen Opfer der Flüchtlingsströme und der großen Vertreibungen, die durch den erbarmungslosen Kampf um die Weltherrschaft ausgelöst wurden. Ein gnadenloses Schicksal, das sie aus Deutschland nach Deutschland trieb, hatte sie heimatlos gemacht. Die älteren von ihnen, deren Geburtsort im alten Reichsgebiet jenseits von Oder und Neiße liegt, waren schon lange unterwegs. Sie flohen im kalten Winter 1944/45 vor den Panzern der Roten Armee oder sie wurden nach dem Zusammenbruch des Reiches mit ihren Angehörigen aus ihrer Heimat vertrieben. Als sie aus Mitteldeutschland, wo sie ein Obdach gefunden hatten, aus ihrem neuen Zuhause aus Furcht vor dem Kommunismus erneut nach Westen aufbrachen, wußten sie aus eigenem bitteren Erleben, was Fliehen bedeutet. Für die anderen, die in Mitteldeutschland beheimatet waren, bedeutete es eine neue schmerzliche Erfahrung. Fliehen heißt:

- heimatlos werden, Verlassen einer vertrauten Umwelt,
- aufgeben von Hab und Gut, Haus und Hof,
- Trennung von den Angehörigen, von den Freunden, die man zurücklassen mußte,
- aufbrechen in eine ungewisse Zukunft,
- sich bewußt in Gefahr begeben.

Als sie zu uns kamen, standen sie noch unter dem Schockerlebnis ihrer Flucht, hatten die ausgestandenen Ängste längst noch nicht überwunden z.B.:

- den überstürzten Abschied des Vaters durch die Hintertür oder das Hoffenster, als die Vopo vor dem Haus vorfuhr, um ihn abzuholen,
- den nächtlichen Aufbruch, den Marsch über die Zonengrenze, deren Sperranlagen immer gefährlicher und unmenschlicher wurden,
- die abenteuerliche Fahrt nach Berlin, die Furcht bei den Kontrollen aus dem Zug geholt und von den Eltern getrennt zu werden.

Alles war wie ein schlimmer Traum in ihrem Unterbewußtsein lebendig geblieben. Sie kamen aus Berlin-Marienfelde oder von Friedland direkt nach Massen, später auch über Gastlager des

1) SBZ = Sowjetische Besatzungszone, SBZ-Flüchtlinge, später Zuwanderer aus der DDR, heute Übersiedler

Landes in anderen Bundesländern in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

- "Ort des Geschehens: der Klassenraum der Schule im Flüchtlingsdurchgangslager Massen. Um Tische gruppiert, sitzen die Kinder - Jungen und Mädchen. Der Rahmen: eine beschriebene Tafel, Karten und bunte Bilder an den Wänden. Die Sonne scheint in langen Strahlen durch die Fenster und malt leuchtende Kringel auf den Fußboden. "Wer von Euch" - fragt der Lehrer in die Stille - "hat keinen Vater mehr?" 10 Arme recken sich in die Höhe. "Und wer mußte mehrmals flüchten?" Ein Drittel der Klasse hebt den Finger. 40 Augenpaare blicken dabei stumpf, ungerührt. Flucht wurde zur Alltäglichkeit, der Vater bei vielen zu einem verschwommenen Begriff. Ein Eindruck, der die Brust zusammenkrampft. 2)

Die Entscheidung der Eltern, die Zone bzw. die DDR - aus welchen Gründen auch immer - zu verlassen, hatte die Kinder aus der heimatlich vertrauten Umwelt herausgerissen, sie wurden in der Mehrzahl zu "Mitgenommenen bzw. Mitgebrachten". Aus einsichtigen Gründen war es für die Eltern unmöglich, ja geradezu gefährlich, ihre Kinder auf die Flucht vorzubereiten und in ihre Pläne einzuweihen. Nur wenige, zumeist nur ältere Kinder wurden zu diesen schwerwiegenden Entscheidungen von Vater und Mutter befragt und an den Planungen beteiligt. So manche Kinder hatten für diese Entscheidung ihrer Eltern, der sie in eine für sie fremde, ja sogar gehaßte Welt brachte, kein Verständnis. Vornehmlich die älteren von ihnen fühlten sich als Verräter an ihrem sozialistischen Vaterland.

Wie die Mädchen und Jungen dem Staat der Arbeiter und Bauern auch gegenüberstanden - bejahend oder ablehnend, er hatte versucht, sie zu sozialistischen Menschen zu erziehen. So brachten sie alle uns fremde, unverständliche Vorstellungen vom staatlichen Zusammenleben der Menschen mit. Sie waren aus einer Welt zu uns gekommen, die westlichem Denken fremd geworden war. Der kommunistische Imperialismus - heute auch als Stalinismus bezeichnet - hatte durch die zielbewußte Sowjetisierung der DDR in Mitteldeutschland eine Staats- und Gesellschaftsform geschaffen, die wir uns nicht vorstellen konnten. Die Sowjetunion im Herzen Europas! Ihr Leitbild war der allmächtige Staat, der von der allmächtigen Partei

2) "Ruhr-Nachrichten" 10./11. Juli 1954

geführt wurde, von einer Partei, die immer Recht hatte.

Von der Partei war auch die Aufgabe der sozialistischen Schule bestimmt worden. Sie sollte "sozialistische Menschen und echte Patrioten" erziehen, "arbeitsame, fleißige, pflichtbewußte, kameradschaftliche, bescheidene, willensstarke, mutige Menschen, die all ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, ihr ganzes Wissen und Können im Interesse der sozialistischen Gesellschaft erwerben und anwenden. Auf dieses Ziel hin, wurde alles ausgerichtet: die Lehrbücher und die Stoffpläne. -

Dieser Erziehungsauftrag, der von der kommunistischen SED vorgegeben worden war, betrog die Kinder um ihre Entwicklung zur eigenständigen, freiheitlich geprägten Persönlichkeit. Sie durften sich nicht mehr so entwickeln, wie es ihren natürlichen Anlagen und Begabungen entsprach, sondern wurden auf bedingungslose Einordnung in die sozialistische Gesellschaft und Unterordnung getrimmt.

In dieser Schule gab es keine Freiheit, weder für den Schüler noch für den Genossen Lehrer. Der Stoffplan, der im Stunden-, Wochen- und Jahressoll festgelegt worden war, wurde zum Motor der Lernarbeit, er mußte ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Kinder durchgeführt werden. Diejenigen von ihnen, die die Stofffülle nicht bewältigen, sich nicht in die sozialistische Gesellschaft einordnen konnten, mußten sich in herabwürdigender Selbstkritik dem Urteil der Klassengemeinschaft stellen.

Neben der bedenklichen Erziehung zur Selbstgefälligkeit bzw. Überheblichkeit wurde bedenkenlos in den Herzen der Kinder das Bild des "Klassenfeindes" aufgebaut, den man zu "hassen" hatte, daneben das Bild der westlichen, militanten Ausbeutergesellschaft, die bekämpft werden mußte. Noch bedenklicher war das ständige Bemühen der Schule, die Erziehung der Kinder in den kritisch eingestellten Elternhäusern zu unterlaufen, sie unwirksam zu machen.

So wurden die Kinder zum Objekt in dem von der Partei provozierten Spannungsfeld zwischen Elternhaus und Schule. Was sollten sie tun, wenn in der Schule Vater und Mutter von den Lehrern kritisiert wurden, wenn Zuhause Vater und Mutter den Staat und die Partei in Frage stellten? Wie sollten sie sich nun verhalten, wenn sie in der Schule aufgefordert wurden, auf die politische Willensbildung und Zuverlässigkeit

3) Anweisung zur Durchführung des Schuljahres 1957/58 vom 18. Juni 1957, Sonderdruck des Ministeriums für Volksbildung.

ihrer Eltern einzuwirken, die der Bekannten und Nachbarn zu überwachen, über das Hören westdeutscher Nachrichtensendungen zu berichten. So wurden die Kinder vor eine Entscheidung zwischen Elternhaus und Schule, zwischen Vater und Mutter und einer unbarmherzigen Staatsdoktrin gestellt, der sie nicht gewachsen, für die sie seelisch längst nicht reif waren.

- Kinder aus bewußt christlich eingestellten Familien entschieden sich uneingeschränkt für das Elternhaus, gerieten in Opposition zu den Lehrern und standen der Schule und ihrem Staat mit Mißtrauen gegenüber.

- Andere folgten vertrauensvoll und gläubig ihren Lehrern und verloren dadurch das Elternhaus.

- Wieder andere wichen dieser Entscheidung aus, verschlossen sich abwartend und skeptisch gegenüber Elternhaus und Schule.

Keine dieser Entscheidungen erlöste die Kinder aus dieser permanenten Konfliktsituation. Die FDJ hatte die Schule bei ihrem politischen Erziehungsauftrag zu unterstützen und ihre Lehrkräfte dabei gleichzeitig zu überwachen. In der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Jungen und Mädchen für den Staat der Arbeiter und Bauern zu gewinnen, sie aus der Obhut ihrer Familien herauszuführen, sie von ihren religiösen Bindungen zu lösen, beanspruchte sie die Kinder ständig. Es war immer etwas, was den Einsatz der Kinder - der "Jungen Pioniere" - erforderte. Bei der Durchführung ihrer Pläne nutzte sie den Spieltrieb und den Betätigungsdrang der Kinder geschickt aus. Nur in ihren Reihen fanden die Mädchen und Jungen Gelegenheit, ihren Interessen nachzugehen, ihre Lieblingsbeschäftigungen zu betreiben.

Und dann war auf einmal - gewissermaßen von heute auf morgen - alles vorbei, etwa wie ein schwerer Traum. Nichts stimmte mehr in ihrem Leben: ihr sozialistisches Weltbild zerbrach, ihre Vorstellungen vom westdeutschen Ausbeuterstaat entsprachen nicht mehr der Wirklichkeit, sie waren nicht auf den Klassenfeind gestoßen. Auf wen aber nun? - Sie hörten die gleiche Sprache - aber die Worte hatten eine andere Bedeutung.

Allmählich verblaßten die Erlebnisse der Flucht. Ein Teil von ihnen war froh, daß die Flucht gelungen war, der andere Teil fühlte sich durch die Flucht schuldhaft belastet. Mit fragenden, dunklen Augen saßen sie alle vor neuen Lehrerinnen und Lehrern: Wie sollte es nun weitergehen? - Die folgenden Merkmale waren für sie typisch:

- Alle waren von einer merkwürdigen Unruhe befallen. Man hatte den Eindruck, daß sie immer auf dem Sprung saßen, täglich auf etwas Neues warteten.
- Sie fanden kein richtiges, objektives Verhältnis zu ihrer eigenen Begabung und zu ihren persönlichen Leistungen. Im übersteigerten Selbstbewußtsein überschätzten sie ihre persönlichen Fähigkeiten.
- Daneben standen eine auffallende Unsicherheit und ein bemerkenswerter Mangel an Selbständigkeit und persönlicher Initiative, der bei älteren Kindern besonders deutlich wurde.
- Sie konnten zunächst kein richtiges Verhältnis zu ihrer neuen Umwelt finden, da ihr Weltbild zum Teil haßerfüllt und daher verzerrt war.
- Aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen waren sie von einem tiefen Mißtrauen ergriffen. Sie hielten mit ihrer eigenen Meinung zurück, es war schwer, sie dazu zu veranlassen.

Den Lehrkräften stellte sich eindeutig die Aufgabe, den ihnen anvertrauten Kindern das Zurechtfinden in einer neuen Ordnung zu erleichtern, sie von der sie bedrückenden schweren Last der Flucht zu befreien. Eine schwierige, endlose Aufgabe, vor der die Lehrkräfte standen, die sich an jedem neuen Tag mit jedem neuen Kind neu stellte! - Ihr Auftrag wäre wesentlich dadurch erleichtert worden, wenn sie die Flüchtlingskinder und einheimischen Kinder hätten gemeinsam unterrichten dürfen. Die Möglichkeit dazu bot sich in Massen an, sie wurde leider vertan.

XXIII

Eine neue Schule an der Buderusstraße

In den Jahren 1955/56 wurde das nachgeholt, was man 1951/52 nicht erreichen konnte; mit staatlichen Zuschüssen baute die Gemeinde die damals geforderte achtklassige Volksschule. Das ständige Verlangen der einheimischen Bevölkerung im Massener Ortsteil "Schacht III" nach einer eigenen Schule und die unwürdigen katastrophalen Raumverhältnisse der Gerhart-Hauptmann-Schule zwangen die Gemeinde zum Handeln. So wurde am 24. 11. 1953 von der Gemeindevertretung zunächst der Bau einer vierklassigen Bau einer Volksschule auf dem Gelände der ehemaligen "Kolonieschule" an der Buderusstraße beschlossen, das der Gemeinde gehörte. Hinzu kamen vier Klassen für die Kinder aus dem Hauptdurchgangslager Massen.

Anfang Juni 1955 konnte der Bau gerichtet werden. Der "Hellweger Anzeiger" berichtete darüber:

- "Der Schulneubau im Ortsteil Schacht III an der Buderusstraße hat mit dem verfloßenen Wochenende eine gewichtige Etappe erreicht. Nach den großen Erdbewegungen, von denen noch jetzt die mächtigen aufgeschütteten Erdmassen zeugen, hat eine Hammer Baufirma in wenigen Wochen mit Hilfe moderner Maschinen den ersten Bauabschnitt fertiggestellt. Gleichzeitig konnten auch die umfangreichen Arbeiten für die Kanalisierung erledigt werden.

Das Richtfest war auch hier Veranlassung für verschiedene Behördenvertreter an der Aufrichtung des Richtkranzes teilzunehmen. So waren Amtsbaurat Hiddemann, Bürgermeister Holzapfel, Amtsoberinspektor Hünervogt, die Mitglieder der Massener Gemeindevertretung, Landesbaupfleger Architekt und Bauleiter Brunne, der Leiter des Hauptdurchgangslager Becker und dessen Stellvertreter Stöcker und vor allem eine große Zahl Gemeindebürger aus dem Ortsteil Schacht III, deren Kinder bald in diesem Schulneubau Unterricht erhalten werden, erschienen." - 1)

In ihrer Sitzung im Juni 1956 berieten die Gemeindevertreter über die Höhe der Ansiedlungskosten, die die Gemeinde bei der geplanten Lagererweiterung vom Land verlangen sollte. Gemeindevertreter Rabelt schlug vor, für jede Wohnung 180 DM

1) "Hellweger Anzeiger" vom 8. 6. 1955

zu verlangen.

- "Außerdem müsse der Erbauer für den zusätzlich erforderlichen Schulraum sorgen. Man rechnet damit, daß die neue Schule an der Buderusstraße um vier Klassen erweitert werden muß, wozu etwa 300000 DM notwendig sind. Den Baugrund für diese Schulerweiterung will die Gemeinde stellen. Sie hat bereits Verhandlungen um den Erwerb von 4 Morgen des angrenzenden Geländes aufgenommen." - 2)

Ende Juli 1956 wurde die Öffentlichkeit über die bevorstehende Erweiterung des Hauptdurchgangslagers unterrichtet. Es war beschlossen, es um 1599 auf 3000 Plätze nach den Plänen des Berliner Professors Poelzig zu erweitern. Die Bauarbeiten dazu begannen bereits am 16. September.

Am 3. Oktober 1956 wurde die neue Schule an der Buderusstraße in einem Festakt ihrer Bestimmung übergeben.

- "Wie sehr Eltern und Kinder in Massen auf den Bau dieser Schule gewartet haben und welche Bedeutung sie ihrer Einweihung entgegen bringen, bewies die rege Anteilnahme der Massener Bevölkerung bei der Feier gestern morgen. Sogar mit ihren Kleinkindern waren zahlreiche Mütter gekommen.

"Heute erfüllt sich ein Wunsch, den die Bewohner des Ortsteils Schacht III bereits seit Jahren immer wieder an den Gemeinderat herantragen. Die neue Schule ist fertig." Mit diesen Worten begann Bürgermeister Holzapfel seine Ansprache, nachdem er die zahlreichen Ehrengäste begrüßt hatte. Von nun an brauchen die Schulkinder des Ortsteiles Schacht III nicht mehr den langen Schulweg über die verkehrsreichen Straßen zu machen und auch den 250 Kindern des Flüchtlingslagers ständen nun saubere und geräumige Schulklassen zur Verfügung."" 3)

Die Westfalenpost schrieb dazu:

- "Heute werden die Kinder von Einheimischen und Flüchtlingen zum Unterricht in die neue achtklassige Schule an der Buderusstraße einziehen. Gestern, bei der Einweihung, brachte der Sprecher der Eltern dieser Kinder, Stöcker, einen wichtigen Gedanken, wohl den wichtigsten der vielen Reden, zum Ausdruck: "Diese Schule kann Brücken schlagen zwischen den Kindern der Einheimischen und denen der Flüchtlinge. Kreisschulrat Schneider formulierte es so: "Durch diese Schule wird eine praktische Wiedervereinigung demonstriert."" 4)

2) "Westfälische Rundschau" vom 22. 6. 1956

3) "Westfälische Rundschau" vom 4. 10. 1958

4) "Westfalenpost" vom 4. 10. 1956

Die Brücken konnten aber nicht geschlagen werden, da die Kinder aus dem Lager und der alten Bergmannskolonie und den angrenzenden Straßen nicht gemeinsam unterrichtet werden durften. Die praktische Wiedervereinigung wurde nur auf dem Schulhof demonstriert, wo zwischen den Kindern von drüben und hüten nur flüchtige Freundschaften geschlossen werden konnten.

Gemeinsam war den beiden Systemen nicht einmal das Dach, denn die ihnen zugeteilten Klassenräume lagen in zwei voneinander getrennten Trakten. - Die einheimischen Kinder wurden in den vier Klassenräumen des Haupttraktes unterrichtet, zwei Schuljahrgänge wurden zu einer Klassengemeinschaft zusammengefaßt. Diese vier Klassen blieben der Hellweg-Gemeinschaftsschule in Massen unterstellt und wurden von deren Konrektor Kähmann als "Hellwegschule-Nord" faktisch selbständig geführt. Ihm zur Seite standen als Lehrkräfte Frau Rödding und die Herren Lethaus und Pietzarka. Für die einheimischen Kinder waren damit klare und auch zumutbare Schulverhältnisse geschaffen worden. - Die Mehrzweckräume, je einer für Mädchen und einer für Jungen mit ihren Nebenräumen und die Verwaltungsräume, standen beiden Schulen zur Verfügung, wurden aber überwiegend von der Gerhart-Hauptmann-Schule beansprucht.

Für diese, die vom Hauptlehrer Sydow [betreut wurden] - seine Ernennung war im Juni 1956 erfolgt - blieben die personellen und räumlichen Verhältnisse weiter unzureichend. Die Lehrkräfte stellten mit Bedauern fest, daß bei der Bewertung der beiden Systeme mit zweierlei Maß gemessen und dabei die Gerhart-Hauptmann-Schule wie ein Provisorium, als ein notwendiges Übel behandelt wurde. Sie war eben nur eine Durchgangsstation für die Kinder von drüben. Die vier Klassenräume, die ihr nun zur Verfügung standen, reichten für die wachsende Schülerzahl nicht mehr aus. Die Misere wurde deutlich, als 1957 zu Beginn des neuen Schuljahres die bisherige Schule im Durchgangslager mit ihren beiden Klassenräumen endgültig, trotz des Protestes des Schulleiters, geräumt werden mußte. Nun geriet auch die Hellwegschule-Nord in Bedrängnis, da die in ihrem Trakt liegenden Mehrzweckräume als Klassenräume genutzt werden mußten. Als von August 1957 an die ersten fertiggestellten Häuser im erweiterten Lager bezogen wurden, war der Notstand da: 349 Schüler, 5 Lehrkräfte - die Lehrerinnen Marfording und Wolff, die Lehrer Solbrig, Sydow und Zedler - und 6 Unterrichtsräume.

Am 27. November 1957 trat dann Herr Eickhoff seine Dienst an, freudig begrüßt von den Kolleginnen und Kollegen. Aber noch freudiger als der neue Lehrer wurde der Baubeginn eines weiteren Traktes mit vier Klassen für die Gehart-Hauptmann-Schule begrüßt, der von der Gemeinde bereits im Juni 1956 gefordert wurde. 5) In einem Zwischenbau, der den neuentstehenden Trakt (3. Bauabschnitt der Gesamtplanung) mit dem vorhandenen Komplex verbindet, waren eigene Verwaltungsräume für die Gerhart-Hauptmann-Schule vorgesehen.

Der Abriß der alten Schulbaracke am 17. Oktober, die bisher als Notunterkunft genutzt wurde, war ein untrügliches Zeichen für den Baubeginn. Damit begann für die Mädchen und Jungen der beiden Systeme eine interessante, für die Lehrkräfte eine aufregende Zeit. Die Baustelle unmittelbar am Pausenhof bot den Kindern einen Abenteuerspielplatz sondergleichen, der ihre Aktivität ständig herausforderte. Die Flüchtlingskinder von drüben erhielten einen Einblick in die Arbeitswelt ihres Aufnahmelandes, wie sie kein Anschauungsunterricht bieten konnte. - Trotz der gewissenhaften Absperrung des Bauplatzes vom Schulhof sahen sich die Lehrkräfte zu einer permanenten Aufsichtspflicht herausgefordert. In den Pausen waren alle auf dem Hof. Für die Kinder, besonders aber für die Jungen gab es so viele interessante und auch gefährliche Spielmöglichkeiten, die sie entdeckten, daß die Lehrer ständig auf der Hut sein mußten, ihre Erprobung zu verhindern.

Noch war der Rohbau des neuen Klassentraktes noch nicht vollendet, da mußten sich die Gemeindevertreter in ihrer Sitzung am 11. Februar 1958 mit einer nochmaligen Erweiterung der Schulanlage beschäftigen. Der Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Hemsath hatte bereits am 24. Oktober 1957 bei der Übergabe der Bauten der ersten Erweiterung angekündigt, daß das Lager nochmals erweitert werden sollte. Die anwesenden Landtagsabgeordneten hatten zugesagt, daß die Schule nicht nur die benötigten Unterrichtsräume, sondern auch eine Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken erhalten sollte. Nun mußten auch die Gemeindevertreter ihre Zustimmung geben. Am 17. März 1958 wurde dann der Beschluß zum Bau eines unterkellerten Klassentraktes mit den notwendigen Fachräumen, einer Turnhalle und eines Lehrschwimmbeckens gefaßt.

5) Vgl. Seite 172

Am 18. September 1958, unmittelbar nach den Herbstferien, wurden die vier neuen Klassenräume und die eigenen Verwaltungsräume ohne große Feierlichkeiten bezogen. Man war froh, daß nun die räumliche Enge vorbei war. Die Mehrzweckräume, ein Mädelarbeitsraum für Mädchen und ein Werkraum für die Jungen, konnten nun wieder zweckentsprechend benutzt werden, damit gab es auch für die Hellwegschule normale Verhältnisse. Zudem entspannte sich an der Gerhart-Hauptmann-Schule die Schüler-Lehrerrelation durch die Zuweisung neuer Lehrkräfte. Im Oktober 1958 gehörten 3 Damen (Marfording, Wolff, Kohlmann) und 6 Herren (Sydow, Solbrig, Zedler, Eickhoff, Tiemann und Bühl) zum Kollegium. Leider erwiesen sich von ihnen ein Herr und eine Dame für die Arbeit an der Schule als völlig ungeeignet.

Am 7. Mai 1959 wurden dann von der Gemeinde die Arbeiten für den weiteren Ausbau der Schule vergeben, der durch die 2. Erweiterung des Lagers notwendig geworden war: Es handelte sich um einen unterkellerten Klassentrakt und einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken. Turnhalle und Lehrschwimmbecken konnten bereits im Herbst 1960 von den Jungen und Mädchen beider Systeme benutzt werden, während sich die Fertigstellung des Klassentraktes mit seinen Fachräumen hinauszögerte. Erst am 12. Oktober 1961 wurden die letzten 5 Klassenräume der Schule zur Benutzung übergeben. Dazu schrieb der Hellweger Anzeiger:

- "Großartiger Schulbau wurde gestern im Massener Wohnheim übergeben. - Inzwischen besuchte bereits das 10000. Kind diese hochmoderne Schulanlage. - Ein Ereignis besonderer Bedeutung kennzeichnete am Donnerstagnachmittag die Zusammenkunft der Massener Gemeindevertreter sowie zahlreicher Ehrengäste in der neuen Schule an der Buderusstraße. Die feierliche Übergabe des gesamten Schulsystems bildete den Abschluß der äußerst umfangreichen Arbeiten, die hier in einem Zeitabschnitt von 6 Jahren geleistet worden sind. In fünf Bauabschnitten sind 16 Volksschulklassen, eine Turnhalle, Lehrschwimmbecken und Sportplatz gebaut worden. Mit der Fertigstellung des großen Bauvorhabens hat die Gemeinde Massen gewiß den repräsentativsten Gebäudekomplex übergeben können, den es in seinen Grenzen gibt. Die Übergabe am Donnerstag galt zwar insbesondere dem 4. und 5. Bauabschnitt, aber symbolisch wurde damit das gesamte Schulsystem endgültig seiner Bestimmung übergeben." - 6)

6) "Hellweger Anzeiger" vom 13. 10. 1961

In den Ruhr-Nachrichten stand:

- ""Möge dieser neuen Schule eine glückliche und friedliche Zukunft beschert sein!"

Mit diesen Worten überreichte Bürgermeister Holzapfel Hauptlehrer Sydow den Schlüssel zu dem neuen und letzten Anbau der Buderusschule in Massen In einer kleinen Feierstunde wies Bürgermeister Holzapfel auf die Schwierigkeiten hin, die diese Schule dem Gemeinderat und dem Land Nordrhein-Westfalen anfangs bot.

Die Schule bietet mit ihren hellen, hohen Klassenräumen, dem mit grünen Kacheln ausgelegten Lehrschwimmbecken, der modernen Lehrküche und der Turnhalle, die mit einem neuartigen Schwingboden ausgelegt ist, eine wahrhaftig schöne Lehrstätte. Die Gemeinde habe alles getan, um den Kindern der Gemeinde und vor allen Dingen den Kindern aus dem Lager, die hier zum ersten Mal eine Schule in der Bundesrepublik besuchen, eine Heimstatt zu geben, in der sie das Rüstzeug für ihr Leben erhalten, betonte Bürgermeister Holzapfel in seiner Ansprache." 7)

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Leitung des Durchgangswohnheimes - so die neue amtliche Bezeichnung für das Lager - und die verständnisvolle Hilfe des Arbeits- und Sozialministeriums wäre die Gemeinde wohl kaum in der Lage gewesen, aus eigener Kraft diese großzügige und moderne Schulanlage zu erstellen. - Eine unausgesprochene Frage bewegte alle Teilnehmer an dieser Feierstunde: Was würde aus dieser Schule wohl werden, nachdem seit dem 13. August den Bewohnern der DDR auch der Fluchtweg über Berlin in die Bundesrepublik versperrt worden war?

7) Ruhr-Nachrichten vom 13. 10. 1961

XXIV

Die Behebung der Raumnot in den Massener Schulen

Bei aller Problematik mit dem Schulneubau an der Buderusstraße und aller Schwierigkeiten, die sich aus der schulischen Betreuung der Kinder der "SBZ-Flüchtlinge" ergaben, wurden die Belange der übrigen Massener Schulen nicht vernachlässigt. In ihnen lief zu Beginn der 50er Jahre der Schulbetrieb in normaler Weise, d. h. in gewohnter Ordnung ab. Änderungen ergaben sich durch das Ausscheiden von Schulleitern und Lehrkräften, die das Pensionsalter erreicht hatten oder wegen ihrer angeschlagenen Gesundheit ihren Dienst aufgeben mußten. Ortsbekannte, den alten Massenern vertraute Persönlichkeiten traten von der Bühne ab, neue Namen wurden in die Chroniken der Massener Schulen eingetragen.

Am 31. März 1955 trat der Leiter der Kath. Hellwegschule, Hauptlehrer August Holle, auf eigenen Wunsch in den Ruhestand. Die kommissarische Verwaltung der vakanten Stelle wurde am 15. April dem Lehrer Ludwig Montag übertragen, der am 1. Juli dann zum Hauptlehrer ernannt wurde. Seine Tätigkeit in Massen blieb auf wenige Jahre begrenzt. Als er am 31. März 1958 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden mußte, wurde die Leitung der Schule dem Lehrer Alfred Franetzki übertragen, der am 1. X. des Jahres zum Hauptlehrer ernannt wurde. Der Schulleiter der Blücherschule, Hauptlehrer Fritz Wulff, ging 1956 in den "wohlverdienten Ruhestand", er hatte das "Pensionsalter erreicht. Am 27. März wurde er vom Schulrat Schneider verabschiedet. Fritz Wulff, ein gebürtiger Massener, war seit 1921 an den Massener Schule tätig. zunächst an der Hellweg-Schule, seit 1947 in Obermassen. Seine große Liebe war die Musik, seine Instrumente das Klavier und die Orgel, seit 1929 war er als Nachfolger von Rektor Pickhan als Organist der ev. Kirchengemeinde Massen tätig. Die Leitung der Schule übernahm der Lehrer Heinrich Twente. Ein Jahr später erreichte auch der Lehrer Julius Hövel das Pensionsalter, er wurde am 30. März 1957 verabschiedet.

An der Hellwegschule waltete die Rektorin Hedwig Thüner ihres Amtes und an der einklassigen Heideschule war der Lehrer Emil Friedrichs tätig, ein Mann voller Schnurren und Dönkes, dem

man stundenlang zuhören konnte. - Als Frau Thüner 1959 wegen Erreichung des Pensionsalters in den Ruhestand ging, wurde der Lehrer Erwin Petzold mit der Leitung der Schule beauftragt. Petzold, seit 1947 an der Schule tätig, wurde mit Wirkung vom 1. 7. 1959 zum Rektor ernannt.

Gesteuert wurde die Entwicklung der Massener Schulen vom Schulausschuß. In seinen Sitzungen wurden alle Maßnahmen und Pläne, die die Schulen betrafen, eingehend geprüft und besprochen, bevor sie dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wurden. Dabei ging es z.B. um die Abgrenzung der Schulbezirke, Verteilung der Schul- bzw. Mehrstellen, den Schuletat und seine Verteilung und nicht zuletzt um die Baumaßnahmen, die im Laufe der Jahre notwendig wurden. Diesem Ausschuß, der in Massen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagte, gehörten drei Gemeindevertreter, die Ortspfarrer der beiden Kirchengemeinden, die Schulleiter aller Massener Schulen und die Vorsitzenden der Schulpflegschaften an. - Nach dem Schulverwaltungsgesetz vom 1. 10. 1959 mußte die politische Gemeinde als "Schulträger" die sächlichen Kosten für ihre Schulen aufbringen, für die Besoldung ihrer Lehrer, die Landesbeamte waren, mußten die Gemeinden die sogenannten Stellenzulagen beisteuern.

Durchgreifende bauliche Veränderungen wurden zunächst für die Blücherschule in Obermassen notwendig. In diesem Ortsteil begannen im Februar 1959 die Vorarbeiten für den Bau einer großen Siedlung mit über 100 Wohneinheiten auf dem Gelände des Wisselmannschen Obstkampes südlich der Eisenbahnstrecke Unna - Holzwickede. Dadurch wurde die Gemeinde gezwungen, die bauliche Erweiterung der Blücherschule zu planen. Der Vorentwurf dazu wurde an Hand eines Modelles am 11. September jenen Jahres von den Gemeindevertretern besprochen. Nach den Vorstellungen des Architekten Roman sollten die beiden bestehenden Gebäude mit einem Zwischenbau verbunden, diese umgestaltet bzw. modernisiert und neue Klassenräume angebaut werden.

Im Verlauf des Jahre 1960 wurde in mehreren Sitzungen dann zwischen den maßgebenden Stellen (Regierung in Arnshagen, Amtsverwaltung, Bürgermeister) über den geplanten Um- und Erweiterungsbau, die Baukosten und deren Finanzierung beraten. Im März 1961 wurde dann von der Bezirksregierung in Arnshagen der Um- und Erweiterungsbau der Blücherschule nach den eingereichten Plänen des Architekten Roman genehmigt. Mit den Vorbereitungen der Arbeiten

wurde am 22. Juni 1961 begonnen. Gleichzeitig wurden auch die notwendigen Ausschreibungsunterlagen herausgegeben, und am 20. Juli erfolgte dann die Vergabe der Arbeiten. Nachdem während der Sommerferien ausgeschachtet worden war, wegen des felsigen Untergrundes (Mergel) ein recht schwieriges Unterfangen, begann am 31. August die Kamener Firma Scherff mit den Mauerarbeiten. Während der Umbauarbeiten, deren Leitung in den Händen des Architekten Roman lag, mußte der Schulbetrieb weiterlaufen. Da Bauarbeiter fehlten, kam man mit dem Rohbau zunächst nur langsam voran, 1962 dann aber zügiger. Am 9. Juni waren die Mauerarbeiten beendet, und die Handwerker konnten mit dem Innenausbau beginnen. Kurz vor Weihnachten konnte dann der Schulbetrieb in die Klassen des Gebäudes, das durch den Anbau von 2 Klassenräumen erweitert worden war, verlegt werden. Der Umzug erfolgte mit Hilfe der Gemeindearbeiter, und die Kinder legten dabei eifrig Hand an. Da auch die alten Klassenräume neue Fußböden erhielten, verzögerten sich die Innenarbeiten erheblich.

Erst am 4. September 1963 wurden die neuen Räume ihrer Bestimmung übergeben. Die Schule hatte ein völlig neues Aussehen erhalten und die Schule verfügte nunmehr über folgende Räume:

- 6 Klassenzimmer,
- 2 Werkräume, je einen für Mädchen und Jungen,
- 1 Lehrerzimmer,
- 1 Elternsprechzimmer,
- 1 Arzt- bzw. Untersuchungszimmer,
- 1 Schulleiterzimmer,
- 1 Musikzimmer und einen Raum für die Bibliothek.

Im Zwischentrakt befinden sich die Toilettenanlagen, die erforderlichen Neben- bzw. Unterstellräume. Bei der Übergabe übernahm Bürgermeister Otto Holzapfel, der vor dem ersten Weltkrieg hier selbst einmal die Schulbank drückte, die Führung der geladenen Gäste.

Nach dem guten Anfang stand der weitere Ausbau der Schulanlage in Obermassen stets auf der Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderates. Schon am 20. Januar beschloß man in der Zusammenkunft in der Gastwirtschaft Ligges in Obermassen, mit den Planungen für den Bau einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken zu beginnen. Diese sollte unmittelbar neben der Schule auf dem Bennemann'schen Hof errichtet werden, wenn dessen Aus-

siedlung in die Massener Heide, die bereits im Gange war, abgeschlossen wäre. Man hoffte, mit dem Abriß der landwirtschaftlichen Gebäude noch im Laufe des Jahres beginnen zu können. - Zusätzlich mußte aber eine neue Hausmeisterwohnung geschaffen werden, da die vorhandene sich in einem solchen schlechten Zustand befand, daß ihre Reparatur eine unnötige Geldverschwendung bedeutete.

Am 17. März 1965 erhielt der Architekt Roman von der Gemeinde den Auftrag, den weiteren Ausbau der Blücherschule um 4 weitere Klassenräume, den Bau einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken und der Anlage eines Sportplatzes zu planen. Am 15. Dezember des Jahres erläuterte er den Mitgliedern des Schulausschusses seine Erweiterungspläne. Nachdem von der Regierung in Arnsberg das Bauvorhaben genehmigt worden war, beauftragte der Gemeinderat den Architekten Menne, die Arbeiten für die Erweiterung der Schulanlage auszuschreiben. An den Gesamtkosten von 1800000 hatte sich die Gemeinde mit 200000 DM zu beteiligen.

Mit den Bauarbeiten für die 2. Erweiterung der Blücherschule wurde am 16. August 1966 begonnen, nachdem sich die Regierung in Arnsberg mit einem vorzeitigen Baubeginn einverstanden erklärt hatte. Die Voraussetzungen dafür waren die Abbrucharbeiten des Bennemann'schen Hofes, die erst am 7. Juli 1965 begonnen wurden. Die Erd-, Maurer- und Betonarbeiten für den Bau einer Hausmeisterwohnung wurden am 14. 12. 1966 an die heimische Fa. Schimmel vergeben.

Am 25. 1. 1967 informierte sich Regierungsdirektor Pardun von der Bezirksregierung in Arnsberg in Anwesenheit des Architekten Roman über den Stand der Bauarbeiten. In seiner Begleitung befanden sich Oberverwaltungsrat Hühnervogt und Oberbaurat Hiddemann von der Verwaltung des Amtes Unna-Kamen sowie der Massener Bürgermeister Otto Holzapfel. Für die Durchführung der Bauarbeiten wurde den Herren vom Architekten folgender Zeitplan vorgeschlagen:

- Anbau von 2 Klassen, Erstellung der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens in den Jahren 1967/68,
- Vier-Klassen-Haus mit Lehrküche, Mehrzweckraum für Knaben, Fertigstellung der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens,
- Errichtung der Außenanlagen in den folgenden Jahren 1969/70.

Die zügige Durchführung der Baumaßnahmen wurde der Kommission aus Arnsberg zugesagt.

Am 17. August 1967 wurden in einer Gemeinderatssitzung die Arbeiten für den zweiten Abschnitt der Erweiterung der Blücherschule vergeben: es sollten wie geplant zunächst zwei Klassen, die Turnhalle und das Lehrschwimmbecken im Rohbau erstellt werden, die Turnhalle, 12 x 24 m groß, mit dem Lehrschwimmbecken auf dem Gelände des ehemaligen Bennemann'schen Hofes. Bereits im Bau befand sich die neue Hausmeisterwohnung. Über den Fortgang der Bauarbeiten berichtete der "Hellweger Anzeiger" im November 1967: - "Auf vollen Touren laufen zur Zeit die Arbeiten des zweiten Bauabschnittes an der Blücherschule in Obermassen. Von dem Anbau, der die Schule von bisher sechs auf acht Klassen erweitern soll, ist der Kriechkeller bereits fertig. Gestern wurde die Betondecke gegossen. In der unteren Etage des Anbaus, der durch ein Treppenhaus mit dem schon fertigen Gebäude verbunden wird, sollen ein Klassenzimmer sowie ein Ärztezimmer für Untersuchungen der Schüler untergebracht werden. Im Obergeschoß wird außer einem weiteren Klassenraum noch ein Gruppenraum gebaut. Am Ende des Flures wird das Schulleiterzimmer eingerichtet. Bis die Räume in Betrieb genommen werden können, wird allerdings noch ein gutes Jahr vergehen.

Ein weiteres Projekt, das innerhalb des gleichen Bauabschnittes jetzt in Angriff genommen wurde, ist die neue Turnhalle mit dem Lehrschwimmbecken. Während man die Turnhalle zusammen mit dem Erweiterungsbau für die Klassenräume schon Ende 1968 in Betrieb nehmen will, wird der Bau des Schwimmbeckens noch ein Jahr länger dauern." –

Infolge der Neuordnung des Schulwesens mußte die Planung für den abschließenden dritten Bauabschnitt geändert werden. Es sollte nur noch ein Vierklassenhaus ohne Lehrküche und ohne einen Mehrzweckraum für Knaben erstellt werden, da diese für eine Volksschule alter Art geplant worden waren. Für eine Grundschule wurden sie nicht mehr gebraucht. Diese letzten Erweiterungsbauten wurden bis 1973 durchgeführt.

Nachdem in Obermassen durch den Erwerb der Hofstelle Bennemann die Erweiterungsbauten der Blücherschule 1961 in Gang gekommen waren, standen nun die Schulverhältnisse in Niedermassen zur Lösung an. Das alte Schulgebäude am Hellweg, das von der Hellweg-Gemeinschaftsschule und der kath. Volksschule - seit 1960 Marienschule - gemeinsam genutzt wurde, entsprach nicht mehr den Anforderungen der Zeit, weder den räumlichen noch den pädagogischen. Schon im Sommer 1961 - am 20. 6. - beschäftigte sich der Schulausschuß der Gemeinde mit der unerträglichen Raumnot im Gebäude am Hellweg, und suchte nach einem Ausweg aus der auf Dauer unerträglichen Situation.

Da für einen Neubau einer sechsklassigen kath. Volksschule am Grünen Weg kein Grundstück zu haben war, dachte man an einen solchen hinter dem Schulgebäude auf dem Gelände, das Schulze-Vaersthausen gehörte. Die Verhandlungen, die zum Grundstückserwerb geführt wurden, kamen jedoch nicht zu einem erfolgreichen Abschluß. Eine Lösung zeichnete sich ab, als der Landwirt Mertin sich bereit erklärte, der Gemeinde an der Königsborner Straße ein geeignetes Grundstück von 17000 bis 18000 qm zu überlassen.

Ein Jahr später, als das Baugrundstück zur Verfügung stand, geriet die Frage eines Schulneubaues in Niedermassen in eine akute Phase. In ihrer Sitzung am 7. 12. 1962 berieten die Gemeindevertreter über das "Raumprogramm" der Hellweg- und der Marienschule. Nach exakten Berechnungen des Schulverwaltungsamtes des Amtes Unna-Kamen brauchte man für die Hellwegschule 14,78 und für die Marienschule 9,68 Klassenräume. Dazu waren für die Hellwegschule noch 8 Gruppenräume; die notwendigen Neben- und Verwaltungsräume sowie eine Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken erforderlich, für die Marienschule ebenfalls noch Neben- und Verwaltungsräume. Da im bisher gemeinsam benutzten Schulgebäude aber nur 12 Klassenräume vorhanden waren, beschloß man, für die Gemeinschaftsschule einen Neubau an der Königsborner Straße zu errichten. Das alte Gebäude am Hellweg sollte für die Marienschule derart umgebaut werden, daß sechs Klassenräume erhalten blieben.

Ausschließlich mit dem Schulneubau an der Königsborner Straße beschäftigte sich dann der Gemeinderat in einer weiteren Sitzung am 19. Dezember. Bürgermeister Otto Holzapfel schlug vor, 5 Architekten aufzufordern, dafür Vorentwürfe ohne Namensnennung unter einem Kennwort gegen Honorar einzureichen.

Es handelte sich dabei um folgende Herren:

- Dipl. Ing. Karl Brunne, Hemmerde,
- Paul Rabe, Unna,
- Dipl. Ing. Karl Roman, Unna,
- Klaus Pothmann, Dortmund-Brackel,
- Dipl. Ing. Paul Steinebach, Witten.

Der Gemeinderat war mit dem Verfahren einverstanden und stimmte ihm zu.

Im April 1963 wurden den genannten Architekten die Unterlagen für die Ausarbeitung ihres Vorentwurfs zugesandt, und diese versicherten, sich an dem Planungswettbewerb zu beteiligen. Sie gaben im Juni ihre Pläne und Modelle ab. Die unter einem Kennwort abgegebenen Entwürfe wurden zunächst im Lehrerkollegium der Gemeinschaftsschule, dann im Schulausschuß und abschließend im Gemeinderat überprüft und begutachtet. Am 31. Juli 1963 entschied dann der Gemeinderat, welcher Vorentwurf ausgeführt werden sollte:

- "Nach eingehender Erörterung stimmte die Gemeindevertretung für die Durchführung des Planes Nr. 365 365. Die Öffnung der äußerlich nur mit Kennziffer bezeichneten Umschläge ergab, daß der Dipl. Ing. Brunne aus Hemmerde der Verfasser des Entwurfes Nr. 365 365 ist." 2)

Den endgültigen Beschluß zum Neubau einer Schule an der Königsborner Straße nach den Plänen des Architekten Brunne faßte der Gemeinderat am 25. September 1963. Entgegen dem ursprünglichen Beschluß sollte die Schule nun in einem Zuge gebaut werden.

Nach Genehmigung der Pläne durch die Regierung in Arnberg am 22. Januar 1964 wurde am 6. März der Architektenvertrag zwischen der Gemeinde und Dipl. Ing. Brunne abgeschlossen. Am 22. 4. 1964 wurde dann noch einmal über den Bau des Sportteiles beraten."

"Sehr eingehend beschäftigten sich die Massener Gemeindevertreter in ihrer öffentlichen Sitzung am Mittwoch im Jägerhof mit dem Bau der neuen Volksschule in Niedermassen. Eine neue Version war in das geplante Projekt gekommen, weil die Massener Sportler an den Bau einer größeren Sporthalle interessiert sind, in der auch Handball gespielt werden kann. Die Grundsatzentscheidung ging schließlich dahin, daß die neue Schule nur schulischen Belangen dienen soll Der Bau einer größeren Sporthalle würde ferner den Baubeginn der Schule in unvertretbarem Maße verzögern, weil mit dem

[1) Fußnote fehlt im Manuskript von Sydow]

[2) Fußnote fehlt im Manuskript von Sydow]

gleichzeitigen Bau eines Sportplatzes der Ankauf von weiterem Gelände notwendig würde. Dazu hatte sich gezeigt, daß die Benutzung der Sporthalle der Schule an der Buderusstraße durch Sportler keine ideale Lösung darstelle.

Da die neue Sporthalle auch der Marienschule zur Verfügung stehen muß, wird sie von mindestens 20 Schulklassen benutzt werden. Die Kosten würden sich durch eine Vergrößerung auf 1,4 Millionen erhöhen und die Zuschüsse um mehr als die Hälfte verkürzen." 3)

Es blieb also bei der ursprünglichen Planung, eine Turnhalle von 14 x 28 m und eine Kleinstschwimmhalle - Lehrschwimmbecken mit versenkbarem Boden - in einem Gebäude zu errichten. Am 20. Juli 1964 wurde mit dem Bau des Schulteiles begonnen, der am 30. 6. 1965 im Rohbau fertig war. Im Laufe des Jahres mußte sich der Architekt Brunne noch einmal mit dem Problem der Entwässerung beschäftigen. Die Regenperioden im vorausgegangenen Sommer 1964 hatten gezeigt, daß die für die Schule geplante Entwässerungsanlage nicht ausreichen würde.

Im Herbst 1966 hatte man ein wichtiges Etappenziel erreicht: in gut zweijähriger Bauzeit war der schulische Teil fertiggestellt worden. Als erster konnte am 1.

September der Hausmeister Wrobel - er war im Dezember 1965 vom Gemeinderat für diese Aufgabe gewählt worden - seine Dienstwohnung beziehen.

Am 29. Oktober konnte dann mit der Inneneinrichtung der Schule begonnen werden.

Die Schule verfügte über:

- 12 Klassen, 6 Gruppenräume, einen Mehrzweckraum für Knaben mit Vorbereitungsraum, einen Mehrzweckraum für Mädchen mit Nebenraum und einen Werkraum für Knaben mit Nebenraum,
- die Lehrküche (Kochraum, Speiseraum, zwei Speisekammern), je einen Vorratsraum, Dunkelraum, Geräte- und Putzraum, einen Umkleideraum für die Schülerinnen und einen für die Lehrerin,
- ein Schulleiterzimmer, einen Lehrmittelraum (Bücherei), einen Elternsprech- bzw. Arztraum, ein Lehrer- bzw. Konferenzzimmer,
- den Eingang mit Windfang und Vorplatz, dem Hausmeisterdienstraum, dem Eingangs- bzw. Festraum (200 m²),
- den Sportteil - Fertigstellung voraussichtlich im August 1967 - mit der Turnhalle, den Geräteraum, zwei Umkleide- und Duschräume für Schüler, ein Turnlehrerzimmer und die Schwimmhalle (Becken 8,00 x 16,66 m) mit zwei Umkleide- und Duschräumen, dem Bademeisterraum mit Duschaum. 4)

3) "Hellweger Anzeiger" vom 24. 4. 1964

4) Nach: Karl Brunne, Baubeschreibung der Schule

Zur "Anordnung der Schulanlage auf dem schlanken Nord-Süd-Gelände" schrieb der Architekt:

- "Die vier Klassen des 1. und 2. Schuljahres bilden das Klassenhaus der Kleinen. Es ist eingeschossig, von Westen und Osten belichtet und liegt im parkähnlichen Grün der Freiluftklassen. Die Klassen sind kindgemäß in Form und Maßstab, auch wohnlich und liegen bevorzugt.

Das Hauptklassenhaus ist zweigeschossig, hat Südklassen und ist von der Straße abgewandt und von ihr durch den Eingangsgrünraum abgetrennt. Es enthält eine geschlossene Pausenhalle, die auch als Schul- und Festhalle genutzt werden kann.

Das zweigeschossige Sonderklassenhaus enthält im Erdgeschoß für sich die Schulküche in guter Beziehung zum Schulgarten, ist ausgestattet mit einem Sonderzugang. Im Obergeschoß sind die Mehrzweck- und Werkräume. Die Verwaltung liegt gut erreichbar. Der kleine Pausenhof ist gleichsam die Erweiterung der großen Pausenhalle. Seine architektonische Fassung hebt seine schulische Bedeutung. Der große Pausenhof ist westwindgeschützt, hat Beziehung zum Gartenland, zum Sportplatz und nimmt Schülerzuwege auf.

Wageneinstellplätze und Unterstellmöglichkeit für Fahrräder befinden sich an der Wirtschaftszufahrt.

Die Hausmeisterwohnung liegt abgesetzt von der Schulanlage in Verlängerung der Pavillonklassen. Sie ermöglicht eine gute Kontrolle für die außerschulische Benutzung der Turnhalle und der Sportübungsplätze." 5)

Die Einrichtung der Schule erfolgte nach vorausgegangenen Beschlüssen des Gemeinderates. So wurden z.B. die Schulmöbel von der Gemeinde, die anderen Einrichtungsgegenstände vom Architekten beschafft. (Beschuß vom 16. 6. 1966) Für den Kauf der Möbel waren 132562 DM erforderlich, für deren Kauf erhielt die Gemeinde aber den üblichen Ergänzungszuschlag von 40%, wegen der besonderen Notlage der Gemeinde waren aber 50 % beantragt worden. Für die Pausen-bzw. Festhalle lieferte die Fa. Horstmann, Unna, 180 Stapelstühle. Die Ausstattung der Lehrküche für 13132,58 DM führte die Fa. Bäumker, Hamm, die des Lehrmittelraumes für 7844,35 DM die Fa. Feige, Hemmerde, aus.

5) Karl Brunne, Baubeschreibung der Schule

Am 1. Dezember 1966 wurde die neue Volksschule an der Königsborner Straße ihrer Bestimmung übergeben. Auf Beschluß des Gemeinderates vom 27. 10. 1966 trug sie den Namen "Hellwegschule" und sollte die Tradition einer alten Massener Schule weitertragen.

- "Schulrat Horn, Kreiskämmerer Warnke, Amtsdirektor Klockenhoff waren als Ehrengäste geladen, als gestern Architekt Brunne aus Hemmerde den symbolischen Schlüssel für die neue Hellwegschule an Bürgermeister Holzapfel überreichte. An der Feierstunde, die durch den Schülerchor musikalisch umrahmt wurde, nahmen außerdem die ehemalige Lehrerin und Rektorin Hedwig Thüner - sie unterrichtete über 40 Jahre an der Hellwegschule - und Hauptlehrer Fritz Wulff teil. Bürgermeister Holzapfel bezeichnete den Schulneubau als ein Spiegelbild verantwortungsvoller Kommunalpolitik und reichte den Schlüssel an Rektor Kroll-Bothe weiter." 6)

Bis zum Jahresende 1967 wurde dann auch der Sportteil der Hellwegschule mit Turnhalle und Lehrschwimmbecken termingerecht fertig und konnte am 30. 12. gewissermaßen "5 Minuten vor 12" seiner Bestimmung übergeben werden.

- "Bürgermeister Holzapfel vollzog seine letzte Amtshandlung als Bürgermeister und der Schulrat (Horn) erklärte dazu, daß der letzte Tag von Massen auch ein großer Tag des Bürgermeisters sei, dessen Verdienste er nachdrücklich unterstrich....

Bei der anschließenden Besichtigung überraschte insbesondere die Ausstattung des Lehrschwimmbeckens, das sich durch einen hydraulischen Hubboden von 0,20 auf 1,80 m Tiefe verstellen läßt und 8 x 16,66 m lang ist. So ergeben 6 Bahnen die Strecke von 100 m. Über Durchlaufgarderoben und Brauseräume erreicht man die eigentliche Halle.

In der Turnhalle, die über der Schwimmhalle liegt, gewährt eine Wand aus Sicherheitsglas den freien Blick nach draußen. Die Einrichtung mit Geräten ist vierfach ausgelegt. Zu ihr gehören Kletterstangen, Seile, Barren, Kästen und ein Trampolin. Schallschluckende Decke und Warmluftheizung sorgen für eine angenehme Atmosphäre.

"Wir haben in unserer Jugend solche Sportanlagen nicht gehabt", bekannte Bürgermeister Holzapfel... " 7)

Die Turnhalle war auf Beschluß des Gemeinderates vom 27. 2. 67 von der Fa. Müsse in Hagen für 22000 DM eingerichtet worden.

6) "Hellweger Anzeiger" vom 2. 12. 1966

7) "Westfälische Rundschau" vom 2. 1. 1968

Nach dem Umzug der Gemeinschaftsschule in das neue Domizil an der Königsborner Straße konnte nun mit dem Umbau des alten Gebäudes für die Zwecke der kath. Hellwegschule, die seit dem 15. Juni 1960 dem Namen "Marienschule" trug, begonnen werden.

Schon am 19. Dezember 1962 hatte sich der Gemeinderat neben dem Schulneubau an der Königsborner Straße mit dem Umbau der Hellwegschule befaßt:

- "Der geplante Neubau an der Königsborner Straße wird die Gemeinschaftsschule aufnehmen. Dadurch kann vom katholischen System der Hellwegschule das gesamte, im Augenblick noch von zwei Systemen benutzte Gebäude in Anspruch genommen werden. Von den heute vorhandenen zwölf Klassen sollen zur gegebenen Zeit vier zu schulischen Nebenräumen (Lehrerzimmer, Werkräume usw.) umgestaltet werden." 8)

In der Sitzung des Gemeinderates am 20. Oktober 1965 - "Schulprobleme standen im Vordergrund" - ging es auch wieder um die Belange der Marienschule. Durch einen Umbau des Gebäudes sollten dann für die Schule neben 8 Klassenzimmern die bisher noch fehlenden Verwaltungsräume (Schulleiter-, Lehrer-, Lehrmittel- und Elternzimmer) und die notwendigen Sonder- bzw. Werkräume eingerichtet werden. Man rechnete damit, daß diese Arbeiten 1970 abgeschlossen sein könnten. Im Dezember des gleichen Jahres erläuterte der mit dem Umbau beauftragte Architekt Menne den Mitgliedern des Schulausschusses seine Pläne. Die neuen Toiletten sollten als Anbau errichtet und durch eine Pausenhalle mit dem alten Gebäudeteil verbunden werden. Ein späterer Anbau von weiteren vier Klassen wäre möglich. Zur Zwischenfinanzierung der Um- und Erweiterungsbauten der Hellwegschule wurde auf Beschluß des Gemeinderates vom 16. 5. 1966 bei der Sparkasse des Amtes Unna-Kamen ein Darlehen von 296300 DM aufgenommen.

Als die Hellwegschule am Mittwoch, dem 25. Januar 1967, vom Ltd.

Regierungsdirektor Parduhn aus Arnsberg besichtigt wurde, war sie bereits von den Kindern der Marienschule geräumt worden. Diese wurden in der Zeit des Umbaus in der neuen Hellwegschule an der Königsborner Straße unterrichtet. Zu diesem Zwecke waren hier Neben- und Mehrzweckräume vorübergehend als Klassenräume eingerichtet worden. Zur Arnsberger Kommission gehörten noch Oberregierungsrat Uhlenkükén und Regierungsassessor Prinz zu Waldeck. Von der Verwaltung des Amtes Unna kamen waren Oberverwaltungsrat Hühnervogt, Oberbaurat Hiddemann, Assessor Bönker

8) "Hellweger Anzeiger" vom 21. 12. 1962

und Amtsassistent Frischemeyer, von der Gemeinde Massen Bürgermeister Holzapfel, die Hauptlehrer Franetzki und Lethaus zugegen. - "Anlaß zu der Besichtigung der Marienschule war der Antrag des Schulverwaltungsamtes beim Amt Unna-Kamen auf Inaussichtstellung eines Staatszuschusses zu den Baukosten für Um- und Erweiterungsbau und auf Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn.....

Der 1. Bauabschnitt soll so erfolgen, daß von den vorhandenen 12 Klassen acht verbleiben und vier zu Nebenräumen eingerichtet werden. Im Erdgeschoß werden zwei Gruppenräume, ein Mehrzweckraum für Knaben, ein Mehrzweckraum für Mädchen, ein Werkraum für Knaben sowie die Schulverwaltung mit einem Lehrerzimmer, einem Lehrmittelraum, einem Schulleiterzimmer, einem Elternsprech- und Arztraum, einer Schülerbücherei und einem Turngeräteraum errichtet. Die Baukosten hierfür sehen einen Zuschuß vor.

Regierungsdirektor Parduhn war mit der Art und dem Umfang des Um- und Erweiterungsbau einverstanden. Er erklärte jedoch, daß mit einem Ergänzungszuschuß in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen sei, da die Mittel auf zwei Jahre hinaus verplant seien. Er räumte jedoch ein, einmal zu überprüfen, ob die Möglichkeit bestehe, daß 1968 die eine Hälfte des eingeplanten Staatszuschusses und 1969 die andere Hälfte in Aussicht gestellt wird." 9)

Die örtlichen Teilnehmer bedeuteten den Herrn aus Arnsberg, daß die Marienschule sich bereits seit Jahren mit ungenügenden Raumverhältnissen zufrieden geben mußte, eine ihrer Klassen täglich zur Gerhart-Hauptmann-Schule gefahren wurde. Auch Bürgermeister Holzapfel bat dringend darum, die beantragten Mittel bald zu bewilligen, da die Gemeinde wegen ihrer hohen Ausgaben für den Schul- und Straßenbau darauf angewiesen wäre.

Einige Wochen später - Ende Februar 1967 - erhielt die Gemeinde von der Bezirksregierung in Arnsberg die Genehmigung zum vorzeitigen Um- und Erweiterungsbau der Marienschule. Der Architekt Menne aus Unna konnte nun mit dem sofortigen Beginn der Arbeiten betraut werden. So konnte der Umbau des alten Gebäudes - geplant als 1. Bauabschnitt - sofort in Angriff genommen werden. Als 2. Bauabschnitt war eine Erweiterung auf zwölf Klassen für etwa 380 Schüler um 4 Klassen- und Gruppenräume vorgesehen.

9) "Hellweger Anzeiger" vom 28./29. Januar 1967

Anfang Juli 1967 waren die Umbauarbeiten in der Marienschule so weit fortgeschritten, daß ihre Schüler und Lehrer nach den großen Ferien würden zurückkehren können. Überdacht bzw. aufgegeben werden mußte die Planung für den 2. Bauabschnitt - die Erweiterung der Schule um weitere Klassen- und Gruppenräume - die durch die Neuordnung des Massener Schulwesens überflüssig geworden war. Im April 1968 waren die einjährigen Umbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von 450000 DM abgeschlossen. Das Gebäude, das in den Jahren von 1894 bis 1910 erbaut worden war, präsentierte sich den Ehrengästen in einem neuen Kleid, als es am 29. April feierlich seiner Bestimmung übergeben wurde.

Die Festrede hielt Unnas Bürgermeister Erich Göpfert, denn seit dem 1. Januar 1968 war im Zuge der kommunalen Neuordnung aus der selbständigen Gemeinde Massen der westlichste Stadtteil von Unna geworden.

XXV

Auf dem Wege zur Neuordnung

Während die Massener Gemeindevertreter - von ihrem Bürgermeister unablässig angetrieben - sich erfolgreich bemühten, der Raumnot an ihren Schulen ein Ende zu setzen, blieb ihnen der Erfolg bei der Lösung eines zweiten wichtigen Problems verwehrt: den akuten Lehrermangel, der auch den Unterricht in Massen beeinträchtigte, konnten sie selbst nicht beseitigen. Vor diesem Hintergrund wurde die Aufrechterhaltung des Unterrichtes in der Heideschule zu einem Problemfall, zu einem "heißen Eisen" für den Gemeinderat. Mit ihren 28 Schulkindern gehörte sie zur Kategorie der sogenannten Zwergschulen, deren Auflösung nur noch eine Frage der Zeit war.

Konnte man für die 28 schulpflichtigen Kinder in der Heide eine Lehrkraft abstellen, wenn an den Massener Schulen nicht alle Lehrerstellen besetzt werden konnten? Schulleiter bzw. alleiniger Lehrer der Heideschule war Hans Günther Dilcher. Als Nachfolger des tödlich verunglückten Lehrers Friedrichs war er nach zweijähriger Tätigkeit (vom 2. 5. 56 bis zum 3. 6. 58) zur Heideschule versetzt worden. Da er sich persönlich stark für den Erhalt seiner Schule engagierte und dabei selbstverständlich von den Eltern seiner Schülerinnen und Schüler unterstützt wurde, wurde das Fortbestehen dieser einklassigen Schule wie bereits in früheren Jahren zu einem heißen Eisen für die Gemeindevertreter.

Im Juni 1964 ergriff dann die Schulpflegschaft der Blücherschule die Initiative zur Lösung dieses prekären Problems:

"In den vergangenen Tagen haben auf Initiative der Schulpflegschaft der Obermassener Blücherschule Verhandlungen mit der Schulpflegschaft der Heideschule begonnen, durch die eine möglichst baldige Zusammenlegung beider Volksschulen herbeigeführt werden soll. Die Verhandlungen, die von den Vorsitzenden beider Schulpflegschaften, Margarete Truhr (Heideschule) und Hermann König (Blücherschule) geführt werden, haben nicht nur bereits die Zustimmung von Bürgermeister Holzapfel gefunden, sondern sind auch in Kreisen der Elternschaft auf Interesse und Anerkennung gestoßen.

Die Zusammenlegung beider Schulen bringt beiden Seiten

beachtliche Vorteile. Den Kindern der Heideschule dürften sich in der modern ausgebauten, mehrklassigen Blücherschule Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Die Blücherschule, die 7 Lehrerstellen beanspruchen darf, könnte endlich die infolge des Lehrermangels immer noch vakante 7. Lehrerstelle mit dem Lehrer aus der Heide ersetzen. Das wäre in zweifacher Hinsicht für alle Schüler ein Erfolg. Nämlich einmal könnte ein ordentlicher Stunden- und Unterrichtsplan eingehalten werden, ohne daß Turn-, Geschichtsstunden u. a. bisher wegen des Lehrermangels ausfallen müßten. Obwohl die Blücherschule selbst mit Lehrkräften unterbesetzt ist, muß sie z.B. für den wöchentlichen Handarbeitsunterricht für 6 Mädchen in der Heideschule regelmäßig eine Lehrerin abstellen.....

Die angestrebte Vereinigung beider Schulen wird außer der Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten auch den Gemeindegeldbeutel fühlbar entlasten, da die unwirtschaftliche Heideschule jährlich mehrere Tausend DM an Betriebs- und Unterhaltungskosten verursacht." 1)

Doch die Elternschaft in der Massener Heide wehrte sich entschlossen gegen die Stilllegung ihrer Schule. Dem bisher monatelangen Hickhack zwischen den Eltern, der Schulpflegschaft, dem Schulausschuß, dem Schulamt und der Gemeinde macht die Erkrankung des Lehrers Dilcher am 7. Juli 1964 ein Ende. Da er so ernstlich erkrankt war, daß nicht abzusehen war, wann er wieder dienstfähig sein würde, mußte man handeln. Zunächst mußte die Blücherschule die Vertretung stellen, die zu einem erheblichen Unterrichtsausfall an dieser Schule führte. Als die hier tätige Lehrerin Annegret Tewes am 1. September dann ihren Studienurlaub antrat, mußte eine Lehrkraft der Hellwegschule den Vertretungsunterricht im September übernehmen. Gegen den Unterrichtsausfall an ihren Schulen liefen die Eltern Sturm.

Nun mußte die Gemeinde handeln, denn bei ihr allein lag nach dem Schulverwaltungsgesetz die Entscheidung über das Fortbestehen bzw. die Schließung einer Schule. In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde im September über die Existenzberechtigung der umstrittenen Schule diskutiert, und der "Hellweger Anzeiger" berichtete: - "Mit Ablauf dieses Monats wird die einklassige Volksschule in der Massener Heide ihre Türen schließen und die Kinder

1) "Hellweger Anzeiger" vom 13./14. Juni 1964

aus der Massener Heide werden die Blücherschule in Obermassen besuchen. So hat die Gemeindevertretung in dieser Angelegenheit entschieden. Mit einem Autobus werden die Kinder von der Massener Heide abgeholt und zur Blücherschule gefahren. Nach Unterrichtsschluß erfolgt in gleicher Weise die Rückfahrt. Der Gemeinde entstehen hierfür täglich fünf Mark Fahrkosten." 2) Dieser Beschluß sollte zunächst bis zum 31. 5. 1965 gelten und der Lehrer Hans Günther Dichler sollte nach seiner Genesung dann zur Blücherschule abgeordnet werden. In der Gemeinderatssitzung am 17. 3. 1965 fiel dann die endgültige Entscheidung: - "Eine ihrer schwersten Entscheidungen hatte die Massener Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am Mittwoch im Lokal Gerdes zu fallen. Nach einer ausführlichen Debatte stimmten zwölf Gemeindevertreter für die Schließung der Heideschule. Gemeindevertreter Scheibler aus der Massener Heide stimmte gegen die Schließung und Gemeindevertreter Paschedag enthielt sich der Stimme.

In einem Schreiben an die Gemeindevertretung und an die Fraktionen hatten sich zwölf Elternpaare für die Erhaltung der Heideschule eingesetzt und dabei Gründe angeführt, die zwar nicht vollständig von den Gemeindevertretern abgewiesen wurden und zum Teil Verständnis fanden.....

Der Lehrermangel, im Kreise Unna fehlen 165 Lehrer, war einer der entscheidenden Gründe dafür, daß nun doch die Auflösung der Schule befürwortet wurde. Während in der einklassigen Volksschule in der Massener Heide 24 Kinder unterrichtet werden, sind Einzelklassen an anderen Schulen oft mit 50 Kindern belegt. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß an einklassigen Volksschulen den Kindern nicht mehr das Wissen vermittelt werden könne, das sie für das spätere Leben brauchen.....

Gewiß sehr treffend sagte Bürgermeister Holzapfel nach der Abstimmung, daß die Entscheidung keinem Gemeindevertreter leichtgefallen sein dürfte." 3)

Die Kinder aus der Heide besuchten von nun an weiterhin die Blücherschule, ein Bus brachte sie zur Schule und zurück in ihren Ortsteil. Die Fahrkosten trug die Gemeinde. Die Schließung der Schule fand die Zustimmung des Kultusministeriums. -

Lehrer Dilcher wurde am 1. 4. 66 von der Blücherschule nach Hengsen versetzt, wo er die Hauptlehrerstelle übernahm.

2) "Hellweger Anzeiger" vom 23.9. 64

3) "Hellweger Anzeiger" vom 19.3. 65

Eine wichtige Veränderung gab es zum 1. 4. 66 auch an der Hellwegschule. Rektor Erwin Petzhold mußte wegen einer schweren Erkrankung aus dem Schuldienst ausscheiden. Als sein Nachfolger wurde von den zuständigen Schulbehörden dem Lehrer Horst Kroll-Bothe die vakante Rektorenstelle zugewiesen. Er war bisher Lehrer an der einklassigen Schule in Kessebüren gewesen. Von der Gemeindevertretung wurden keine Bedenken gegen die Besetzung der Stelle erhoben.

Zu Beginn des Jahres 1967 mußte dann auch die Schulleiterstelle der Blücherschule neu besetzt werden, Hauptlehrer Heinrich Twente war auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden. Der neue Mann wurde vom Schulrat Horn am 19. 1. 67 offiziell in sein Amt eingeführt. "In einer kleinen Feierstunde wurde gestern morgen der neue Schulleiter der Blücherschule in Massen, Hauptlehrer Walter Lethaus mit der Überreichung der Ernennungsurkunde durch Schulrat Horn offiziell in sein Amt eingeführt.

Auf dieser Feier beglückwünschten die Vertreter aus dem öffentlichen Leben den neuen Hauptlehrer zu seinem Entschluß, Schulleiter der Blücherschule in Obermassen geworden zu sein. Wenn die Dienstbezeichnung Hauptlehrer in unserer heutigen Zeit etwas eigenartig klinge, führte Schulrat Horn aus, so sei damit zum Ausdruck gebracht, daß er der Erste unter Gleichen und eben das Haupt der Schule sei.

Bürgermeister Holzapfel gab in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Blücherschule bald Mittelpunktschule sein werde." 4)

Die beiden neuen Schulleiter standen vor der wichtigen Aufgabe, an der sich andeutenden Neuordnung auch des Volksschulwesens in Massen verantwortlich mitzuarbeiten. In der Mitte der sechziger Jahre wurden die Bestrebungen immer deutlicher erkennbar, das Volksschulwesen neu ordnen zu müssen. Ihnen lag die Erkenntnis zu Grunde, daß die Volksschulen in der bisherigen Form und mit ihrem überkommenen Aufbau nicht mehr in der Lage waren, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag ohne Schwierigkeiten durchzuführen. Als Voraussetzung wurde eine organisatorische Änderung des Volksschulwesens angestrebt, dabei sollten die Grundschulklassen aus ihrer bisherigen Anbindung an die Volksschulen gelöst und selbständige Systeme mit eigenständigen Aufgaben

4) "Hellweger Anzeiger" vom 20. 1. 1967

werden.- Die bisherige Mittel- (5. und 6: Schuljahr) und Oberstufe (7. und 8. Schuljahr) der Volksschule alter Art sollten als "Hauptschule" zusammengefaßt, die Aufgaben einer weiterführenden Schule erhalten.

Auf Grund dieser Erkenntnisse und der sich daraus ergebenden Entwicklungen beschloß die Gemeindevertretung in ihren Sitzungen am 27. 10. und am 10. 11. 1966, daß in der neuen Hellwegschule als sogenannter Mittelpunktschule mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. Dezember 1966 - bekanntlich ein Kurzschuljahr - alle Schüler vom 7. bis. zum 9. Schuljahr unterrichtet werden sollten. Mit der Ablösung des alten Reichsschulgesetzes war zum 1. Dezember 1966 die Einführung des 9. Schuljahres als Pflichtschuljahr vorgesehen.

- "In der letzten Gemeinderatssitzung in Massen, in der die Gemeindevertreter einstimmig den Namen "Hellwegschule" für den Neubau an der Königsborner Straße festlegten, wurde dieser Lehranstalt gleichzeitig der Status einer Mittelpunktschule aller Gemeinschaftsschulen zuerkannt. In der neuen "Hellwegschule" werden mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. Dezember 1966 alle Schüler des siebenten bis neunten Schuljahres nach neuen Unterrichtsmethoden den Lehrstoff zu bewältigen haben. Gleichzeitig erhielt die Massener Buderus-Schule vom Gemeinderat den Status einer Stammschule. Neue Wege, neue Richtungen, die nicht nur von den einzelnen Schulträgern, sondern auch von den Eltern und nicht zuletzt von den Schülern selbst bewältigt werden müssen." 5)

Der Volksschuloberstufe - dem 7. bis 9. Schuljahr - galt die besondere Aufmerksamkeit dieser Neuordnung. Durch die Zusammenziehung der Schülerinnen und Schüler der oberen Jahrgänge in sogenannten Mittelpunktschulen sollten besonders in ländlich geprägten Gebieten die Bildung reiner Jahrgangsklassen und mindestens ein zweizügiger Ausbau der Volksschuloberstufe erreicht werden. Den Stammschulen blieben die Grundschulklassen, das 1. bis 4. Schuljahr und die Volksschulmittel- bzw. die Beobachtungstufe (= 5. und 6. Schuljahr) zugeordnet. So präsentierte sich nun das Massener Schulwesen ab 1. 12. 66 in neuer Ordnung:

- die Hellwegschule in doppelter Funktion als Stamm- und Mittelpunktschule in doppelter Funktion (= 1. - 9. Schuljahr),
- die Blücherschule in Obermassen als Stammschule (= 1.- 6. Schuljahr),

5) "Hellweger Anzeiger" vom 11. November 1966

- die Marienschule in Niedermassen als kath. Volksschule (= 1. -8. Schuljahr),
 - die Gemeinschaftsschule in Massen-Nord als Stammschule (= 1. - 6. Schuljahr).
- Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte auch die Heideschule geschlossen werden müssen. Mittelpunkt- und Stammschule waren aber nur eine Durchgangsform auf dem Wege zur eigenständigen Grund- und Hauptschule.

Die Schule an der Buderusstraße, die aus ihrer organisatorischen Abhängigkeit von der Hellwegschule gelöst worden war, erhielt auf Beschluß des Gemeinderates vom 14. 12. 1968 den Namen "Gemeinschaftsvolksschule Massen-Nord". Sie sollte als selbständiges System von einem Hauptlehrer geführt werden. Der hier als Schulleiter amtierende Konrektor Kähmann kehrte als Schulleiter an die Hellwegschule zurück.

Auf Grund der eingetretenen Änderung des Massener Schulwesens wurden vom Gemeinderat am 20. April 1967 in einer Rechtsverordnung die Grenzen der Schulbezirke neu festgesetzt.

- Die Hellweg-Gemeinschaftsvolksschule übte eine doppelte Funktion aus. Zu ihrem Bezirk als Stammschule gehörte der Ortsteil Niedermassen zwischen der Eisenbahnlinie von der Gudrun- bis zur Bismarckstraße (nördliche Grenze) und dem Eingang zur Badeanstalt an der Kleistraße (südliche Grenze). Ihr Schulbezirk als Mittelpunktschule deckte sich mit den Gemeindegrenzen.

Der Schulbezirk der kath. Marienschule umfaßte ebenfalls das gesamte Gemeindegebiet. Sie war die zuständige Schule für alle kath. Kinder vom 1. bis zum 8. Schuljahr. Die Kinder des 9. Schuljahres hatten eine kath. Mittelpunktschule in Unna zu besuchen.

- Zum Schulbezirk der Blücher-Gemeinschaftsvolksschule (Stammschule) gehören die Ortsteile Massener Heide und Obermassen. Seine nördliche Grenze (= südl. Grenze Hellwegschule als Stammschule) bildete der Eingang zur Badeanstalt mit den Grundstücken Dellwig und Siebel. Die Haldenstraße und die Poststraße südlich der Haldenstraße gehörten ebenfalls zu diesem Bezirk.
- Zum Bezirk der Gemeinschaftsvolksschule Nord gehört der Ortsteil Massen-Nord. Seine südliche Grenze deckte sich mit der nördlichen Grenze Hellwegschule als Stammschule.

- Die Gerhart-Hauptmann-Schule blieb die allein zuständige Schule für alle Kinder, deren Eltern im Durchgangwohnheim vorübergehend Aufnahme fanden.

Diese Grenzen mußten von nun ab von allen Eltern beachtet werden, die schulpflichtige Kinder hatten. Diese mußten die Schulen besuchen, in deren Bezirk sie wohnten.

Als am 1. Januar 1968 im Zuge der kommunalen Neuordnung das bisher selbständige Massen nach Unna eingemeindet wurde, gab es in Massen geordnete und ausreichende Volksschulverhältnisse. Sie bildeten auch die Grundlage bei der landesweiten Neuordnung des Schulwesens zu Beginn des Schuljahres 1968/69. Aus der "Hellweg-Gemeinschaftsvolksschule" wurde die "Hellweg-Hauptschule", die "Blücherschule" und die "Marienschule" wurden Grundschulen, und die "Gemeinschaftsschule Nord" wurde aufgelöst. Wegen ihrer besonderen Aufgabe - der Betreuung von Aussiedler- und Flüchtlingskindern - wurde die Gerhart-Hauptmann-Schule von der Neuordnung nicht betroffen und blieb eine Volksschule alter Art. Die Stadt Unna war in der glücklichen Lage, daß in ihrem westlichsten Stadtteil die vorhandenen Schulen bei der Neuordnung des Schulwesens nicht nur weiter genutzt werden konnten, sondern, daß sie auch am richtigen Platz standen.

Zum Schulbezirk der "Hellweg-Hauptschule" gehörte das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Massen. Die Schulbezirksgrenzen der beiden Gemeinschaftsgrundschulen in Nieder- und Obermassen deckten sich mit den Grenzen der aufgelösten Stammschulen (Hellwegschule in Nieder- und Blücherschule in Obermassen).

Die Grundschulkinder aus dem Ortsteil Massen-Nord wurden mit einem Bus zur Grundschule nach Obermassen gebracht. Hier wurde aus der "Blücherschule" die "Sonnenschule". Auf einer Versammlung im Oktober 1968 stimmten die Eltern für diesen Namen.

- "In der Sonnenschule Unna-Massen fand unter der Leitung des Elternpflegschaftsvorsitzenden Hans-Joachim Franke und im Beisein von Ortsvorsteher Köhnemann und dem Schuldezernenten der Stadt Unna, Oberverwaltungsrat Hünervogt, eine Elternversammlung statt. Schulleiter Walter Lethaus gab dabei einleitend einen kurzen Überblick über die derzeitigen Baumaßnahmen Anschließend diskutierten die Eltern über die neue Namensgebung der Schule. Der Hauptausschuß der Stadt Unna hatte

in einer seiner Sitzungen auf schriftlichen Antrag der Schulpflegschaft die Blücherschule in Sonnenschule umbenannt. Bei diesem Antrag wurde jedoch von der Schulpflegschaft ein Formfehler gemacht, indem vor dem offiziellen Schreiben an die Stadt Unna keine regelrechte Abstimmung unter den Mitgliedern erfolgte. In der Hauptausschußsitzung hat man über dieses Problem noch einmal diskutiert, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß nicht alle Eltern mit dem neuen Namen Sonnenschule einverstanden seien. Der Hauptausschuß hat daraufhin beschlossen, die Schule als "Gemeinschafts-Grundschule Obermassen" zu bezeichnen. Gegen diesen Namen wehrten sich jedoch die Eltern am Donnerstagabend und stimmten diesmal offiziell über die Namensgebung ab. Mit 21 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme wurde der Name "Sonnenschule" gewählt. 6)

Auch die ehemalige kath. Marienschule bekam einen neuen Namen und wurde in Schillerschule umbenannt. Als einzige Massener Schule bekam sie mit Rektor Wichmann einen neuen Schulleiter. Der bisherige Schulleiter, Hauptlehrer Franetzki, blieb bis zu seiner Pensionierung als Konrektor an der Schule tätig.

6) "Hellweger Anzeiger" vom 26./27. Oktober 1968

XXVI

Die wechselnden Situationen an der Gerhart-Hauptmann-Schule

Während die Unterrichtsverhältnisse für die einheimischen Kindern in den Massener Schulen sich normal entwickeln konnten und von Beständigkeit geprägt waren, da sie auf Grund der gegebenen, stets überschaubaren örtlichen Verhältnisse im Voraus planbar blieben, wurde der Schulbetrieb in der Gerhart-Hauptmann-Schule für die Kinder aus dem "Lager" von ständig, fast täglich wechselnden Situationen bestimmt, beständig blieb hier nur der Wechsel. Die Menschen, die im Hauptdurchgangslager Massen – dem späteren Durchgangwohnheim, der heutigen Landesstelle - Zuflucht fanden, waren die kleinen unscheinbaren Opfer der "großen Politik", der Spannungen zwischen den Mächten in Ost und West, des sogenannten "Kalten Krieges", den die Gutgläubigen wie die Bequemen nicht wahr haben wollten. Die Unwägbarkeiten dieser Auseinandersetzungen ließen die Ströme der Menschen, die aus dem Osten und Südosten Europas in die freiheitliche Bundesrepublik kamen, an- und anschwellen. Die Schicksale davon betroffener Menschen wurden im Alltag dieser Schule spürbar. Ihren Lehrkräften machte die unmittelbare Nachbarschaft der Hellwegschule -Nord deutlich, unter welchen, für Außenstehende nicht vorstellbaren Bedingungen, sie ihren Dienst verrichten mußten:

- Nebenan in der Schule für die einheimischen Kinder gab es eine feste Schülerzahl, beständige Klassengemeinschaften von etwa 40 Kindern, die von ihren Lehrern für einen längeren Zeitraum, ein bis zwei Jahre lang geführt wurden. Sie kannten jeden Schüler und jede Schülerin, mit allen ihren Eigenschaften, Stärken und Schwächen, und wußten auch über ihre Familienverhältnisse Bescheid.

- An ihrer Schule bestimmte die stets starke Fluktuation die ständig wechselnde Zusammensetzung der Klassengemeinschaften, im Laufe eines Schuljahres betreuten sie durchschnittlich 200 bis 230 Kinder, also etwa 4 bis 5 Klassengemeinschaften. Sie mußten sich ständig an neue Gesichter gewöhnen, sich auf neue Schülerinnen und Schüler einstellen, konnten sie kaum kennen lernen, über ihre Familien wußten sie nur wenig.

- Nebenan kamen die Kinder aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Schule, sie waren hier aufgewachsen, alles war ihnen vertraut, nicht einmal die Lehrer waren ihnen fremd, und diese kannten sich in der Umwelt ihrer Schülerinnen und Schüler aus.

- Die Kinder aus dem Durchgangwohnheim kamen aus "aller Herren Länder", aus Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen und Thüringen in Mitteldeutschland, aus den ehemaligen preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße, aus den Volksdeutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südost-Europa, aus Landschaften mit unterschiedlichen Merkmalen. Sie gehörten allen deutschen Stämmen mit ihren unterschiedlichen Merkmalen an und waren sich untereinander fremd. Der Lehrer mußte sie alle unter einen Hut bringen: die bedächtigen Mecklenburger, die "hellen" Sachsen und die "kessen Berliner Gören" und dazu jene, die von weither kamen, deren Heimatländer ihm fremd waren.

Alle Bemühungen des Kollegiums, ihre Schule als Sonderschule anzuerkennen, blieben unerfüllt.

Die Lehrkräfte dieser Schule mußten über das normale Unterrichten diesen Kindern nicht nur helfend zur Seite stehen, sie hatten auch deren Eltern über den zukünftigen schulischen Weg ihrer Kinder zu beraten, hatten ständig Entscheidungen zu treffen, für die es keine gesetzlichen Grundlagen gab. Dabei machten sie die bittere Erfahrung, nicht in dem Maße helfen zu dürfen, helfen zu können, wie sie es für notwendig hielten. Sie standen jeden Morgen vor dem gleichen Dilemma und erfuhren aber auch jeden Tag die Dankbarkeit und das Zutrauen ihrer Schülerinnen und Schüler.

Zu den besonderen Ereignissen des Jahres 1959 gehörten zwei Ausstellungen, die in den Klassenräumen der neuen Schule gezeigt wurden: im April die Ausstellung über Berlin und die Mark Brandenburg und im September die Ausstellung "Alte und neue Heimat". In der ersteren wurden alte Karten, Pläne und Stiche gezeigt, die einen Überblick über die historische Entwicklung der Mark gaben, sowie wertvolle alte und neue Bücher. Alle gezeigten Exponate waren Eigentum des Archivars Bimbel, dem es gelungen war, vor seiner Flucht aus Ost-Berlin das wertvolle Material auf abenteuerliche Weise in den westlichen Teil der Stadt zu bringen.

Die Ausstellung "Alte und neue Heimat" wurde von den Mädchen und Jungen der oberen Klassen zum Tag der Heimat erarbeitet. Die Schüler der 5. Klasse hatten dafür Darstellungen über

das Sauerland und das Ruhrgebiet, also über das neue, zukünftige Zuhause im Westen, angefertigt. Arbeiten über Mitteldeutschland, der verlassenen Heimat, trug das 6. Schuljahr bei, gesamtdeutsche Themen wurden von Jungen und Mädchen der älteren Jahrgänge gestaltet. Am 12. September wurde diese Ausstellung, die einen ganzen Klassentrakt beanspruchte, vom Arbeits- und Sozialminister Ernst besucht. Er war in das Durchgangwohnheim gekommen, da am diesem Tag der Abschluß der zweiten großen Lagererweiterung festlich begangen wurde. Auch der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, der zu einem privaten Besuch in Massen weilte, besichtigte auf Anregung des Massener Bürgermeisters Otto Holzapfel die Ausstellung und fand dabei Worte der Anerkennung.

Das Jahr 1960 stand für die Gerhart-Hauptmann-Schule unter einem schlechten Stern. Gleich zu Beginn des Schuljahres fiel der Schulleiter wegen einer ersten Erkrankung aus und mußte bis zum Spätherbst seinem Dienst fernbleiben. Noch verhängnisvoller wirkte sich ein vorübergehender Rückgang der Schülerzahlen für die Schule aus. Ein vorübergehendes Nachlassen des Flüchtlingsstromes aus der SBZ ließ sie auf 120 Kinder absinken. Das war für den zuständigen Schulrat Anlaß genug, ohne Rücksprache mit der Lagerleitung über die augenblickliche Situation 5 Lehrerstellen der Schule sofort auflösen zu lassen und fünf Lehrkräfte, die sich besonders bewährt hatten, gegen ihren Willen sofort zu versetzen.

Von seinem Krankenbett aus, legte der Schulleiter gegen diese überstürzte und wohl auch überzogene Maßnahme schärfste Verwahrung ein. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Gerhart-Hauptmann-Schule mit nur 3 Lehrkräften ihre Aufgaben für das Hauptdurchgangslager, das 4300 Menschen aufnehmen konnte und z.T. unterbelegt war, keinesfalls werde erfüllen können. Der Schulrat antwortete, daß der Gerhart-Hauptmann-Schule kein Nachteil entstände, daß die betroffenen Lehrkräfte im eigenen Interesse an andere Schulen versetzt worden seien. Die Zerschlagung eines eingearbeiteten Kollegiums war ein Schaden für die Schule, der nie wieder gut gemacht werden konnte.

Wegen der Erkrankung des Schulleiters wurden statt der fünf nur vier Lehrkräfte versetzt. Bereits im Mai erhielt der Schulrat die Quittung für seine Fehlentscheidung. Die drei Lehrkräfte, die er zum Bleiben verurteilt hatte, mußten 282 (!) Kinder unterrichten. Der Schul-

rat stand dieser Situation völlig hilflos gegenüber. Da er nicht imstande war, Abhilfe zu schaffen, schaltete sich das Arbeits- und Sozialministerium des Landes ein und veranlaßte die kurzfristige Versetzung von drei Flüchtlingslehrern aus der SBZ (Sowjetische Besatzungszone = DDR) aus dem Lager Wentorf bei Hamburg an die Gerhart-Hauptmann-Schule. Ob Lehrer von drüben, die nur eine autoritär geführte Schule kannten, geeignet waren, Kinder von drüben auf demokratische Unterrichtsformen vorzubereiten, war zu diesem Zeitpunkt eine zweitrangige Frage. Bei wieder steigenden Schülerzahlen mußte sich ein fast neues Kollegium ohne seinen Schulleiter zur Teamarbeit zusammenfinden. Im September mußte dann die Zuweisung einer achten Lehrkraft beantragt werden.

Als der genesene Schulleiter im November 1960 seinen Dienst wiederaufnehmen durfte, standen nach den Erweiterungsbauten zwar genügend Klassenräume zur Verfügung, aber was war eine Schule eigentlich ohne Lehrer wert? Während für die einheimischen Schüler in der gleichen Anlage genügend Lehrkräfte zur Verfügung standen, litt die Gerhart-Hauptmann-Schule zusehends unter dem Lehrermangel. Als am 1. Mai 1961 die Lehrerin Gaida-Wolff seit 1955 an der Schule tätig - auf eigenen Wunsch zur Sonderschule Weddinghofen versetzt wurde, mußten 366 Kinder von 6 Lehrkräften unterrichtet werden. Das führte dann dazu, daß sich am 10. Mai die leitenden Beamten der Flüchtlingsabteilung im Arbeits- und Sozialministerium - Herr Ministerialdirigent Dr. Landsberg, Herr Oberregierungsrat Friedrich und Frau Regierungsrätin Vogel - vor Ort über die Situation der Schule informierten. Nach einer eingehenden Besichtigung wurde in der abschließenden Besprechung deutlich, dass sie nicht mehr in der Lage war, ihren so wichtigen pädagogischen Sonderauftrag zu erfüllen. Herr Dr. Landsberg sagte zu, daß er sich persönlich um eine Verbesserung der Verhältnisse bemühen würde.

Der absolute Tiefpunkt in der Lehrer-Schüler-Relation wurde am 1. Juni erreicht, als Frau Marfording, die vom Mai 1952 - also vom Beginn an - hier tätig war, als Konrektorin an die kath. Brachtschule nach Plettenberg ging. Für 412 Schülerinnen und Schüler standen nur noch 5 Lehrkräfte zur Verfügung. Eine geringe Entlastung trat ein, als am 1. 7. 1961 der SBZ-Lehrer Gergart Zapfe [Gerhart Zapfe?] der Schule zur Dienstleistung überwiesen wurde und die im Lager weilende SBZ-Lehrerin

Helene Utzka bis zu den Sommerferien an der Schule unterrichten sollte. Sie wurde dann nach den Sommerferien von Frau Notz abgelöst. Lehrer von drüben für Kinder von drüben: - eine absurde Notlösung!

Dann kam der 13. August 1961. Die Absperrung Ostberlins vom Westteil der Stadt, die den Menschen der DDR die letzte Fluchtmöglichkeit in den freien Teil ihres Vaterlandes nahm, führte weder zur Auflösung des Durchgangwohnheimes noch zur Schließung der Schule. Die für die Zukunft wichtige Entscheidung der Landesregierung, das Durchgangwohnheim Massen nicht aufzulösen - man hatte vergeblich mit der Umwandlung dieser Einrichtung in eine Wohnsiedlung gerechnet - garantierte auch das Weiterbestehen der Gerhart-Hauptmann-Schule.

Außer Einzelgängern, die die Flucht unter Einsatz ihres Lebens wagten, kamen keine SBZ-Flüchtlinge mehr nach Massen. So konnte das Land ihre sogenannten Gastlager in den anderen Bundesländern auflösen, die in ihnen untergebrachten Menschen nach und nach nach Massen überführen. Das Durchgangwohnheim war im Februar 1962 mit etwa 1350 Personen kaum bis zur Hälfte seiner Kapazität belegt. Da der Flüchtlingsstrom jäh gestoppt worden war, durften die Menschen auch länger in Massen bleiben. Nach den hektischen Tagen im Sommer des vergangenen Jahres kehrte eine gewisse Ruhe ein, die den Menschen zugute kam. Mit der Entscheidung der Landesregierung, das Durchgangwohnheim nicht aufzulösen, mußte auch die Frage nach der Zukunft der Gerhart-Hauptmann-Schule beantwortet werden. So wurde darüber auf Veranlassung des Arbeits- und Sozialministeriums am 5. Juni 1962 in Massen verhandelt. Teilnehmer an diesem Gespräch waren Herr Oberregierungsrat Friedrich vom A. u. S. - Ministerium in Düsseldorf, der Leiter des DWH-Massen und sein Stellvertreter, die Herren Brünning und Stöcker, Herr Oberregierungs- und Schulrat Rinke von der Bezirksregierung in Arnsberg, Herr Schulrat Schwer aus Unna und der Leiter der Schule. Herr Friedrich berichtete zunächst über die weitere Verwendung des DWH, das nach den Plänen der Landesregierung für die Aufnahme von Aussiedler offen gehalten werden sollte, zeitweilig aber auch anders genutzt werden konnte - mit dem Mauer-

bau in Berlin hatte der "Kalte Krieg" einen kritischen Höhepunkt erreicht! Dann wurde über die veränderte Situation der Schule gesprochen, über den Rückgang der Schülerzahlen, um die Umschichtung von Flüchtlings- zu Aussiedlerkindern und der damit auch veränderten Aufgabe der Schule beraten. Um die Schule für alle Fälle einsatzbereit zu halten, wollten das Arbeits- und Sozialministerium und die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Arnshaus dem Kultusministerium vorschlagen, die Schülerzahlen endlich zu senken. Eine derartige Maßnahme würde sich auf jeden Fall positiv bei der schulischen Betreuung der Flüchtlings- und Aussiedlerkinder auswirken. Dieser gemeinsame Vorstoß fand erst zu Beginn des nachfolgenden Jahres seine Erfüllung. Nach einer Verfügung des Kultusministers vom 23. 1. 1963 wurde die Maßzahl für diejenigen Schüler, die wegen schwerer Mängel im Deutschen besonders zu fördern waren, auf 25 ermäßigt, während sie für normal zu unterrichtende Schüler bei 40 blieb. Was war schon normal in der Schule an der Buderusstraße?

Im Laufe des Jahres 1962 veränderte sich die Zusammensetzung der Kinder, die die Gerhart-Hauptmann-Schule besuchten, stetig. Während die Zahl der sogenannten Flüchtlingskinder aus der DDR erwartungsmäßig ständig zurückging, stieg der Anteil der Aussiedlerkinder an. Unter 204 Kindern befanden sich im Sommer 1962 nur 40 Aussiedlerkinder, am 8. 10. 62 unter 206 Kindern dann 73, am 17. 12. 62 unter 229 schon 117. Damit war der Gleichstand erreicht. Auch die Zugehörigkeit der Jungen und Mädchen zu den beiden großen Konfessionen änderte sich. Waren die Kinder aus Mitteldeutschland überwiegend evangelisch, so stieg mit der Zahl der Aussiedlerkinder der kath. Anteil. Hier wurde im April 1963 der Gleichstand erreicht. In den kommenden Jahren erschwerte neben der nach wie vor starken Fluktuation das ständige Auf und Ab in der Höhe der täglichen Schülerzahl den Unterricht. So wurden gezählt:

- 1963: im Mai 274, im November 122 Kinder,
- 1964: im Mai 150, im November 262 Kinder,
- 1965: im April 281 Kinder,
- 1966: im März 197, im Mai 272, im Oktober 392 und im Dezember 271 Kinder,
- 1967: im Januar 197, im März 135, im Juni 195 und im Oktober 204 Kinder.

Besonders fatal für die Schule war es, wenn ausgerechnet am Stichtag die Schülerzahl stark unter dem Durchschnitt lag, um in den nächsten Wochen wieder anzusteigen. In den Tagen des permanenten Lehrermangels wurden dann zunächst überflüssige Lehrkräfte schnell versetzt.

So verhinderten die starken Schwankungen in der Höhe der Schülerzahlen, die ihre Ursache im unvorausehbaren Zustrom von Aussiedlern nach Massen hatten, auch die Bildung eines konstanten Kollegiums von eingearbeiteten und mit den Problemen der Schule vertrauten Lehrkräften. So kam zu dem starken Schülerwechsel, dem nicht Einhalt geboten werden konnte, noch ein starker Lehrerwechsel, der hätte abgemildert werden können. Vom Mai 1952 bis zum Ende des Schuljahres 1975/76 sind 57 Lehrkräfte mit unterschiedlicher Dauer an der Schule tätig gewesen. Weil es aus "formal juristischen" Gründen nicht möglich gewesen war, der Schule für ihre Sonderaufgabe im Interesse ihrer Schüler eine angemessene - aus Durchschnittszahlen berechnete - Anzahl von Lehrkräften zuzubilligen.

Da von der Fluktuation die einzelnen Jahrgänge der Kinder unterschiedlich betroffen werden, kam zusätzliche Unruhe in den Unterrichtsbetrieb. Die dadurch verursachte Umbildung von Klassenverbänden führte zwangsläufig auch zur ständigen Änderung des Stundenplanes, der der sich ständig veränderten Lage angepaßt werden mußte.

Mit dem Zustrom der Aussiedlerkinder kam auf die Lehrer nun eine besondere, zusätzliche Verantwortung zu. Sie mußten nun beurteilen, ob diese nach ihrem Sprachstand, d. h. nach ihren deutschen Sprachkenntnissen, und auf Grund ihrer Begabung in der Lage waren, dem Unterricht in den normalen Schulen unseres Landes folgen zu können, oder in sogenannte Förderschulen bzw. -klassen eingewiesen werden mußten. Entsprechend waren die Eltern der Kinder zu beraten. Da es solche Klassen, die nach einem Erlaß des KM vom 19. 3. 58 öffentlichen Schulen angegliedert sein mußten, in den Städten unseres Landes, mit Ausnahme von Dortmund und Bochum, nicht gab, mußten die betroffenen Kinder in Internaten untergebracht werden und damit von ihren Familien getrennt werden.

Diese Internate waren von den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden – dem kath. Caritasverband und dem ev. Landesverband der Inneren Mission - in leerstehenden Heimen eingerichtet worden und wurden von ihnen mit staatlicher Unterstützung

unterhalten. So hatten sie auch aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse daran, daß es in ihren Förderschulheimen keine leeren Plätze gab. So wurden schon bei ihrem Eintreffen in Friedland die Spätaussiedler aufgefordert, ihre Kinder in die konfessionell ausgerichteten Förderschulen zu schicken. In besonders massiver Form wurden die katholischen Eltern bedrängt, ihre Kinder zum Besuch einer Förderschule anzumelden:

- "In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist das Elternrecht geschützt. Dieses Recht umfaßt alle Entscheidungen über die Erziehung und Ausbildung Eurer Kinder. Hierzu gehört auch die Freiheit in der Wahl der Ausbildungsstätte. Macht von Eurem Recht Gebrauch und schickt Eure Kinder in katholische Förderschulen. Das ist auch der Wunsch der kath. deutschen Bischöfe." 1)

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht in unserem Lande wurden in diesem Merkblatt ebenso verschwiegen wie die notwendigen Voraussetzungen für den Besuch einer Förderschule.

Die Eltern, die von Friedland aus ihre Kinder noch nicht zum Besuch einer Förderschule angemeldet hatten, wurden dann vom kath. Lagerdienst im DWH weiter bedrängt, dies umgehend nachzuholen. - Nach den Vorstellungen der "Melde-, Leit- und Betreuungsstelle für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche beim Diözesan-Caritas-Verband-Paderborn, Abteilung Osthilfe" sollte die Einweisung der "spätausgesiedelten Kinder" als reine Formsache nach folgendem Schema ablaufen:

- Der Lagerdienst teilt der Schule die Namen der Kinder mit, die für den Besuch einer Förderschule gemeldet worden sind.

- Die Schule überprüft innerhalb von 14 Tagen die Liste und gibt die Zustimmung.

- Schließlich genehmigt der Schulrat die Überweisungen in die Förderschule.

Die Lehrkräfte der Gerhart-Hauptmann-Schule empfanden es als Zumutung nach diesen Vorschlägen zu handeln. Seine Befolgung hätte sie in einen doppelten Konflikt gebracht:

- als Landesbeamte hätten sie durch ein rein routinemäßiges Verfahren gegen gesetzliche Bestimmungen, gegen Treu und Glauben verstoßen.

- als Lehrer hätten sie ihrem pädagogischen Ethos zuwidergehan-

1) Werbeprospekt für Förderschule mit Meldekarte

delt, Anwälte der Kinder zu sein. Sie hatten in ihren Konferenzen nach Wegen gesucht, die Spätaussiedlerkinder vor schulischen Nachteilen zu bewahren und sich dabei aufgrund ihrer Erfahrungen auf folgende Grundsätze geeinigt:

- Spätaussiedlerkinder sollten nur nach einem längeren Aufenthalt - etwa nach 8 bis 12 Wochen - beurteilt werden, wenn sie sich von den negativen Auswirkungen der Umsiedlung gelöst hatten.
- War ein Aussiedlerkind wegen seiner mangelhaften deutschen Sprachkenntnisse bei geringer sprachlicher Begabung und fehlender häuslicher Unterstützung nicht in der Lage, dem Unterricht einer normalen Volksschule folgen können, dann sollte den Eltern geraten werden, ihr Kind in eine Förderschule zu schicken.
- Grundschulkinder und zehn- bis zwölfjährige Kinder, die eine Trennung von ihren Eltern nicht verkraften konnten, sollten grundsätzlich in der Obhut ihrer Eltern bleiben. Nur in Ausnahmefällen, wenn z.B. die Erziehung der Kinder gefährdet war, sollte zur Heimunterbringung geraten werden.
- Alle Entscheidungen sollten nur nach einer gründlichen Aussprache mit den Eltern getroffen werden.

Besonders diskriminiert fühlten sich die Lehrer durch die herabsetzende Behauptung des Prälaten Kewitsch, Paderborn, daß es in ihrer Schule keinen Sonderunterricht für spätausgesiedelte Kinder gab. Durch das ständige Drängen des Lagerdienstes auf eine schnelle Beurteilung der Kinder wurden die Lehrer in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt und wohl auch unter Druck gesetzt. Wurden nach Ansicht der Diözesan-Meldestelle in Paderborn aus Massen nicht genügend Kinder für Förderschulen gemeldet, dann hatte sich der Schulleiter der Gerhart-Hauptmann-Schule dazu zu äußern. So erhielt er z.B. am 28. 6. 1963 eine Liste mit 45, am 14. 9. 1963 mit 42 und am 14. 3. 1964 mit 44 Namen. Im Schreiben vom 28. 6. hieß es:

- "Wir haben diese Kinder für eine Förderschule vorgemerkt, und möchten Sie herzlich bitten, uns mitzuteilen, welche Kinder in der dortigen normalen Volksschule (Was war damals in der Gerhart-Hauptmann-Schule im DWH Massen schon normal?) nicht so weit gefördert werden können, um den Anschluß an ihre altersgemäße Klasse zu erreichen. Teilen Sie uns bitte auch mit, welche Kinder für eine Förderschule

nicht infrage kommen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn wir innerhalb von 10 Tagen ausführlich Antwort erhalten können, damit wir bei der Platzverteilung in den einzelnen Förderschulinternaten entsprechend planen können." 2)

Zum normalen Schulalltag der Gerhart-Hauptmann-Schule gehörte von nun an auch die nervenaufreibende Auseinandersetzung um diejenigen Kinder der Spätaussiedler, die von der Meldestelle in Paderborn für den Besuch einer Förderschule vorgesehen waren. Im Juli 1964, kurz vor den großen Ferien, kam es in dieser Auseinandersetzung zum großen Knall.

Monsignore Kewitsch hatte beim Regierungspräsidenten in Arnsberg Beschwerde gegen den Schulleiter wegen Zurückhaltung der Spätaussiedlerkinder vom Förderschulbesuch eingereicht. Dieser wurde umgehend nach Arnsberg zitiert und der zuständige Schulrat, Herr Schwer, wurde zur Berichterstattung aus dem Urlaub gerufen. Ausgerüstet mit einer Namensliste von 210 Kindern, die vom Oktober 1962 bis zum Juli 1964 in Förderschulen überwiesen wurden und mit Diktatheften von Spätaussiedlerkindern fuhr Rektor Sydow nach Arnsberg. An der Besprechung nahmen der zuständige Regierungsdirektor Herr Dr. Knüppelberg, Herr Rinke und Herr Schwer teil. Von Herrn Sydow konnte die Haltlosigkeit der Beschwerde nachgewiesen werden.

Um die Schule in Zukunft vor ähnlichen Anschuldigungen zu schützen, wurden unmittelbar nach den Sommerferien auf Anordnung des Regierungsdirektors Dr. Knüppelberg alle Aussiedlerkinder, die über 10 Jahre alt waren, auf ihre deutschen Sprachkenntnisse überprüft. Diese Überprüfungen nahmen die Herrn Binke und Schwer am 9. und am 30. September 1964 vor. Dabei stellte sich heraus, daß die Angaben der Schule über den Sprachstand der Aussiedlerkinder durchaus den Tatsachen entsprachen, die bisher im täglichen Umgang mit ihnen gemacht worden waren. So lag dann die Zahl der Kinder, die am 30. 9. als förderschulbedürftig festgestellt wurden, weit unter der bisher angenommenen Zahl. In einer abschließenden Besprechung wurden dann die im DWH tätigen Fürsorgerinnen vom Regierungsrat Rinke über die Ergebnisse der Überprüfungen unterrichtet und auf die Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe gegenüber der Schule hingewiesen. Sie wurden gebeten, die überaus schwierige Arbeit der Schule nicht zu stören.

2) Schreiben der Leit- und Meldestelle Paderborn (Schulakten)

Nach dieser Revision konnten nun die Lehrkräfte ungestört ihre schwierige Aufgabe erfüllen, bis am 25. 2. 1966 Prälat Kewitsch in einem Schreiben an den Schulleiter kritisierte, daß zu wenig Spätaussiedlerkinder den Förderschulen überwiesen worden seien. Um diesen erneuten Versuch, sich in die Arbeit der Schule einzumischen und die Verantwortlichkeit der Lehrer einzumischen, die Spitze abzubrechen, erhielt der Prälat die Antwort auf dem Dienstwege, d. h. über das Schulamt in Unna und die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Gleichzeitig verwahrte sich der Schulleiter dagegen, daß sich Monsignore Kewitsch gegenüber der Gerhart-Hauptmann-Schule Rechte und Befugnisse anmaßte, die nur der Schulaufsicht unterstanden.

Trotz zahlreicher Grundsatzgespräche mit den Vertretern der zuständigen Ministerien, der Bezirksregierung und des zuständigen Schulrates blieb das Problem in der Schwebe. Während sich die Lehrkräfte aus ihrer pädagogischen Verantwortung als Fürsprecher ihrer Schülerinnen und Schüler fühlten, sahen die Fürsorgerinnen im Durchgangwohnheim und in Paderborn nur die leeren Plätze in den Förderschulinternaten. Auch die Einschaltung von Landtagsabgeordneten und des zuständigen Personalrates führten lange Zeit zu keinem Erfolg. Erst der Erlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. 1. 1969 über "Förderklassen für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche" brachte die notwendige Klärung. Er bestimmte:

- "Die Schüler werden zu jeder Zeit in die Förderklassen aufgenommen. Einem Antrag der Erziehungsberechtigten auf Überweisung eines Schülers in eine Haupt- oder Grundschule mit einer Förderklasse ist nach § 28 SchVG zu entsprechen. Vorher hat der Schulleiter der bisher besuchten Schule seine Stellungnahme abzugeben. Stellen die Erziehungsberechtigten während ihres Aufenthaltes im Durchgangwohnheim keinen Antrag, so entscheidet der Schulleiter der Lagerschule über den Übergang in eine Förderklasse. Auch hier ist die Zustimmung der Eltern erforderlich. Die Entscheidung darüber, ob ein Schüler einer Förderklasse zugeführt wird oder bis zur Einweisung seiner Familie in der Lagerschule verbleiben kann, um anschließend die Grund- und Hauptschule im neuen Wohnort zu besuchen, soll in der Regel 8 Wochen, spätestens aber 12 Wochen nach Aufnahme in

die Lagerschule erfolgen". 3)

Trotz dieser Verfügung, die eindeutige Fristen setzte, wurden die Aussiedler, von den Fürsorgerinnen - besonders vom kath. Lagerdienst bedrängt, ihre Kinder vorzeitig - ohne das Urteil der Schule abzuwarten - zum Besuch einer Förderschule anzumelden.

Neben diesen unnötigen Auseinandersetzungen der sechziger Jahre, die den Lehrerinnen und Lehrern geradezu aufgezwungen wurden, gab es auch viele frohe Stunden und aufmunternde Erlebnisse:

- Wanderungen und Fahrten, die dem Kennenlernen der neuen Heimat dienten,
- Einladungen zu Freizeiten von der AWO und der DJO (Deutsche Jugend des Ostens) Ortsverband Essen, der Gemeinschaft Junges Ostpreußen,
- wertvolle Kontaktbesuche von Schulen unseres Landes, die zu Gegenbesuchen führten,
- die großen Veranstaltungen des Lagers, wie die jährlich stattfindenden Kinderfeste, die eindrucksvollen Weihnachtsfeiern und die geselligen Schulabschlußveranstaltungen,
- vor allen Dingen aber gab es dankbare Kinder und Eltern.

Besonders dankbar begrüßten die Lehrkräfte der Schule die Einrichtung eines Sprachlabors durch die Firma Elektron in Weikersheim am 22. Februar 1968. Die vom Arbeits- und Sozialministerium auf Vorschlag der Schule beschaffte Anlage wurde für den Sprach- bzw. den Deutschunterricht in den oberen Klassen und für Deutschkurse mit jugendlichen und erwachsenen Spätaussiedlern zu einem wertvollen Hilfsmittel.

Um die Attraktivität und die Leistungsfähigkeit ihrer Schule zu steigern und die unsachgemäßen sogenannten schulischen Beratungen der im DWH tätigen Fürsorgerinnen in ihren negativen Auswirkungen zu neutralisieren, strebte das Kollegium die Umwandlung ihrer Schule in eine "Ganztagsförderschule" und die Errichtung der Stelle eines "Bildungsberaters" an. Nach eingehenden Besprechungen zwischen den Vertretern der zuständigen Ministerien, der Schulabteilung in Arnsberg, des Kreises und der Stadt Unna am 27. 1. und am 27. 9. 1971 erfolgte zu Beginn des Schuljahres am 10. August 1972 die Umwandlung der Schule in eine "Ganztagsschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche im Durchgangwohnheim Massen".

Es war nur ein Teilerfolg, die Umwandlung in eine Förderschule blieb versagt, da nach der Meinung des Kultusministeriums die Gerhart-Hauptmann- Schule als Durchgangsschule offen gehalten werden mußte. Der Kinderhort

3) Erlaß des KM des Landes Nordrhein - Westfalen, III A 36 6/0 Nr. 5173/69 vom 1. 10. 69 – Die Einweisung in Förderklassen

des Durchgangswohnheimes wurde der Schule angegliedert und die Hortnerinnen zur Betreuung der Grundschulkinder eingesetzt.

Am 1. November 1972 nahm dann auch der Bildungsberater, Herr Herm, seinen Dienst auf. Er wurde zur Enttäuschung des Kollegiums nicht der Gerhart-Hauptmann-Schule zugeordnet, sondern dem Schulamt für den Kreis Unna, und übte seine Funktion für Aussiedler und Zuwanderer im Auftrag des Kultusministers aus. Nach ihrem Eintreffen in Massen hatte er die Eltern der jungen Aussiedler und diese selbst über alle Maßnahmen zu informieren, die für ihre schulische und berufliche Eingliederung vom Land Nordrhein-Westfalen getroffen waren. Er hatte sie dabei individuell zu beraten, wie jeder von ihnen seine im Herkunftsland begonnene Schul- und Berufsausbildung ohne großen Zeitverlust in Nordrhein-Westfalen fortsetzen konnte.

Im Einvernehmen mit den Eltern der betroffenen Jugendlichen leitete er dabei die Einweisung der jugendlichen, nicht mehr schulpflichtigen Aussiedler in Intensivkurse zur Erlernung der deutschen Sprache ein, in Zusammenarbeit mit der Schule bei Zustimmung der Eltern die Einweisung von schulpflichtigen Aussiedlerkindern in Förderschulen. Er veranlaßte die notwendigen Übersetzungen der vorgelegten Zeugnisse aus den Herkunftsländern und hatte sie mit dem Anerkennungsvermerk zu versehen, der nach den Empfehlungen der "Ständigen Konferenz der Kultusminister" 4) erforderlich war.

Bei der Dienstaufnahme des Bildungsberaters verursachte Herr Oberregierungs- und Schulrat Grosche, Dezernent für die Förderschulen bei der Schulabteilung der Bezirksregierung in Arnsberg, zunächst völlig unnötige Aufregung. Entgegen den geltenden Bestimmungen übertrug er dem Bildungsberater die alleinige Entscheidung über die Förderschulbedürftigkeit der schulpflichtigen Spätaussiedlerkinder im DWH. Damit forderte er den geschlossenen Protest des Kollegiums der Schule heraus, das sich durch seine willkürliche Anordnung zu Recht brüskiert und diskriminiert fühlte. Er mußte seine unglückliche Anordnung zurücknehmen und hatte dadurch nur unnötige Animositäten der Lehrkräfte gegen den Bildungsberater hervorgerufen, die nur

4) Empfehlungen der Kultusministerkonferenz, RdErl. des KM vom 9. Mai 1975 - erstmalig am 3. 12. 1971 verabschiedet und am 31. 1. 1975 neu gefaßt.

allmählich beigelegt werden konnten. Klassenlehrer und Bildungsberater hatten nun bei der Einweisung von Spätaussiedlerkindern in Förderklassen Hand in Hand zu arbeiten, wobei das Urteil des Klassenlehrers ausschlaggebend blieb.

Inzwischen war von der Stadt Unna nach langen Bemühen des Schulleiters für die Schule eine Sekretärin angestellt worden. Frau Starostzik, die die polnische Sprache perfekt beherrschte, nahm am 1. 9. 1971 ihren Dienst auf. Ihre Mithilfe in der umfangreichen Verwaltungsarbeit, vor allen Dingen bei der Erledigung der zahlreichen An- und Abmeldungen, brachte besonders dem Schulleiter eine spürbare Entlastung. Leider stand sie der Schule nur an drei Wochentagen zur Verfügung, da sie auch für die Fröbelschule angestellt worden war. - Seit März 1972 war nach Einweisung neuer Lehrkräfte an der Schule ein voller Unterricht ohne Kürzungen möglich.

Zur Lösung stand nur noch die Raumfrage an. Im Februar 1969 war nach der Auflösung der Stammschule Massen-Nord die Fröbelschule - Sonderschule für lernbehinderte Kinder - aus Unna nach Massen in den frei gewordenen Trakt umgezogen. Bei den vorausgegangenen Besprechungen zwischen dem Leiter des DWH, dem Schuldezernenten der Stadt Unna, Herrn Hünervogt, und dem Schulleiter der Gerhart-Hauptmann-Schule äußerte dieser erhebliche Bedenken gegen die Verlegung der Sonderschule in die gemeinsame Schulanlage. Beim Zusammentreffen mit Sonderschülern würden die Spätaussiedlerkinder, die keine Vorstellungen von westdeutschen Schulen haben, als ersten wichtigen Eindruck von westdeutschen Schulen ein verzerrtes Bild erhalten. Herr Hünervogt versicherte aber bei dieser Besprechung, daß es sich bei der Verlegung der Fröbelschule nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln würde, bis zur Klärung ihrer endgültigen Unterbringung. Aus der vorübergehenden Maßnahme war im Sommer 1973 ein Dauerzustand geworden. Die unmittelbare Nähe der Sonderschule wirkte sich in zweifacher Hinsicht nachteilig für den Unterricht der Gerhart Hauptmann Schule aus:

- Die Fröbelschule beanspruchte in der Anlage auf Kosten der Gerhart-Hauptmann-Schule im zunehmenden Maße Räume, die ihr nicht zustanden.
- Ihre Schüler, mehr verhaltensgestörte als lernbehinderte Kinder, störten den Unterricht in unerträglicher Weise.

Sie fühlten sich den ständig wechselnden Aussiedlerkindern gegenüber als "Herr im Hause".

Im Juni 1973 waren die Arbeitsverhältnisse für die Gerhart-Hauptmann-Schule so unerträglich geworden, daß Schulleitung und Lehrerrat beim Bürgermeister der Stadt Unna - unter Einschaltung der Lagerleitung - um Änderung der Situation baten.

Auf Grund dieser Eingabe vom 14. 6. 1973 fand dann in der Gerhart-Hauptmann-Schule eine Besprechung statt, zu der das Kultusministerium eingeladen hatte. Daran nahmen teil:

- Herrn Ministerialrat Domhoff vom Kultusministerium,
- Herr Ltd. Ministerialrat Zurhausen vom Arbeits- und Sozialministerium,
- als Leiter des DWH Herr Stöcker,
- der Dezernent der Bezirksregierung in Arnsberg und Herr Schulrat Hengst,
- Herr Uhrmeister und Herr Rentsch als Vertreter der Stadt Unna,
- die Schulleiter der betroffenen Schulen.

Die Besprechung zeitigte das folgende Ergebnis:

- Die gemeinsame Unterbringung der Gerhart-Hauptmann-Schule (Ganztagsschule für spätausgesiedelte Kinder) und der Fröbelschule (Sonderschule für lernbehinderte Kinder), zweier Schulsysteme, die schwierige Aufgaben zu erfüllen haben, in einer Schulanlage ist pädagogisch unhaltbar und nicht zu verantworten. Eine getrennte Unterbringung ist unbedingt notwendig.
- Für den Neubau einer Sonderschule werden der Stadt Unna Zuschüsse zugesagt, die über den normalen Satz hinausgehen, da eine räumliche Trennung beider Systeme im Interesse des Landes liegt.
- Da eine sofortige Verlegung der Sonderschule nicht möglich ist, darf die Fröbelschule auf Kosten der Gerhart-Hauptmann-Schule auf keinen Fall erweitert oder ausgebaut werden.

Da die Stadt Unna aus dieser Besprechung nicht die notwendigen Konsequenzen zog, mußte am 1. 10. 1974 dem Kultusminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die unhaltbare räumliche Situation berichtet werden: erforderliche Lehrkräfte konnten der Schule nicht zugewiesen werden, da die benötigten Klassenräume von der Fröbelschule blockiert wurden. Da auch im Mai 1975 noch nicht erkennbar war, zu welchem Zeitpunkt die gemeinsame Schulanlage von der Fröbelschule nun geräumt werden sollte, wurde der Bürgermeister der Stadt Unna zu einer Konferenz des Kollegiums eingeladen. An dieser Konferenz, deren Kernproblem

die Lösung der Raumfrage war, nahmen Herr Rentsch, stellvertretender Bürgermeister und gleichzeitig Vorsitzender des Schulausschusses, und Herr Hünervogt, Beigeordneter und dazu Dezernent für das Schulverwaltungsamt, teil. Die beiden Vertreter der Stadt erklärten, daß die Fröbelschule die gemeinsame Schulanlage räumen würde. Einen genauen Termin dafür konnten sie nicht zusagen. Dabei betonte Herr Hünervogt, daß die Stadt Unna noch auf die schriftliche Zusage für eine Beihilfe zum Neubau einer Sonderschule wartete. Herr Rentsch meinte, daß eine Lösung der Raumfrage in absehbarer Zeit nicht möglich wäre.

Auch die Tatsache, daß am 9. Oktober 1975 neue Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen unterzeichnet worden waren, und Polen sich bereit erklärt hatte, im Laufe der nächsten vier Jahre etwa 120000 bis 125000 Deutschen die Ausreise zu gestatten, drängte die Stadt nicht zum Handeln. Bereits am 15. Oktober beschäftigte sich der Landtagsausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Angelegenheiten für Vertriebene auf einer Arbeitstagung in Massen mit den Maßnahmen, die zur Bewältigung der verstärkten Aussiedlungsaktion vorsorglich getroffen werden mußten. Die Frage, ob auch die Schule eine größere Zahl von Aussiedlerkinder aufnehmen könnte, mußte vom anwesenden Schulleiter verneint werden. Damit kamen dann die ungelösten Probleme der Schule - die fehlenden Klassenräume und die unbesetzten Lehrerstellen - zur Sprache, die bis zum Eintreffen der neuen Aussiedlerwelle gelöst sein mußten.

Die entscheidende Sitzung fand dann am 2. Dezember 1975 im Verwaltungsgebäude des Stadtdirektors statt. Eingeladen hatte dazu das Kultusministerium. Teilnehmer waren:

- "Herr Rentsch, stell. Bürgermeister der Stadt Unna,
- Herr Dunker, Stadtdirektor der Stadt Unna,
- Herr Sümmermann, Oberbaurat der Stadt Unna,
- Herr Bunte, Oberinspektor der Stadt Unna,
- Herr Stöcker, Dienststellenleiter des Durchgangwohnheimes Massen,
- Herr Sydow, Rektor der Gerhart-Hauptmann-Schule in Unna-Massen,
- Herr Hengst, Schulrat des Kreises Unna,
- Frau Benöhr, Regierungsdirektorin, Bezirksregierung in Arnsberg,

5) Abkommen über, Renten- und Unfallversicherung; Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredites.

Herr Buckow, Regierungsrat, Bezirksregierung Arnsberg,
Herr Schmitz-Jersch, Regierungsrat z. A. Bezirksregierung Arnsberg,
Herr Schäfer, Regierungsoberamtsrat, Bezirksregierung Arnsberg,
Herr Lansen, Referent im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
Herr Domhof, Ministerialrat im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen." 6)

Herr Stöcker führte aus, daß die zu erwartende Ausreiseaktion von deutschen Familien aus dem polnischen Machtbereich in das Land Nordrhein-Westfalen über Massen abgewickelt würde und die Gerhart-Hauptmann-Schule mit einer Verdoppelung ihrer jetzigen Schüler rechnen müsse, für deren Aufnahme die erforderlichen Klassenräume aber noch fehlten. Herr Domhof schlug vor, daß die von der Fröbelschule genutzten Räume zum 1. 2. 1976 freigemacht werden müßten, denn es würde zu einem politischen Eklat führen, wenn die Aussiedlerkinder in Massen nicht schulisch betreut werden könnten. Die Besprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

- "1. Die Stadt Unna macht zum 1. 2. 1976 die im Gebäude der Gerhart-Hauptmann-Schule genutzten sechs Klassenräume frei.
 - 2. Die Vertreter des Kultusministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erklären sich bereit, beim Innenministerium einen Zuschuß von 80 % der Baukosten für sechs Klassenräume und zwei Verwaltungsräume für die Stadt Unna zu erwirken, da die Freimachung der Räume in der Gerhart-Hauptmann-Schule durch die Fröbelschule im Interesse des Landes liege. Die Freimachung sei durch die zusätzliche Aufnahme von Umsiedlerkindern aus Polen notwendig geworden.
 - 3. In der Diskussion wird von Vertretern der Stadt Unna auf die von der Stadt aufgestellten Pavillonräume verwiesen, die bisher von vier Klassen der Fröbelschule genutzt werden. Da die Versetzung der Pavillons mit hohen Kosten verbunden ist, sollen diese dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales angeboten werden.
- Herr Stöcker nimmt diesen Gedanken auf und verspricht, alles für die Übernahme der Pavillons durch das Land zu tun." 6)

6) Protokoll über die Besprechung am 2. Dezember 1975 zur Klärung der schulischen Situation der Gerhart-Hauptmann-[Schule]

Nach Auszug der Fröbelschule zum 1.2.1976 konnte dann die gesamte Schulanlage allein von der Gerhart-Hauptmann-Schule genutzt werden. Die durchschnittliche Schülerzahl war bereits auf 337 Aussiedlerkinder angestiegen. Da nun aber genügend Räume und Lehrkräfte - 15 mit voller und 4 mit halber Stundenzahl - zur Verfügung standen, konnten nun auch die notwendigen Klassen gebildet werden. Mit der steigenden Schülerzahl verstärkte sich leider auch die Fluktuation der Schüler.

Am 20. 5. 1976 fand eine gemeinsame Konferenz des Kollegiums mit den Mitgliedern des Personalrates beim Schulamt für den Kreis Unna statt, an der auch Herr Schulrat Hengst und Herr Wiegand vom DWH als Vertreter von Herrn Stöcker teilnahmen. Nach der Regelung interner Personalfragen ging es dann in einer intensiven Diskussion um die besonderen Aufgaben und die sich daraus ergebenden Probleme der Schule.

Dabei stellte sich als gravierender Mangel der fehlende Status der Schule heraus, die mit keiner anderen in unserem Lande zu vergleichen war. Auf die Frage des Vorsitzenden des Personalrates, wie man die Schule konzipieren könnte, skizzierte Rektor Sydow folgenden Organisationsplan:

- Die Gerhart-Hauptmann-Schule ist für die schulpflichtigen und auch für jugendliche Aussiedlerkinder aus dem DWH Massen zuständig mit Grund-, Hauptschul- und Aufbauklassen, für Schülerinnen und Schüler, die in ihren Herkunftsländern weiterführende Schulen besucht haben.
- Da ihre Schüler nur kurze Zeit im DWH bleiben, brauchen sie eine intensive Förderung, deshalb sollte die bisher bewährte Form als Ganztagschule erhalten bleiben.
- Wie bisher sollte die Schule unter einheitlicher Leitung stehen. Zur Intensivierung ihrer pädagogischen Arbeit sollte ihre organisatorische Aufgliederung durch die Bildung von in sich geschlossenen Abteilungen von Grund-, Hauptschul- und Aufbauklassen beitragen. Diese Abteilungen sollten von Konrektoren geleitet werden.
- Bei der Klassenbildung sollte die Zahl von 20 Schülern wegen der starken Fluktuation nicht überschritten werden.
- Geeignete Lehrkräfte für die Arbeit an dieser Schule sind wegen ihrer gründlichen pädagogischen und psychologischen Ausbildung Grund- und Hauptschullehrer.
- Wegen des ständigen und starken Schülerwechsels sollte das Lehrerkollegium der Schule nach Möglichkeit konstant gehalten werden.

- Der im DWH tätige Bildungsberater sollte der Schule zugeordnet werden.

Nach Ergänzungen dieses Vorschlages von Mitgliedern des Kollegiums, sagte der Personalrat seine Mithilfe bei der Durchführung dieses Planes zu. Mit dem Auslaufen des Schuljahres 1975/76 endete die Amtszeit des bisherigen Schulleiters. Rektor Heinz Sydow hatte die Schule vom 12. Mai 1952 aus primitiven Anfängen bis zum heutigen Stand geführt und für seinen Nachfolger Heinz-Jürgen Kirchertz die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterarbeit geschaffen.

XXVII

Aussiedlerkinder und das Problem der Förderschulinternate

Von 1962 an wurden in der Gerhart-Hauptmann-Schule im zunehmenden Maße - später dann von wenigen Ausnahmen abgesehen - Kinder von Aussiedlern - in den fünfziger Jahren im amtlichen Sprachgebrauch noch Spätaussiedler genannt - unterrichtet. Aussiedler sind Menschen deutscher Staats- bzw. Volkszugehörigkeit, die in den Tagen des katastrophalen Tages des Zusammenbruches des "Großdeutschen Reiches" weder vor dem Ansturm der "Roten Armee" geflohen waren, noch nach Einstellung der Kriegshandlungen aus ihren Wohngebieten von den Völkern, die von der Nazi-Herrschaft befreit worden waren, vertrieben wurden. In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und im Vertrauen auf die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte waren sie aus unterschiedlichen Gründen auf ihren Wohnplätzen verblieben, blieben von der Vertreibung verschont, weil man sie als Arbeitskräfte brauchte.

Zu ihnen gehören:

- die "Reichsdeutschen" aus den preußischen Ostprovinzen, aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, der Grenzmark Posen-Westpreußen und aus Schlesien;
 - die Deutschen aus dem Memelland, aus Danzig, aus Westpreußen, Posen und Oberschlesien, aus Gebieten, die Deutschland nach dem 1. Weltkriege durch den Friedensvertrag von Versailles verloren hatte;
 - die "Volksdeutschen" aus den Siedlungsgebieten in Südost-Europa, unter ihnen die Sudeten- und Karpathendeutschen aus der Tschechoslowakei, die Donauschwaben aus Ungarn und Jugoslawien, die Siebenbürger Sachsen, die Sathmar-, Banater- und Dobrudscha-Deutschen aus Rumänien;
 - die "Volksdeutschen aus der Sowjetunion und zwar Balten-, Wolhynien-, Galizien-, Bukowina-, Bessarabien- und Schwarzmeerdeutsche, Deutsche aus dem Südrussland; aus Westsibirien und Mittelasien (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan u. a.).
- Nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion wurden 400000 Wolgadeutsche, 40000 Krimdeutsche, Teile der Wolhynien- und Schwarzmeerdeutschen auf Befehl Stalins nach Sibirien deportiert.

Da aber alle ihre Hoffnungen und Erwartungen auf ein menschenwürdiges Dasein, auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit ohne Repressionen und frei von jeglicher Willkür auf gesicherter wirtschaftlicher Grundlage nicht in Erfüllung gingen, ihnen

die allgemeinen Menschenrechte - festgeschrieben in der Charta der Vereinten Nationen und garantiert in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 - in den Staaten des Ostblocks vorenthalten wurden, folgten sie ihren geflüchteten bzw. ihren vertriebenen Angehörigen aus vielerlei Gründen in die Bundesrepublik Deutschland.

- Sie wollten wieder als Deutsche unter Deutschen, vereint mit ihren Angehörigen leben,
- wollten als freie und geachtete Menschen in einem demokratischen Rechtsstaat leben,
- wollten vom kommunistischen Staatskapital nicht mehr ausgebeutet und um die Erfolge ihrer Arbeit und ihres Fleißes nicht mehr betrogen werden, wollten endlich wieder teilhaben an sozialer Gerechtigkeit,
- für ihre Kinder wollten sie das Tor in eine bessere, gesicherte und lebenswerte Zukunft aufstoßen.

Beharrlich und unter großen Opfern betrieben sie ihre Ausreise in den freien Westen und gaben dafür ihre Heimat auf.

Der Anteil der jungen Aussiedler an ihrer Gesamtzahl war und ist besonders hoch. Für die jungen Menschen unter 25 Jahren lag er 1977 in Nordrhein-Westfalen bei 44,5 %, für die schulpflichtigen Kinder unter ihnen, die sechs- bis sechzehnjährigen, betrug er 20,7 %. Sie haben weder am 2. Weltkrieg noch an den ihm folgenden chaotischen Ereignissen irgendeine Schuld und tragen dennoch die Folgelasten einer katastrophalen Entwicklung, die sie nicht in Gang gesetzt haben, sie sind die Hauptbetroffenen der großen Zwangsumsiedlungen unseres Jahrhunderts, der großen europäischen Tragödie, die Opfer des "alten Krieges".

Drei Erlebnisbereiche waren während ihres Heranwachsens für die Aussiedlerkinder von Bedeutung und prägten ihre Entwicklung:

- das Aufwachsen in einem fremden, ihnen gegenüber zum Teil feindlich gesinnten Volkstum, die damit verbundenen, oft auch vergeblichen Bemühungen um den Erhalt der deutschen Muttersprache, als Träger überkommenen Kulturgutes;
- eine "kommunistische, marxistisch-leninistisch" ausgerichtete Schule, die sie zu sozialistischen Menschen, zu Trägern der großen proletarischen Weltrevolution erziehen und dem Elternhaus entfremden sollte;
- das deutsch-geprägte, christlich-begründete Elternhaus als Stätte der Geborgenheit und Zuflucht, das in schwerer Zeit versuchte, sie ihrem Volkstum und seiner Tradition zu erhalten.

Sie wuchsen ebenso wie die Kinder, die aus der SBZ bzw. der DDR zu uns kamen, in einer permanenten Konfliktsituation auf, in einem Spannungsfeld, das von völkischen Auseinandersetzungen, hergebrachtem Glauben und marxistisch-leninistischer Lehre geprägt war. Mit zunehmenden Alter wurde ihnen ihre schwierige Lage bewußt, sie hatten sich zu entscheiden:

- überlieferte Bindungen zu bewahren oder in einem fremden Volkstum aufzugehen,
 - den hergebrachten Glauben zu bewahren oder für eine kommunistische Zukunft zu kämpfen.
- Dieses Entweder-Oder gestattete keine Zwischenlösung und verbot jeden Kompromiß, dahinter stand der Machtanspruch einer Partei, die davon überzeugt war, immer recht zu haben. In der Abwehr dieser Machtansprüche waren die Familien - besonders die Großfamilien in der SU - nicht nur eine Stätte der Bewahrung für die Kinder. Sie blieben darüber hinaus in allen ihren Funktionen intakt.

In der Obhut ihrer Familien trafen sie über Friedland, aber auch über Nürnberg kommend in Massen ein. Die Initiative zur Aussiedlung, zur Aufgabe der Heimat, zur Reise in die Bundesrepublik Deutschland war ausschließlich von ihren Eltern ausgegangen, die diese Absicht über viele Jahre hinweg zu verwirklichen suchten. Über die Ausreisepäne waren die Kinder von den Eltern informiert worden, man hatte darüber gesprochen. Für die Kinder wäre die Ablehnung der Ausreise zur Absage an die Familie geworden, sie nahmen die Entscheidung ihrer Eltern vielfach passiv wie ein Naturereignis hin, dem man nicht ausweichen konnte. Was wäre auch aus ihnen ohne den Halt in ihren Familien inmitten eines anderen Volkes geworden?

Ihr Deutschlandbild war diffus. Ihre Kenntnisse über das Land, in dem sie nun nach dem Willen ihrer Eltern ein neues Zuhause und eine bessere Zukunft finden sollten, hatten sie im Unterricht der kommunistischen Schulen ihrer Herkunftsländer erworben. So sollte die Bundesrepublik der kapitalistische und militante Reststaat sein, der vom nationalsozialistischen Großdeutschland übriggeblieben war, ein Land, in dem die arbeitende Bevölkerung von geldgierigen und machthungrigen Kapitalisten schamlos ausgebeutet, und ohne soziale Sicherung Opfer einer wachsenden Arbeitslosigkeit wurden. Dagegen stand das Wissen der Eltern und die Briefe der Verwandten, die aus der Bundesrepublik kamen. Das Deutschlandbild der Eltern war vielfach das Bild

vom Deutschland der dreißiger Jahre, das in den Wirren des 2. Weltkrieges zerbrochen war, das nicht mehr existierte. In den Briefen ihrer Angehörigen wurde neben den Familienergebnissen von deren persönlichen Erfolgen berichtet, z.B. von der neuen Wohnung, vielleicht auch vom neuen Auto. Der eigentliche Alltag der Aussiedler mit allen ihren Integrationsschwierigkeiten blieb ihnen dahinter verborgen. Die Bundesrepublik Deutschland war für sie ein fremdes Land, mit dem sie sich noch nicht identifizieren konnten. Die Wirklichkeit, die sie hier antrafen, deckte sich weder mit ihren Vorstellungen und Erwartungen, noch mit ihrem geheimen Wünschen. Der Aufbruch in den "Goldenen Westen" war für sie eine riskante Fahrt in eine ungewisse Zukunft, in der sie sich erst bewähren mußten.

Im Februar 1956 wurden die ersten Aussiedlerkinder vom Schulleiter aufgenommen. Es waren zwei ältere Jungen, Brüder, die aus Oberschlesien kamen und die deutsche Sprache nicht beherrschten. Verlegen betraten sie den Klassenraum, zogen ihre Mützen und sagten: "Danke schön!" - Aber bald hatten sie begriffen, daß es "Guten Tag" hieß. Vom Februar 1956 an wuchs die Zahl der Kinder, die in den nachfolgenden Jahren aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße zu uns kamen, beständig. Am 28. März 1959 machte der Schulleiter die folgende Eintragung in die Schulchronik:

- "Diese Kinder sind in ihren Leistungen sehr unterschiedlich. Ein Teil von ihnen, wohl die überwiegende Mehrzahl, hat nur polnische Schulen besuchen können, eine Minderheit hatte dennoch das Glück, wenigstens in den letzten Jahren in einer deutschen Schule unterrichtet zu werden, während wieder andere Kinder in bewundernswerter Weise von der Mutter unterrichtet wurden. So ist es zu verstehen, daß Jungen und Mädchen, die aus Oberschlesien, Danzig, Ost- und Westpreußen, und aus Pommern kommen, zu einem Teil nur gebrochen deutsch sprechen, während andere die Muttersprache in Wort und Schrift fließend beherrschen. In besonderen Stunden werden diese von den Klassenlehrern gefördert. Ein Teil von ihnen wird nach Ostern in den Förderschulen der konfessionellen Wohlfahrtsverbände unterrichtet werden." 1)

Es war ein sonderbares Erlebnis für die Lehrkräfte, nun Kinder vor sich zu haben, mit denen sie sich nicht in der gewohnten Weise verständigen konnten, die sie nicht verstehen konnten und von denen sie nicht verstanden wurden. Eine neue Aufgabe

1) Schulchronik der Gerhart-Hauptmann-Schule

kam auf sie zu; jene Aussiedlerkinder, welche wegen fehlender deutscher Sprachkenntnisse dem Unterricht nicht folgen konnten, sprachlich so zu fördern, daß auch diese sich im zunehmenden Maße aktiv am Unterricht beteiligen konnten. Wie dies in natürlicher Weise möglichst schnell und dabei intensiv geschehen konnte, war nicht nur das Dauerthema, das in den Konferenzen diskutiert wurde, sondern auch der ständige Gesprächsstoff beim Austausch der Erfahrungen während der Pausen.

Im Unterricht wurden diejenigen Aussiedlerkinder, die die deutsche Sprache noch beherrschten, zu wichtigen Helfern der Lehrkräfte. Zwischen jenen und den nicht mehr deutschverstehenden und -sprechenden Mitschülern entwickelte sich eine natürliche ungezwungene Partnerschaftsarbeit, die die Lehrerinnen und Lehrer erfolgversprechend zu organisieren hatten. - Wichtiger aber als alle Unterrichtsstunden am Vormittag, wichtiger als alle Bemühungen um ein greifendes Unterrichtsverfahren, war für die betroffenen Aussiedlerkinder das ständige Miteinander mit ihren deutschsprechenden Mitschülerinnen und -schülern, das Leben in einer Umwelt, das sie zum Gebrauch der deutschen Sprache zwang. Es war erstaunlich, in welcher kurzen Zeit sprachliche Defizite von ihnen aufgeholt wurden.

Wir waren überrascht, in welchem Umfang die Aussiedlerkinder, die damals aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße zu uns kamen, ihre Muttersprache noch beherrschten. Viele von ihnen konnten sie noch verstehen und gebrochen sprechen, weitere sogar noch lesen und schreiben, während andere ihrer nicht mehr mächtig waren. Mit den Eltern, die ihre Kinder zum Unterricht anmeldeten, gab es keine Verständigungsschwierigkeiten. Sie hatten alle noch deutsche Schulen besucht.

Der Unterschied in den Deutschkenntnissen der Aussiedler hatte seine Ursachen in den unterschiedlichen Lebensbedingungen der 1945/46 zurückgehaltenen Deutschen, die als notwendige und dabei auch billige Arbeitskräfte zum Aufbau der Wirtschaft, besonders aber im Bergbau und der Landwirtschaft von den Polen gebraucht wurden. Sie wurden als "Autochthone" (= Eingessene bzw. Einwohner) bezeichnet, damit sie in amtlichen Statistiken nicht mehr als Deutsche erschienen. Als Staatsbürger 2. Klasse mußten sie ohne völkerrechtlichen Schutz Demütigungen und Verfolgungen ertragen. Der Gebrauch der deutschen Muttersprache wurde verboten und unter Strafe gestellt. Wer von ihnen es wagte, öffentlich - auf der Straße oder in Geschäften - deutsch zu sprechen, wer es

versehentlich aus alter Gewohnheit tat, wurde beschimpft, angespien und streng bestraft. Ihre Kinder mußten von heute auf morgen polnische Schulen besuchen, denn über die Schulen sollte mit Hilfe der polnischen Sprache die deutsche Restbevölkerung polonisiert werden. Dennoch blieb in dieser Zeit der schweren völkischen Bedrängung in vielen deutschbewußten Familien die Muttersprache erhalten. Da gab es die Großmutter, die das Polnische nicht verstand und es auch auf keinen Fall lernen wollte. In ihren vier Wänden sprachen viele Eltern mit ihren Kinder weiterhin deutsch und lehrten ihnen den verbotenen und wohl auch gefährlichen Gebrauch ihrer Muttersprache.

Seit Beginn der fünfziger Jahre besserte sich die Lage der deutschen Bevölkerung, man war schließlich auf ihre Arbeitskraft und ihre Erfahrungen angewiesen. Die rigorosen öffentlichen Anfeindungen ließen nach, damit wurde das Leben für die Deutschen wieder erträglicher. In Gebieten mit großen deutschen Minderheiten wie z.B. in Ostpommern und Niederschlesien wurden sogar vorübergehend deutschsprachige Schulen eingerichtet.

- "Im Sommer 1950 beschloß die polnische Regierung, mit Beginn des neuen Schuljahres (1. September) für die Kinder deutscher Eltern Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache zuzulassen. Da es - nach polnischer Darstellung - im polnischen Staatsgebiet und in ganz Oberschlesien keine Deutschen (d. h. Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit) mehr gab, betraf diese polnische Neureglung praktisch nur die unter polnischer Verwaltung befindlichen Gebiete deutscher Ostgebiete, jedoch mit Ausschluß Deutsch-Oberschlesiens. Die deutsche Bevölkerung wurde behördlich aufgefordert, alle deutschen Kinder im schulpflichtigen Alter vom vollendeten 7. bis zum vollendeten 16. Lebensjahr von den Leitern der polnischen Grundschulen registrieren zu lassen. Gleichzeitig sollten sich alle Personen melden, die in der Lage wären, deutschen Volksschulunterricht zu erteilen. Das Ergebnis der Registrierung war, daß schon für das Schuljahr 1950/51 an 8500 deutsche Schulkinder und 200 Hilfslehrer in Frage kamen." 2)

Die Kinder der sogenannten "Spätaussiedler" - der damals gebrauchte Terminus für diesen Personenkreis - sprachen einwandfrei Deutsch. Unter den Spätaussiedlern befand sich auch eine Reihe von Lehrkräften, die an diesen Schulen unterrichtet hatten.

2) Bohmann: Menschen und Grenzen, Bd. 1, Köln 1969, S. 307 u. 308

In Ostpreußen gab es nach meinem Wissen auf Grund von Lehrer- und Schülerberichten in Johannisburg ein deutschsprachiges "Allgemeinbildendes Lyzeum" und in Niederschlesien sogar ein deutschsprachiges "Pädagogisches Lyzeum".

Diese deutschsprachigen Schulen bestanden aber etwa nur ein Jahrzehnt. Die verstärkte Umsiedlung der Deutschen aus dem polnischen Verwaltungsbereich in die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführung besonders in den Jahren von 1957 bis 1959 führte naturgemäß zur Schließung vieler dieser deutschsprachigen Volksschulen. Gab es im Schuljahr 1954/55 noch 132 deutsche Volksschulen mit 6388 Schülern, so waren es im Schuljahr 1962/63 davon nur noch 5 mit 48 Kindern. 3)

Der Rückgang des deutschen Schulwesens in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße findet seine Erklärung nicht nur allein in der verstärkten Aussiedlung der Deutschen aus ihrer Heimat, denn die Zahl jener Deutschen, denen von der polnischen Administration die Ausreise verweigert wurde, blieb, wie es die Erfahrungen zeigten, weiterhin groß. Im Rückgang der deutschen Schulen werden die Bemühungen des polnischen Staates erkennbar, auch während der Gomulka-Ära 4), die Polonisierung der deutschen Bevölkerung, besonders aber der deutschen Kinder, über die polnischen Schulen konsequent durchzuführen. Seit 1964 gibt es in den deutschen Ostgebieten keine deutschsprachigen Schulen mehr.

Trotz aller polnischen rigorosen Bemühungen, der verbliebenen deutschen Restbevölkerung die Muttersprache zu nehmen und sie aus dem Bewußtsein ihrer Kinder zu tilgen, hatte sich die deutsche Sprache in einem bemerkenswerten Umfang erhalten können. Dies hatte wohl seine Gründe:

- in dem ungebrochenen Bekenntnis der Deutschen zu ihrem Volkstum,
- in ihrem unbeirrbaren Willen, mit dem Festhalten an der Muttersprache ihren Kindern auch die Zukunft offen zu halten,
- nicht zuletzt aber auch in der Duldsamkeit ihrer polnischen Nachbarn.

3) Siehe Bohmann: Menschen und Grenzen, Bd. 1, S. 208

4) Gomulka, Wladislaw, 1943 - 1948 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei, im Herbst 1948 auf Betreiben Stalins und Bieruts von seinen Ämtern enthoben, im August 1956 rehabilitiert, vom 1. Oktober ab wieder 1. Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, mußte im Dezember 1970 nach Arbeiterunruhen zurücktreten. Er wurde von Edward Gierek - geb. 6. 1. 1913 - abgelöst.

Dagegen hatten die Aussiedlerkinder, die mit ihren Eltern aus Zentral-Polen kamen, im allgemeinen recht schlechte Deutschkenntnisse. Hier gab es nur in den Lyzeen, d. h. in den weiterführenden Schulen, die Möglichkeit, neben Französisch oder Englisch auch Deutsch als Fremdsprache zu wählen. Aber wer wagte dies schon? - In Ost-Oberschlesien sprachen große Teile der dortigen Bevölkerung (weit über 50 %) wie eh und je das dort übliche Wasserpolnisch, sehr zum Kummer der neuen polnischen Behörden. Sie fühlten sich als "Oberschlesier".

In den Familien der rußlanddeutschen Aussiedler hatte sich die deutsche Sprache als Umgangssprache in einer mundartlichen Form im internen Kreis ihrer Angehörigen erhalten können. Sie sprachen und verstanden Deutsch, konnte das Deutsche auch sogar lesen und schreiben. Die alte deutsche Bibel war für die im altväterlichen Glauben fest verankerten Menschen auch das deutsche Lesebuch. Dazu haben viele Kinder der Rußlanddeutschen vom 4. oder 5. Schuljahr ab Deutsch als Unterrichtssprache wählen können. Auch unter ihnen gab es Unterschiede. Kinder aus ländlicher Umgebung, z.B. aus Mittelasien, beherrschten die deutsche Sprache besser als jene aus dem Baltikum oder den großen Industriestädten Sibiriens. Fast keine Sprachdefizite hatten die Kinder, die mit ihren Eltern aus Rumänien in die Bundesrepublik einreisten. Sie waren zum allergrößten Teil in der Lage, dort in Siebenbürgen und im Banat deutsche Schulen besuchen zu dürfen.

Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand von den Schicksalsjahren 1945/46 wurden auch die deutschen Sprachkenntnisse der Aussiedlerkinder erkennbar geringer. Um darüber verlässliche Angaben zu bekommen, hatte das Kollegium der Gerhart-Hauptmann-Schule 1977 803 Kinder aus polnischen Schulen, 165 aus russischen Schulen und 28 aus rumänischen Schulen überprüft. Dabei hatte sich ergeben, daß nur noch ein Drittel der Kinder aus polnischen Schulen und die Hälfte der Aussiedlerkinder aus russischen Schulen die verdrängte deutsche Muttersprache so beherrschten, daß sie einem deutschsprachigen Unterricht folgen konnten, wenn man ihnen mit dem notwendigen Verständnis entgegen kam. Schon jedes zweite Aussiedlerkind hatte eine besondere sprachliche Förderung notwendig.

In der Folgezeit wurden diese Verhältnisse noch ungünstiger, denn eine neue Aussiedlergeneration kam in die Bundesrepublik. Bei den Eltern der Aussiedlerkinder sind die deutschen Sprachkenntnisse erheblich zurückgegangen, so haben die Deutschstämmigen aus Polen alle polnische Schulen besucht.

Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und in Schrift bleibt aber die Voraussetzung für eine reibungslose Integration der Aussiedler.

Um hier fühlbare Hilfe zu leisten, richteten die kirchlichen Wohlfahrtsverbände - Caritas und Innere Mission - schon zu Beginn der fünfziger Jahre die sogenannten "Förderschulen" ein. Sie sollten den nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen aus den Kreisen der "Spätaussiedler" über den Zugang zum Berufsleben den Weg in die deutsche Gesellschaft öffnen. Zu diesem Zweck sollten sie diesen jungen Menschen helfen, versäumte und dafür notwendige Schulabschlüsse nachzuholen und etwa vorhandene Mängel in der deutschen Sprache auszugleichen. Solche Schulen, die mit Internaten verbunden waren, entstanden damals in Stukenbrock für kath. und in Espelkamp für ev. Jugendliche. Dann wurden auch schulpflichtige Aussiedlerkinder im Alter von 9 Jahren an von diesen Schulen aufgenommen.

Über den Umfang der bestehenden Förderschulen in 1964/65 berichtete Prälat Kewitsch als zuständiger Sachbearbeiter im Bistum Paderborn:

- "Da etwa 90 vH der ausgesiedelten Familien der kath. Religion angehören, ist es verständlich, daß die Zahl der von der Caritas unterhaltenen Förderschulen nicht nur konstant geblieben ist, sondern unter dem Druck der 1964 angestiegenen Aussiedlerzahl um zehn Schulen vermehrt werden mußte. Zur Zeit bestehen auf katholischer Seite 30 Förderschulen mit insgesamt 1120 Plätzen (incl. Realschul- und Oberschulkurse), die restlos besetzt sind. Hinzu kommen 250 Kinder im Sozialwerk Stukenbrock, 20 Oberschüler in Göttingen (Gastschüler aus Nordrhein-Westfalen) und 15 Oberschüler bzw. Oberschülerinnen in Laasphe, die von der Caritas mitbetreut werden. Somit beträgt die Zahl der augenblicklich von der Caritas schulisch und erzieherisch betreuten Aussiedlerkinder und Jugendliche über 1400. Auf evangelischer Seite stehen vier Förderschulen mit etwa 280 Plätzen zur Verfügung. An offenen Einrichtungen bestehen zwei mit 60 Plätzen. Seit Beginn der Förderschulaktion hat die Caritas bisher rund 10000 Kinder und Jugendliche nach erfolgreichem Besuch der Förderschule in das Leben entlassen." 5)

An der Finanzierung der Schulen und der Internate beteiligte sich das Land Nordrhein-Westfalen durch die Bereitstellung von Ergänzungszuschüssen.

5) Kewitsch: "Förderschulen sind Bildungs- und Sozialeinrichtungen" in "Die Spätaussiedler", Troisdorf 1965, S. 69

In den Jahren 1975/76 standen den Förderschulen in Nordrhein-Westfalen bereits 3000 Internatsplätze zur Verfügung.

Förderschulen mit einer 10. Klasse gab es u. a. in Leichlingen, Lippstadt, Much [im Rhein-Sieg-Kreis], Oer-Erkenschwick, Paderborn und Versmold. Gymnasien in Hilden, Kaiserswerth, Laasphe, Hilchenbach und Rüthen führten junge Aussiedler zum Abitur. Bei der Einrichtung und der Unterhaltung der Förderschulen ging es ihren kirchlichen Trägern nicht nur um die schulischen Belange der Aussiedler, um deren sprachliche und wissensmäßige Aufrüstung, sondern es ging ihnen dabei auch um eigenständige erzieherische Aufgaben, die im Interesse der Kirche lagen. Dazu äußerte sich Prälat Kewitsch: - "Es war und ist echtes Verantwortungsgefühl, wenn Staat und Kirche aus Sorge um die ausgesiedelte Jugend, aus gesellschaftlicher und christlicher Hilfsbereitschaft Förderschulen und Heime eingerichtet haben, die sich im Laufe von neun Jahren bewährt haben in der Aufgabe, den jungen Gliedern unseres Volkes und der Kirche ein "helfendes Wirken" (Johannes XXIII), eine helfende Tat zur beruflichen, soziologischen und kirchlichen Eingliederung zu schenken. Was diese Jugend braucht, ist neben Sprachunterricht und schulischem Wissen sittliche Führung und charakterliche Stärke. Einer unser Förderschullehrer hat einmal zurecht betont, daß jede Förderschultätigkeit in Inhalt und Wesen eine Aufgabe der Prägung der christlichen Persönlichkeit ist". 6)

Es bleibt - gerade wohl heute - die offene Frage zu stellen, ob in einer weithin säkularen Gesellschaft, die sich in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung täglich bewährte, die hier angedeuteten, repressiv wirkenden Erziehungsmaßnahmen notwendig und wirksam waren, ob sie nicht auch den Grund für Aversionen gegen kirchliche Einrichtungen legten?

Zur Crux der Förderschulen wurde die Internatsunterbringung ihrer Absolventen. Die Überweisung in ein solches bedeutete für alle Aussiedlerkinder die Trennung von ihren Familien, die ihnen bisher in allen schwierigen Situationen ihres Lebens den notwendigen Rückhalt gegeben hatten. Mit dem Überschreiten der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland hatten sie ihre Heimat endgültig aufgeben müssen. Nun verlangt man von ihnen, auf das Zusammenleben mit ihren Eltern und Geschwistern zu verzichten, nur um in Deutsch-

6) Kewitsch: a. a. O. S. 68 u. 69

land Deutsch zu lernen. Sie wurden in einem fremden Land auf sich allein gestellt und mußten in dem Augenblick, da sie ihre Eltern am meisten brauchten, diese verlassen. In dieser Situation des Alleingelassenseins oder des Sichverlassenfühlers kann ein Aussiedlerkind in einer ihm fremden Umgebung nur schwer heimisch werden. Weder Heimleiter noch Erzieher können den Jungen aus Ostpreußen, Oberschlesien und Sibirien den Vater ersetzen. Sie können doch nur gewisse väterliche Funktionen als Rolle übernehmen. Sie werden nie als Vater, bestenfalls als Freund, meist aber als "Erzieher" empfunden. Auf alle Fälle wird ihnen die Mutter fehlen. Keine Ordensschwester bzw. Erzieherin kann einem Mädchen die Mutter ersetzen, es wird immer den Vater vermissen. Auch dem gutgeführten Internat fehlt die Nestwärme des Elternhauses, die eine wichtige Voraussetzung für das Einleben in einer fremden Umwelt ist.

Mit der Einweisung in ein Internat wurden die Aussiedlerkinder von der deutschen Umwelt isoliert. Das trifft besonders auf die großen Internate zu, wie z.B. dem Steilhof in Espelkamp mit 250 Plätzen und Schloß Neuhaus bei Paderborn mit 150 Plätzen. Hier bleiben die Sprachen ihrer Herkunftsländer für lange Zeit ihre täglichen Umgangssprachen. Die Aussiedler aus dem polnischen Bereich erweitern dabei z.B. ihre russischen Sprachkenntnisse, die aus der SU ihre polnischen. Bestenfalls wird ein "Pidgin"-Deutsch gesprochen. Für das Erlernen und den täglichen Gebrauch der deutschen Sprache fehlen ihnen die deutschsprechenden Klassen-, Spiel- und Sportkameraden als notwendige Gesprächspartner. Warum sollten sie eigentlich Deutsch lernen, wenn sie in ihrer Umwelt und in ihrem Alltag noch mit ihrer Heimatsprache auskamen?

Wie erschreckend groß die Isolation der jungen Aussiedler war, habe ich auf dem "Tag der jungen Aussiedler" am 17. Mai 1973 in den Grugahallen in Essen erlebt. Er wurde für sie, die aus allen Internaten Nordrhein-Westfalens kamen, von dem Caritasverband für das Erzbistum Paderborn und dem Diakonischen Werk der ev. Kirche von Westfalen veranstaltet. Zu diesem Treffen waren keine einheimischen Jugendverbände, nicht einmal die eigenen kirchlichen erschienen.

Gab es eine Alternative zu den Förderschulen? - Mit den Kindern der Gastarbeiter wurde anders verfahren. Nach dem Erlaß des Kultusministers vom 23. 9. 1965 mußten sie wie die deutschen Kinder die öffentlichen Volksschulen an ihrem Wohnort

besuchen. Hier wurden sie zunächst - doch längsten bis zu einem Jahr - in Übergangsklassen zusammengefaßt, um dann in die ihrem Alter entsprechenden Klassen aufgenommen zu werden. Sie konnten also im Kreis ihrer Familien bleiben. Da über 50 % der Aussiedler, die in unser Land kamen, von den großen Städten aufgenommen wurden, z.B. von Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamm, Leverkusen und Wuppertal, wäre eine ähnliche Lösung auch für die Aussiedlerkinder möglich gewesen. Man hätte ihnen damit eine schnelle und wirksame Hilfe für ihre Eingliederung geboten.

XXVIII

Die Hellweghauptschule

Mit dieser Schule hatte nun auch der Stadtteil Massen eine sogenannte "weiterführende" Schule bekommen. Nach den Richtlinien konnte nun auch sie ihren Schülerinnen und Schülern durch ein erweitertes Bildungsangebot neue Möglichkeiten und erweiterte Chancen für den Eintritt in das Berufsleben bieten. Die vollzogene Namensänderung sollte mehr sein als eine bloße Aufwertung der bisherigen Volksschuloberstufe. Neben der Einführung neuer Fächer - z.B. Englisch, Arbeits- und Wirtschaftslehre - wurde den Mädchen und Jungen auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften angeboten, die ihren persönlichen Neigungen entsprachen. Eine Mehr-, mindestens aber eine Zweizügigkeit der Schule sollte die Voraussetzung für eine Leistungsdifferenzierung schaffen.

Für diejenigen Schüler der Hauptschule, deren Zeugnisse nach Abschluß der 9. Klasse den sogenannten "Qualifikationsvermerk" trugen, wurde 1970 in Nordrhein-Westfalen als Aufbauklasse die 10. Klasse eingeführt. Während das normale Abschlußzeugnis den Weg in alle Handwerks- und Ausbildungsberufe öffnet und zum Besuch der Berufsgrund- und -fachschulen berechtigt, erwirbt man mit ihrem Abschlußzeugnis die "Fachschulreife", in früheren Jahren als "Mittlere Reife" bezeichnet. Mit der "Fachschulreife" erwerben die Hauptschüler den gleichen Bildungsabschluß wie die Realschüler.

Die "Hellweghauptschule" in Massen und die "Harkortschule" in Bergkamen waren die ersten Hauptschulen im Kreis Unna, die das zehnte Schuljahr einführten.

- "Das erste 10. Schuljahr der Hellwegschule Massen wird von 28 Jungen und Mädchen besucht, die aus Unna-Massen, Unna-Mitte, Unna-Königsborn, Kamen und Langschede kommen. Alle 28 Schüler erreichen den Abschluß, unter ihnen sind 3 Mädchen, die sich für den Übergang in die Klasse 10 des Aufbaugymnasiums qualifizieren. Sie haben dort 3 Jahre später das Abitur gemacht und damit die volle Studienfähigkeit erlangt. Die Durchlässigkeit bis hin zum Abitur ist für befähigte Hauptschüler gewährleistet. 1)

1) Hellweg-Hauptschule Unna-Massen, Festschrift zum 20jährigen Bestehen am 1. XII. 1986

Im gleichen Schuljahr 1970/71 wurde die Schule von 470 Kindern, 236 Mädchen und 234 Jungen besucht, die in 14 Klassen von 10 Lehrerinnen und 8 Lehrern unterrichtet wurden. Zwei Lehrerstellen waren nicht besetzt. Die Schule wurde einschließlich der 7. Klasse dreizügig, in der 8. und 9. Klasse zweizügig geführt. Dazu kam dann die bereits erwähnte 10. Klasse.

Alle guten Vorsätze und alle Pläne wurden durch die äußeren Verhältnisse zunächst zunichte gemacht. So mußte wie allerorten die Schule in den 70ziger Jahren mit dem Zugang der "starken Jahrgänge" fertig werden, den ständig steigenden Schülerzahlen stand ein Minimum von Lehrkräften gegenüber. Das Land konnte den Bedarf an notwendigen Lehrkräften nicht decken. Der Lehrerberuf war damals wenig attraktiv, da die Wirtschaft den jungen Leuten die besseren Zukunftschancen bot. Was bedeuteten schon alle Vorhaben einer Bildungsreform, alle gut durchdachten Richtlinien für einen zeitgemäßen Unterricht, wenn die Lehrerinnen und Lehrer fehlten, diese in die Tat umzusetzen?

Den Forderungen der Eltern und der Lehrkräfte zu einem Gespräch über die Misere des Lehrermangels an der Schule stellte sich Kultusminister Girgensohn - einstmals Landrat in Unna - am 17. Oktober 1972 in der Hellweg-Hauptschule. Daran nahmen neben den führenden Beamten aus Arnsberg, die Schulräte vom Schulamt des Kreises Unna und die zuständigen Vertreter von Rat und Verwaltung der Stadt Unna teil. Aber die fehlenden Lehrkräfte konnte auch der Minister nicht herbeizaubern. Die offenen Lehrerstellen der Schule konnten erst wie überall im Lande zum Ausgang der 70ziger Jahre besetzt werden. Zum anderen stellte sich bald heraus, daß die Schule bei aller Großzügigkeit in der Planung für die große Zahl der Schüler, die sie aufnehmen mußte, zu klein gebaut worden war. Der Rat der Stadt Unna mußte sich im Sommer 1975 für einen Erweiterungsbau an der Westseite der Anlage entschließen. Die Arbeiten dafür begannen aber erst im Dezember 1977. Erst 1979 war er fertiggestellt und wurde am 7. September durch Bürgermeister Göpfert seiner Bestimmung übergeben. Nun endlich entsprach das Raumangebot der Schule den von den Richtlinien geforderten Normen. Durch eine gleichzeitige, großzügige Inventarergänzung wurde auch die Ausstattung der Schule auf einen mustergültigen Stand gebracht. Zur Überwindung der Raumnot waren zu Beginn des Schuljahres 1977/78 an der Nordseite des Schulhofes vier Pavillonklassen als Zwischenlösung aufgestellt worden.

Zu Beginn der achtziger Jahre passierten noch wie überall im Lande die "starken Jahrgänge" die Hellwegschule. Am 1. 10. 1980 wurden hier 399 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, und zwar 36 in zwei 10., 100 in vier 9., 65 in drei 8., 75 in drei 7., 68 in drei 6. und 53 in zwei 5. Klassen. Aber mit niedrigen Zahlen in den fünften Klassen deutete sich bereits der Schülerrückgang an, auf 299 für das Schuljahr 1985/86. In den drei 10. Klassen wurden 51 Mädchen und Jungen unterrichtet, 67 in den drei 9., 61 in den drei 8., 43 in den beiden 7., 37 in den beiden 6. und 48 in den beiden 5. Klassen. Dazu vermerkte die Schulstatistik der Stadt Unna für 1985/86:

- "Zu beobachten ist auch die künftige Schülerzahlenentwicklung im Stadtteil Massen für die Hellwegschule Massen. Um auch hier eine 2-Zügigkeit auf Dauer zu gewährleisten, mußte im Rahmen der Schulentwicklungsplanung hier eine Veränderung der Einzugsbereiche untersucht werden". 2)

Dazu der Schulentwicklungsplan für 1986:

- "Auf entsprechenden Ratsbezug hin ist die für das 1-zügige Fortführen der Hellwegschule notwendige Ausnahmegenehmigung beim Regierungspräsidenten in Arnsberg zu beantragen. Gemessen an der hier in der Schulentwicklungsplanung anzuwendenden Richtfrequenz von 27 Schülern liegt die Hellweg-Hauptschule nur bei knapp einem Zug"

Sollte die durchschnittliche Klassenfrequenz unter den SEP-Wert von 27 Schülern/Klasse (§ 3 SEP-VO) sinken, ist sogar die Einzügigkeit der Hellwegschule gefährdet. Dann bleibt nur eine Vergrößerung des Einzugsbereiches, um die Schule zu erhalten. Diese Vergrößerung des Einzugsbereiches ginge dann aber zu Lasten der beiden anderen Hauptschulen in Unna. Das nach alten Musterraumprogrammen für eine 2-zügige Hauptschule erst vor wenigen Jahren ausgebaute Schulgebäude ist mit einer 1-zügigen Schule unterbelegt." 3)

Als die Hellweg-Hauptschule am 1. Dezember 1986 mit ihrem 20. Geburtstag die "800-Jahr-Feier" Massens mit einem bunten Programm abschloß, war sie schon ernsthaft in ihrer weiteren Existenz bedroht. Die zurückgehenden Schülerzahlen, die ihr Bestehen nun ernsthaft gefährdeten, hatten ihre Ursache nicht allein in den nun schwächer werdenden Schülerjahrgängen, sondern auch in der zunehmenden Anziehungskraft der Gesamtschule in Unna, die

2) Schulverwaltungsamt der Stadt Unna: Schulstatistik 1985/86, S. 3

3) Schulverwaltungsamt der Stadt Unna: Schulentwicklungsplan 1986, Textheft, S. 141

mit 139 Anmeldungen zu Beginn des Schuljahres 1986/87 ihren Unterricht aufnahm und sich anschickte, einigen Hauptschulen den Garaus zu machen. Um die 595 Kinder aus den Abschlußklassen der Unnaer Grundschulen bemühten sich zu Beginn des Schuljahres 1986/87 immerhin 10 weiterführende Schulen:

- 4 Hauptschulen,
- 2 Realschulen,
- 3 Gymnasien,
- 1 Gesamtschule.

Dieses Überangebot konnte nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Es war selbstverständlich, daß man sich auf der Geburtstagsfeier der Hellweg-Hauptschule für ihren Erhalt einsetzte, und der Ortsvorsteher Helmut Tewes machte sich zum Sprecher der Massener, die ihre Hellweg-Hauptschule als weiterführende Schule in ihrem Ortsteil erhalten wollten. Ein Ortsteil von der Größe und der Bedeutung Massens hatte einen Anspruch auf eine weiterführende Schule, wollte man ihn nicht in ein kulturelles Abseits stellen. Auch die Schulpflegschaft rührte sich nun für ihre Schule. In einem Flugblatt verwies sie auf ihr Angebot und stellte fest:

- "daß in dieser Schule Differenzierung schon seit ihrer Errichtung vor 18 Jahren nach Leistung und Neigung durchgeführt wird. Dadurch individuelle Forderung !!!,
- daß Schulabschlüsse zur Fachoberschulreife und zur Zulassung in die Klasse 11 des Gymnasiums führen,
- daß die Schule die Schüler in die Arbeitswelt einführt durch ortsnahe Betriebserkundung, Praktika in Klasse 9 und 10A und Hilfe bei der Ausbildungsplatzfindung bietet,
- daß über 60 % der Schüler nachmittags freiwillig am erweiterten Bildungsangebot teilnehmen." 4)

Die Eltern folgerten daraus, daß ihre Kinder gern in die Hellweg- Hauptschule gehen,

- "weil das Raumangebot und die Ausstattung hervorragend sind,
 - weil alljährlich individuell vorbereitete Klassenfahrten durchgeführt werden: Inlandfahrten, Berlinfahrten, Schüleraustausch nach England,
 - weil sie sich bei einer überschaubaren Zahl von Schülern und Lehrern wohlfühlen.
- Anonymität wird vermieden, kein Vandalismus!!!,
- weil die regelmäßig stattfindenden Schulfeste zum Volksfest für die ganze Gemeinde werden,

4) Faltblatt der Schulpflegschaft der Hellweg-Hauptschule, Januar 1987

weil wir in Projektwochen die Klassen, den Hof und die Grünanlagen attraktiver gestaltet haben, Schüler, Eltern und Lehrer!!!

- weil sie in kleinen Gruppen lernen können, weil sie sich hier geborgen fühlen". 4)

Kann einer Schule von den Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler ein besseres Zeugnis ausgestellt werden? - Man sammelte Unterschriften für den Erhalt der Schule, aber allein entscheidend blieb die Zahl der Anmeldungen für die Eingangsklasse.

Am 24. Januar 1987 schrieb die Westfälische Rundschau:

- "Galgenfrist für die Hellweghauptschule in Massen: Obwohl es reichlich Stimmen gab, die am Schülerminimum existierende Schule zu schließen, konnte sich die SPD-Fraktion dazu am Donnerstag bei einer Sitzung doch nicht durchringen. Entscheidend dafür war eine völlig neue Idee von Ortsvorsteher Helmut Tewes, die auch die Leistungsfähigkeit der Schule steigern würde.

Erstmals in diesem Jahr gibt es für Hauptschulen keine Schulbezirke; Eltern können im Februar ihre Sprößlinge anmelden, wo immer sie wollen. Nach massiven Protesten meinte gestern Fraktionsvorsitzender Heinz Steffen bei einer Pressekonferenz: "Dann wird sich zeigen, ob Eltern, die für den Erhalt der Massener Schule eingetreten sind, ihre Kinder dort auch anmelden". Zur Gewährleistung des Fortbestandes sind mindestens 18 Anmeldungen erforderlich. Letztes Jahr wurde diese Forderung gerade erreicht.

Für den Fall, daß die Einzügigkeit der Hellweghauptschule gesichert ist, will sich die SPD dafür einsetzen. die dem NRW-Sozialministerium unterstehende Gerhart-Hauptmann-Schule aus der Landesstelle mit in das Gebäude zu holen.

Weil fraglich ist, ob das Lehrerkollegium einer einzügigen Hauptschule den geforderten Fächerkatalog überhaupt abdecken kann, sieht die SPD eine Chance, durch Kooperation mit der Gerhart-Hauptmann-Schule die Situation zu verbessern. Die Frage ist nur, ob das Ministerium mitzieht. Was wird, wenn das nicht klappt oder nicht genügend Anmeldungen für die Einzügigkeit zusammenkommen, darüber wurden keine Aussagen gemacht. Steffen: Dann müssen wir weiter diskutieren"..... 5)

4) Faltblatt der Schulpflegschaft der Hellweg-Hauptschule

5) Westfälische Rundschau vom 24. Januar 1987

Anmelden oder nicht anmelden? Das war im Januar 1987 nun die heikle Frage an die Eltern, deren Kinder in den Abschlußklassen der Sonnen- und Schillerschule in Massen saßen. Allein ihre Entscheidung war wichtig für das Fortbestehen der Hellweg-Hauptschule. Für ihr Fortbestehen in einzügiger Form brauchte sie mindestens 18 Anmeldungen. Als am 18. Februar die Frist auslief, war mit 19 Anmeldungen diese Zahl knapp überschritten. Eine Galgenfrist für ein weiteres Jahr oder eine vage Chance für die Zukunft?

So gab man sich in Massen der Hoffnung hin, daß dem Ortsteil die Hauptschule - zumindest in einzügiger Form - erhalten bleiben könnte. Am 28. August verkündete der Hellweger Anzeiger: "Hellwegschule ist Sorge um Existenz genommen"! Ihr Bericht gründete sich auf die Meinung des zuständigen Schulrates, daß sie "längerfristig Bestand haben wird".

- "Anlaß zu diesem Optimismus gibt dem Schulrat auch die Tatsache, daß sich die Schüler der Hauptschule vom kommenden Jahr an nicht nur aus vier, sondern aus sechs Grundschulklassen rekrutieren. Hengst: "Das müßte reichen, um die Einzügigkeit sicherzustellen". In diesem und im Jahr zuvor war die zur Bildung einer Hauptschulklassen notwendige Mindestschülerzahl nur knapp erreicht worden.

Was das Unterrichtsangebot in der einzügigen Hauptschule anbelangt, hat der Schulrat keine Bedenken. "Sollte es mal in dem einen oder anderen Fach knapp werden, kann die Hellwegschule mit anderen Schulen kooperieren". 6)

Dennoch war hier eine Rechnung ohne den Wirt gemacht worden, denn

- eine einzügige Hauptschule war ein Unding, ihre Effizienz gründete sich auf eine Mehr-, mindestens aber auf eine Zweizügigkeit;
- die Massener Eltern glaubten in zunehmendem Maße, es ihrem Image und ihren Kindern schuldig zu sein, ihre Kinder zur Gesamtschule nach Unna zu schicken;
- landesweit waren die Hauptschulen nicht mehr "in", sie verloren gegenüber den Gesamtschulen zunehmend an Boden.

Die Entscheidung für die Schließung der Hellweg-Hauptschule fiel 1988. In der Wochenendausgabe vom 16./17. April 1988 berichtete der "Hellweger Anzeiger", daß sich der Kultusminister

6) "Hellweger Anzeiger" vom 28. August 1987

des Landes "für zügige Schließung möglichst vieler Hauptschulen" ausgesprochen hatte.
- "So viele Hauptschulen wie möglich sollen bis zum August dieses Jahres geschlossen werden, damit die Kommunalwahl im Herbst 1989 von Auseinandersetzungen um die Schließungen nicht berührt wird. Dies hat der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) den sozialdemokratischen Schuldezernenten der Großstädte des Landes nahegelegt. Wenige Tage vor dieser Besprechung der Schuldezernenten im Ministerium hatte die SPD-Fraktion am 1. März beschlossen, daß mindestens jede dritte Hauptschule im Land, rund 380, geschlossen oder zusammengelegt werden müsse. Möglich seien aber auch 890 Schulschließungen". 7)

Damit war auch die Fortführung der Hellweg-Hauptschule in einzügiger Form mehr als zweifelhaft geworden, denn der Regierungspräsident in Arnsberg hatte einem entsprechenden Antrag der Stadt Unna eine eindeutige Genehmigung versagt. Im Rat der Stadt Unna und besonders im Schulausschuß prallten nun die Meinungen aufeinander.

Die SPD-Mehrheitsfraktion war für die Schließung der Hellweg-Hauptschule und für ihre Zusammenlegung mit der Hauptschule Unna-Mitte zum Beginn des Schuljahres 1990/91. Die freierwerdende Schulanlage sollte dann von der Realschule II in Unna genutzt werden. Die CDU-Fraktion setzte sich unvermindert vehement für die Erhaltung der Hellweg-Hauptschule auch in einzügiger Form ein. Frau Weidner - ihre Fraktionsvorsitzende - warf der SPD vor, der Hellweg-Hauptschule von einem Tag auf den anderen den Garaus gemacht zu haben:
- "Dies passe freilich in die "konzertierte Aktion" auf Landesebene, deren Ziel es sei, auf absehbare Zeit in Nordrhein-Westfalen 200 Hauptschulen zu schließen. "Alle Beteuerungen, die Hauptschulen zu fördern, sind nur Lippenbekenntnisse gewesen."

..... Zur Frage der Unterbringung der Realschule II hat sich die CDU-Fraktion indessen nicht geäußert. Knapp verweist sie auf ihren alten Beschluß, sie in das Gebäude der früheren Brockhausschule am Erlenweg umzusiedeln." 8)

Diese Absicht der SPD-Fraktion stieß in Massen auf heftigen Widerstand der betroffenen Schüler, ihrer Eltern und Lehrer. Sie gingen auf die Straße und marschierten für das Weiterbestehen ihrer Schule. Das Ringen um ihren Erhalt erreichte seinen Höhe-

7) "Hellweger Anzeiger" vom 16./17. April 1988

8) "Hellweger Anzeiger" vom 20. April 1988

am Dienstag, den 26. April 1988, als auf einer Schulgemeindeversammlung der Hellweg-Hauptschule Eltern und Schüler vehement gegen die Schließung ihrer Anstalt protestierten. Die für die Schulpolitik in Unna vordergründig Verantwortlichen - der Vorsitzende des Schulausschusses Friedhelm Bartmann (SPD), der Leiter des Schulverwaltungsamtes Hans-Wilhelm Bunte und der Massener Ortsvorsteher Helmut Tewes mußten Rede und Antwort stehen.

- "Der "schwarze Donnerstag", der 14. April, sei die Ursache dieser Zusammenkunft, stellte Rektor Horst Kroll-Bothe in seiner Begrüßung fest. Von verschiedenen Transparenten wurde die Entscheidung über die Hellweg-Hauptschule eindeutig verurteilt.

Die prekäre Situation der Hellweg-Hauptschule habe eine unbequeme Entscheidung erforderlich gemacht, erklärte der Vorsitzende des Schulausschusses. Die seit Jahren rückläufigen Schülerzahlen hätten zu den aktuellen Maßnahmen geführt, weil nicht einmal mehr die Einzügigkeit gesichert sei. Die vorgetragene Begründung für eine Ausnahmegenehmigung der einzügigen Schule habe der Regierungspräsident nicht akzeptiert." 9)

- "Doch konnte er noch so objektiv und einleuchtend den Sachverhalt schildern: "Paragraphen hin oder her. Die Hauptschule soll in Massen bleiben, ist das so schwer?" kündeten von Eltern mitgebrachte Plakate. "Hier werden Hauptschulen zugunsten der Gesamtschulen heruntergewirtschaftet", monierte ein Versammlungsteilnehmer, der dabei gleichzeitig auf das nach seiner Meinung schlechter gestellte Schulgebäude der Hauptschule hinwies, was Schulamtsleiter Bunte jedoch weit von sich wies.

Als die Diskussion gegen Ende jedoch nur noch emotional geführt wurde, ergriff Ortsvorsteher Helmut Tewes (SPD) das Wort: "Es ist nichts unversucht geblieben, die Hauptschule zu erhalten. Doch es gibt keine andere Lösung, denn der Schlüssel zum Erhalt liegt nicht mehr in unserer Hand". 10)

Der Schlüssel zum Erhalt der Hellweg-Hauptschule lag nur vordergründig in der Hand der Politiker, er lag auf Grund des "Elternwillens primär in der Hand der Eltern. Die Entscheidung gegen ihre Existenz wurde in aller Stille - ungeachtet der lautstarken Proteste - von der Mehrzahl derjenigen Massener Eltern getroffen, die ihre Kinder - sicherlich nicht ohne Rücksprache mit den Grundschullehrern - zum Besuch der Gesamtschule in Unna angemeldet

9) "Hellweger Anzeiger" vom 28. April 1988

10) "Westfälische Rundschau" vom 28. April 1988

hatten. Damit war für die Massener Schulverhältnisse eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die niemand mehr aufhalten oder gar umkehren konnte. Eine Schule mit leeren Bänken konnte von keinem Politiker verantwortet werden.

Nach dieser großen Protestversammlung gingen Ende April die Aktionen für die Existenz der Hellweg-Hauptschule in Massen verstärkt weiter. Die Mädchen und Jungen schrieben die maßgeblichen Schulpolitiker in Unna an, in 354 Briefen protestierten sie gegen die Schließung ihrer Anstalt.

- "Die haben in den nächsten Tagen etwas zu lesen, kommentierte ein verärgerter Briefautor. Die Idee für die Briefaktion war einer Gruppe von Schülern gekommen, die derzeit einen Videofilm über die Proteste der Rheinhausener Stahlwerker gegen die Schließung ihrer Hütten drehten. Das Beispiel übertrugen sie auf Massen und setzten sich an die Schreibtische. Die Resonanz war überwältigend - die Argumente in den Schreiben entsprechend vielfältig." 11) Zudem wurden am Samstag, dem 30. 4., vor den gängigen Massener Geschäften - Rewe, Coop und Wessel - Infostände aufgebaut, um die Massener Bevölkerung über die Situation der Hellweg-Hauptschule zu informieren und um Unterschriften für ihren Erhalt zu sammeln. Durch ihre Unterschrift erklärten sich 2614 Massener Bürger mit dem Anliegen der betroffenen Schüler und ihrer Eltern solidarisch.

Der verschwommene bzw. verklausulierte Bescheid des Regierungspräsidenten, ein einzügiger Erhalt der Hellweg-Hauptschule sei nur möglich,

- "wenn ihre Bedeutung für das gesamte Stadtgebiet nachgewiesen werde, die von keiner anderen Schule übernommen werden könne" 12), führte immer wieder zu Auseinandersetzungen im Schulausschuß.

Die Verwaltung und die Mitglieder der SPD-Fraktion verstanden ihn als ein eindeutiges Nein zur einzügigen Weiterführung der Hauptschule, die Mitglieder aus den Reihen der Opposition - CDU/ FDP/ GAL - als ein Ja, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen bzw. Bedingungen. Frau Weidner (CDU) warf dabei der Verwaltung vor, die einzügige Weiterführung der Hauptschule nicht ausreichend und zwingend begründet zu haben. Man sollte den Regierungspräsidenten zu einer eindeutigen Stellungnahme auffordern. Für Klarheit sorgte zunächst sein Sprecher Michael Makiolla. Er erklärte am 5. 5. 1988 in einem Gespräch mit der Redaktion

11) "Hellweger Anzeiger" vom 30. 4. 1988

12) "Westfälische Rundschau" vom 5. 5. 1988

der "Westfälischen Rundschau":

- "Jeder, der die Rechtslage kennt, weiß, daß es keine Chance für eine einzügige Weiterführung der Massener Hauptschule gibt." 13)

Die "Westfälische Rundschau" bemerkte dazu:

- "Diese klare Arnsberger Aussage dürfte die Massener Hauptschul-Front ins Wanken bringen. Die von der Schulausschußsitzung geschockten Schüler und Eltern hatten gestern früh neue Pläne geschmiedet. Ein Vorstoß direkt beim Regierungspräsidenten war in Vorbereitung, eine Schülerkommission wollte nach Arnsberg." 14)

Trotz der eindeutigen Aussage seines Sprechers hatte die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Arnsberg weder die Schließung der Hellweg-Hauptschule verfügt noch ihre Weiterführung genehmigt. So sollten sich der Schulausschußvorsitzende Wilfried Bartmann, seine Stellvertreterin Dorothea Weidner und ein Vertreter der Schulverwaltung bei der Bezirksregierung in Arnsberg um Klarheit, vielleicht in einem letzten Rettungsversuch doch noch um eine positive Entscheidung für die Schule bemühen.

- "Mitnehmen will die städtische Delegation dann übrigens auch die Argumente, die von der Schule selbst für ihren Erhalt formuliert werden, hieß es gestern. Bekanntlich wird in Massen vor allem die kulturelle und soziale Bedeutung der Hauptschule für den Ortsteil hervorgehoben, aber auch ihre pädagogische Arbeit und ihre Verwurzelung in der Bevölkerung." 15)

Am 31. Mai reiste die Delegation, zu der Frau Weidner, Wilfried Bartmann und Schuldezernent Helmut Eichhorst gehörten, nach Arnsberg, um sich bei der Schulabteilung der Bezirksregierung die notwendige Klarheit zu verschaffen.

- "Einen endgültigen Bescheid über den Fortbestand der Hellweg-Hauptschule in Massen und die endgültige Unterbringung der Realschule II brachten sie doch nicht mit nach Hause. Der wird erst von einem Ortstermin erwartet, zu dem die Behördenvertreter in den nächsten Tagen nach Unna kommen. Sicher ist dabei nur eins: Der Stadtrat fällt den Beschluß über die Neuordnung der Schullandschaft am 30 Juni.

Bartmann betonte gestern, daß man sich bei den Gesprächen in Arnsberg die Position der Massener Schulpflegschaft zu

13) + 14) "Westfälische Rundschau" vom 6. Mai 1988

15) "Hellweger Anzeiger" vom 11. Mai 1988

eigen gemacht habe. Insbesondere Frau Weidner habe darauf gedrungen, die an der unteren Grenze der Einzügigkeit angelangte Hauptschule weiter zu beobachten, ihre Funktion vor Ort nicht aus den Augen zu verlieren und bei der Entscheidung die benachbarte Landesstelle nicht zu vergessen.

Freilich ließ die Schulaufsicht den Unnaern wenig Hoffnungen, wenn sie an die gültige Rechtslage erinnerte und ankündigte, daß demnächst das Schulordnungsgesetz sogar noch verschärft und dann die Frage der Ausnahmegenehmigung für eine einzügige Hauptschule allein noch an der Frage orientiert werden soll, ob es sich bei ihr um die einzige in einer Kommune handelt.

Zur künftigen Unterbringung der Realschule II, die sich aber gegen eine Umsetzung aus der Stadtmitte nach Massen energisch wehrt, mochte sich die Schulaufsicht noch gar nicht äußern." 16)

Am 23. 6. kam die zuständige Dezernentin zu einem Informationsbesuch dann nach Massen, und am 30. 6. 1988 hatte der Rat der Stadt Unna u. a. über die "Weiterführung der Hellwegschule Massen als einzügige Hauptschule" und über den "Standort der Realschule II" zu entscheiden.

Herr Eichhorst - der Dezernent für das Schulverwaltungsamt - eröffnete die Aussprache mit dem Hinweis auf das Schreiben des Regierungspräsidenten, das besagt, daß die Weiterführung der Hellweg-Hauptschule in einzügiger Form gesetzlich nicht zulässig sei. Daraus müsse die einzig mögliche Konsequenz gezogen und der notwendige Auflösungsbeschluß gefaßt werden. Die Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen nahmen dazu mit bereits bekannten Argumenten Stellung.

Herr Bartmann (SPD) - Vorsitzender des Schulausschusses - erklärte, daß für die Hauptschulen in Unna ein allgemeiner Schülerrückgang zu beklagen sei. Für die drei Hauptschulen - Königsborn, Unna-Mitte und Massen - wären für das Schuljahr 1988/89 nur 103 Schüler und Schülerinnen angemeldet worden, einer Zahl, die vier Zügen einer Hauptschulen entsprächen, die nun auf die 3 Systeme verteilt werden müßten. Dabei wäre in Massen die Zahl für eine einzügige Hauptschule nur knapp erreicht worden. Dennoch habe man sich

16) "Hellweger Anzeiger" vom 1. Juni 1983

auf Grund der Proteste aus der Massener Bevölkerung bemüht, die Hellweg-Hauptschule, die auf eine lange Tradition zurückblicken kann, zu erhalten. Nun sei die schmerzliche Entscheidung zu treffen, die Hellweg-Hauptschule zu schließen und mit der Hauptschule Unna-Mitte zusammenzulegen.

Frau Weidner (CDU) ging in ihrer Stellungnahme auf die Schulpolitik der SPD ein, die dazu geführt habe, daß die Hauptschule landesweit ins Hintertreffen geraten sei, daß man die Chance versäumt habe, durch kleinere Klassen eine bewährte Schulform zu erhalten, die eine gute Vorbereitung für eine gewerbliche Ausbildung leistet. Für ihre Fraktion lehnte sie die Schließung der Hellweghauptschule ab.

Herr Dr. Bansi (GAL) kritisierte zunächst die Schulpolitik der Stadt Unna, meinte aber, daß die Hellweg-Hauptschule in Massen nicht zu retten wäre. Die einzige Chance für den Schulstandort Massen wäre die Einrichtung einer kooperativen Gesamtschule.

Massens Ortsvorsteher - Herr Tewes (SPD) - wehrte sich gegen Berichte in der örtlichen Presse, die den Bürgern einreden wollten, daß die CDU für die Erhaltung der Hellweg-Hauptschule, die SPD dagegen für ihre Schließung einträte. Es handele sich hier um ein Problem, das alle Ratsmitglieder bedrücke.

Der Rat beschloß "mit 23 Stimmen bei 19 Gegenstimmen, die Hellweghauptschule Unna-Massen zum 1. August 1989 zu schließen und mit der Hauptschule Unna-Mitte zusammenzulegen". In der gleichen Sitzung wurde mit 38 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen, die Realschule II ab 01. 08. 90 in die Schulanlage an der Königsborner Straße in Unna-Massen zu verlegen.

Mit dem Ende des Schuljahres 1989/90 lief dann die Geschichte der Hellweg-Hauptschule aus. Ihr Leiter Rektor Kroll-Bothe hatte zu Beginn des Schuljahres 1989/90 die Leitung der Schiller Grundschule am Hellweg übernommen, nachdem Rektor Wichmann in den Ruhestand getreten war. Für die Geschichte der alten Massener Volksschulen schloß sich damit der Kreis. Ihre Traditionen werden nunmehr von den beiden Massener Grundschulen fortgeführt:

- für die alte Volksschule, der späteren Blücherschule in Obermassen von der Sonnenschule,
- für die Hellwegschule in Niedermassen von der Schillerschule.

18) Nach dem Protokoll der Ratssitzung am 30. 6. 1988

- 240 -

Zum Beginn des Schuljahres 1990/91 zog dann die Realschule II aus Unna nun als "Hellweg-Realschule" in das Gebäude an der Königsborner Straße ein.

XXIX

Deutsche Kinder aus fremden Ländern

Die Gerhart-Hauptmann-Schule von 1976 bis 1990

Zum Beginn des Schuljahres 1976/77 übernahm Rektor Hans-Jürgen Kirchertz die Leitung der Schule. Er selbst schrieb 1981 rückschauend dazu:

- "Als ich zu Beginn des Schuljahres 1976/77 recht unbekümmert als Schulleiter der Gerhart-Hauptmann-Schule meinen Dienst antrat, war ich zuversichtlich, bald auch das Wissen und die Kenntnisse erarbeitet zu haben, die man für dieses Amt benötigt. Aber neben der unvermeidlichen Verwaltungsarbeit, die ein Schulleiter zu erledigen hat und mit der er als Lehrer oder Fachleiter in der Lehrerbildung kaum befaßt war, erforderte die besondere Situation der Gerhart-Hauptmann-Schule ein viel größeres Maß an Einarbeitung und ein stärkeres Umdenken, als es für einen Schulleiter an einer sogenannten "normalen" Schule notwendig ist. Die Einarbeitung in ein so komplex strukturiertes Feld wie "Aussiedlerbeschulung" konnte nur allmählich in der täglichen Auseinandersetzung mit den Problemen dieses Personenkreises erfolgen. Erschwerend kam hinzu, daß ich mich mit den sogenannten sozio-kulturellen Voraussetzungen der Aussiedler aus ehemals deutschen Ostgebieten, der Sowjetunion und der Länder Südosteuropas bisher kaum beschäftigt hatte, da keinerlei verwandtschaftlichen Beziehungen zu Vertriebenen bestehen. Mein Vorwissen beschränkte sich auf das, was ich als Schüler und Student und später mehr oder weniger zufällig über die Ursachen und Folgen der Vertreibung und Flucht von 15 Millionen gelernt und erfahren hatte. 1)

Hans-Jürgen Kirchertz übernahm dennoch die Leitung der Schule nicht ohne eine gewisse Vorbereitung. Schulamtsdirektor Hengst - der für die Schule zuständige Schulaufsichtsbeamte - ordnete ihn am Ausgang des Schuljahres 1975/76 für einige Wochen an seine zukünftige Wirkungsstätte ab. Zudem standen ihm im Kollegium einige "alte Hasen" zur Seite, die schon seit einigen Jahren hier ihren Dienst taten, wie z.B. Konrektor Eickhoff seit 1957, Herr Backs seit 1965 und Frau Krämer seit 1968, oder die als persönlich Betroffene das Los

1) Hans-Jürgen Kirchertz: "Taubenschlag" oder Stätte der Bildung und Erziehung in "Helfen und Dienen" - 30 Jahre Landesstelle, Unna 1981

der Aussiedlung und die damit verbundenen Probleme aus eigenem Erleben kannten, wie z.B. die Herrn Galonska und Cichon.

Die äußeren Bedingungen, unter denen H.- J. Kirchertz im August 1976 in Massen seine Arbeit aufnahm, waren recht schwierig. Die 1975 in Helsinki abgeschlossenen deutsch-polnischen Vereinbarungen - 125 bis 130000 Deutsche sollten in den kommenden 5 Jahren den polnischen Machtbereich verlassen dürfen – führten zu einem ständig starken Ansteigen der Schülerzahlen. Trotzdem der Schule nach dem Auszug der Fröbelschule Anfang Februar 1976 die gesamte Anlage an der Buderusstraße zur Verfügung stand, fehlten für die ständige wachsende Zahl der Schüler die notwendigen Klassenräume. Auch die Zahl der Lehrkräfte - 15 mit voller und 4 mit halber Stundenzahl - reichte für eine Unterrichtsgestaltung, die den notwendigen Erfordernissen entsprach, nicht mehr aus. Zu diesem Hauptübel kamen weitere Schwierigkeiten:

- Die durch den starken Zustrom der Aussiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten verursachte Fluktuation führte naturgemäß auch zu einem starken Schülerwechsel. Da die Landesstelle ständig bis an die Grenzen ihrer Kapazität belegt war, konnte ein Teil der Aussiedlerfamilien nur für kurze Zeit - für 2 bis 4 Wochen - aufgenommen werden. So verließ ein beträchtlicher Teil der Mädchen und Jungen bereits nach 2 Wochen wieder die Schule.
- Daneben gab es die Schülerinnen und Schüler, die bis zu einem halben Jahr in der Schule blieben, da ihre Eltern an Umschulungs- und Sprachkursen teilnahmen, die in der Landesstelle durchgeführt bzw. in der näheren Umgebung vom Arbeitsamt und anderen Verbänden durchgeführt wurden.
- Da waren die recht unterschiedlichen deutschen Sprachkenntnisse der Aussiedlerkinder: Besonders große Defizite in ihren deutschen Sprachkenntnissen hatten die Kinder, die aus dem polnischen Bereich, aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße kamen. Bei vielen von ihnen war eine Verständigung ohne Dolmetscher nicht möglich.
- Unterschiedlich und vielfach auch mundartlich geprägt waren die deutschen Sprachkenntnisse der Aussiedlerkinder, die aus europäischen und asiatischen Gebieten der Sowjetunion kamen. Mit vielen von ihnen war eine Verständigung möglich. Je weiter entfernt von Deutschland sie aufgewachsen waren, je besser waren trotz dialektischer Einfärbung ihre Sprachkenntnisse.

- Die Aussiedlerkinder aus Rumänien hatten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Sprachschwierigkeiten, da sie in ihren Heimatgebieten - in Siebenbürgen und im Banat - deutsche Schulen besuchen durften.

Alle diese verschieden begabten Mädchen und Jungen mit ihren stark differierenden Sprachkenntnissen, die zudem unter unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen und kulturellen Bedingungen aufgewachsen waren, trafen hier in Massen aufeinander und mußten in viel zu großen Klassen unterrichtet werden. Da war es nicht verwunderlich, daß die Lehrkräfte der Schule, besonders aber diejenigen unter ihnen, die erst seit kurzem hier tätig waren, überfordert waren. Da es immer noch keine Arbeitsanweisungen und wegweisende Richtlinien für die Arbeit an dieser Schule gab, mußten sie aus eigener Verantwortung handeln.

Aber alle diese widrigen Umstände konnten den Schulleiter und sein Kollegium nicht entmutigen: Abbau des gravierenden Lehrermangels und die Vergrößerung der Schule waren als organisatorische Voraussetzung für die Unterrichtsarbeit an ihrer Schule unbedingt notwendig.

Noch im Laufe des Schuljahres 1976/77 konnte der Lehrermangel soweit behoben werden, daß mit der Benutzung von Neben- und Fachräumen kleinere Lerngruppen gebildet werden konnten und Klassenkoppelungen an den Nachmittagen zur Ausnahme wurden. Für einen Erweiterungsbau zur Behebung der Raumnot setzten sich besonders der Leiter der Landesstelle, Herr Stöcker, und der zuständige Schulaufsichtsbeamte, Herr Schulamtsdirektor Hengst, beim Schulträger, also der Stadt Unna, ein. Vertreter im Rat der Stadt und Beamte in den zuständigen Verwaltungen entsprachen dem Wunsch des Kollegiums, so konnte am 2. März 1979 der Anbau vom Bürgermeister der Stadt, Herrn Göpfert, seiner Bestimmung übergeben werden. Er enthält 8 Klassen- bzw. Gruppenräume. Dazu konnten 2 Werkräume, 1 Fachraum für naturwissenschaftlichen Unterricht und ein Raum für Textilgestaltung eingerichtet werden.

Zuvor war bereits am 07. 09. 1978 die stationäre Jugendverkehrsschule der Gerhart-Hauptmann-Schule in Anwesenheit von Ehrengästen bzw. Sponsoren - Frau Charlotte Schröter von der "Walter Kaminski Stiftung" und Dr. Rainer Radel von der "Shell-AG" - ihrer Bestimmung übergeben worden. Dazu hatten die "Ruhrnachrichten" geschrieben:

".....Für die hier geborenen Kinder ist das richtige Verhalten im Straßenverkehr schon schwierig, um wieviel schwieriger muß es dann für die Kinder aus Ländern mit weniger Straßenverkehr sein". 2)

Die Notwendigkeit der Einrichtung dieser stationären Jugendverkehrsschule wurde folgendermaßen begründet:

- "Für den Bereich der Stadt Unna und den südlichen Teil des Kreises ist seit etwa einem Jahr eine mobile Verkehrsschule unterwegs. "Wegen der besonderen Situation der Gerhart-Hauptmannschule, die vor allem durch hohe Schülerzahlen gekennzeichnet ist - mehr als 3600 Kinder und Jugendliche lernten dort im vergangenen Jahr - wäre diese Verkehrsschule nur von Nutzen bei den Schülern, die länger als ein halbes Jahr bleiben. Wir Lehrer sehen es jedoch als lebenswichtig an, die spätausgesiedelten Kinder so gut wie nur irgend möglich auf die ihnen bisher weitgehend unbekannten Gefahren des Straßenverkehrs aufmerksam zu machen," umreißt Rektor Kirchertz die Einrichtung der Verkehrsschule. Um nicht "auf dem Trocknen" üben zu müssen, erschien die stationäre Verkehrsschule mit Verkehrsschildern, einer Ampelanlage, Markierungen und Fahrzeugen das beste Mittel, den Kindern die reale Situation nahezubringen. Als Sponsoren fanden sich die Kaminsky-Stiftung und die Shell-AG, die auch die Folgekosten, das heißt die Reparaturen übernehmen wird. Ganz unbürokratisch sprang zum Schluß die Stadt Unna ein und stellte eine Garage zur Unterbringung der Geräte." 3)

Während so die äußeren Voraussetzungen für einen optimalen Unterricht geschaffen wurden, erarbeitete man im Kollegium - besonders im didaktisch-methodischen Bereich - weiter an geeigneten Unterrichtsverfahren, die Sprachdefizite der Aussiedlerkinder auszugleichen. Auf keinen Fall durfte die Schule wegen der Schülerfluktuation zu einer "Verwahranstalt" verkümmern. Dazu wurden im Bereich "Deutsch als Fremdsprache" unter Anleitung zweier kompetenter Fachleiter (für Deutsch und Englisch), die drei Schulen zugeteilt worden waren, von den Lehrkräften sogenannte "Situationsfelder" erarbeitet. Diese erfaßten Lebensbereiche, in die die Aussiedlerkinder zwangsweise gestellt werden würden, in denen sie sich zurechtfinden mußten, die sie notgedrungen sprachlich zu bewältigen hatten, wie z. B. : "Schule", "Einkauf", "Freizeit" u. a. m.

2) u. 3) Ruhrnachrichten vom 8. 9. 1978

Um einigermaßen zuverlässig feststellen zu können, über welche deutschen Sprachkenntnisse die Aussiedlerkinder verfügten, erarbeiteten einige erfahrene Lehrkräfte einen Sprachtest, der aufgrund der mit ihm gemachten Erfahrungen laufend geändert wurde. Ein zu Anfang der 70ziger Jahre von der "Forschungsstelle Bonn" erarbeiteter "Differenzieller Einstufungstest zur Sprachförderung Deutsch als Kommunikationsmedium" hatte sich damals als völlig ungeeignet erwiesen.

- "Den Lehrern der Gerhart-Hauptmann-Schule in Massen schmeckte der Test nicht. Sie hielten ihn für unbrauchbar. Und Ende 1976 bewiesen sie dies mit einem Trick. Statt, wie vorgesehen, die Kinder von Spätaussiedlern zu testen, knöpften sie sich 40 garantiert westfälische Kinder aus Schulen der Nachbarschaft vor.

Das Ergebnis: Nur acht dieser Westfalen durften laut Testergebnis eine deutsche Regelschule besuchen, 32 dagegen gehörten in Förderklassen für ihre Muttersprache. Fazit: Die Testbogen kamen zum Altpapier, der pseudowissenschaftliche Titel in die Schulchronik." 4)

Daneben bewahrte ein umfangreicher, sprachfreier Intelligenztest die Lehrkräfte vor der Gefahr, Aussiedlerkinder einseitig nach ihren Deutschkenntnissen zu beurteilen und sie dabei zu über- oder auch zu unterschätzen.

Als 1981 die Fünf-Jahresfrist auslief, in der 130000 Deutsche aus dem polnischen Machtbereich in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften, herrschte in der Landesstelle Hochbetrieb. (Aus dem Durchgangwohnheim war 1980 die Landesstelle geworden). In der Gerhart-Hauptmann-Schule lief die "Aussiedlerbeschulung" routinemäßig ab. Rektor Kirchertz schrieb dazu:

- "Inzwischen fühle ich mich jedoch - wie wohl jeder, der mit diesen Menschen zu tun hat - fast zwangsläufig als Mitbetroffener und sehe mit Sorge, daß der Mangel an Wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge vor allem bei vielen Bürgern der Nachkriegsgeneration in der Bundesrepublik Deutschland - in einer Zeit wirtschaftlicher Rezession bisheriges Desinteresse nicht selten in unverhohlene Abneigung gegen die Aussiedler umschlagen läßt." 5)

Bei aller schwierigen und verantwortungsvollen pädagogischen Arbeit, aller Anspannung und unvorhergesehenen Schwierigkeiten

4) Westfalenpost vom 20. 12. 1986

5) Kirchertz: a. a. O., S. 69

waren die Jahre von 1976 bis 1981 geprägt von der Dankbarkeit der Aussiedlerkinder, blieben sie nicht ohne Erfolgserlebnisse und freundliche Aspekte. Dazu gehörten u. a.:

- die traditionellen Kinderfeste,
- die Landheimschulaufenthalte der Mädchen und Jungen aus den oberen Klassen im Ostheim in Bad Pyrmont auf Einladung der "Gemeinschaft Junges Ostpreußen";
- die Beschenkung der schulpflichtigen Aussiedlerkinder durch den Dortmunder Lionsclub am Nikolaustag, zu der der Nikolaus mit dem Hubschrauber einschwebte,
- die Weihnachtsfeiern, die die Aussiedlerkinder unter Anleitung ihrer Lehrer für ihre Eltern veranstalteten.

Das besondere Interesse der örtliche Presse galt Jahr für Jahr dem Nikolaus: "Ganz anders zeigte sich am Dienstag der Nikolaus in Massen. Er kam nicht etwa mit einer Pferdekutsche, sondern ließ sich mit einem Hubschrauber bringen Pünktlich um 13.50 Uhr landete der heilige Mann auf dem Schulhof und ging durch alle Klassen, um die 400 Kinder des ersten bis neunten Schuljahres zu beschenken mit Päckchen, die mit Malutensilien, Süßigkeiten und sogar mit Armbanduhren gefüllt waren. ... Organisiert hatte den Nikolausbesuch die Dortmunder Gruppe des Lionsclubs, unterstützt von der Firma Kasting, die den Hubschrauber gestellt hatte. Die Dortmunder Lionsmitglieder, die sich das ganze Jahr über sehr stark um die Aussiedler kümmern haben wie bei der Feier im Vorjahr die Kosten für die Geschenkpakete übernommen." 6)

Jahr für Jahr berichteten der "Hellweger Anzeiger", die "Ruhrnachrichten" und die "Westfälische Rundschau" über den Heiligen Mann, der mit dem Hubschrauber zu den Aussiedlerkindern kam. So auch die Westfälische Rundschau 6 Jahre später im Dezember 1983 auf ihrer Titelseite mit einem Bild:

- "Vom Himmel hoch, da kommt er her Mit dem Hubschrauber kam gestern der Nikolaus zu den Kindern von Spätaussiedlern ins Durchgangwohnheim Unna-Massen. Wie in den Jahren zuvor hatte der Dortmunder Lions-Club die Geschenke zur Verfügung gestellt." 7)

Zu einem besonderen Ereignis in diesen Jahren - besonders aber für die jungen Fußballfans unter den Aussiedlerkindern

6) Ruhrnachrichten vom 08. 12. 77

7) Westfälische Rundschau vom 07. 12. 83

wurde die Übergabe von Sportbekleidung - eine Spende der "Sepp-Herberger-Stiftung" - am 5. 3. 1980 durch den Kapitän der deutschen Nationalmannschaft Bernhard (Ennatz) Dietz. Die Mannschaft der Gerhart-Hauptmann-Schule hatte im September 1979 am Fußballturnier der Sonderschulen des Kreises Unna teilgenommen und dabei den Pokal gewonnen.

- "Nachträglich belohnt wurde jetzt die Erringung der Kreismeisterschaft für Sonderschulen durch die Mannschaft der Gerhart-Hauptmann-Schule in Unna-Massen. Die Sepp-Herberger-Stiftung des Deutschen Fußballbundes stellt der Schule zwei komplette Sätze Spielbekleidung, zwei Bälle sowie 36 Paar Schuhe zur Verfügung Obwohl die Schüler meist nur kurze Zeit diese Schule besuchen, soll ihnen insbesondere auch durch die Teilnahme an Sportwettkämpfen eine raschere Integration ermöglicht werden. Auf diese besondere Lage der Kinder wies auch DFB-Vorstandsmitglied Dr. Otto Rückert hin, der die Sportausrüstung zusammen mit dem Kapitän der deutschen Fußball-Nationalmannschaft "Ennatz Dietz" an Schulleiter Kirchertz und die vor Freude strahlenden Kinder übergab. Anschließend stand natürlich "Ennatz" im Mittelpunkt der Interessen, der sich vor Autogrammwünschen der Kinder kaum retten konnte."

"Ennatz" Dietz mußte im Laufe der Veranstaltung, an der neben anderen Gästen auch Vertreter des Schulträgers teilnahmen, den begeisterten Mädchen und Jungen eine Kostprobe seines großartigen Könnens bieten.

Im April 1984 wertete eine Verfügung des Regierungspräsidenten die Schule erheblich auf. Ihr Leiter Heinz-Jürgen Kirchertz wurde zum "Fachberater an der Gerhart-Hauptmann-Schule" ernannt. In dieser Eigenschaft hatte er Schüler, Eltern und auch Lehrer aus den Aussiedlerkreisen nicht nur beratend sondern auch wegweisend zur Seite zu stehen:

- Er hatte Auskunft zu geben über Schullaufbahnen und Bildungsangebote in den Sekundarstufen I und II und den Eltern entsprechende Vorschläge für den weiteren Schulbesuch ihrer Kinder im Hinblick auf eine künftige Berufswahl zu machen.
- Bei bestehenden Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten hatte er die Einleitung diagnostischer und therapeutischer Hilfe zu vermitteln.

8) Ruhrnachrichten vom 5. 3. 80

- Zudem erhielt er die Befugnis, mitgebrachte bzw. vorgelegte Zeugnisse der Aussiedler als Hauptschulabschlußzeugnisse anzuerkennen. Für die mit dieser Aufgabe verbundene zusätzliche Arbeit wurden seine wöchentlichen Pflicht- bzw. Unterrichtsstunden um drei ermäßigt. Damit wurde der Schule nun endlich jener Teil der Aufgabe zugewiesen, den sie auf Grund ihrer Funktion in der Landesstelle zu leisten hatte. Für diese wichtige Aufgabe, die der Schule in den zurückliegenden Jahren immer wieder von den in der Landesstelle tätigen Wohlfahrtsverbänden - besonders aber von der Caritas - strittig gemacht worden war, hatte man 1972 das Amt eines "Bildungsberaters" eingerichtet. 9)

Diese Stelle war aber in Wirklichkeit seit dem 1. Mai 1981 unbesetzt. Durch diese Verfügung des RP ging nun die alleinige Zuständigkeit für die schulische Betreuung der Aussiedlerkinder auf die Gerhart-Hauptmann-Schule über, sie hatte diese - die Lernbehinderten wie die Begabten - auf den rechten Weg zu bringen.

Als "Fachberater" bemühte sich Rektor Kirchertz besonders darum, den begabten Aussiedlerkindern den Zugang zu den weiterführenden Schulen zu öffnen, es konnte keineswegs angehen, daß ihnen allein wegen ihrer Defizite in der deutschen Sprache Real-, Gesamtschulen und Gymnasien verschlossen blieben. Viele seiner Dienstreisen zu weiterführenden Schulen u. a. nach Hamm, Rüthen, Hilden, Hilchenbach, Werl, Altenhundem und Bad Münstereifel dienten diesem Zweck. Dazu wurden Kontakte zu den Internats-Förderschulen in Espelkamp (Steilhof), Stukenbrock, Oer-Erkenschwick und in Datteln-Horneburg gepflegt. Dabei kam es zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Lehrkräften der genannten Schulen. Studiengruppen der Universität Bochum und der Gesamthochschule Wuppertal informierten sich vor Ort über Integrationsmöglichkeiten der Aussiedlerkinder und die dabei auftretenden Probleme.

Die Jahre nach 1981, nach dem Auslaufen der deutsch-polnischen Vereinbarungen, die vielen Deutschen die Ausreise aus dem polnischen Machtbereich in die Bundesrepublik Deutschland ermöglichte, waren von rückläufigen Schülerzahlen gekennzeichnet.

- "Im Schuljahr 1983/84 besuchten insgesamt 1301 Kinder und Jugendliche die G. H. S. Im Vergleich zum Vorjahr lag

9) Vgl. Kap. XXVI S. 200

die Zahl um 244 Schüler niedriger. Es wurden 20 Klassen gebildet, wobei die Klassen 2 - 9 zweizügig, die 1. Klassen dreizügig waren, die 10. Klasse einzügig war. Der größte Teil der Aussiedler aus Polen kam ohne gültige Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland. Der Anteil der Langzeitschüler ging stark zurück. 72 Jungen und Mädchen kamen aus Pl., 302 aus der DDR, 152 aus Rum., 42 aus der SU, 10 aus CSSR, 2 aus Jugoslawien und 1 aus Afrika (DDR). Nachdem der starke Zugang aus der DDR zwischen Weihnachten 83 und Ostern 84 abebbte, erreichte die Gesamtschülerzahl vor den Sommerferien einen leider noch nicht erlebten Tiefstand von 49 Schülerinnen und Schülern. Das Dumme bei dieser an sich unhaltbaren Situation ist, daß niemand mit Sicherheit sagen kann, ob es sich nur um eine vorübergehende Drosselung der Aussiedlung vornehmlich durch die polnischen Behörden handelt oder ob ein Schülerstand von ca. 100 Schülerinnen und Schülern von Dauer sein wird." 10) Zur Erleichterung des Kollegiums wurden nach den Sommerferien, zu Beginn des Schuljahres 1984/85, fast 180 Kinder angemeldet. Dies ließ hoffen, daß das auf 20 Lehrkräfte verkleinerte Kollegium seine Arbeit an der Schule fortsetzen konnte. Es war eine recht trügerische Hoffnung, denn in diesem Schuljahr besuchten nur 849 Mädchen und Jungen die Schule, es waren 452 weniger als im vorausgegangenen Schuljahr, es war auch die niedrigste Zahl seit mehr als 10 Jahren. Die Mehrzahl von ihnen, 593 kamen aus dem polnischen Bereich. Bei ihnen sind ausreichende Deutschkenntnisse nur noch selten festzustellen. Es erweist sich auch zunehmend schwierig, sich mit den Eltern in deutscher Sprache zu verständigen". 11)

In dieser Situation sah das Kollegium dem kommenden Schuljahr mit großer Sorge entgegen. Das Schuljahr 1985/86 begann dann aber mit einer überraschend hohen Zahl von Anmeldungen. Mehr als 250 Kinder stellten sich nach den Sommerferien zum Schulbesuch ein. Überraschenderweise besuchten in diesem Schuljahr 1569 Aussiedlerkinder - die höchste Zahl seit dem Schuljahr 1981/82 - die Schule. Diese Zahl macht deutlich, wie schwierig es überhaupt war, Prognosen für die Schülerbewegung an dieser Schule zu machen. Von diesen 1569 Mädchen und Jungen kam die überwiegende Zahl – 126 aus Polen, 129 kamen aus Rumänien, 176 aus der DDR, 28 aus der SU, 10 aus der CSSR, 2 aus Kuba und je 1 Schüler aus Jugosla-

10) u. 11) Schulchronik der Gerhart-Hauptmann-Schule

wien und Ungarn. - Im Schuljahr 1986/87 besuchten 1445 Mädchen und Jungen die Schule. Wie in den Vorjahren kamen die meisten von ihnen, nämlich 1067, aus dem polnischen Bereich, 183 aus der SU, 7 aus der CSSR, 1 aus Jugoslawien. Als Kinder von Zuwanderern kamen 43 aus der DDR.

Die zurückgehenden Schülerzahlen mußten notgedrungen zu einer Verkleinerung des Kollegiums führen, die durch Versetzungen aber auch durch Abordnungen von Lehrkräften erreicht wurde. So wurde dem Lehrer Rudolf Backs, der seit dem 8. 10. 1965 an der Schule unterrichtete, zum 1. Februar 1984 die Konrektorenstelle der Alysius-Schule (Kath. Grundschule) in Holzwickede übertragen.

Andere wurden an benachbarte Haupt- und Grundschulen abgeordnet. Bei allen Versetzungen blieben eine Reihe von eingearbeiteten und erfahrenen Lehrkräften dem Rektor Kirchertz als Mitarbeiter erhalten, so der Konrektor Otto Eickhoff, die Lehrerinnen Helga Krämer, Christa Schunder, Barbara Sepke, Stefanie Schnabel, Beate Bertschik und Marlies Schäfer, dazu die Lehrer Wilhelm Galonska, Viorel Lazar und Horst Waschulewski, die Erzieherin Rose-Marie Gesau und die Schulsekretarin Adelheid Starostzik.

In all diesen zurückliegenden Jahren von 1981-1987 lief der Dienst in hergebrachter Ordnung und in eingespielter und gewohnter Weise ab. Für die Eltern der Langzeitschüler fanden zwei Mal im Jahr Elternsprechtage statt. Zu den Höhepunkten gehörten wie eh und je die Kinderfeste, die von der Landesstelle veranstaltet wurden, die Bescherungen der Jungen und Mädchen am Nikolaus-Tag durch die Lionsclubs - sie wurden am 05. 12. 85 zum zehnten Male durchgeführt - und die Weihnachtsfeier, die von den Kindern der Schule unter der Anleitung der Lehrer gestaltet wurden. Heimatkundliche Exkursionen ergänzten nicht nur den Unterricht, sondern sie dienten auch der Integration.

- "Auf eine in diesen Tagen ungewohnte und erfrischend unbefangene Art drängelte sich am gestrigen Dienstag eine Klasse von "I-Männchen" der Gerhart-Hauptmann-Schule in Unna-Massen durch das rege Treiben des Marktes. Zusammen mit ihrer Lehrerin hatten die eifrigen Erstklässler im Unterricht eine Aufstellung über Obst- und Gemüsearten, die es auf einem Markt zu kaufen gibt, gemacht. Um der theoretischen Ausführung im Klassenzimmer einen praktischen Rahmen zu geben, kamen die unternehmungslustigen Steppkes auf die Idee, zu prüfen, ob auf dem Marktplatz in der Hellwegstadt auch alle von ihnen festgestellten Obst- und Gemüsesorten zu finden sind. Bewaffnet mit Papier und Bleistift führten die Schulanfänger ihre

Untersuchungen durch und streiften mit "strengen" Blicken die zahlreichen Stände und Auslagen der Händler aus Unna und der Umgebung." 12)

Bereits während der Sommermonate 1987 hatte die Bundesrepublik Deutschland und damit auch das Land Nordrhein-Westfalen einen solchen Zustrom von Aussiedlern und auch Zuwanderern zu verzeichnen wie seit sechs Jahren nicht mehr. Den sich abzeichnenden oder andeutenden, auch wohl nicht mehr aufzuhaltenden Machtzerfall der kommunistischen Zwangsherrschaft in allen Ländern des einst so monolithischen Ostblocks nutzten viele Rußlanddeutsche, viele Deutsche in Polen und in den Ländern Südosteuropas wie auch Bürger in der DDR zum Aufbruch in den freiheitlich-demokratischen Westen. Der starke Zustrom von Aussiedlern und Asylanten, den die Landesstelle in Unna-Massen zu bewältigen hatte, wirkte sich mit steigenden Schülerzahlen auch in der Gerhart-Hauptmann-Schule aus. So begann das Schuljahr 1987/88 mit einer unerwartet hohen Zahl von angemeldeten Aussiedlerkindern.

- "In der 1. Schulwoche nahm die Schülerzahl mit fast 400 Mädchen und Jungen auf das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr zu. Auf Kosten des Nachmittagsunterrichtes mußten insgesamt 16 Klassen gebildet werden, um überhaupt einigermaßen unterrichten zu können."

13) Da eine solche Entwicklung nicht vorauszusehen war, standen nun die Lehrkräfte des verkleinerten Kollegiums in überfüllten Klassen vor Schülergesichtern, die fast täglich wechselten, da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Aussiedlerkinder in der Schule nur noch 14 Tage betrug. Die dem DGB für Schulungskurse überlassenen Klassenräume wurden von der Schule nun für den eigenen Bedarf zurückgefordert. In der Zeit vom 21. 09. bis zum 22. 12. 1987 hatten bereits 1811 Mädchen und Jungen die Schule durchlaufen. Auch die Zahl der Langzeitschüler ging erheblich zurück, da die Landesstelle Platz für die Neuankommenden machen mußte. Die Landesstelle war bis an die Grenzen ihrer Kapazität ausgelastet.

- Wir können den Zustrom nur noch bewältigen, indem wir die Verweildauer verkürzen. Für Fritz Wiegand bringt der "russische Frühling" und der unvermindert hohe Aussiedlerstrom aus den polnischen Gebieten eine Menge von Problemen mit sich. Die Zahl der Rußlanddeutschen, für die nach jahrelan-

12) Ruhrnachrichten und "Hellweger Anzeiger" vom 07. 05. 86

13) Chronik der Gerhart-Hauptmann-Schule

gem Warten der Traum der Familienzusammenführung in Erfüllung gegangen ist, hat sich im zu Ende gehenden Jahre fast vervierzigfacht. 21000 Aussiedler aus den polnischen Gebieten haben zudem von der Landesstelle aus den Sprung in ein neues Leben gewagt. Und ein Ende der hohen Ausreisequoten ist nicht abzusehen.

Auffällig dabei ist es, daß im Rahmen der Familienzusammenführung besonders aus der UdSSR viele junge Menschen in die Bundesrepublik kommen. Fast 44 Prozent der russischen Aussiedler sind Kindergarten- und Schulalter, lediglich acht Prozent sind über 65 Jahre alt. Während in allen Ostblockländern die Schlagbäume an den Grenzen großzügiger geöffnet werden, verschließt sich die DDR, trotz Honecker Besuch, wieder mehr. Mit 3100

Aussiedlern mußte hier ein Rückgang verbucht werden. 14)

Die Schülerzahlen stiegen auch im Januar 1988 unvermindert an, im Februar dann auf weit über 400. In den gebildeten 16 Klassen saßen mehr als 20 Kinder, von einem geordneten Schulbetrieb konnte keine Rede mehr sein. Mit täglich 60 An- und Abmeldungen war die Schulsekretärin so überlastet, daß der Schulleiter helfend einspringen mußte, bis - noch im Februar - Frau Braun von der Stadt Unna der Schulsekretärin als Hilfskraft zugeteilt wurde. Dadurch wurde der Verwaltungsbetrieb wesentlich entlastet.

Zur Entlastung des Unterrichtsbetriebes wurden 4 Lehrkräfte mit 28, 18 und 14

Wochenstunden an die Schule abgeordnet. So konnte die Lehrerkonferenz im März die Einrichtung von 3 weiteren Klassen beschließen, trotzdem wurde kein Ganztagsunterricht angeboten. Am 17. April informierten sich Herr Ministerialrat Walter und Frau Regierungsdirektorin Ledebusch, beide vom Kultusministerium, Herr Regierungsdirektor Backhausen vom Arbeits- und Sozialministerium, Herr Regierungsdirektor Glatz von der Bezirksregierung in Arnsberg und Herr Schulamtsdirektor Hengst vom Schulamt des Kreises Unna über die Situation an der Gerhart-Hauptmann-Schule. Auch allgemeine Fragen der Aussiedlerbeschulung wurden dabei besprochen.

Der ständig anschwellende Aussiedlerstrom stellte die Landesstelle und damit auch die Gerhart-Hauptmann-Schule vor fast unerfüllbare Anforderungen und führte Ende Juni dann zu einer beinah unhaltbaren Situation.

- "Drei Tage nach Beginn der Sommerferien in der Volksrepublik Polen hat sich die Situation in der Landesstelle weiter zu-

14) "Hellweger Anzeiger" vom 18. 12. 87

gespitzt. Am gestrigen Montag zählten die Mitarbeiter über 650 Aussiedler und registrierten damit einen der höchsten Tagessätze in der Landesstelle überhaupt. Landesstellenleiter Fritz Wiegand rechnet im Laufe der Woche mit einer weiteren Zunahme.

Unterdessen wird die Unterbringung der Menschen immer schwieriger. Heute werden die ersten Aussiedler in einer der Ausstellungshallen im Kurpark untergebracht, selbst der Aufbau von Falthäusern im Bereich der Landesstelle wird nicht mehr ausgeschlossen." 15)

In dieser prekären Lage mußte die Gerhart-Hauptmann-Schule drei Wochen vor Beginn der Sommerferien auf die Benutzung ihrer Turnhalle verzichten.

- "Die Durchführung ordnungsgemäßen Sportunterrichtes soll durch die Mitbenutzung der Halle der ehemaligen Brockhausschule wenigstens in etwa gesichert werden. Durch die Bustransportfahrt geht jedoch wertvolle Unterrichtszeit verloren. Neben der Turnhalle, in der sich 120 Personen aufhalten, sind weitere 100 Personen in den alten Schulpavillons untergebracht. Die Sporthalle soll nach Möglichkeit zu Beginn des neuen Schuljahres, spätestens jedoch im Herbst zur Verfügung stehen. Dieser Termin wurde zwischen der Stadt und der Landesstelle getroffen." 16)

Das auslaufende Schuljahr 1987/88 brachte die Rekordzahl von 4974 Schülerinnen und Schüler, die in dieser Zeit die Schule durchlaufen hatten. Es war die höchste Jahresschülerzahl seit dem Bestehen der Schule. Wie in den Vorjahren kam die Mehrzahl von ihnen, nämlich 3610 aus Polen, auch der Anteil der Kinder aus der SU war merklich angestiegen, auf 1271. Aus Rumänien waren 38, aus der DDR 33 und aus der CSSR 2 Kinder gekommen.

- Das Kollegium war inzwischen auf 24 Lehrkräfte angewachsen und bestand aus 16 Lehrerinnen, 6 Lehrern und zwei Erzieherinnen, dazu kamen die langjährige Schulsekretärin Frau Starostzik und der Schulausmeister Ulrich Schulz.

Auch im Schuljahr 1988/89 sorgten die Ereignisse und Zustände in der Landesstelle und damit auch in der Gerhart-Hauptmann-Schule für viele Berichte in der örtlichen Presse. Anfang September 1988 war die Schülerzahl auf 611 Kinder und Jugendliche angewachsen, in den einzelnen Klassen befanden sich

15) "Hellweger Anzeiger" vom 28. 6. 1988

16) Schulchronik der Gerhart-Hauptmann -Schule vom 29. 6. 88

mehr als 30 Mädchen und Jungen. Der Schulleiter bat den Kultusminister des Landes um die Zuweisung weiterer Lehrkräfte.

Die angespannte, fast unhaltbare Lage in der Landesstelle wirkte sich besonders negativ in ihrer näheren Umgebung im Stadtteil Massen-Nord aus und verstärkte die wachsenden Vorurteile gegen die Aussiedler. Die Unnaer Kommunalpolitiker - besonders aber die Ratsvertreter aus Massen - mußten den Wünschen der betroffenen Bevölkerung Rechnung tragen und sich der Probleme der Bevölkerung annehmen. Dabei forderte die Vorsitzende des Kulturausschusses, Frau Marianne Hoffmann, die Unnaer Bevölkerung auf, statt der "Sonntagsreden vom Frieden und symbolischen Akten" endlich etwas für die Aussiedler zu tun:

- "Die Fähigkeit zum Frieden könnten die Unnaer daran beweisen, wie sie die aus der Volksrepublik Polen und aus der UdSSR herausströmenden Aussiedler in den deutschen Alltag integrieren. Aus der unmittelbaren Umgebung der Landesstelle (Buderusstraße, Mehlhagen, Afferder Weg und Wasserkurler-Straße) diskutierte eine große Zahl von Anwohnern auf Einladung der SPD mit den Ratsvertretern über die Situation in Massen-Nord.

- "Dabei wurden nicht nur Schwierigkeiten und Probleme aufgelistet, sondern auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation erarbeitet. Grundsätzlich einig waren sich die Versammelten, daß der jetzige Aussiedlerstrom die Grenze der Belastbarkeit dieses Gebietes überschritten hat und eine weitere Landesstelle dringend notwendig wäre." 18)

Für die Leute in Massen-Nord war das "gut gebrüllt", aber eine zweite Landesstelle, die eine sofortige und auch spürbare Entlastung gebracht hätte, war nicht von heute auf morgen aus dem Boden zu stampfen. In den Jahren vor dem großen Ansturm hatte man übrigens ganz gut mit der Landesstelle gelebt.

Die Abordnung von 8 Lehrkräften aller Schulformen aus dem Bereich der Sekundarstufe I an die Gerhart-Hauptmann-Schule für 3 Monate verursachte ebenfalls großen Wirbel, der einen entsprechenden Niederschlag in den örtlichen Zeitungen fand. Die Abordnungen waren auf Anweisung des Kultusministers ohne Einschaltung bzw. Mitwirkung der zuständigen Personalräte erfolgt.

- "Kultusminister Hans Schwier reagiert schnell und unbürokratisch. Wie sein Pressesprecher Achim Neuser gestern mitteilte, werden kurzfristig sechs Lehrer aus allen Schulformen an die Gerhart-Hauptmann-Schule abgeordnet. Um Mißver-

17) Ruhr- Nachrichten 15. 9. 88

18) "Hellweger Anzeiger" 15. 09. 88

verständnis vorzubeugen, fügte Neuser an, daß alle Pädagogen aus "überversorgten" Schulen kämen. Durch die Verstärkung in Unna fiele also anderenorts kein Unterricht aus".

19)

Neben der Westfälischen Rundschau äußerte sich auch der Hellweger Anzeiger dazu:

- "Um dem Lehrermangel an der Gerhart-Hauptmann-Schule in der Landesstelle abzuhelfen, der durch den Aussiedlerstrom verschärft worden ist, sind kurzerhand drei Lehrer von Unnaer Schulen (PGU, Gesamtschule und Realschule II) sowie drei weitere Pädagogen aus dem Kreisgebiet und aus Dortmund vorübergehend nach Massen abgeordnet worden. Wie gestern bekannt wurde, hat der Regierungspräsident auf Anweisung der Landesregierung gehandelt".

20)

Diese Maßnahme rief ein unterschiedliches Echo hervor.

- "Schulausschußvorsitzender Wilfried Bartmann (SPD) erklärte indes, daß für die vorübergehende Abordnung Verständnis aufgebracht werden müsse, so mißlich die Situation auch sei. Der Regierungspräsident habe der Stadt Unna erklärt, daß er bereit sei, die Maßnahme auf kurze Zeit zu begrenzen. Rechtlich ist eine Abordnung auf die Dauer von drei Monaten möglich, ohne daß Lehrer, Personalrat und Schulträger ihre Zustimmung gegeben haben. Gleichwohl, so Bartmann, werde seine Fraktion alle Möglichkeiten ausnutzen, um in Arnsberg und Düsseldorf auf die Probleme hinzuweisen, die durch den Abzug von Lehrern aus den personell ohnehin knapp ausgestatteten Schulen entstehen, und dabei die Meinung vertreten, daß solchen Engpässen nur durch Einrichtung zusätzlicher Stellen begegnet werden kann". 21)

Die Lehrer und die GEW reagierten entschiedener und protestierten schärfer gegen die Abordnungen:

- "Mit einem Protestschreiben an den Kultusminister haben Lehrerrat der Gesamtschule und GEW Betriebsgruppe auf die kurzfristige Abordnung von Lehrern an die Schule der Landesstelle Unna-Massen reagiert. Die an der Gesamtschule Unna betroffene Pädagogin hat gegen die Abordnung förmlich Widerspruch eingelegt. Das "Hauruck-Verfahren" wird von der GEW-Betriebsgruppe mit großem Befremden zur Kenntnis genommen. Sie hält gleichzeitig fest, daß eine quantitativ wie qualitativ befriedigende Be-

19) Westfälische Rundschau vom 16. 09. 88

20) "Hellweger Anzeiger" vom 16. 09. 88

21) "Hellweger Anzeiger" vom 16. 09. 88

schulung der Aussiedlerkinder eine wichtige Aufgabe ist. Noch zu Beginn dieses Monats habe die GEW Unna Anstrengungen zur Lösung der schwierigen Situation der Spätaussiedler gefordert. Wenn allerdings Politiker aller Couleure inzwischen in diesem Zusammenhang von "nationaler Aufgabe" sprächen, erscheine es wie ein Hohn, wenn für den zentralen Bereich der Integration, der schulischen und sprachlichen Förderung, keine Neueinstellungen aus dem großen Heer arbeitsloser Lehrkräfte vorgenommen würden. Es sei zu fragen, weshalb die Schulbehörden erst einen Monat nach Schulbeginn reagieren, obwohl der Engpaß in der Landesstelle schon seit Monaten absehbar war. Es stelle sich auch die Frage, wie es nach drei Monaten weitergehen solle." 22)

Nachträglich stellt sich nun aber auch die Frage nach dem Sinn dieses Protestes. Wollte man wirklich der Gerhart-Hauptmann-Schule helfen? - Diese brauchte keine unerfahrenen Anfänger aus "dem großen Heer arbeitsloser Lehrkräfte", sondern im Dienst erprobte und bewährte Pädagogen, die die Schulwirklichkeit im Lande aus eigener Erfahrung kannten und mit dem Schulalltag vertraut waren. Ging es der GEW-Betriebsgruppe nur um die Durchsetzung eigener Interessen? In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Besuch ihrer damaligen Landesvorsitzenden Frau Ilse Brusis am Ende der sechziger Jahre den Lehrkräften der Gerhart-Hauptmann-Schule keine Erleichterung ihrer schweren Arbeitsbedingungen gebracht hatte.

Auch von der CDU kam umgehend geharnischter Einspruch gegen die Lehrerabordnungen. - "Das ist eine Bankrotterklärung der Landesregierung. Mit massivem Protest reagierte gestern die Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Dorothea Weidner, auf die vom Kultusminister verlangte Abordnung von 6 Unnaer Lehrern zur Gerhart-Hauptmann-Schule. "Es gibt so viele ausgebildete Lehrer in Nordrhein-Westfalen, für die angeblich Arbeitsplätze fehlen", formulierte die Politikerin. Es wäre höchste Zeit aus diesem Kreis Lehrkräfte für die Gerhart-Hauptmann-Schule zu rekrutieren, deren besondere Belastung als Lagerschule voraussichtlich noch über Jahre anhalten wird. Durch die Abordnung für lediglich ein Vierteljahr ändert sich da nicht viel. Im übrigen fand es Frau Weidner "beschämend", wenn Schulen, an denen ohnehin die Klassenfrequenzen durch den Minister erhöht würden und an denen schon "genügend Unter-

22) "Hellweger Anzeiger" vom 17. 09. 88

richt ausfällt", jetzt auch noch die Lehrkräfte entzogen würden." 23)

Auf den Protest der GEW-Betriebsgruppe an der Gesamtschule in Unna antwortete das Kultusministerium:

- "Die Notwendigkeit der Neueinstellung von Lehrern für Aussiedler-Kinder sei im Kultusministerium "erkannt". Überzeugt werden müsse nicht der Minister, sondern der Steuerzahler. Es gehe nicht um "Abkommandierung", sondern um "Abordnung", bei der Landesbeamte mal ihren Dienstort wechseln müssen. Daß an der Gesamtschule Unterrichtsausfall drohe, sei unverständlich. "Ich nehme doch an, daß die gut versorgte Schule, die vom Kultusminister angeordnete Stellenreserve für Vertretungen gebildet hat. " 23)

Dieser öffentliche Disput um die Abordnung von Lehrkräften an die Gerhart-Hauptmann-Schule zeigte, daß das Problem der schulischen Betreuung von Aussiedlerkindern für politisch-polemische Auseinandersetzungen höchst ungeeignet war. Er offenbarte einen erschreckenden Mangel an Solidarität in gewissen Kreisen der Lehrerschaft mit dem gestreßten und gänzlich überforderten Kollegium der Gerhart-Hauptmann-Schule. Zwei grundlegende Tatsachen gingen in dieser völlig unnötigen Diskussion total unter:

- Die Ereignisse, die den Einsatz und die Arbeit der Landesstelle und damit auch die Notwendigkeit der Gerhart-Hauptmann-Schule erfordern, sind eingebettet in weltpolitische Abläufe und Auseinandersetzungen, die Flüchtlings- und Aussiedlerströme nicht nur auslösen, sondern auch jäh stoppen können. Ihre Auswirkungen und Folgen sind daher auch nicht voraussehbar, Gegenmaßnahmen folglich auch nicht planbar.

- Die Probleme der Beschulung der Aussiedlerkinder sind so komplex und so voller Tragik, daß sie sich nicht in das enge juristische Korsett von Schulverwaltungsgesetzen zwängen lassen.

Diese Auseinandersetzung konnte eine ungewollte aber gefährliche Nebenwirkung haben, sie konnte an den Schulen Stimmung gegen die Aussiedler machen und die sich andeutende Aussiedlerfeindlichkeit anheizen. Der ständig starke Zustrom der Aussiedlerkinder setzte mit oft 30 bis 40 täglichen Anmeldungen auch die Akzente im Schuljahr 1988/89.

- "Was hat das überhaupt für einen Sinn, bereits im Durchgangs-

23) "Hellweger Anzeiger" vom 21. 09. 88

lager, wo die Schüler heute ja kaum mehr länger als zwei Wochen bleiben, ihnen Unterricht zu geben", 24)

fragte der Journalist Josef Mühlbauer bei seinem Informationsbesuch am 28. 09. 88 den Schulleiter. Hier die Antwort:

- "Unsere Hauptaufgabe hier ist, bei den Schülerinnen und Schülern, die aus einem ganz anderen Schulsystem kommen, mit viel mehr Drill, mit viel mehr Strenge, erst einmal daran zu gewöhnen, daß sie nicht bei jeder Frage des Lehrers aufzustehen haben, ihnen die Angst zu nehmen, daß sie die Schule hier nicht schaffen konnten. Und so kurz ihr Aufenthalt hier im Lager heute auch nur noch ist, werden hier in Unna-Massen doch schon die Weichen gestellt, in welche Schulen sie dann am künftigen Wohnort kommen. Wir prüfen ihre bisherigen Schulzeugnisse, machen sprachfreie Intelligenz-Tests, prüfen ihre wenn überhaupt vorhandenen Deutschkenntnisse und geben den künftigen Schulen eine Beurteilung mit, welche Schule zunächst in Frage kommt." 24)

Zum ersten Mal in der Geschichte der Schule mußte 1988 die Weihnachtsfeier ausfallen, weil dafür überhaupt kein geeigneter Raum zur Verfügung stand. - Am 27. 01. 1989 wurde die langjährig tätig gewesene Schulsekretärin Frau Starostzik in den Ruhestand entlassen. An der Feierstunde nahm auch der Leiter des Schulverwaltungsamtes Herr Bunte teil. Rektor Kirchertz würdigte die Verdienste der freundlichen, hilfsbereiten und stets zuverlässigen Frau. Ihre Nachfolgerin wurde Bernadette Grundmann, die am 11. 10. 88 unter 5 Bewerberinnen ausgewählt worden war. Bereits seit dem 12. 11. 88 hatte sie sich in ihre nicht einfache Aufgabe einarbeiten können. Ebenso wie Frau Starostzik verfügt sie über polnische Sprachkenntnisse. Als Hilfskraft war Frau Christel Müller, eine ABM-Kraft mit 20 Wochenstunden in der Verwaltung tätig. Zum gleichen Zeitpunkt - 21. 02. 89 - waren an der Schule 29 Lehrkräfte und 2 Erzieherinnen tätig.

Bereits 4607 Kinder und Jugendliche hatten bis zu diesem Tage im laufenden Schuljahr am Unterricht teilgenommen. Der Zustrom der Aussiedler und damit auch die Fluktuation waren so groß, daß die Lehrkräfte nach den Osterferien durchweg neue Kinder vor sich hatten. Auch die Sporthalle blieb zum Mißfallen der Lehrkräfte weiterhin belegt und verkam mit ihren Nebenräumen zusehends. - Nach der Statistik besuchten im Schuljahr 1988/89 insgesamt 8391 Mädchen und Jungen die Schule, 3417 mehr als im Vorjahr. Die Mehrzahl von ihnen –

24) Bildpost vom 16. 10. 88

5348 - kam aus dem polnischen Bereich. Aus der SU waren 2831, aus Rumänien 51, aus der CSSR und Ungarn je 2 gekommen. Aus der DDR wurden 154 Kinder gezählt.

Die Kinder blieben nur 10 bis 14 Tage in der Schule. Es gab auch keine Langzeitschüler mehr, da die Umschulungslehrgänge, die das Arbeitsamt bisher in der Landesstelle durchgeführt hatte, nicht mehr stattfanden. Die Hauptaufgabe des Schulleiters und seines Kollegiums erstreckte sich auf die Beratung der Eltern über die möglichen Schullaufbahnen ihrer Kinder.

Im August 1989 begann das neue Schuljahr - 1989/90 - so, wie das vorausgegangene endete, mit ungebrochenem Schüleransturm, der es auch in seinem Verlauf bestimmte. Es wurden 22 Klassen gebildet, weitere, durchaus notwendige, konnten wegen der derzeitigen räumlichen Verhältnisse nicht eingerichtet werden. Teilweise wurde der Nachmittagsunterricht wieder aufgenommen. Die täglichen Schülerzahlen lagen mit 500 Schülerinnen und Schülern um 50 höher als im Vorjahr.

Dem Kollegium gehörten am 1.10.89 32 Lehrkräfte an, 25 Damen und 7 Herren, dazu noch 2 Erzieherinnen. Von der Hellweg-Hauptschule, die vor der Auflösung stand, waren die Lehrerinnen Ingeborg Kroll-Bothe und Inge Chirut an die Schule versetzt worden. Neben der Schulsekretärin arbeiteten in der Verwaltung noch zwei Damen. Ulrich Schulz übte wie bisher das Amt des Hausmeisters aus.

Zum Beginn des Schuljahres wurde die Turnhalle immer noch als Massenunterkunft benutzt und stand zum Kummer der Lehrkräfte für den Sportunterricht immer noch nicht zur Verfügung. Sie hatte aber dadurch so gelitten, daß sie vor einer Benutzung zunächst gründlich renoviert werden mußte. Auch im November 1989 konnten die rund 580 Jungen und Mädchen noch nicht in ihre Turnhalle, da erst ein neuer Boden gelegt werden mußte.

- "Ich weiß nicht, warum die Renovierung stagniert", meint Schulleiter Heinz-Jürgen Kirchertz. "Ich habe mich schon zum Überdruß an ihre Ämter gewandt". Vor gut einem Jahr hatte die Schule die Halle an die Landesstelle abgetreten, die dringend Unterkünfte für Aus- und Übersiedler benötigte. Vor rund einem Monat wurde die Halle jedoch frei, seitdem "liegt sie brach". Betten und Schränke haben trotz Vorsichtsmaßnahmen den damals noch neuen Boden stark beschädigt. "Außerdem fanden wir in der Halle Ratten und Mäuse", so der Schulleiter. Man könne den Aus- und Übersied-

lern keinen Vorwurf machen. "So eine Halle ist nicht für eine dauerhafte Unterbringung geeignet.....

Inzwischen hat der Entweser die Halle gereinigt, doch noch ist der Beginn der Renovierung, die von der Landesstelle getragen wird, nicht in Sicht. "Die Untersuchungen der Techniker laufen noch", erklärte der stellvertretende Leiter Siegfried Pogadl." 25)

Erst am 2. Mai 1990 wurde die Halle nach gründlicher Entseuchung und Instandsetzung zur Benutzung von der Stadt freigegeben.

Am 15. November 1989 wurde Rektor Kirchertz an das Schulamnt der Stadt Dortmund abgeordnet. Bis zur Berufung eines Nachfolgers übernahm Konrektor Otte Eickhoff die Leitung der Schule. Als dieser dann Anfang 1990 erkrankte, kam die Schule in eine mißliche Lage, bis vor Ostern Giesbert Heuser die Leitung der Schule übernahm. Im Schuljahr 1989/90 fanden 10141 Jungen und Mädchen hier vorübergehend Aufnahme, sie kamen in überwiegender Zahl aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße und aus der SU.

Die Rückkehr von Hans-Jürgen Kirchertz als Rektor an die Gerhart-Hauptmann-Schule am 15. 8. 90 war für diese mehr als ein Gewinn. Mit ihm war ein engagierter Anwalt für die Belange der Aussiedlerkinder in seinen alten Wirkungskreis zurückgekehrt, der mit seinen vielfältigen Erfahrungen den Aussiedlerkindern weiter ein bewährter Helfer sein konnte.

- "Paul ist auch deutsch, bloß in einem anderen Land geboren, deshalb spricht er jetzt polnisch". Einfach und im besten Berlinerisch drückt der sechsjährige Jeffrey aus, was manche Erwachsene noch nicht begriffen haben. Aus- und Übersiedler - so bezeichnen die Behörden den Status von Paul und Jeffrey, die in der Gerhart-Hauptmann-Schule in Massen in die erste Klasse gehen. Sie lernen gemeinsam mit knapp zwanzig anderen Kindern aus Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei die ersten deutschen Buchstaben. "Damit sie wenigstens das Gefühl haben, angenommen zu werden", erklärt Hans-Jürgen Kirchertz die Funktion der Volksschule alter Art. Rund 600 Kinder haben wir hier, 1988 waren es die Hälfte. Heute bleiben die Kinder nur ein paar Tage in Pauls Klasse, sie wissen schon, wann sie weiterziehen werden. "Hier ist es viel schöner als Zuhause" lobten sie - und teilen

25) Ruhrnachrichten vom 4. Nov. 1989

über ihr neues Zuhause mit: "schöner als in Polen, weil alles viel lockerer ist. Schöner als in der engen Baracke nebenan, wo die Mama schnell schimpft, wenn sie spielen. Sie macht sich Sorgen," entschuldigt Eva.

"Hier haben wir tolles Spielzeug", erklärt Jeffrey, der als einziger nicht auf die Übersetzung der Lehrerin angewiesen ist, und wie die anderen nach der Mittagspause zum Spielen in den Schulhort kommt. Spielzeug, Bananen und Süßigkeiten können jedoch nicht die alte Heimat ersetzen.

"Meine Freundin" antwortet Lisbeth leise auf die Frage, was ihr am meisten fehlt. Roman mußte seinen Hund zurücklassen, Nel das vom Onkel geschenkte Puppenhaus.

In der zehnten Klasse wird nicht mehr so munter daher geplappert. Nicht Spielzeug, sondern Freunde, die Familie und ihre Bücher vermissen die Jugendlichen, die nur stockend und mit mißtrauischen Blicken antworten. Sie kommen kaum aus Massen heraus. Wenn sie von Deutschen angesprochen werden, sind sie auf ihre Gestik angewiesen. "Ich verstehe nicht", können sie alle sagen. "Und dann lachen die Deutschen". Auf die Frage nach Zukunftsplänen (antworten) sie mit Schweigen. "Einige haben erst hier erfahren, daß sie nicht zurückkehren", weiß Kirchertz." 26)

Die Gerhart-Hauptmann-Schule in Unna-Massen - Schule zwischen zwei gegensätzlichen Welten, der lähmenden Unfreiheit und der drückenden wirtschaftlichen Not im Osten, der lockenden Freiheit und dem vermeintlichen Überfluß im "goldenen Westen" im Niemandsland der Hoffnung zwischen dem Gestern irgendwo in den unendlichen Weiten des Ostens und dem Morgen vielleicht irgendwo in Nordrhein-Westfalen oder sonst wo in Deutschland - ist für alle schulpflichtigen und jugendlichen Aussiedlerkinder eine unbedingt notwendige Zwischenstation auf ihrer Reise in das große Abenteuer der Freiheit. Hier öffnet sich für sie das Tor in die Zukunft.

- Wir haben den Ehrgeiz, unsere Schülerinnen und Schüler behutsam auf das Schulleben in der Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten, ihnen und ihren Eltern die Angst zu nehmen, in einem für sie noch fremden Land alleingelassen zu sein und schulisch vor dem Nichts zu stehen." 27)

26) Ruhr-Nachrichten vom 17. 11. 89

27) Kirchertz; a. a. O. S. 72

Zeittafel

1763 Friedrich der Große (1740 - 1780) erläßt das "Königlich-Preußische-General-Schulreglement" und ordnet für seinen Staat die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder vom 5. bis zum 13. bzw. 14. Lebensjahr an.

1765 Steinen bestätigt das Vorhandensein einer Schule in Niedermassen.

1778 Im Mühlenproberegister des Amtes Unna wird für Niedermassen Schriever als Schulmeister aufgeführt. Für Obermassen wird keiner genannt.

1797 Auch in Obermassen gibt es jetzt eine Schule.

1817 In Obermassen unterrichtet der 83jährige Jobst Adam Nölle 30 Knaben und 20 Mädchen aus 48 Familien für ein Jahresgehalt von 83 Taler und 13 Silbergroschen. Das Schulhaus ist nicht einmal mittelmäßig. In Niedermassen wird die Schule von 42 Knaben und 40 Mädchen aus 70 Familien besucht. Hier erhält der Schulmeister Caspar Dietrich Wiesmann ein Jahresgehalt von 93 Taler und 13 Silbergroschen.

1832 Die evangelischen Schulgemeinden in Ober- und Niedermassen beschließen am 15. bzw. am 17. September den Bau neuer Schulhäuser. In Obermassen soll der Neubau neben dem Hof des Bauern Bennemann stehen. In Niedermassen soll am Standort der alten Schule gebaut werden, da ein besserer Platz nicht gefunden werden kann.

1832 In Obermassen werden am 10. Dezember die Bauarbeiten für die Schule an den Gastwirt Kellerkamp für sein Gebot von 1239 Taler vergeben.

1833 Am 13. Dezember kann die neue "Schulstube" in Obermassen bezogen werden. Neben dem Schulsaal befindet sich die Dienstwohnung für den Lehrer im Gebäude. Das alte Schulhaus wird für 253 Taler verkauft.

1835 Im Mai ist auch die Schule in NM fertiggestellt. Das alte Gebäude wird abgebrochen und die alten Utensilien verkauft.

1874 Die Königliche Regierung genehmigt den Neubau einer zweiklassigen Schule mit zwei Lehrerwohnungen in OM. Ständig steigende Schülerzahlen haben die Schulgemeinde dazu gezwungen.

1875 Nach ihrer Fertigstellung wird die Schule in OM zweiklassig. Den Unterricht erteilen die Lehrer Thelen und Pistor.

1877 Auch in Niedermassen wird mit dem Bau eines neuen Schulhauses mit zwei Klassenräumen und zwei Lehrerdienstwohnungen begonnen.

1878 Am 1. Mai wird die neue Schule in NM eingeweiht. Es müssen drei Klassen eingerichtet werden, den Unterricht erteilen die Lehrer Wilhelm Muller und Wilhelm Mertin.

1890 Am 1. Mai wird in OM mit 73 Kindern eine kath. Volksschule eröffnet. Der Unterrichtsraum wird in der alten, 1833 erbauten ev. Volksschule errichtet. Die Schulstelle wird dem Lehrer Ernst Ardelt übertragen.

1892 Mit Beginn des "Wintersemesters" wird in der Obermassener Heide eine einklassige ev. Volksschule eröffnet. Ein behelfsmäßiger Klassenraum wird im Haus des Hilfsweichenstellers Eppmann eingerichtet.

Am 3. September erklärt sich der Gemeinderat in OM im Einvernehmen mit der ev. und der kath. Schulgemeinde bereit, die Schulen in seinem Ort als "Communalschulen" zu übernehmen. Dieser Beschluß wird am 7. März 1893 von der Königlichen Regierung in Arnsberg genehmigt.

1893 Wegen der ständig wachsenden Schülerzahl muß für die ev. Volksschule in OM im April die dritte Lehrerstelle eingerichtet werden. In der Scheune des Spah'schen Hofes, der an das Schulgrundstück angrenzt, wird ein drittes Klassenzimmer eingerichtet. Der Hof war 1891 auf Beschluß der Gemeindevertretung und des Schulvorstandes vom 21. Dezember angekauft worden.

1894 Für eine Zahl von 210 Kindern ist auch die neue Schule in NM längst zu klein geworden. Für den Bau eines dritten "Schulsaales" mit Bedürfnisanstalt aber ohne Lehrerwohnung kauft die ev. Schulgemeinde ein Grundstück an der Nordseite des Hellwegs vom Vorsteher Middelschulte.

1895 Für die Volksschule in NM wird die dritte Lehrerstelle eingerichtet. Mit Beginn des Winterhalbjahres wird der neue Schulsaal an der Nordseite des Hellweges in Benutzung genommen.

1896 In NM wird die 1. Lehrerstelle zur Hauptlehrerstelle erhoben.

1898 In NM wird das einklassige Schulhaus an der Nordseite des Hellweges um drei Klassenräume erweitert. In OM wird die fertiggestellte Schule in der Heide bezogen.

1899 In NM wird am 10 April eine einklassige kath. Volksschule eröffnet, sie erhält einen Klassenraum im Schulgebäude an der Nordseite des Hellweges. In die Lehrerstelle wird Karl Hövel eingewiesen.

1903 Da die Schülerzahl in der kath. Schule in NM auf 120 Kinder angestiegen ist, wird diese in eine zweiklassige Halbtagschule umgewandelt und die zweite Lehrerstelle eingerichtet.

In NM werden die noch bestehende ev. und kath. Schulgemeinde aufgelöst, die ev. und die kath. Volksschule werden von der Kommunalgemeinde übernommen.

1904 In NM kann Ostern der Erweiterungstrakt der Schule am Hellweg bezogen werden. Von den vier neuen Klassenräumen werden der kath. Volksschule zwei zugeteilt.

An der ev. Volksschule ist die 7. Lehrerstelle in eine Rektorenstelle umgewandelt worden. Am 11. April wird Rektor Jansen in sein Amt eingeführt.

In OM wird am 31 August eine neue vierklassige ev. Schule eingeweiht. Ein Klassenraum wird der kath. Schule zugeteilt.

1908/10 In NM wird das Schulgebäude am Hellweg nochmals um vier Klassenräume erweitert, die im Juli 1910 bezogen werden können. In diesem neuen Trakt erhält die kath. Schule nunmehr drei Klassen- und einen Lehrmittelraum.

1910 In OM kann am 23. August die kath. Schule ein eigenes Gebäude mit zwei Klassenräumen und einem Bodenzimmer beziehen. Es ist gegenüber der ev. Schule errichtet worden. - Aus der Hauptlehrerstelle dieser Schule - 1910 eingerichtet - wird eine Rektorenstelle, die Karl Roer übertragen wird.

Die beiden Gemeinden OM und NM bilden im Laufe des Jahres den gemeinsamen "Schulverband Massen". Schulverbandsvorsitzender wird der Amtmann des Amtes Unna-Kamen.

1911 Die neue Gemeinde Massen besitzt ein intaktes und leistungsfähiges Schulwesen.

Dazu gehören:

- die neunklassige ev. Hellwegschule in NM,
- die dreiklassige kath. Hellwegschule in NM,
- die sechsklassige ev. Volksschule in OM,
- die zweiklassige kath. Volksschule in OM,
- die einklassige ev. Volksschule in der Obermassener Heide.

1919/20 Bau eines fünfklassigen Schulgebäudes am Schacht III für eine dreiklassige ev. und eine zweiklassige kath. Volksschule, die "Colonie-Schulen".

1920 Am 1. Oktober wird der Leiter der kath. Volksschule in NM zum Hauptlehrer ernannt.

1921 Karl Pickhan übernimmt als Nachfolger von Rektor Jansen die Leitung der ev. Hellwegschule.

1921/23 Erweiterung des Schulgebäudes am Schacht III um drei weitere Klassenräume.

1923 Auf Antrag der Schuldeputation wird am 1. April eine Hilfsschulklasse eingerichtet, die der ev. Hellwegschule angegliedert wird. In OM zeichnet sich der Beginn eines starken Schülerrückganges ab.

1925 Die kath. Volksschule in OM wird aufgelöst.

1926 Die ev. Volksschule in OM wird wegen des starken Rückgangs ihrer Schülerzahlen nur noch vierklassig geführt.

1928 Am 1. April wird aus der Rektorenstelle der ev. Volksschule wieder eine Hauptlehrerstelle, die dem Hauptlehrer Schulz übertragen wird. Rektor Karl Roer wird in gleicher Eigenschaft nach Castrop-Rauxel versetzt.

1931 Rektor Karl Pickhan, Schulleiter der ev. Hellwegschule, tritt am 1. Oktober in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Heinrich Lehnemann.

Auf Anordnung der Bezirksregierung in Arnsberg wird die einklassige Schule in der Obermassener Heide geschlossen.

1933 Im April wird der Schulleiter der ev. Hellwegschule, Rektor Heinrich Lehnemann, von seinem Amt suspendiert. Er hatte sich als Gegner der Nationalsozialisten profiliert. Schulleiter wird Konrektor Hartlieb.

1934 Am 1. April wird die Schule in der Massener Heide wieder eröffnet. - Dagegen wird die Auflösung der Schulen am Schacht III beschlossen. Für die Kinder der unteren Jahrgänge aus ihren Bezirken bleibt je eine Klasse bestehen. Sie werden dem jeweiligen System in Niedermassen zugeordnet.

Der Schulleiter der ev. Volksschule in OM, Hauptlehrer Wilhelm Schulz, tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird der Lehrer Wilhelm Schnettger.

1937 Am 1. April geht Hauptlehrer Wilhelm Hartlieb in Pension. Die Stelle wird nicht ausgeschrieben, sondern mit dem Lehrer Karl Rickert besetzt.

1938 Am 1. Oktober werden die bisherigen Konfessionsschulen aufgelöst, bzw. in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.

Von nun an gibt es in Massen:

- die einklassige Volksschule in der Obermassener Heide,
- die Blücherschule in Obermassen, Leitung Hauptlehrer Adolf Weinberg,
- die Hellwegschule in Niedermassen, Leitung Rektor Karl Rickert. Hauptlehrer Wilhelm Schnettger wurde nach Opherdicke versetzt.

1941 Beginn und Ende des Schuljahres werden auf den Beginn der Sommerferien festgesetzt. - Die Kinder aus der Heide besuchen während der Kriegsjahre die Blücherschule.

1942 Kinderlandverschickungen und nächtliche Fliegeralarme wirken sich von nun an störend auf den Unterricht aus.

1944 Vom November an werden in zunehmenden Maße Klassenräume beschlagnahmt, um z.B. Ausgebombte unterzubringen.

1945 Vom März an kommt infolge der Kriegshandlungen der Unterricht vollkommen zum Erliegen. Vom 11. April an (Einmarsch amerikanischer Soldaten in Massen) wird er auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Erst am 26. September Wiederbeginn des Unterrichtes in der Blücher- und in der Hellwegschule, zunächst nur in den Grundschulklassen. Schulleiter in OM wird der Lehrer Emil Höving, Hptl. Weinberg wurde am 17. Sept. pensioniert. Die Leitung der Schule in NM übernimmt Frau Hedwig Thüner.

1945 In der Heideschule wird der Unterricht am 5. November wieder aufgenommen.

1946 Im April entscheiden die Eltern in einer allgemeinen Abstimmung über die Art der Volksschule, die ihre Kinder besuchen.

Am 17. Juni nimmt aufgrund dieser Abstimmung eine kath. Bekenntnisschule - die kath. Hellwegschule - unter Leitung des Lehrers August Holle den Unterrichtsbetrieb auf. Die anderen Schulen in Massen bleiben christliche Gemeinschaftsschulen.

1947 Am 19. Mai geht Emil Höving - federführender Lehrer an der Blücherschule - in den Ruhestand. Als sein Nachfolger wird der Lehrer Fritz Wulff von der Hellweg- zur Blücherschule versetzt.

Infolge der schlechten Ernährungslage wird auf Anordnung der Britischen Militärregierung nach den Osterferien eine allgemeine Schulspeisung eingeführt, die erst im Juni 1950 eingestellt wird.

1948 Am 1. April werden die Lehrer Fritz Wulff und August Holle zu Hauptlehrern ernannt.

1952 Für die schulpflichtigen Kinder im "Hauptdurchgangslager Massen", dem späteren "Durchgangswohnheim" und der heutigen "Landesstelle", wird im Mai eine zweiklassige Schule eingerichtet, deren Leitung dem Lehrer Heinz Sydow übertragen wird.

1955 Im März erhält die "Lagerschule" den Namen "Gerhart-Hauptmann -Schule".

1956 Im März gehen die Hauptlehrer Fritz Wulff und August Holle in den Ruhestand. Schulleiter der Blücherschule wird der Lehrer Heinrich Twente, der kath. Hellwegschule der Lehrer Ludwig Montag. Am 3. Oktober wird an der Buderusstraße ein neues Schulgebäude seiner Bestimmung übergeben. Es enthält vier Klassen für die "Gerhart-Hauptmann-Schule" und 4 Klassenräume für die einheimischen Kindern aus dem Ortsteil Schacht III - heute Massen-Nord. Diese werden als "Hellwegschule-Nord" der "Hellwegschule" in NM zugeordnet und von deren Konrektor Kähmann geleitet.

1958 Am 31. März geht der Leiter der kath. Hellwegschule, Hauptlehrer Montag, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand. Die Leitung der Schule wird dem Lehrer Alfred Franetzki übertragen.

1959 Frau Rektorin Thüner scheidet wegen Erreichung des Pensionsalters aus dem Schuldienst aus. Die Leitung der Hellwegschule übernimmt der Lehrer Erwin Petzhold.

1960 Die kath. Hellwegschule wird in Marienschule umbenannt.

1961 Am 12. Oktober werden die letzten Bauabschnitte der Gerhart-Hauptmann-Schule ihrer Bestimmung übergeben. In sechsjähriger Bauzeit sind hier 16 Klassenräume, eine zeitgemäße Lehrküche und dazu die erforderlichen Mehr- und Verwaltungsräume sowie eine Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken entstanden.

1963 Im September sind die ersten Um- und Erweiterungsbauten für die Blücherschule in OM beendet. Der Schule stehen nun sechs Klassenräume und die entsprechenden Mehrzweck- und Verwaltungsräume zur Verfügung.

1965 Der Gemeinderat beschließt am 13. März die endgültige Schließung der einklassigen Heideschule. Dem Architekten Roman wird die Planung für den weiteren Ausbau der Blücherschule übertragen.

1966 Neuer Leiter der Hellweg-Gemeinschaftsschule wird der Lehrer Kroll-Bothe als Nachfolger des Rektors Petzold, der wegen schwerer Erkrankung vorzeitig in den Ruhestand ausgeschieden ist. - Am 1. Dezember wird nach zweijähriger Bauzeit die neue Volksschule an der Königsborner Straße ihrer Bestimmung übergeben.

1967 Zu Beginn des Jahres muß die Schulleiterstelle der Blücherschule in OM neu besetzt werden, da Hauptlehrer Twente auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand getreten war. Sein Nachfolger wird Hauptlehrer Walter Lethaus.

1968 Am 2. Januar werden die Turnhalle und das Lehrschwimmbecken der Hellwegschule an der Königsborner Straße ihrer Bestimmung übergeben. - Am 30. April übergibt der Unnaer Bürgermeister Erich Göpfert die renovierte Marienschule ihrer Bestimmung.

1968 Zu Beginn des neuen Schuljahres ändern sich die Schulverhältnisse in Massen grundlegend:

- Die Hellwegschule unter Leitung von Rektor Kroll-Bothe wird Hauptschule für alle Massener Schüler vom 5. bis zum 9. Schuljahr.
- Aus der ehemaligen Marienschule am Hellweg wird die Schillerschule unter Leitung von Rektor Wiechmann für den Niedermassener Bezirk.
- Die Sonnenschule in OM, die ehemalige Blücherschule, wird Grundschule für die Kinder aus OM unter Leitung von Rektor Walter Lethaus.
- Die Volksschule in Massen-Nord wird aufgelöst.
- Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt weiterhin eine Volksschule alter Art für die Kinder aus dem Durchgangwohnheim.

1969 Die Fröbelschule bezieht die freigewordenen Klassenräume der ehemaligen Volksschule Massen-Nord in der Schulanlage an der Buderusstraße.

1970 Mit der Übergabe der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens im Februar sind die letzten Erweiterungsbauten an der Sonnenschule in OM zum Abschluß gekommen. - Die Hellweghauptschule führt das 10. Schuljahr ein.

1976 Die Fröbelschule muß am 1. 2. den von ihr genutzten Teil in der Schulanlage an der Buderusstraße räumen, da sich die Gerhart-Hauptmann-Schule auf einen neuen Ansturm von Aussiedlerkindern aus Polen auf Grund der 1975 in Helsinki abgeschlossenen deutsch-polnischen Vereinbarung vorbereiten muß. - Zum Ende des Schuljahres endet die Amtszeit des Schulleiters der Gerhart-Hauptmann-Schule. Sie wurde vom 15. Mai 1952 an von Rektor Heinz Sydow geführt. Sein Nachfolger wird Rektor Hans-Jürgen Kirchertz.

1979 Am 2. März wird ein weiterer Trakt mit Unterrichts- und Gruppenräumen an der Gerhart-Hauptmann-Schule übergeben.

Die zunehmende Zahl der Aussiedlerkinder machte die Erweiterung dringend notwendig. - Am 7. September übergibt Bürgermeister Göpfert einen Erweiterungsbau an der Westseite der Hellweghauptschule seiner Bestimmung.

1987 Der Trend zur Gesamtschule in Unna bedroht die Hellweghauptschule in ihrer Existenz infolge des ständigen und starken Rückganges ihrer Schülerzahlen.

1988 Die stark angestiegenen Zahlen der Aussiedlerkinder in der Gerhart-Hauptmann-Schule bringen sie in die Schlagzeilen der örtlichen Presse.

1989 Am 30. Juni beschließt der Rat der Stadt Unna mit 23 Stimmen bei 19 Gegenstimmen die Hellweghauptschule zum 1. August 1989 zu schließen und mit der Hauptschule Unna-Mitte zusammenzulegen.

Mit Beginn des Schuljahres 1989 übernimmt der bisherige, langjährige Leiter der Massener Hauptschule, Rektor Kroll-Bothe, die Leitung der Schillerschule, da deren Leiter, Rektor Wiechmann, in den Ruhestand getreten ist.

1990 Mit Beginn des Schuljahres zieht die Realschule II aus Unna in die Schulanlage an der Königsborner Straße ein, nunmehr als Hellwegrealschule.

Quellen und Literaturverzeichnis

Ungedruckte bzw. unveröffentlichte Quellen

Chroniken der Massener Schulen

- der ev. Volksschule in OM, der späteren Blücher- und heutigen Sonnenschule,
- der kath. Volksschule in OM,
- der ev. Hellwegschule in NM,
- der kath. Hellwegschule in NM, der späteren Marienschule,
- der kath. Colonieschule, ehemals am Schacht III,
- der Hellweghauptschule

Kriegschronik der kath. Volksschule in NM (1914/18)

Unterrichtsprotokolle der kath. Volksschule in NM (1933/38)

Aktenbestände der ev. Volks- bzw. Blücherschule in OM

Protokollbuch der Schuldeputation bzw. der Schulkommission, des Schulausschusses der Gemeinde Massen

Protokollbuch der Gemeinde Massen vom 24. 4. 1919 - 31. 5. 1924

Protokollbuch der Schuldeputation des Ortsschulverbandes Massen, Protokoll vom 12.3.1936

Schulverwaltungsamt der Stadt Unna:

- Schulstatistiken 1970 - 1989, 1981/82, 1982/83, 1983/84, 1984/85 und 1985/86
- Schulentwicklungsplan 1986, Teil 1: Textheft

Staatsarchiv Münster:

- Unna Nr. 414: Einkünfte der Lehrer in Niedermassen
- Unna Nr. 419: Einkünfte der Lehrer in Obermassen
- Unna Nr. 465: Unterricht in Niedermassen, Ev. Schulgemeinde
- Unna Nr. 469: Unterricht in Obermassen, Ev. Schulgemeinde
- Unna Nr. 470: Unterricht in Obermassen, Kath. Schulgemeinde
- Unna Nr. 504: Schulvermögen

Niedermassen

- Unna Nr. 506: Schulvermögen Niedermassen
- Unna Nr. 628: Schulbauten Niedermassen
- Unna Nr. 633: Schulbauten Obermassen
- Unna Nr. 634: Kath. Schule Obermassen
- Unna Nr. 362

Zeitungsberichte

- des Hellweger Anzeigers und Boten, heute Hellweger Anzeiger
- der Westfälischen Rundschau
- der Ruhrnachrichten

Literatur

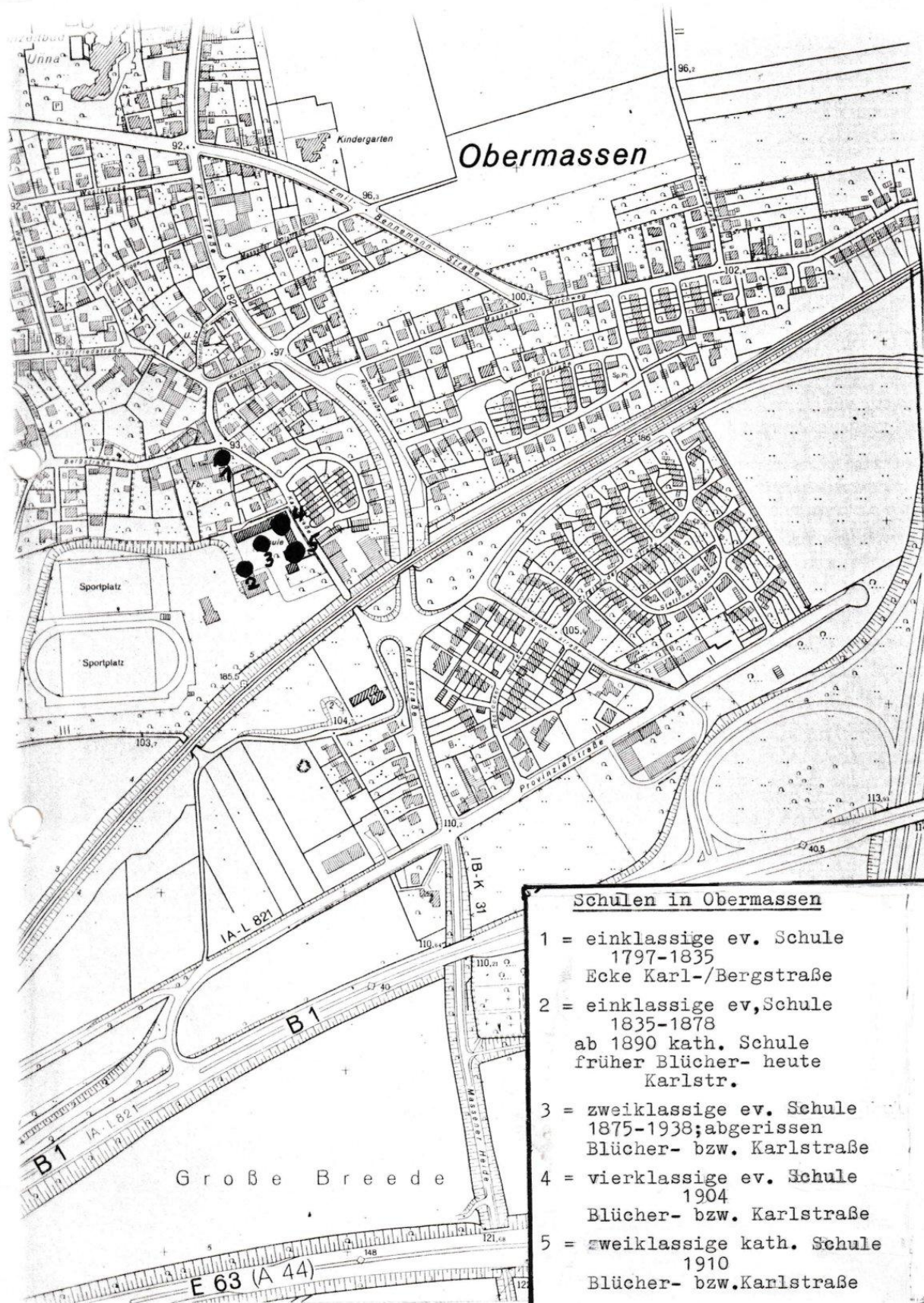
[Das Verzeichnis wurde alphabetisch geordnet und um die Veröffentlichungen von Sydow erweitert.]

- Basner, Klaus: Beiträge zur Geschichte Lünerns, Schriftenreihe der Stadt Unna, Band 5, Unna 1980
- Bohmann, Alfred: Menschen und Grenzen, Bd. I, Köln 1969
- Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ, Köln 1968
- Brandt, Peter: Kirche und Schule als staatserhaltende Institutionen. In: Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates, Hamburg 1981
- Brinkmann, Albrecht / Vollmann, Hermann: Wacht im Westen, Schulpolitische Kämpfe in Nordrhein-Westfalen einst und jetzt, Essen 1954
- Chronik der katholischen Kirchengemeinde Massen, unveröffentlicht, handgeschrieben.
- Faltblatt der Schulpflegschaft der Hellweg-Hauptschule, Januar 1987
- Gehl, Walther: Deutsche Geschichte in Stichworten, Breslau (Hirt) 1940
- Göddenhoff, Julius: Die Massener Schulverhältnisse 1817 (Hellweger Anzeiger vom 30. 6. 1956)
- Hellweg-Hauptschule Unna-Massen, Festschrift zum 20jährigen Bestehen am 1. XII. 1986
- Horney - Ruppert - Schultze - Scheuerl: Pädagogisches Lexikon in zwei Bänden, Gütersloh 1970
- Karrenberg, Friedrich (Hrsg.): Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 1963
- Kewitsch, Paul: Förderschulen sind Bildungs- und Sozialeinrichtungen, in: die Spätaussiedler, Troisdorf 1965
- Kirchertz, Hans-Jürgen: "Taubenschlag" oder Stätte der Bildung und Erziehung, in "Helfen und Dienen", Unna 1981
- Ligges, Karlheinz: Holzwickede, Gemeindeverwaltung, 1970
- Ministerium für Volksbildung: Anweisung zur Durchführung des Schuljahres 1957/58 vom 18. Juni 1957, Sonderdruck des Ministeriums für Volksbildung.
- Reichsverfassung vom August 1919
- Rückert, Oskar: Heimatblätter für Unna und den Hellweg, Unna 1949
- Nordrhein-Westfalen, kleine Verfassungs- und Landeskunde, Düsseldorf 1971

Schilling, Helene: Die Entwicklung der Dörfer Massen von der Urzeit bis zur Gegenwart 1941 - unveröffentlichte Examensarbeit
 von Steinen, Johann-Dietrich: Westfälische Geschichte, Bd. 2, Lemgo 1753
 Stenger, Albert: Das Schulwesen in der Grafschaft Mark von 1609 - 1909, in "Die Grafschaft Mark", Dortmund 1909
 Sydow, Heinz; Wessinghage, Ulrich: 800 Jahre Massen. Anmerkungen zur Geschichte eines Stadtteils. Unna 1986
 Sydow, Heinz: Aussiedlerkinder und jugendliche Aussiedler in unseren Schulen, als Manuskript vervielfältigt, Massen 1977
 Sydow, Heinz; Fessenkämper, Karl: Helfen und Dienen. Dokumentation zum 30-jährigen Bestehen der Landesstelle für Aussiedler; Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Hrsg.: Der Leiter der Landesstelle Unna-Massen, Unna
 Sydow, Heinz: Im pädagogischen Sonderauftrag, in "Helfen und Dienen", Unna 1981
 Sydow, Heinz: Kleine Massener Chronik. Unna (im Stadtarchiv)
 Sydow, Heinz: Massener Kirchengeschichte. Unna (ca. 1985). Unveröffentlichtes Manuskript
 Sydow, Heinz; Huske, Joachim; Huske, Wolfgang: Massener Tiefbau 1854-1925. Die Geschichte einer Zeche am Ostrand des Ruhrreviers (Analysen und Meinungen). Stadt Unna, , Referat für Öffentlichkeitsarbeit 1991
 Sydow, Heinz: Schule unter dem Hakenkreuz. Unna. Unveröffentlichtes Manuskript. Online: <https://buergerstiftung-unna.de/2024/11/14/familie-kummer-setzt-auf-breite-bildung-und-viel-bewegung/>
 Wilhelm, Theodor: Pädagogik der Gegenwart, Stuttgart 1963
 Wisplinghoff, Erich et al.: Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Würzburg 1973
 Wörterbuch der Pädagogik, Stuttgart 1957
 Wulf, Joseph: Literatur und Dichtung im Dritten Reich; eine Dokumentation, Gütersloh 1963
 Zentner, Kurt: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, Stuttgart 1965

Abkürzungen [nachträglich vom Bearbeiter eingefügt]

a. a. O.	am angegebenen Ort	Jhrg.	Jahrgang
A. u. S.	Ministerium Arbeits- und Sozialministerium	Js.	Jahres
Aktz.	Aktenzeichen	kath.	katholisch
Bd.	Band	konf.	konfessionell
BDM	Bund Deutscher Mädchen	Ltd.	Leitender
ds. Mts.	des Monats	nat.soz.	national-sozialistisch
DWH	Durchgangwohnheim	NM	Niedermassen
ev.	evangelisch	OM	Obermassen
evgl.	evangelisch	Pl.	Polen
FDJ	Freie Deutsche Jugend	Rum.	Rumänien
gefl.	zur gefälligen Kenntnis	SU	Sowjetunion
Gez.	gezeichnet (unterschrieben)	u.a.	unter anderem
G. H. S.	Gerhart-Hauptmann-Schule	u.a.m.	und andere mehr
HJ	Hitlerjugend	v. Js.	vorigen Jahres
Hptl.	Hauptlehrer	Vopo	Volkspolizei
		z. A.	zur Anstellung



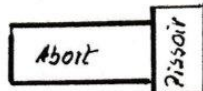
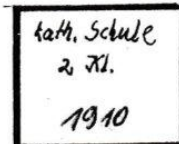
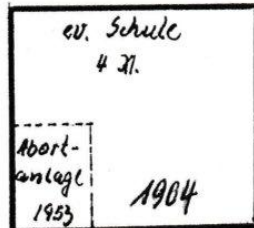
Schulen in Obermassen

- 1 = einklassige ev. Schule
1797-1835
Ecke Karl-/Bergstraße
- 2 = einklassige ev. Schule
1835-1878
ab 1890 kath. Schule
früher Blücher- heute
Karlstr.
- 3 = zweiklassige ev. Schule
1875-1938; abgerissen
Blücher- bzw. Karlstraße
- 4 = vierklassige ev. Schule
1904
Blücher- bzw. Karlstraße
- 5 = zweiklassige kath. Schule
1910
Blücher- bzw. Karlstraße

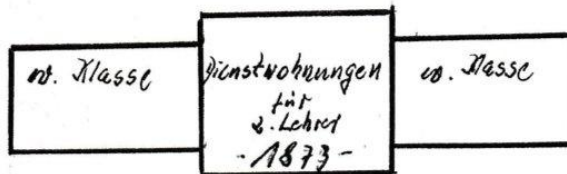


Blücher Schule - Obermassen

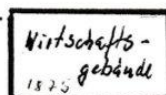
Blücher-Strasse



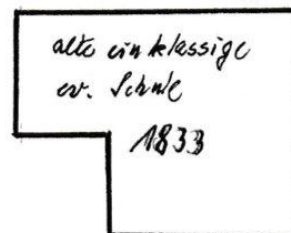
1953 abgebrochen



Wegen Baufälligkeit im Jahre 1938 abgerissen



2 Schulgärten



Chronik der ev. Volksschule (Blücherschule)
Obermassen
vom 'Schuldienen' und Micks
benutzt.